



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

Dialog oder Theater?

Das kommunikative Handeln in politischen
Fernseh-Diskussionsrunden in Österreich

Verfasserin

Irina Stürmer, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, April 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Magisterarbeit selbstständig ohne Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst habe. Alle den benutzten Quellen wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen sind als solche einzeln kenntlich gemacht.

Diese Arbeit ist bislang keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt worden und auch nicht veröffentlicht worden.

Ich bin mir bewusst, dass eine falsche Erklärung rechtliche Folgen haben wird.

Ort, Datum, Unterschrift

DANKE

an Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch für die hilfreichen Anregungen und sein jederzeit offenes Ohr bei der Betreuung meiner Magisterarbeit,

an meine Eltern und Großeltern für ihre Unterstützung in jeglicher Form,

an meine Freunde für ihre Hilfe, viele gute Ratschläge und die immer wieder nötige Ablenkung von der Magisterarbeit, um nicht den Blick fürs Wesentliche zu verlieren.

INHALTSVERZEICHNIS

1	<u> EINLEITUNG</u>	1
1.1	ERKENNTNISINTERESSE UND FORSCHUNGSSTAND	2
1.2	FORSCHUNGSFRAGEN	7
1.3	AUFBAU UND GLIEDERUNG DER ARBEIT	9
A	THEORETISCHE GRUNDLAGEN	10
2	<u> POLITISCHE DISKUSSIONSRUNDEN IM FERNSEHEN</u>	10
2.1	<i>DISKUSSION</i> IM ALLGEMEINEN	10
2.2	KENNZEICHEN MEDIALER DISKUSSIONSRUNDEN	11
2.2.1	ÖFFENTLICHE INSZENIERUNG UND MEHRFACHADRESSIERUNG	12
2.2.2	MODERATION	15
2.2.3	STRUKTUREN UND RITUALE	16
2.2.3.1	...der Sendungen	16
2.2.3.2	...der Sprechakte	20
2.2.4	DIREKTE KOMMUNIKATION UNTER ANWESENDEN IN RAUM-ZEITLICHER EINGRENZUNG	21
2.2.5	EXKURS: TECHNISCH-VISUELLE VERMITTLUNG	22
2.3	FAZIT	23
3	<u> KOMMUNIKATIVES HANDELN</u>	24
3.1	KOMMUNIKATIVES HANDELN IN DEN MASSENMEDIEN	27
3.2	SPRACHE UND SPRACHLICHES HANDELN	31
3.2.1	SPRECHAKTTHEORIE	31
3.2.2	SPRACHE IN DER POLITIK	32
3.3	FAZIT	34
4	<u> POTENTIALE VON UND FORDERUNGEN AN DISKUSSIONSRUNDEN IM FERNSEHEN</u>	36
4.1	AUF SEITEN DER SENDER	36
4.2	AUF SEITEN DER TEILNEHMER	38
4.2.1	RESPEKTVOLLER UMGANG	38
4.2.2	ARGUMENTATION UND ANSCHLUSSKOMMUNIKATION	39
4.3	FAZIT	41

5	POLITISCHE FERNSEHDISKUSSSIONEN IN ÖSTERREICH	42
5.1	ÖFFENTLICH-RECHTLICHES UND PRIVATES FERNSEHEN	42
5.2	IM ZENTRUM	44
5.3	60 MINUTEN POLITIK	44
5.4	AM PUNKT	45
5.5	EXKURS: CLUB 2	45
5.6	FAZIT	46
B	EMPIRISCHE STUDIE	47
6	FORSCHUNGSMETHODE UND STUDIENDESIGN	47
6.1	METHODE: QUALITATIVE INHALTSANALYSE NACH MAYRING	47
6.2	VORGEHENSWEISE	48
6.2.1	GEGENSTAND, ZEITRAUM UND DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG	48
6.2.2	KATEGORIENSYSTEM	51
7	AUSWERTUNG UND ERGEBNISDARSTELLUNG	54
7.1	AUFBAU DER SENDUNGEN	54
7.1.1	IM ZENTRUM	54
7.1.2	60 MINUTEN POLITIK	55
7.1.3	AM PUNKT	56
7.2	KATEGORIE 1: KOMMUNIKATIVES HANDELN DER POLITIKER	57
7.2.1	KATEGORIE 1.1: ARGUMENTATIONSVERHALTEN	58
7.2.2	KATEGORIE 1.2: BENEHMEN UND EHRERBIETUNG	63
7.3	KATEGORIE 2: KOMMUNIKATIVES HANDELN DER ANDEREN DISKUSSIONS-TEILNEHMER	66
7.3.1	KATEGORIE 2.1: ARGUMENTATIONSVERHALTEN	66
7.3.2	KATEGORIE 2.2: BENEHMEN UND EHRERBIETUNG	70
7.4	KATEGORIE 3: KOMMUNIKATIVES HANDELN DER MODERATOREN	72
7.4.1	KATEGORIE 3.1: ART DER GESPRÄCHSLEITUNG	72
7.4.2	KATEGORIE 3.2: INHALT DER SPRACHLICHEN ÄUßERUNGEN	76
7.4.3	KATEGORIE 3.3: BENEHMEN UND EHRERBIETUNG GEGENÜBER DEN TEILNEHMERN	78
7.5	KATEGORIE 4: GELTUNGSANSPRÜCHE	80
7.5.1	KATEGORIE 4.1: ANZWEIFELN VON GELTUNGSANSPRÜCHEN	80
7.5.2	KATEGORIE 4.2: EINLÖSEN VON GELTUNGSANSPRÜCHEN	83

7.6	KATEGORIE 5: DRAMATURGISCHES HANDELN	84
7.6.1	KATEGORIE 5.1: SELBSTINSZENIERUNG DER TEILNEHMER	84
7.6.2	KATEGORIE 5.2: RAHMENBEDINGUNGEN DER SENDUNG	85
8	ZUSAMMENFASSUNG, INTERPRETATION UND DISKUSSION	86
8.1	KATEGORIE 1: KOMMUNIKATIVES HANDELN DER POLITIKER	86
8.2	KATEGORIE 2: KOMMUNIKATIVES HANDELN DER ANDEREN GÄSTE	91
8.3	KATEGORIE 3: KOMMUNIKATIVES HANDELN DER MODERATOREN	94
8.4	KATEGORIE 4: GELTUNGSANSPRÜCHE	100
8.5	KATEGORIE 5: DRAMATURGISCHES HANDELN	102
8.6	DISKUSSION DER ERGEBNISSE	105
9	CONCLUSIO UND AUSBLICK	116
10	LITERATURVERZEICHNIS	122
11	ABKÜRZUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS	129
11.1	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	129
11.2	TABELLENVERZEICHNIS	129
12	ANHANG	130
12.1	TRANSKRIPTION	130
12.2	ABSTRACT DEUTSCH	219
12.3	ABSTRACT ENGLISCH	220
12.4	CURRICULUM VITAE	221

Anmerkung:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Forschungsarbeit auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten selbstverständlich gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

1 EINLEITUNG

Meine Idee ist schlicht. Über jedem Diskutanten [...] hängt eine Plexiglasglocke, die der Moderator per Knopfdruck absenken kann. [...] Ist die Glocke einmal über einen Diskutanten gesenkt, bleibt er sichtbar, hört alles, was draußen gesagt, was er gefragt wird, auch für Frischluftzufuhr ist gesorgt. Wann er zu hören ist, kann allerdings vom Moderator geregelt werden.

(Thurnher 2013: 5)

Mit ironischem Unterton findet Armin Thurnhers Kommentar eine Lösung für die seiner Meinung nach fehlende Fairness und Transparenz in österreichischen Fernsehdebatten. Seiner Ansicht nach kann es in diesen Sendungen „keinen Dialog geben [...], nur Dialogtheater“ (ebd.). Mit seiner Erfindung möchte er verhindern, dass einzelne Teilnehmer die TV-Gespräche zerstören, indem sie „ihrem Gegenüber ständig aggressiv übers Maul [fahren]“ (ebd.).

Thurnhers Lösungsansatz ist natürlich nicht zur realen Umsetzung gedacht sondern bringt nur überspitzt die in seinen Augen herrschende Problematik politischer Fernsehdebatten auf den Punkt. Er wirft allerdings berechtigte Fragen nach dem kommunikativen Handeln in ebensolchen auf. Zum einen in Hinblick auf das Benehmen, das die Teilnehmer mit ihren Äußerungen an den Tag legen und zum anderen bezüglich der Inhalte ihrer Sprechakte. Letzteres bringt Thurnher mit dem Kompositum „Dialogtheater“ (ebd.) auf den Punkt: es stellt sich die Frage, ob in Fernsehdiskussionen tatsächlich Dialoge stattfinden oder ob nur ‚nebeneinander‘ kommuniziert wird, ob es sich um wirkliche argumentative Auseinandersetzungen handelt oder um Selbstinszenierung, die geschickt als Diskussion verpackt wird. Geht es mehr darum, mit rhetorischer Raffinesse die eigenen Anliegen durchzusetzen oder wird wirklich versucht, begründend auf die Aussagen der anderen Teilnehmer einzugehen?

Sind Diskussionsrunden qualitativ hochwertige Beiträge in der österreichischen Fernsehlandschaft oder bedarf es einer Verbesserung, um dieses Ziel zu erreichen?

Dieser Frage nachzugehen ist wichtig, da politische Diskussionssendungen von besonderer Relevanz für die gesellschaftliche Entwicklung sind. Denn als Teil des Massenmediums Fernsehen können sie einen wesentlichen Beitrag zur Information und „freien,

individuellen und öffentlichen Meinungsbildung“ (Branahl 2010: 6) der Bevölkerung leisten, ganz speziell in Hinblick auf die „politische[] Meinungsbildung“ (ebd.).

Nun stellt sich die Frage, welche Kriterien eine qualitätsvolle Gesprächssendung erfüllen muss, inwiefern das Agieren der Teilnehmer sowie das der Moderatoren zu deren Umsetzung beitragen oder dieser im Weg stehen und ob eine Lösung in Richtung von Thurnhers Vorschlag, d.h. stärkere Strukturierung durch die Gesprächsleiter, sinnvoll wäre.

Welchen Fragen die vorliegende Magisterarbeit darüber hinaus nachgeht, wird im Folgenden anhand der Darstellung des Erkenntnisinteresses erläutert. Zudem wird auf den bisherigen Forschungsstand zum Thema eingegangen.

1.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsstand

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit richtet sich auf einen Aspekt, dem bislang im Zuge kommunikationswissenschaftlicher Studien nur wenig Bedeutung zukam: das kommunikative Handeln in politischen Diskussionssendungen in Österreich, abseits von Wahlkampfperioden, soll untersucht werden. Konkret gilt es zu erforschen, wodurch sich eine qualitativ hochwertige Diskussion auszeichnet und inwiefern die Moderatoren bzw. die Teilnehmer selbst zu einem zufriedenstellenden Gesprächsniveau beitragen können. Zusätzlich soll gefragt werden, welche Rolle Argumente spielen, welche Potentiale in diesen Sendungen stecken und wie diese genutzt werden. Aufgrund des dualen Fernsehsystems in Österreich soll der Blick auch auf mögliche Unterschiede zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Sendungen gelenkt werden.

Wie eingangs bereits erwähnt, leisten Diskussionsrunden einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Gesellschaft, da sie die Meinungsbildung der Bürger unterstützen können (vgl. Branahl 2010: 6). Es ist notwendig für eine Demokratie, dass sich die Bürger mit Politik auskennen, damit sie das Handeln der Verantwortlichen verstehen und beurteilen können (vgl. Grünewald et al. 2011: 5).

Massenmedien können die vielen verschiedenen Standpunkte aus den unterschiedlichsten Teilöffentlichkeiten abbilden, so dass daraus eine öffentliche Meinung entstehen kann, was wiederum zur Integration der Menschen in die Gesellschaft beiträgt. Gäbe es keine Massenmedien, wäre Kommunikation auf diejenigen Personen beschränkt, die in einem nahen Umfeld miteinander agieren. (vgl. Donges 2010: 7).

Zudem sind die Diskussionsrunden nicht nur ein Ort des Redens, sondern auch des Legitimierens: „Galt bislang noch der politische Problemlösungserfolg als Hauptquelle politischer Legitimation, so wird dieser immer mehr vom medialen Darstellungseffekt abgelöst“ (Grünewald 2011: 20). Allein darauf verlassen können sich Politiker aber nicht – langfristig sind doch Taten statt Worte gefragt (vgl. ebd.).

Das Handeln der Politiker in Fernseh-Diskussionsrunden rückt speziell zu Wahlkampfzeiten in das Interesse von Medien und Bürgern. Daher existiert eine Vielzahl von Untersuchungen zu diesem Thema. Gesprächsrunden abseits von Wahl-spezifischen Themen wurden bisher nur sporadisch analysiert und wenn, dann mit geringen Fallzahlen (vgl. Schultz 2006: 217f.). Außerdem dominieren im deutschsprachigen Raum Analysen zu Sendungen aus Deutschland (vgl. z.B. Holly et al. 1986, Tenscher 1999, Meyer et al. 2001, Schultz 2006). Die Studie von Barske (2004) setzt sich mit Diskussionsrunden aus Deutschland im Vergleich zu solchen aus der Schweiz auseinander. Auch Linke (1985) beschäftigt sich mit Fernsehgesprächen in der Schweiz. An Untersuchungen zu österreichischen Diskussionsrunden mangelt es. Eine Studie von Frei-Borer (1991) erforscht beispielsweise auf linguistischer Basis das Clubgespräch im Fernsehen anhand des *Club 2*. Diese Sendungskonzeption¹ weicht allerdings von den für diese Forschungsarbeit relevanten Formaten ab (z.B. in Bezug auf das offene Ende), weswegen hier nicht weiter auf die Studie eingegangen wird. Darüber hinaus finden Analysen österreichischer Diskussionsformate hauptsächlich in Form von Diplom- bzw. Magisterarbeiten statt (z.B. Stocker 2011).

Aufgrund dieser Lücke im Forschungsstand beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit österreichischen Fernseh-Diskussionsrunden, abseits von Konfrontationsgesprächen vor Wahlkämpfen.

Im Folgenden wird kurz auf diejenigen Untersuchungen eingegangen, die für die empirische Studie dieser Forschungsarbeit von Bedeutung sind.

Schultz (2006) untersucht inhaltsanalytisch die Rationalität von Diskussionssendungen am Beispiel von *Sabine Christiansen, Berlin Mitte, 19:zehn* und *Presseclub*. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass innerhalb solcher Formate „diskursive Anstrengungen möglich und auch tatsächlich zu beobachten“ (ebd.: 316) seien. Seiner Ansicht nach liege der Vorteil dieser Sendungen in der direkten Auseinandersetzung der Teilnehmer,

¹ Da die Konzeption des Club 2 im österreichischen Fernsehen aber einzigartig war und im Verlauf der

die es möglich mache, sogleich auch potentielle Auswirkungen der angesprochenen Ideen und Forderungen zum Thema zu machen (vgl. ebd.).

Eine explorative Fallstudie von Meyer/Schicha//Brosda (2001) analysiert ebenso politische Diskurse in unterschiedlichen Medienberichterstattungen am Beispiel je einer TV-Diskussion von *Sabine Christiansen* und *Berlin Mitte*. Für beide Sendungen wird wenig Argumentation und stattdessen verstärktes Darstellen der eigenen Ansichten gegenüber dem Publikum festgestellt. Ein weiteres Ergebnis ist, dass die Moderatorinnen nicht versuchen, tiefergehende Auseinandersetzungen anzuregen, sondern diese durch ihr Eingreifen sogar verhindern. (vgl. ebd.: 221)

Auch eine Inhaltsanalyse von Tenscher (1999) hat *Sabine Christiansen* als Untersuchungsgegenstand, vergleicht dieses Format aber mit *Talk im Turm* und hat mit jeweils sechs Sendungen eine etwas größere Stichprobe zur Verfügung als Meyer et al. (2001). Tenscher kommt in seiner Analyse zu dem Ergebnis, dass Sabine Christiansen fast doppelt so oft inhaltliche Fragen stellt, wie Erich Böhme, der Moderator der zweitgenannten Sendung, der hingegen etwas öfter seine eigene Meinung kundtut. (vgl. ebd. 329)

In den 80er Jahren sah Forschung, die sich mit Sendungen abseits von Wahlkämpfen beschäftigte und sich konkret auf die kommunikativen Handlungen innerhalb dieser bezog, den hauptsächlichen Grund für das Nicht-Gelingen eines vernünftigen politischen Diskurses in der Selbstinszenierung der Politiker. Die wohl bekanntesten Forschungsergebnisse stammen dabei von Holly, Kühn und Püschel (1986), die für Fernsehformate feststellten, dass dort „eine Diskussion [...] nicht geführt, sondern lediglich inszeniert [wird].“ (ebd.: 201). Ihren Untersuchungen zufolge weichen politische Debatten im Fernsehen gänzlich von dem ab, was gemeinhin als Diskussion bezeichnet wird und bieten stattdessen inszenierte Propaganda (vgl. ebd.: 200).

Die Inszenierung von politischer Werbung ist an sich noch nicht problematisch. Das wird sie erst dann, wenn die Art und Weise der Präsentation verdeckt, dass es sich überhaupt um Werbung handelt und die Rezipienten in die Irre geführt werden (vgl. ebd.: 23).

Vor allem, wenn dies unter dem Deckmantel einer Diskussion stattfindet. Denn mit diesem Begriff sind positive Merkmale wie „Rationalität, Sachlichkeit, Argumentativität, Genauigkeit, Gleichberechtigung, Öffentlichkeit, Transparenz, Unabhängigkeit von Zeitdruck, Interessen, Macht und Status“ (ebd.: 199) verknüpft.

Bereits in den 60er Jahren wurde Politikern vorgeworfen, ihre Sprache würde aufgrund der darin enthaltenen Appelle nicht die „wahre Aufgabe [...] erfüllen“ (Dieckmann 1969: 27). Dieckmann (1969) führt allerdings aus, dass diese Art zu reden, Bestandteil der sogenannten „ars persuanda“ (ebd.) ist, die in der Politik ebenso eingesetzt wird, wie in einer Predigt oder der Werbung (vgl. ebd.).

Das heißt, politische Sprache ist immer inszeniert und die Darstellung der eigenen Person oder Position gehört zum öffentlichen Auftritt dazu. Wie weit geht das nun aber bei Diskussionsrunden im Fernsehen? Steht das ‚Zur-Schau-stellen‘ im Vordergrund, so dass überhaupt nicht auf die Argumente des Gegenübers eingegangen wird? Falls dem so ist, betrifft das nur Politiker? Denn unabhängig davon, wie diese sprechen, sind im Falle einer TV-Diskussion auch die anderen Teilnehmer für die Gesprächsqualität verantwortlich.

Weischenberg (1993) sieht es vor allem als Aufgabe der Moderatoren an, dafür zu sorgen, dass eine kohärente Diskussion möglich ist (vgl. ebd.: 136ff.). Deren Handeln beschreibt der deutsche Bundestagspräsident Norbert Lammert (2012) allerdings als Problem: „Die wichtigste Aufgabe des Moderators scheint darin zu bestehen, spätestens dann einzugreifen, wenn sich zu einem ernsthaften Thema eine ernsthafte Debatte entwickelt.“ Seiner Ansicht nach „bieten Talkshows keine ausreichende Gelegenheit, ernsthafte Sachverhalte in fünf aufeinanderfolgenden Sätzen ohne Video-Einspielungen oder sonstige Unterbrechungen zu entwickeln.“ (Norbert Lammert zitiert in RP Online 2012).

Aus einem anderen Blickwinkel, ähnlich den oben genannten Ansichten von Holly et al., beurteilt Stocker (2001) die Aufgabe der Moderatoren. Sie kommt in ihrer Magisterarbeit zu dem Ergebnis, dass „eine kompetente Gesprächsleitung, die [den] reinen Selbstinszenierungsinteressen der Teilnehmer entgegentreten kann“ (ebd.: 133) für eine glaubwürdige Diskussionsrunde im Fernsehen elementar sei (vgl. ebd.).

Den Moderatoren obliegt auch die Durchsetzung der Regeln, die für ein TV-Gespräch gelten. Aufgrund derer sind freie Diskussionen, wie in alltäglichen Konversationen, nicht möglich, da genau festgelegt ist, wer wann und wie lange sprechen darf (vgl. Burger 1991: 123).

Inwiefern Politiker und Experten, die an politischen Diskussionssendungen teilnehmen, auf die Argumente ihrer Gegenüber eingehen, untersucht Barske (2004) in ihrer Dissertation, indem sie Sendeformate aus der Schweiz und Deutschland vergleicht. Ihrer Ansicht nach besteht „das Problem der Inszenierung [...] im Schein, der keinen Bezug zur politischen Realität erlaubt, und nicht in der Inszenierung an sich.“ (ebd.: 99) Damit spie-

gelt sie die oben genannte Auffassung von Holly et al. (1986) und Goffman (1980) wider. Sie stellt außerdem fest, dass – in Bezug auf die Anzahl der Sprechakte – Politiker sich signifikant häufiger äußern, als Experten, letztere jedoch öfter Bezug auf das Gesagte nehmen. Die Autorin folgert daraus, dass Politiker mehr Redezeit einfordern können oder ihnen das von den Moderatoren bzw. anderen Teilnehmern ermöglicht wird (vgl. ebd.: 287). Als Ansatzpunkt für weitere Forschung nennt sie das Moderatorenverhalten. Dieses kann sich - je nachdem ob zurücknehmend oder eingreifend - darauf auswirken, wie die Diskutanten argumentieren. (vgl. ebd.: 304)

Daher gilt ein wesentlicher Aspekt in der vorliegenden Forschungsarbeit dem Agieren oder Nicht-Agieren der Gesprächsleiter.

Auf linguistischer Ebene mangelt es an neueren Studien zu Diskussionsrunden im Fernsehen. Eine Studie von Linke (1985) liegt bereits knapp 30 Jahre zurück, soll an dieser Stelle aber kurz Erwähnung finden, da zwei ihrer Erkenntnisse wesentlich für die vorliegende Arbeit sind. Auf eines wird im späteren Verlauf noch mit Bezug auf andere Autoren eingegangen. Die Autorin stellt fest, dass gewisse Phrasen und stereotype Elemente in Diskussionssendungen, die oft als inhaltslos kritisiert werden, dem Zuschauer zur Orientierung dienen und daher von Grund auf keine gehaltvollere Funktion erfüllen sollen (vgl. ebd.: 109, 270). Eine medienspezifische Besonderheit von Diskussionsrunden im Fernsehen – die Tatsache, dass die Diskutanten vor Zuschauern und für diese sprechen – beschreibt sie mit der Einteilung in einen inneren und äußeren Kommunikationskreis (vgl. ebd. 42ff.), worauf in Kapitel 2.2.1 eingegangen wird. Dieser Kernpunkt wird auch von Dieckmann (1981) und Petter-Zimmer (1990) thematisiert.

Zusammenfassend stellt sich nun die Frage, ob sich die Analysen der 80er Jahre möglicherweise zu sehr auf die Selbstinszenierungs-Taktiken von Politikern konzentriert haben und das Unterbinden dieser durch die Moderatoren als einzige Möglichkeit zur Umsetzung einer qualitativ hochwertigen Diskussion sahen. Diese Annahme möchte die vorliegende Forschungsarbeit hinterfragen und setzt daher am Kern jeglicher Diskussion an – egal ob medial arrangiert oder alltäglich – am kommunikativen Handeln. Wenn dieses nicht störungsfrei funktioniert, bzw. wenn Widerstände oder Schwierigkeiten nicht erkannt und gelöst werden, kann eine Diskussion nicht gelingen. Im Alltag führt dies zu einem unbefriedigenden Ergebnis für die Teilnehmer und im Fernsehen ist dies ebenso der Fall. Auch wenn es den Diskutanten selbst egal sein sollte, wie ihre Auseinandersetzung endet, da sie sich möglicherweise nur selbst inszenieren wollen und kein Interesse daran haben, sich verständigungsorientiert mit den anderen Teilnehmern auseinander-

zusetzen – den Zuschauern ist es nicht egal (vgl. Dieckmann 1982: 66 und Kapitel 2.2.1 dieser Arbeit).

Diese Magisterarbeit lenkt den Blick innerhalb politischer Fernseh-Diskussionen auf die kommunikativen Handlungen und will Faktoren herausarbeiten, die für deren Qualität förderlich oder hinderlich sein könnten. Die Art und Weise wie Moderatoren eingreifen, soll im Speziellen untersucht werden, da diese ‚Maßregelungen‘ nicht nur die Selbstinszenierung von Politikern unterbinden, sondern auch ein Hindernis für kohärente und somit qualitativ hochwertige Diskussionen darstellen könnten.

Ebenso werden die kommunikativen Handlungen der anderen Teilnehmer (Experten, Prominente etc.) untersucht. Der Vorwurf, der bloßen Selbstinszenierung ohne Vermittlung von Inhalten galt in der früheren Forschung stets den Politikern. Doch auch bei den anderen Teilnehmern besteht die Möglichkeit, dass ihr tatsächliches Interesse nicht an der Diskussion selbst liegt, sondern beispielsweise daran, ihr Unternehmen, ihre Publikationen etc. in besonders gutem Licht zu präsentieren. Da es sich nicht um Diskussionen hinter verschlossenen Türen, sondern um ein extra für die Zuschauer aufbereitetes Ereignis handelt, liegt ein gewisses Maß an Inszenierung in der Natur der Sache und muss nicht von Grund auf negativ behaftet sein. Jedoch sollte die Art und Weise der Darstellung nicht die Inhalte überdecken, um die es eigentlich geht.

Im Folgenden werden die forschungsleitenden Fragen erläutert.

1.2 Forschungsfragen

FF1. Wie gestaltet sich das kommunikative Handeln der Politiker?

Inwiefern gehen Politiker auf die Argumente der anderen Teilnehmer bzw. auf die Fragen der Moderatoren ein? Wie gestalten sich ihre eigenen Argumente? Sind Begründungen enthalten oder handelt es sich um ausweichende / leere Floskeln?

Werden Geltungsansprüche angezweifelt und eingelöst?

Wie navigieren sie zwischen verständigungsorientiertem und strategischem / dramaturgischen Handeln?

Wie verhält es sich mit ihrem Benehmen (demeanor) und ihrer Ehrerbietung (deference) gegenüber anderen Teilnehmern und den Moderatoren? Wird höflich und achtsam

agiert? Wird unterbrochen, ironisch, sarkastisch, zynisch, spöttisch oder arrogant gehandelt?

FF2. Wie gestaltet sich das kommunikative Handeln von anderen Gästen (Experten²)?

Inwiefern gehen Experten auf die Argumente der anderen Teilnehmer bzw. auf die Fragen der Moderatoren ein? Wie gestalten sich ihre eigenen Argumente? Sind Begründungen enthalten oder handelt es sich um ausweichende / leere Floskeln?

Werden Geltungsansprüche angezweifelt und eingelöst?

Wie navigieren sie zwischen verständigungsorientiertem und strategischem / dramaturgischen Handeln?

Wie verhält es sich mit ihrem Benehmen (demeanor) und ihrer Ehrerbietung (deference) gegenüber anderen Teilnehmern und den Moderatoren? Wird höflich und achtsam agiert? Wird unterbrochen, ironisch, sarkastisch, zynisch, spöttisch oder arrogant gehandelt?

FF3. Wie gestaltet sich das kommunikative Handeln der Moderatoren?

FF3.1 Wie wird die Diskussion geleitet?

Wie gestaltet sich das Eingreifen in den Gesprächsverlauf und wie wirkt es sich auf die Diskussion aus?

Wie wird das Rederecht zugewiesen (turn-Apparat)?

FF3.2 Welche Inhalte tragen die sprachlichen Äußerungen der Moderatoren?

FF3.3 Unterscheidet sich das kommunikative Handeln von Moderatoren in öffentlichen-rechtlichen Sendungen zu jenem in privaten?

² Mit Experten sind Personen gemeint, welche deshalb zu einer politischen Diskussionsrunde eingeladen werden, weil sie über spezifisches Wissen über das zu diskutierende Thema verfügen. Falls ein Experte politisch aktiv sein sollte, wird er in der vorliegenden Arbeit zu der Expertengruppe gezählt, wenn er nicht in einer primär politischen Funktion zur Sendung eingeladen wurde. (Barske 2004: 16)

1.3 Aufbau und Gliederung der Arbeit

Die vorliegende Magisterarbeit umfasst zwei Teile: Teil A legt die theoretischen Grundlagen dar, auf Basis derer die empirische Studie in Teil B durchgeführt wird, an deren Schluss eine Interpretation der Ergebnisse und Zusammenführung beider Teile steht.

Kapitel 2.1 erläutert zunächst den Begriff der *Diskussion* im Allgemeinen, um anschließend in Kapitel 2.2 spezifischer auf die kennzeichnenden Merkmale medialer Diskussionsrunden einzugehen.

In Kapitel 3 erfolgt die Auseinandersetzung mit dem kommunikativen Handeln. Das verständigungsorientierte Handeln wird erörtert und die Möglichkeiten der Anwendbarkeit dieses Idealtyps auf die Realität im Allgemeinen sowie auf politische Diskussionssendungen im Speziellen, wird diskutiert. Daher wird in Kapitel 3.1 der Blick auf das kommunikative Handeln in Massenmedien gerichtet und dessen wesentliche Besonderheiten erläutert. Strategisches und dramaturgisches Handeln sind hierbei die zentralen Themen. In Kapitel 3.2 werden die für diese Arbeit notwendigen Aspekte von sprachlichem Handeln geklärt. Zunächst mit einer kurzen Ausführung zur Sprechakttheorie, um dann spezifischer auf Sprache in der Politik einzugehen. Kapitel 4 erörtert die Potentiale von und Forderungen an Diskussionsrunden im Fernsehen: auf Seiten der Sender (Kapitel 4.1) und der Teilnehmer (Kapitel 4.2). Kapitel 5 stellt schließlich die politischen Fernsehsendungen in Österreich vor dem Hintergrund des dualen Rundfunksystems (Kapitel 5.1) vor und geht genauer auf jene ein, die Teil der Untersuchung sind: *Im Zentrum* (Kapitel 5.2), *60 Minuten Politik* (Kapitel 5.3) und *Am Punkt* (Kapitel 5.4). Ein Exkurs beschäftigt sich mit dem als ideale Fernsehdiskussion bezeichneten *Club 2* (Kapitel 5.5).

Kapitel 6 beschreibt die Rahmenbedingungen der empirischen Analyse. Zunächst wird die Forschungsmethode – die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring – erläutert (Kapitel 6.1). Es folgt die Darstellung der Vorgehensweise (Kapitel 6.2) mit Eingrenzung des Forschungsgegenstands und -zeitraums sowie Erläuterung des detaillierten Kategoriensystems. Kapitel 7 umfasst die Auswertung und Ergebnisdarstellung je Kategorie. In Kapitel 8 werden die Erkenntnisse zusammengefasst, auf Basis der Theorie je Kategorie interpretiert und anschließend diskutiert, um die Forschungsfragen kritisch zu beantworten. In Kapitel 9 erfolgt eine abschließende Zusammenfassung sowie ein Ausblick auf weitere mögliche Forschungsfragen im Zusammenhang mit den Erkenntnissen dieser Arbeit. Kapitel 10 stellt die verwendete Literatur inklusive Internetquellen dar. Das Abkürzungs- und Tabellenverzeichnis findet sich in Kapitel 11. Der Anhang enthält das

transkribierte Datenmaterial, das Abstract in Deutsch und Englisch sowie einen Lebenslauf.

A THEORETISCHE GRUNDLAGEN

2 POLITISCHE DISKUSSIONSRUNDEN IM FERNSEHEN

2.1 *Diskussion* im Allgemeinen

Holly et al. (1986) kommen zu dem Schluss, dass der Begriff *Diskussion* sehr weit gefasst ist. Es muss nicht unbedingt ein bestimmtes Thema festgelegt sein, wenn davon die Rede ist. Zudem wird nicht nur die Art der Konversation damit bezeichnet, sondern auch deren Rahmenbedingungen („Diskussionsveranstaltung“), die (wissenschaftliche) Auseinandersetzung eines Einzelnen mit einem Thema oder zu verschiedenen Zeitpunkten geäußerte öffentliche Meinungen. (vgl. ebd.: 4f.)

Des Weiteren unterscheiden die Autoren zwei Varianten der Diskussion: den Meinungsaustausch und die Entscheidungsfindung, wobei bei letzterer nochmals differenziert wird, ob sie durch „Konsensbildung oder durch Kampfabstimmung“ (ebd.: 6) zustande kommt.

Hier knüpft Barske (2004) an, die Diskussionen im Fernsehen klar dem erstgenannten Bereich, dem des Meinungsaustauschs zugeordnet sieht, da kein Konsens gefunden, sondern Unterschiede besonders stark herausgearbeitet werden sollen (vgl. ebd.: 204).

Auf diese Weise werden die einzelnen Positionen klarer, die Bürger können sie besser verstehen und sich im Idealfall dadurch eine eigene Meinung bilden.

Der alltagssprachliche Gebrauch von *Diskussion* im Sinne von „Meinungsverschiedenheit, Auseinandersetzung“ (Holly et al. 1986: 6) stellt weniger das Austauschen von Argumenten in den Vordergrund, um zu einem Thema eine möglichst differenzierte Sichtweise zu erlangen. Vielmehr bezeichnet der Begriff die gegensätzlichen Positionen bei Streitigkeiten oder Aussprachen. Wenn es aber wichtiger ist, die jeweiligen Interessen einander anzugleichen, als Argumente auszutauschen, befinden sich nicht die Wahrheitsansprüche (i. S. von Habermas; siehe Kapitel 3.1) im Mittelpunkt des Interesses,

sondern das Durchsetzen der eigenen Anliegen, was eigentlich als *Verhandlung* bezeichnet werden sollte und nicht als *Diskussion*. (vgl. ebd.)

Wenn andere Zwecke, wie Streit oder Propaganda mit dem Begriff der *Diskussion* verharmlost werden, wird es problematisch, da Holly et al. (1986) dem Begriff eine hohe Wertigkeit und ideologischen Charakter zusprechen (vgl. ebd.: 10).

Welche Zwecke Diskussionssendungen im Fernsehen erfüllen und durch welche Merkmale sie gekennzeichnet sind, wird im folgenden Kapitel erörtert.

2.2 Kennzeichen medialer Diskussionsrunden

Diskussionen in den Medien haben - wie auch andere medial vermittelte Gespräche - „eine eigene Art von Wirklichkeit“ (Burger 1991: 1), in dem Sinn, dass sie anders als alltägliche Unterhaltungen ablaufen. Zwar sind Konversationen in den Medien – je nachdem wo sie stattfinden – sehr unterschiedlich, haben aber dennoch gewisse gemeinsame Regeln und Rahmenbedingungen, durch die sie sich von jenen in der Realität abheben. (vgl. ebd.) Jene werden im Lauf dieses Kapitels dargestellt.

Die Grenzen von Diskussionssendungen zu anderen medialen Gesprächsformen - wie der Talkshow oder politischen Interviews – sind fließend (vgl. ebd.: 168). Im Gegensatz zum Interview, das vorwiegend aus zwei Dialogpartnern besteht, deren Aufgaben klar zugeteilt sind, umfasst eine Diskussion in der Regel mehrere Teilnehmer, "die unter der Leitung eines Diskussionsleiters innerhalb eines meist von vornherein festgesetzten Zeitrahmens über ein vorgegebenes Thema diskutieren“ (Linke 1985: 23)

Die Grenze zur Talkshow ist etwas schwieriger zu ziehen, da dieser Begriff selbst nicht ganz klar abgesteckt ist (vgl. ebd.: 27). Generell unterliegen alle Fernsehformate einem Wandel und Begriffe, die vor einigen Jahren noch zutreffend waren, können heute verworfen werden (vgl. Keller 2009: 14). Von einigen Autoren wird die Sendungsgattung, die hier als Diskussionsrunde bezeichnet wird, Talkshow genannt (vgl. z.B. ebd. und Tenscher 1999).

In dieser Forschungsarbeit wird allerdings der Begriff Fernsehdiskussion (und ähnliche wie Rundgespräch, Diskussionssendung, -runde etc.) dem der Talkshow vorgezogen, um damit die für mediale Diskussionen charakteristischen Merkmale - wie das Darbieten von „Argumenten und Meinungen“ (Reumann 2000: 107) für die Rezipienten - stärker hervorzuheben.

Weitere Kennzeichen werden im Folgenden genannt.

Schultz (2006) definiert Diskussionsrunden als „nicht fiktionale Fernsehsendungen in denen im weitesten Sinne politische Fragen in der Form eines Gesprächs thematisiert werden.“ (ebd.: 91) Verglichen mit anderen Sendungen, bei denen ein Wechsel der Schauplätze oder Akteure üblich ist, sind der Ort und die typische Ausstattung von Rundgesprächen eher unspektakulär. (vgl. ebd.)

Die eigens für das Fernsehen abgehaltenen Diskussionen finden – ebenso wie in den meisten Fällen der alltägliche Face-to-Face-Kommunikation – unter Anwesenden statt, weisen aber darüber hinaus einige spezifische Merkmale auf: Es gibt einen oder mehrere Moderator(en) und die Gespräche sind professionell gestaltet und kommerziell ausgerichtet. Sie spielen sich vor einem Publikum ab und haben darüber hinaus noch eine größere Reichweite. Sie finden in einem zeitlich und räumlich abgesteckten, durchorganisierten Rahmen regelmäßig statt und sind zudem an die speziellen Bedingungen der durch das Fernsehen vorgegebenen technisch-visuellen Vermittlung gebunden. Schultz (2006) bezeichnet sie als „öffentliche und in hohem Maß inszenierte und dialogische Gespräche“ (ebd. 2006: 92).

Für ein besseres Verständnis bezüglich des Untersuchungsgegenstandes wird im Folgenden genauer auf die einzelnen Merkmale eingegangen.

2.2.1 Öffentliche Inszenierung und Mehrfachadressierung

Petter-Zimmer (1990) definiert Fernseh-Diskussionen als „inszenierte kommunikative Ereignisse, in denen Personen zu einem Gespräch zusammentreffen, das in erster Linie für die zuschauende Öffentlichkeit gedacht ist“ (ebd.: 40). Inszenierung und Sprechen *für* die Zuseher sind laut dieser Begriffsbestimmung also zwei entscheidende Merkmale von Sendungen dieser Art.

Das zweitgenannte ist ein Phänomen, das in der Literatur unterschiedlich bezeichnet wird, prinzipiell aber das Gleiche meint: Petter-Zimmer (1990) spricht von *Mehrfachadressierung*, Dieckmann (1981) von *Dialogizität* und Burger (1984) sowie Linke (1985) – in Anlehnung an den vorigen – von *inneren und äußeren Kommunikationskreisen*.

Beschrieben wird damit die Tatsache, dass es ein Publikum gibt, welches mit den Argumenten der Diskussionsteilnehmer erreicht werden soll, was diese vor eine Herausforde-

rung stellt: die „Außenkommunikation“ muss über die „Binnenkommunikation“ (Petter-Zimmer 1990: 41) - d.h. die Diskussion mit den anderen Teilnehmern - abgewickelt werden.

Die Beschreibung dieses Problems geht auf Dieckmann (1981) zurück, der die kommunikative Grundstruktur von Fernseh-Diskussionen „trialogisch“ nennt – „analog zu monologischer und dialogischer Kommunikation“ (ebd.: 266). „Trialogische Kommunikation lässt sich in eine Binnenkommunikation (hier zwischen den Kontrahenten und den Moderatoren) und in eine Außenkommunikation (vom Zuschauer) aufspalten“ (Petter-Zimmer 1990: 40f.). In diesem ‚Dreiecks-Verhältnis‘ ist es meistens nicht gerne gesehen, direkt zum Publikum zu sprechen, weswegen dies verdeckt erfolgen muss (vgl. ebd.: 42). Die Diskutanten wenden sich daher mit dem Gesagten nur indirekt an die anderen Teilnehmer der Runde, tatsächlich möchten sie aber das Publikum im Saal und vor den Bildschirmen erreichen (vgl. Schultz 2006: 109). „Damit entsteht eine Diskrepanz zwischen dem kommunikativen Verhalten und der Wirkungsintention der Kommunizierenden“ (Dieckmann 1982: 66).

Dieckmann (1981) erklärt dieses Verhalten – eigentlich für den Zuschauer zu sprechen, aber so zu tun, als diskutiere man miteinander – damit, dass die Rezipienten „zuschauend teilnehmen [wollen] an den Prozessen politischer Handlungskoordination zwischen den Politikern, die ihnen sonst unzugänglich sind“ (Dieckmann 1982: 67f.)

Burger (1991) zweifelt jedoch an, dass „die heutigen Medienrezipienten mit ihrer teilweise schon zynischen ‚Aufgeklärtheit‘ und ihrer zunehmend aktiv-selektiven Haltung gegenüber den Medien, tatsächlich erwarten, an realer ‚politischer Handlungskoordination‘ teilnehmen zu können“ (125). Er ist eher der Ansicht, dass „dialogisches ‚Argumentieren‘ - und damit die Kommunikation im inneren Kreis - ein Gütekriterium von Mediengesprächen ist und daß darum die Selbstdarstellung der politischen Position als Argumentation in der Binnenkommunikation realisiert wird“ (125, Hervorhebung im Original).

Dieckmann entspricht damit dem Grundtenor der Forschung der 1980er Jahre, die Inszenierung in politischen Diskussionssendungen als ein Übel ansah, das es auszumerzen galt. Es wurde ein kommunikatives Verhalten gefordert, das die Absichten der Sprecher widerspiegelt. Diese Ansicht kann sehr gut die *Theorie des kommunikativen Handelns* von Habermas (1995 [1981]) (siehe Kapitel 3) als Grundlage für eine optimale Diskussion heranziehen, in der es gilt, die Geltungsansprüche einzuhalten bzw. einzufordern.

Aber auch mit Burgers Auffassung kann man darauf zurückgreifen, denn die Zuschauer wollen auch heute noch – trotz der Tatsache, dass ihnen die Forschung größere Medienkompetenz zuspricht – eine ‚richtige‘ Diskussion sehen (worauf in Kapitel 2.2.3 näher eingegangen wird), auch wenn sie nicht erwarten, am Geschehen teilzuhaben. Daher wird die *Theorie des kommunikativen Handelns* in Kapitel 3 genauer dargestellt und geprüft, inwieweit ihre Aussagen für die Analyse der vorliegenden Forschungsarbeit nützlich sind.

Zuvor aber noch einige Worte, um das Thema der Mehrfachadressierung abzuschließen.

Die vorher angesprochenen Rezipienten der Außenkommunikation können nochmals unterteilt werden: bei Politikern beispielsweise in Politiker/Wähler der eigenen oder der anderen Partei, in Journalisten, die für den Meinungsbildungsprozess von Bedeutung sind etc. Daher hat ein Teilnehmer, bei allem was er sagt, sich gleichzeitig an die unterschiedlichsten Adressaten zu richten, weshalb er verstärkt darauf achten muss, wie er sich selbst darstellt (vgl. Schultz 2006: 106ff). „Die Gesprächsteilnehmer müssen ihren Auftritt mehr oder weniger bewusst im Hinblick auf diese Konstellation inszenieren“ (ebd.: 109).

Petter-Zimmer (1990) sieht diesen scheinbaren Austausch der „besseren Argumente“ (ebd.: 13) als gewollt an von allen an der Diskussion Beteiligten sowie von deren Rezipienten. Ihrer Ansicht nach können Politiker so auf der einen Seite ihre eigentlichen Absichten weniger offensichtlich und dadurch eventuell wirksamer vermitteln. Auf der anderen Seite kann das Medium Fernsehen so seinem Informationsauftrag nachkommen. (vgl. ebd.: 13) Zu guter Letzt werden auch die Erwartungen der Zuschauer damit erfüllt, da diese offensichtliches „Zum-Fenster-hinaus-Reden“ (Dieckmann 1982: 66) kritisieren würden und daher dazu tendieren sich selbst von dieser Kommunikationssituation auszunehmen (vgl. ebd.: 67).

Die Tatsache, dass es hauptsächlich darum geht, für das Publikum zu sprechen, kann allerdings dazu führen, dass es den Diskutanten erstrangig darum geht, sich selbst in möglichst gutem Licht zu präsentieren. Sachliches Argumentieren steht dann möglicherweise erst an zweiter Stelle, wenn mit anderen Mitteln, wie amüsanten Anekdoten, Polemik oder emotionalen Äußerungen die Aufmerksamkeit der Zuschauer leichter erreicht werden kann. (vgl. Schultz 2006: 110)

Allerdings gibt es nach Schultz (2006) gewisse Grenzen, die die Teilnehmer nicht zu überschreiten wagen, wie beispielsweise Beschimpfungen. Ebenso ist es ihnen nicht möglich, sich einer Reaktion zu enthalten, da dies auch bewertet wird. Darüber hinaus

kann respektvolles, argumentatives, aufeinander bezogenes o.ä. Reden durch einen Teilnehmer oder den Moderator eingeführt werden, so dass die anderen Sprecher sich eventuell dazu aufgefordert fühlen, an diesen Stil anzuschließen. (vgl. ebd.: 111)

Darin könnte nun die Aufgabe des Gesprächsleiters bestehen: Die Form der Diskussion so zu prägen, dass verständiges Argumentieren vorherrscht und unsachliche Äußerungen unterbleiben. Ob dies in österreichischen Sendungen der Fall ist und wie gegebenenfalls die Umsetzung erfolgt, wird in der sich an die theoretischen Grundlagen anschließenden empirischen Studie erörtert. Zunächst gilt es noch auf weitere Kennzeichen von Diskussionssendungen einzugehen.

2.2.2 Moderation

Ein entscheidender Unterschied zwischen Diskussionsrunden im Fernsehen und Alltagsgesprächen ist die Moderation. Der Gesprächsleiter soll das Gespräch strukturieren – mit Eröffnung, Beendigung, thematischer Steuerung etc. – sich selbst dabei aber im Hintergrund halten. „Er ‚vermittelt‘ die Begegnung des Gastes mit dem Publikum“ (Burger 1991: 276f.), ersetzt sozusagen den Rezipienten als „Gastgeber“ und agiert als dessen „Vertreter“ (ebd.: 277, Hervorhebung im Original). Je nachdem wie konfliktreich das Gespräch ist, kommt dem Moderator und den Effekten, die er erzielen kann, mehr oder weniger Bedeutung zu. Da sich politische Diskussionssendungen meistens den „kontroversen Debatte(n)“ (Schultz 2006: 102) zuordnen lassen, werden Moderatoren demzufolge „bedeutsam als Wächter der »Streitkultur«“ (ebd.). Nicht zu verwechseln sind sie jedoch mit Mediatoren, die Schlichtung und Vermittlung im Sinn haben. Ganz im Gegenteil - es geht darum, mit journalistischen Fragen die Diskussion so zu lenken, dass die Zuschauer interessiert bleiben, was auch bedeuten könnte, Konflikte zu provozieren, um Spannung zu erzeugen. (vgl. ebd.: 102f.)

Als wesentliche Aufgaben ihres Berufes bezeichnen führende österreichische Innenpolitik-Journalisten die folgenden Aspekte:

1. Transparenz- und Kontrollfunktion: Diese beiden stehen für das Hinterfragen und Aufdecken politischer Prozesse, die Kritik und Kontrolle an politischen Handlungen sowie das Offenlegen vorgetäuschten Agierens, wie z.B. offenkundiger Selbstinszenierung.

2. Interpretationsfunktion: Zum einen soll durch die Komplexitätsreduktion politischer Zusammenhänge bei den Rezipienten ein besseres Verständnis ebendieser bewirkt

werden. Zum anderen wollen argumentative Auseinandersetzungen zur Orientierung und Meinungsbildung der Bürger beitragen.

3. Vermittlung: Informationen sollen möglichst objektiv wiedergegeben werden.

(vgl. Plasser et al. 2004: 260f.)

Der Moderator kann ein beim Fernsehsender angestellter Journalist sein – wodurch er gleichzeitig diese Institution vertritt – oder aus einem anderen Beruf kommen und nur für die Dauer einer Sendung bzw. einer Reihe die Rolle des Gesprächsleiters übernehmen. (Burger 1991: 276)

Am Rande erwähnt werden soll, dass auch den Gästen gewisse Rollen zugeschrieben werden. Für den Moderator kann es dann schwierig werden, wenn diese Rolle nicht akzeptiert wird und beispielsweise ein Gast versucht, die Gesprächsleitung zu übernehmen. (ebd.: 278ff)

2.2.3 Strukturen und Rituale

2.2.3.1 ...der Sendungen

Politische Diskussionssendungen sind professionell und kommerziell organisiert, vorhersehbar, werden öffentlich beworben und finden regelmäßig zu vorher festgelegten Terminen statt. Aufgrund der festen Institutionalisierung verstärkt sich der Interaktionsdruck für die Diskutanten. Sie können nicht einfach schweigen oder gehen. (vgl. Schultz 2006: 104f.) „In Fernsehrunden muss selbst dann gesprochen werden, wenn niemand mehr etwas zu sagen hat. Und umgekehrt zwingt der festgelegte Sendeplatz dazu, die Gespräche zu beenden, auch wenn es noch vieles zu sagen gibt.“ (ebd.: 105)

Durch diese vorgefertigte Struktur der Sendungen sind die Teilnehmer zum einen eingeschränkt, weil sie sich an gewisse Regeln halten müssen, zum anderen kann es aber auch hilfreich sein, da sie so zumindest wissen, worauf sie sich einlassen und sich vorbereiten können – im Gegensatz zu den meisten alltäglichen Gesprächen. (vgl. ebd.)

Holly et al. (1986) führen an, dass die Aufeinanderfolge der Gesprächsbeiträge in TV-Diskussionen im Grunde auf dem Proporz beruht und damit von vornherein festgelegt ist. Die Autoren betrachten dies als maßgebendes Unterscheidungsmerkmal von anderen Gesprächen. (vgl. ebd.: 51)

Darüber hinaus weisen vor allem der Gesprächsbeginn und die -beendigung gewisse ritualisierte Vorgehensweisen auf. Besonders wichtig scheinen die Elemente der Ge-

sprächseröffnung zu sein, damit ein reibungsloser Ablauf in das tatsächliche Gespräch erfolgt:

1. Begrüßung der Zuschauer
2. Einführung in das Thema
3. Vorstellung der Studiogäste
4. Überleitung zum Hauptgesprächsteil
5. Einstiegsrunde

(vgl. Linke 1985: 92)

Zur Verdeutlichung der strukturierten Abläufe werden im Folgenden die Elemente *Gesprächseröffnung*, *Überleitung zum Hauptteil* und *Gesprächsbeendigung* genauer ausgeführt.

- *Gesprächseröffnung*

Bereits vor der eigentlichen Diskussionssendung finden Vorgespräche statt, bei denen die Teilnehmer thematische Schwerpunkte setzen. Die Sendung selbst beginnt mit einer Eröffnungsphase, in der das Thema und die Studiogäste durch den Moderator vorgestellt werden. (vgl. Linke 1985: 57ff.)

Linke (1985) stellt fest, dass sich einige Moderatoren direkt mit einer Anrede an die „Zuschauerinnen und Zuschauer“ (ebd.: 63) wenden, wodurch verstärkt in Hinblick auf die äußere Kommunikationsebene agiert wird. Dies geschieht ebenso, wenn die Diskussteilnehmer vorgestellt werden. Letzteres erfolgt mit gewissen Phrasen, die in allen Sendungen ähnlich sind, weswegen auf sprachlicher Ebene mit bestimmten Eröffnungsritualen zu rechnen ist. In dieser Anfangsphase des Gesprächs ist hauptsächlich der Moderator aktiv, während die Diskutanten ihr verbales Handeln völlig und ihr non-verbales Verhalten sehr stark einschränken, wodurch diese ersten Minuten oft etwas schwerfällig wirken, da keine wirkliche Interaktion stattfindet. (vgl. ebd.: 79f.)

- *Überleitung zum Hauptteil*

Die Überleitung auf die tatsächliche Diskussion ist in allen von Linke (1985) untersuchten Sendungen sprachlich gekennzeichnet, beispielsweise durch die Ankündigung des ersten Diskussionspunktes, die explizite Anrede der Studiogäste (als Wechsel von den zuvor angesprochenen Zuschauern zu den in der Runde sitzenden Diskutanten). Auch mit non-verbalem Verhalten (z.B. Blick in die Runde, Nach-vorne-Lehnen) betont der Moderator seine Hinwendung zur Studiorunde. Aufgrund ihrer Ergebnisse nimmt die Autorin an, dass ein reibungsloser Übergang zum tatsächlichen Gespräch von so großer Bedeutung ist, dass Spontaneität (beispielsweise durch den sprachlichen Einwurf eines Teilnehmers) hier nicht gewünscht ist. (vgl. ebd.: 80ff.)

Inwiefern der Gesprächsverlauf tatsächlich im Vorab geplant wird, kann in der vorliegenden Forschungsarbeit nicht verifiziert werden, da sich die Analyse auf die tatsächlich stattfindenden Sprechhandlungen konzentriert. Es können nur – wie bei Linke – Vermutungen abgeleitet werden.

Vor dem tatsächlichen Gesprächs-Hauptteil gibt es eine sogenannte Einstiegsrunde, in der alle Diskutanten nacheinander vom Moderator aufgefordert werden, etwas zu sagen, was den Charakter eines kurzen Einzelinterviews hat und noch nicht einer Diskussion entspricht. Linke (1985) beschreibt hierbei die besondere Rolle, die die Teilnehmer solcher Sendungen einnehmen: „Sie sollen sich nicht nur über das gestellte Gesprächsthema unterhalten, sondern v.a. auch sich selbst darstellen.“ (ebd.: 87)

- *Gesprächsbeendigung*

Schlussphasen politischer Diskussionssendungen gestalten sich gänzlich konträr zu alltäglichen Gesprächen. Bei letzteren wird das Ende dadurch herbeigeführt, dass es nichts mehr zu sagen gibt, im Fernsehen hingegen ist der Schluss jener Moment, in dem die letzte Gelegenheit besteht, all das anzusprechen, wozu die Teilnehmer bisher noch nicht gekommen sind. (vgl. Jäger 1976: 118 zit. n. Linke 1985: 100) Damit das Gespräch nicht aus dem Ruder läuft, muss der Moderator hierbei oftmals besonders stark eingreifen (vgl. Burger 1991: 24). Nach Ablauf der Sendezeit ist die Diskussion zwar für die Zuschauer, also für die äußere Kommunikationsebene, beendet, kann aber im Studio dennoch weiterlaufen. Oftmals sind diese Gespräche viel enthusiastischer als die zuvor aufgezeichneten, da sich die Teilnehmer nun nicht mehr beobachtet fühlen. (vgl. Linke 1985: 95)

Burger (1991) kommt zu dem Ergebnis, dass das Ende einer moderierten Diskussion immer bewusst stufenweise durch den Gesprächsleiter eingeleitet und mit dessen Schlusswort beendet wird (vgl. ebd.: 24f.). Letzteres stellt auch Linke (1985) als verbindliches Element fest, allerdings ist der vorangehende Beendigungsteil, der durch eine Schlussankündigung eingeleitet wird, ihrer Ansicht nach nicht zwingend und variabel in der Länge. Schlussankündigungen finden beispielsweise statt durch den Hinweis auf das Ende der Sendezeit, die Aufforderung zu einem abschließenden Beitrag oder eine Frage des Moderators (z.B. nach Zukunftsperspektive), die auf das Gesprächsende hindeutet. Als weitere typische Sprechhandlungen des Moderators in der Beendigungsphase gelten Danksagungen an die Gesprächsteilnehmer und Verabschiedung der Zuschauer. Ein Fazit, eine abschließende Einschätzung des Gesprächs o.ä. können aufgrund von Zeitmangel entfallen. Bei den Diskutanten ist auffällig, dass zum Sendungsende hin vermehrt Äußerungen verwendet werden, die eine persönliche Meinung ankündigen, wie zum Beispiel ‚ich glaube‘, ‚ich finde‘, ‚ist mein Standpunkt‘, ‚das dünkt mich‘, ‚ich bin der Meinung‘ etc³. (vgl. ebd.: 102ff.).

In der Schlussphase kommt es auch zu einer Überlagerung der inneren und äußeren Kommunikationsebene, wenn die Gesprächsteilnehmer beispielsweise dazu aufgefordert werden, ein Fazit zu ziehen, Ratschläge zu geben, Zukunftsprognosen zu treffen etc. Diese Sprechhandlungen sind für die Zuschauer gedacht, die Studiogäste bleiben aber weiterhin dabei, nicht direkt in die Kamera zu sprechen und adressieren ihre Äußerungen daher an den Moderator. Verbales und nonverbales Agieren werden somit gezwungenermaßen getrennt, was von den Rezipienten zwar als unecht wahrgenommen, aber dennoch als „*fernsehtypisch*“ akzeptiert wird. (ebd.: 106f., Hervorhebung im Original)

Diese ritualisierten Beendigungen der Gespräche werden in der Forschung oft kritisiert aufgrund von Oberflächlichkeit und nichtssagenden Phrasen. Ein gewisses Maß an stereotypen Floskeln erfüllt laut Linke (1985) aber eine bestimmte Funktion in der Schlussphase, weswegen davon nicht mehr Tiefgründigkeit erwartet werden sollte. Bei diesen Sprechhandlungen verblasst „der Inhaltsaspekt [...] zugunsten des Signalcharakters als Begrüßungs- bzw. Gesprächsbeendigungsformel.“ (ebd.: 108f.)

In der kurzen Zeit, die diesen Sendungen zur Verfügung steht, könnte vermutlich nie ein wirklicher Konsens und somit ein natürliches Ende zustande kommen. Somit sollte ihnen

³ Linke verweist hier auf Keller, Eric (1979). Gambits: Conversational Strategy Signals. In: Journal of Pragmatics, 3 (1979): 219-238. , der diese und ähnliche Signale als ‚conversational strategy signals‘ interpretiert und sie unter der Bezeichnung ‚gambits‘ fasst.

das auch nicht abverlangt und die Floskeln am Schluss nur als abrundende Elemente angesehen werden. Es stellt sich die Frage, ob es ein wirkliches Ende geben würde, wären die Diskussionen nicht zeitlich begrenzt, so wie das im *Club 2*⁴ der Fall war. Dies zu hinterfragen würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, böte aber Anlass für weitere Forschung. Beispielsweise dahingehend, ob/wie sich kommunikative Handlungen im Laufe einer längeren Sendezeit ändern.

2.2.3.2 ...der Sprechakte

Als Grundstruktur für einzelne Sprechakte in öffentlich-rechtlichen Medien gilt laut Burger (1991), dass keine Fragen zu sehr persönlichen und intimen Bereichen gestellt werden dürfen (vgl. ebd.: 75). Der Autor bezieht sich damit auf Holly (1979), der wiederum Goffmans (1956) Theorie von „Deference and Demeanor“ weiterführt, die gewisse Verhaltensregeln beschreibt, welche persönlichen Gesprächen zugrunde liegen.

Hauptsächlich geht es darum, dass – wie oben erwähnt – bestimmte Grenzen nicht überschritten werden dürfen (vgl. ebd.: 481), die die „ideal sphere“ (Simmel 1950: 321 zit. n. Goffman 1956: 481), die den Rezipienten umgibt, verletzen würden (vgl. Goffman 1956: 481). Eine Person muss sich selbst in entsprechendem Licht präsentieren und im Gegenzug von den umgebenden Beteiligten mit angemessener Fürsorge behandelt werden: „The individual acts with proper demeanor while in contact with others and is treated by others with deference“ (ebd. 497). Entsprechendes *Benehmen* und zustehende *Ehrerbietung*⁵ müssen institutionalisiert sein, damit das Individuum sicher sein kann, dass sein Verhalten entsprechend gewürdigt wird (vgl. ebd.). Rituale der Ehrerbietung gegenüber dem Gesprächspartner sind die der Vermeidung und der Zuvorkommenheit – „avoidance“ und „presentational rituals“ (Goffman 1956: 481ff.) Es wird dem Anderen also höflich und achtsam begegnet und vermieden, imageschädigende Sprechakte auszuführen.

⁴ siehe Kapitel 5.5

⁵ Diese Übersetzung findet sich beispielsweise in Goffman (1986 [1971]).

2.2.4 Direkte Kommunikation unter Anwesenden in raum-zeitlicher Eingrenzung

Die direkte Kommunikation unter Anwesenden hat den Vorteil der Flexibilität, aber den Nachteil, dass verschiedene Beiträge ungeordnet ineinander übergehen können und es nicht möglich ist, zu früheren Sequenzen zurückzukehren. Zudem wird von den Teilnehmern unmittelbare Reaktion erwartet. Es besteht keine Gelegenheit, Rücksprache zu halten und die Möglichkeit Fakten zu verifizieren, hält sich in Grenzen. Zwar wäre es möglich, etwas in mitgebrachter Literatur o.ä. nachzusehen, ist aber doch eher unüblich, da es den Gesprächsablauf unterbrechen würde. (vgl. Schultz 2006: 94ff.)

Zudem verpflichten sich die Teilnehmer eines Gesprächs mit ihrer Beteiligung dazu, diese bis zum Schluss beizubehalten (vgl. Goffman 2005: 44). Natürlich bedeutet das nicht, dass die Gäste in einer Diskussionsrunde festgehalten würden, wäre es ihr Wunsch, das Studio zu verlassen. Vielmehr lastet ein sozialer Druck auf ihnen, der sie in schlechtem Licht dastehen ließe, würden sie einfach gehen und sich nicht der Auseinandersetzung stellen.

Schlichtweg nicht mehr zu reden ist ebenso keine Lösung – auch damit wird laut Watzlawick et al. (2007 [1969]) eine Aussage getroffen, denn man kann „nicht *nicht* kommunizieren“ (ebd.: 51, Hervorhebung im Original). Kommunikation betrifft nicht nur Worte, sondern „Verhalten jeder Art“ (ebd.).

Die direkte Gesprächssituation, aus der man nicht einfach verschwinden kann, bietet insofern eine Chance für den Diskurs, da direkt auf das Gesagte Bezug genommen und – wie in Kapitel 3 gezeigt wird – Geltungsansprüche eingefordert werden können (vgl. Schultz 2006: 96).

Bezüglich der Zeit gibt es Regeln, die dafür sorgen, dass diese (durch den Moderator) angemessen auf die verschiedenen Teilnehmer aufgeteilt wird. Immer präsent ist dabei die Knappheit der Zeit. Diese betrifft verschiedene Bereiche – vom „institutionellen Problem“ (der Rahmen, in dem das Format stattfindet, ist klar abgesteckt und kann bei Bedarf nicht erweitert werden) über das „quasi-juristische Problem“ (Frage nach der Gerechtigkeit bei der Aufteilung) bis hin zum „Unterhaltungswert“ (durch den Zeitdruck wird beim Rezipienten Spannung erzeugt) (Burger 1991: 19). Aufgrund dieses Unterhaltungswerts wird der Zeitdruck manches Mal sogar absichtlich von den Moderatoren herbeigeführt,

um die Zuschauer bei Laune zu halten. Aber auch den Diskutanten selbst wird unterstellt, den Zeitmangel zu nutzen – beispielsweise um Argumente nicht ausformulieren zu müssen. (vgl. ebd.: 20f.)

2.2.5 Exkurs: Technisch-visuelle Vermittlung

Bei politischen Fernsehdiskussionen ist nicht nur das gesprochene Wort von Bedeutung, sondern ebenso die Visualität. Seien es die non-verbale Handlungen der Gesprächsteilnehmer bzw. ihr Aussehen (vgl. Schultz 2006: 111f.) oder die durch verschiedene Kameraeinstellungen erzeugten Effekte (vgl. Hickethier 1996: 57). So kann die Art und Weise, wie die Teilnehmer gezeigt werden, ein bestimmtes Bild von ihnen vermitteln.

Auch die Diskutanten selbst können – bewusst oder unbewusst – ihre Wesensmerkmale, Eigenheiten, Vorlieben, Abneigungen oder ähnliches durch ihr non-verbales Verhalten unterstreichen oder überhaupt erst zum Vorschein kommen lassen (Weinrich 1992: 95ff.).

Durch die schlichte Ausstattung des Studios können kleine Veränderungen in Gestik und Mimik besonders in den Mittelpunkt gerückt werden und somit stärker wirken, als dies beispielsweise in aufwändiger gestalteten Shows der Fall wäre. (vgl. Schultz 2006: 111ff.)

Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass nicht von „der Logik visueller Vermittlung im Fernsehen“ (Schultz 2006: 113) gesprochen werden kann, da die Art und Weise der optischen Darbietung zwischen den einzelnen Formaten variiert (vgl. ebd.). Oftmals wird die visuelle Vermittlung als Gefahr für die Qualität des Diskurses empfunden: wenn sachliche Argumente von optischen Eindrücken überlagert werden. Dies kann durch die Sprecher selbst oder die Sendungsregie geschehen oder auch nur in der subjektiven Wahrnehmung der Rezipienten stattfinden (vgl. ebd.).

Vor allem die Kameraführung hat Einfluss darauf, wie das Studio-Gespräch beim Fernsehzuschauer ankommt. Zum einen kann die Art und Weise, wie die Rezipienten die Gesprächsqualität wahrnehmen, variieren – je nach technischer Aufbereitung – und somit aufregender, einfallsloser etc. wirken, als für einen Publikums-Gast im Studio. Zum anderen werden die Formen des Sprecherwechsels oft nicht sichtbar, da in vielen Fällen nur der momentan Redende im Bild ist. (vgl. Burger 1991: 36f.) „Dadurch entgeht dem Rezipienten ein Großteil der kommunikativen (oder parakommunikativen) Aktivitäten, die für den Ablauf von Gesprächen im Alltag wesentlich sind“ (ebd.: 37).

Wenngleich Untersuchungen zur Visualität sowie zu den technischen Bedingungen wichtig sind, für ein umfassendes Bild medial vermittelter Diskussionsrunden, können diese Aspekte im Zuge der vorliegenden Forschungsarbeit nicht analysiert werden, denn der Fokus liegt auf den kommunikativen Handlungen. Die Einbindung non-verbaler Agierens, der Kameraführung, der Schnitte etc. würde den Rahmen dieser Magister-Arbeit überschreiten, da diese Bereiche nicht anhand einer Kategorie zu klären sind – allein für die Gestik hat Lotte Weinrich (1992) 27 verschiedene Handhaltungen definiert (vgl. ebd.: 106ff.). Um den Aspekten der non-verbaler Kommunikation und der technischen Aufbereitung gerecht zu werden, müssten diese differenziert betrachtet werden, was sehr gut im Anschluss einer oder zweier weiterer Forschungsarbeiten geschehen kann, die dann mit den Ergebnissen der vorliegenden verglichen werden können.

2.3 Fazit

Das zweite Kapitel erörterte die wichtigsten Merkmale politischer Fernseh-Diskussionen, um dem Leser deren Besonderheiten deutlich zu machen, die für das Verständnis im weiteren Verlauf dieser Arbeit und besonders für den empirischen Teil von Bedeutung sind.

Zunächst wurde der Begriff *Diskussion* allgemein erläutert und kurz auf seine alltags-sprachliche Bedeutung eingegangen. Dadurch sollten die Unterschiede zur Verwendung im medialen Bereich ersichtlich werden, auf die daran anschließend eingegangen wurde, beginnend mit einer Definition von Fernseh-Diskussionsrunden. Wichtige Merkmale wurden in fünf Unterkapiteln genauer behandelt: 1. die Inszenierung der Teilnehmer in der Öffentlichkeit, sowie das Phänomen der Mehrfachadressierung, 2. die Art und Weise der Moderation, 3. kennzeichnende Strukturen und Rituale im Sendungsablauf und in den Sprechakten der Diskutanten, 4. die Vor- und Nachteile der zeitlich begrenzten, direkten Gesprächssituation sowie 5. die Besonderheiten von Technik und Visualität in der Vermittlung einer Fernseh-Diskussion. Alle genannten Bereiche werden in der Analyse Beachtung finden, nur der letztgenannten kann aus Gründen des Umfangs nicht berücksichtigt werden. Er fand aber dennoch Erwähnung in diesem Kapitel, da er eine große Rolle spielt für mediale Diskussionsrunden und somit Anreiz bieten kann für eine nachfolgende Forschungsarbeit.

3 KOMMUNIKATIVES HANDELN

Kommunikatives Handeln ist ein Teilaspekt des sozialen Handelns, d.h. es geschieht „explizit und bewusst auf (mindestens einen) andere(n)“ (Burkart 2002: 25). Es verfolgt zwei Ziele: Erstens die allgemeine Absicht etwas mitteilen zu wollen, wodurch Verständigung mit dem anderen Kommunikationsteilnehmer erreicht werden soll. Das ist dann der Fall, wenn das, was der eine Gesprächspartner meint, vom anderen geteilt wird. Zweitens wird durch kommunikatives Handeln beabsichtigt, die eigenen Interessen zu verwirklichen. Dieses Ziel ist erreicht, wenn das beabsichtigte Ergebnis eintritt. (vgl. ebd.: 26f.)

Ein wichtiger Hinweis hierzu ist der Unterschied zwischen kommunikativem Handeln und Kommunikation. Ersteres ist zwar die Voraussetzung für letzteres, aber nicht die ausreichende. Durch kommunikatives Handeln *kann* Kommunikation entstehen, muss aber nicht. (vgl. ebd.: 29)

Die „allgemeinen Voraussetzungen kommunikativen Handelns“ (Habermas 1976: 174) beschreibt Habermas mithilfe der sogenannten *Universalpragmatik*, die „die Aufgabe [hat], universale Bedingungen möglicher Verständigung zu identifizieren und nachzukonstruieren“ (ebd.: 174). Er stellt die sprachlichen Handlungen in den Mittelpunkt der Analyse und lässt nonverbale Kommunikation außer Acht, da er die Sprache auf der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe als das Mittel zur Verständigung ansieht. Andere Formen des sozialen Handelns hält er nicht für unwichtig, aber er sieht sie als Ableitungen aus dem verständigungsorientierten Handeln, weswegen sie nicht Teil seiner Analyse sind. (vgl. Habermas 1976: 175)

Watzlawick et al. (2007 [1969]) hingegen sehen es als notwendig an, jegliches menschliche Verhalten, also auch das nonverbale, in die Analyse einzubeziehen, um ein vollständiges Bild der Kommunikation zu erhalten. Nach der Auffassung dieser Autoren ist es unmöglich, „nicht *nicht* [zu] kommunizieren“ (ebd.: 51, Hervorhebung im Original) – auch durch Schweigen und auf den Boden starren innerhalb eines sozialen Gefüges würde man demzufolge etwas ausdrücken. (vgl. ebd.)

Besonders in politischen Diskussionsrunden wäre das nicht-sprachliche Agieren von großem Interesse – man denke an kleine mimische Zeichen wie hochgezogene Augenbrauen oder spöttische Blicke bis hin zu energischen Gesten wie ausholenden Handbe-

wegungen oder geballten Fäusten. Um dem Anspruch einer wissenschaftlichen Analyse gerecht zu werden, müsste dies alles aber so detailliert untersucht werden, dass es – zusätzlich zu den sprachlichen Handlungen – den Rahmen dieser Magisterarbeit sprengen würde. Sehr gut vorstellbar wäre eine eigenständige Untersuchung, die an die Ergebnisse der vorliegenden anknüpfen und sich explizit dem nonverbalen Bereich widmen könnte.

Daher bleibt diese Forschungsarbeit auf den Spuren von Habermas und konzentriert sich auf das sprachliche Agieren.

Habermas Vorstellung vom verständigungsorientierten Handeln zielt ab auf eine „Einkung unter sprach- und handlungsfähigen Subjekten“ (Habermas 1995 [1981]: 386). Das bedeutet nicht, dass die Gesprächspartner am Ende der Konversation einer Meinung sein müssen. Es heißt vielmehr, dass sie zu dem, was die anderen gesagt haben, Stellung nehmen und diese Entscheidung begründen sollen. Das geschieht, indem vom Sprecher Geltungsansprüche erhoben werden und die anderen Teilnehmer diese mithilfe von Argumenten entweder anerkennen oder ablehnen. (vgl. ebd.: 339, 387)

Als Geltungsansprüche werden genannt: objektive Wahrheit der Aussage, subjektive Wahrhaftigkeit der Sprecherintention, normative Richtigkeit der Sprechhandlung sowie Verständlichkeit der Ausdrücke. (vgl. Habermas 1995 [1981]: 71, 149)

Zum Thema gemacht werden Geltungsansprüche im Diskurs.

In Diskursen suchen wir ein problematisiertes Einverständnis, das im kommunikativen Handeln bestanden hat, durch Begründung wiederherzustellen. (Habermas 1975 [1971]: 115)

Dazu wird die „ideale Sprechsituation“ (ebd.: 136) vorausgesetzt, die sich dadurch auszeichnet, nicht durch Einflüsse von außen oder kommunikationseigene Zwänge beeinträchtigt zu sein. Somit wird eine Verzerrung der Kommunikation ausgeschlossen – das bessere Argument soll sich durchsetzen. Alle Kommunikationsteilnehmer haben die gleichen Chancen in den Dialog einzutreten, Sprechakte auszuüben, Geltungsansprüche zu begründen oder zu widerlegen (vgl. ebd.: 137)

In der Realität tritt dieser Idealtyp allerdings nicht ein, da es insbesondere in der öffentlichen Diskussion oft darum geht, Einfluss auszuüben (vgl. Schulz 2009: 189). Habermas (1975 [1971]) bezeichnet die Bedingungen der idealen Sprechsituation selbst als „kontrafaktisch“ (ebd.: 140). Für den Ablauf von Kommunikation ist es dennoch notwendig, dass sie von den Teilnehmern als real unterstellt werden (vgl. ebd.).

Daher sollen sie auch als Grundlage dieser Forschungsarbeit dienen, um das kommunikative Handeln in Fernseh-Diskussionen theoretisch einordnen zu können. Es soll analysiert werden ob und in welchem Maße Debatten im medialen Umfeld diesem idealen Modell nahe kommen, um schließlich daraus abzuleiten, inwiefern Verbesserungen möglich sind.

Denn an Diskussionssendungen im Fernsehen werden gewisse Anforderungen gestellt (worauf in Kapitel 4 näher eingegangen wird), bei denen Parallelen gezogen werden können zum Diskurs-Verständnis von Habermas.

Bevor auf diese Anforderungen eingegangen wird, bedarf es aber noch weiterer Erörterung der Frage, wie Verständigung erreicht werden kann.

Um Verständigung zu erzielen, müssen die Gesprächsteilnehmer sich zeitgleich auf zwei Ebenen⁶ der Kommunikation treffen: 1.) auf der „Ebene der Gegenstände, über die sie sich verständigen (Dinge, Ereignisse, Zustände, Personen, Äußerungen und Zustände von Personen)“ (Habermas 1975 [1971]: 105, Hervorhebung im Original) sowie 2.) auf der „Ebene der Intersubjektivität“ (ebd.), die thematisiert, wie die Aussage gemeint ist (vgl. ebd.).

In den meisten Fällen wird letzteres, also der eigentliche Sprechakt, aber nicht konkret in der sprachlichen Äußerung benannt. Beispielsweise wird in den meisten Fällen nicht gesagt: ‚Ich warne Sie, falsche Informationen weiterzugeben.‘, sondern eher ‚Sie sollten besser keine falschen Informationen weitergeben.‘. Der Sprechakt *Warnen*, der ausdrückt, wie die Aussage gemeint ist, ist im zweiten Satz also nur implizit enthalten. In solch einem Fall ist es für den Empfänger einer Botschaft schwierig, die Intention des Sprechers zu erkennen. Dies kann aber über die Interpretation des Kontextes bewerkstelligt werden. (vgl. Burkart 2002: 82f.)

Kommt keine Verständigung zustande, liegen nach Badura (1971) sogenannte Sprachbarrieren vor, die durch Nicht- oder Missverstehen zustande kommen. Nichtverstehen kann eintreten, wenn der Adressat schlichtweg nicht erkennt, dass es sich überhaupt um eine sprachliche Äußerung handelt, beispielsweise aufgrund von Störgeräuschen oder wenn seine sprachlichen Symbolvorräte nicht mit denen des Senders übereinstimmen. (vgl. ebd.: 154ff.)

⁶ Dieser Sachverhalt wird von Watzlawick et al. (2007 [1969]) mit den Begriffen „Inhalts- und Beziehungsaspekt“ (ebd.: 53) beschrieben (siehe Kapitel 2.2.1).

Im Beispiel der TV-Diskussionen könnten durch technische Probleme im Studio Störgeräusche entstehen, die sich aber wohl kaum auf die Diskutanten, sondern eher auf die Zuschauer vor den Bildschirmen auswirken würden. In diesem Zusammenhang wird das Thema der Mehrfachadressierung relevant, das in Kapitel 2.2.1 beschrieben wurde. Im Zuge dieser Magisterarbeit kann allerdings nicht weiter darauf eingegangen werden, da die Auswirkungen auf die Zuschauer nicht das Thema sind, sondern vielmehr Gegenstand einer eigenen Forschungsarbeit sein könnten.

Ein Nichtverstehen aufgrund unterschiedlicher Sprachkenntnisse wird ebenso kaum eintreten, da die Sendungen im österreichischen Fernsehen stattfinden und im Normalfall allen Teilnehmern die deutsche Sprache gemein ist. Jedoch könnte ein Teilnehmer zu (fach)spezifischen Ausdrücken, Slang-Begriffen o.ä. greifen, die den anderen Diskutanten unbekannt sind, was ein Nichtverstehen zur Folge haben könnte. Daraufhin müssten die Hörer den Geltungsanspruch der Verständlichkeit anzweifeln um die Qualität der weiterlaufenden Diskussion oder überhaupt eine Fortführung der Kommunikation zu gewährleisten.

Missverstehen kann eintreten, wenn das Gesagte vom Hörer anders interpretiert wird, als es der Sprecher gemeint hat, weil die verwendeten Wörter zwar beiden Gesprächsteilnehmern bekannt sind, aber sie mit jeweils unterschiedlichen Bedeutungen verknüpft sind (vgl. Badura 1971: 155).

Daraufhin kann – je nachdem, wie es missverstanden wurde – jeder der Geltungsansprüche kritisiert werden und der Kommunikator kann seine Aussage mit anderen Worten und zusätzlichen Erklärungen wiederholen.

Ob und in welchem Ausmaß Geltungsansprüche in Diskussionssendungen angezweifelt werden, wird im empirischen Teil dieser Arbeit überprüft.

3.1 Kommunikatives Handeln in den Massenmedien

Die Tatsache, dass Diskussionsrunden im Fernsehen nicht um der Diskussion willen, sondern für ein Publikum stattfinden, erfordert einen weiteren Blick auf das kommunikative Handeln: es gilt die Rahmenbedingungen der Massenmedien, konkret die des Fernsehens, zu betrachten.

Massenkommunikation ist laut Maletzke (1963) „jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich, durch technische Verbreitungsmittel, indirekt und einseitig an ein

disperses Publikum vermittelt werden“ (ebd.: 32). ‚Indirekt‘ steht dabei für (räumliche, zeitliche oder raumzeitliche) Distanz zwischen Kommunikator und Rezipient. Ein ‚disperses Publikum‘ ist keine längerfristige Gruppe, sondern existiert nur für jenen Fall der gleichzeitigen Zuwendung zu einem bestimmten Medium. (vgl. ebd.: 28)

Politiker, die in massenmedialen Diskussionsrunden kommunikativ handeln, stehen vor einem Dilemma, da dort verständigungsorientiertes und strategisches Handeln aufeinanderstoßen. Letzteres bezeichnet die „wechselseitige Beeinflussung von zweckrational handelnden Gegenspielern“ (Habermas 1995 [1981]: 385).

Im Fall der Politiker bedeutet dies, dass sie sich zum einen an den Geltungsansprüchen (siehe oben) orientieren, sich also gegenüber ihren Gesprächspartnern und auch vor den Zuschauern verständlich, richtig, wahr und wahrhaftig auszudrücken sollen.

Zum anderen müssen sie, um der Partei willen, strategisch handeln: den eigenen Standpunkt positiv präsentieren, den des Kontrahenten ablehnen, sich Handlungsspielräume offen halten, Leistungs- und Durchsetzungsvermögen zeigen sowie vermeiden, sich durch das Gesagte Gegner zu machen, die für die Partei wichtig sein könnten. Für die sprachlichen Handlungen bedeutet das Legitimieren bis hin zum Loben der eigenen Position einerseits und Delegitimieren bis hin zum Polemisieren der Gegner andererseits. (vgl. Klein 1996: 10ff.)

Strategisches Handeln muss aber nicht per se negativ sein – ein strategisches Argument ist nicht automatisch von geringerem Wert, als eines, das auf Verständigung ausgerichtet ist. Allerdings sinkt bei strategischem Handeln laut Schulz (2006) „die Wahrscheinlichkeit [...], dass *überhaupt* triftige Argumente vorgebracht werden“ (ebd.: 68, Hervorhebung im Original). Zudem ist es in diesem Fall möglich, dass früher getätigte Aussagen ohne plausible Gründe zurückgenommen werden. (vgl. ebd.)

Weshalb Argumentation so wichtig ist für eine gelungene Diskussion, wird in Kapitel 4.2.2 erläutert.

In den Bereich des strategischen Kommunizierens fällt auch das, was Journalisten an Gesprächen mit österreichischen Spitzenpolitikern kritisieren: die „Tendenz zu ausweichenden Antworten auf präzise Fragen [und] repetitive ‚Phrasendrescherei‘“ (Plasser et al. 2004: 288).

Bei der Untersuchung von Plasser et al. (2004) ging es zwar um die Qualität von Interviews und nicht um die von TV-Diskussionen, dennoch kann sie als Anhaltspunkt für den

empirischen Teil dieser Arbeit dienen, da es sich in beiden Fällen um Gespräche handelt.

Somit ist strategisches Handeln in politischen Diskussionssendungen also kritisch zu betrachten. Es stellt sich nun die Frage, ob dieses Problem des Navigierens zwischen verständigungsorientiertem und strategischem Handeln nur auf die Politiker zutrifft, so wie es Girth formuliert hat, oder auch auf die anderen Teilnehmer. Oder ob diese Annahme eventuell schon veraltet ist bzw. nicht auf österreichische Sendungen zutrifft. Dies gilt es im empirischen Teil dieser Arbeit zu untersuchen.

Eine weitere Betrachtung innerhalb des kommunikativen Handelns in Massenmedien gilt dem dramaturgischen Handeln.

Laut Goffman (1980 [1977]) würden Personen mit dem was sie sagen oder fragen oft keine tatsächlich darauf bezogene Reaktion oder Antwort erwarten, sondern vielmehr eine „Wertschätzung für eine Darbietung“ (ebd.: 586). Denn es scheint, als ob sich Menschen geschützter fühlen, wenn sie nicht als sie selbst agieren (vgl. ebd.), sondern hinter einem „Rahmen“ (ebd.: 587) als „gestaltete[] Figur“ (ebd.: 588).

An Goffmans Rahmen-Analyse anschließend folgern Holly, Kühn und Püschel (1986) dass es in den meisten Fällen der öffentlichen politischen Kommunikation ein Phänomen gibt, das man als „Doppelrahmung oder Rahmentransformation“ (ebd.: 17) bezeichnen könnte. Der primäre Rahmen der Situation, beispielsweise politische Werbung, wird dabei verdeckt vom sekundären Rahmen – einer vorgeführten Diskussion. Die Teilnehmer der Sendung können dabei wie Schauspieler „aus dem Rahmen“ oder „aus der Rolle fallen“ (ebd.), so dass der primäre Rahmen mehr zum Vorschein kommt, als vorgesehen (vgl. ebd.).

Burger (1991) jedoch widerspricht der Ansicht, Gesprächssendungen „seien gar *keine wirklichen Diskussionen*, sondern nur *Show*, nur *Inszenierung* etc.“ (ebd.: 140, Hervorhebung im Original). Dem Autor zufolge wird

Diskussion [...] durch die kommunikativen Bedingungen und das interne Wertesystem des Mediengesprächs zu einer Gesprächsform sui generis, die man nicht an einem idealtypischen Diskurs messen sollte, in dem es keine Herrschaft, keine Diskrepanz zwischen zur Schau gestellten und verborgenen Zielen, keine Unkooperativität und schon gar keine Böswilligkeit gibt.

(ebd.: 140f., Hervorhebung im Original)

Wie bereits zu Beginn dieses Kapitels angeführt wurde, konstatierte Habermas selbst, dass diese ideale Sprechsituation in den Massenmedien nicht möglich sei. Vollständig ist

sie ohnehin nie zu erreichen. Im empirischen Teil dieser Arbeit soll aber dennoch geprüft werden, inwiefern Diskussionsrunden sich an dieses Ideal zumindest annähern und welche Rolle die Geltungsansprüche spielen.

Weitere Überlegungen werden sich damit befassen, ob es möglich ist, für diese *eigene Art* von Gesprächen – wie Burger die medialen Diskussionssendungen bezeichnet – aus dem Untersuchungsmaterial Rahmenbedingungen für eine ideale mediale Sprechsituation abzuleiten.

Zum Abschluss des Kapitels über kommunikative Handlungen in den Massenmedien soll noch ein Oxymoron genannt werden, das besonders ist für mediale Gespräche.

Burger (1991) formuliert es in Anlehnung an Watzlawick et al. (2007 [1969]) mit den Worten: „Sei spontan!“ (ebd.: 184; vgl. Burger 1991: 49ff.). Dies ist nicht nur ein Widerspruch in sich, sondern auch einer zur journalistischen Professionalität. Da den Rezipienten zwar bewusst ist, dass Fernsehsendungen durchgeplant sind, sie aber auf dem Hintergrund dessen dennoch Spontaneität erwarten, muss der Moderator diese beiden Extreme austarieren. (vgl. ebd.: 50) Daher ist es für den Zuschauer besonders spannend, wenn sich unerwartete Wendungen im Gespräch ergeben: wenn der Moderator angegriffen oder übergangen wird, der ursprüngliche Gesprächsplan nicht mehr verfolgt werden kann etc. (vgl. ebd.: 69).

Allerdings: ganz natürlich soll das im Fernsehen Gezeigte doch nicht sein. Eine gewisse mediengerechte Darbietung der Ereignisse, die sie von dem abhebt, was der Zuschauer aus dem eigenen Leben kennt, wird erwartet. (vgl. ebd.: 70ff.)

Im Folgenden werden kurz wesentliche Merkmale der Sprechakttheorie dargestellt. Dies geschieht nur rudimentär, da keine darauf basierende Untersuchung erfolgen soll, aber dennoch einige Begriffe wichtig sind für die später folgende Inhaltsanalyse. Anschließend wird spezifisch auf Sprache in der Politik eingegangen, um deren Besonderheiten für die empirische Studie herausarbeiten zu können.

3.2 Sprache und sprachliches Handeln

3.2.1 Sprechakttheorie

Die simple Grundlage, auf der die Sprechakttheorie aufbaut, lautet: „Eine Sprache sprechen bedeutet, Sprechakte auszuführen“ (Searle 1971 [1969]: 30), die bestimmten Regeln folgen. Das entscheidende Element hierbei ist nicht das Wort oder der Satz an sich, sondern dessen „Produktion oder Hervorbringung [...] im Vollzug des Sprechaktes“ (ebd.).

Im Detail bedeutet das, dass bei der Äußerung eines Satzes drei verschiedene Akte vollzogen werden: *Äußerungsakte* (Äußerung von Wörtern, Morphemen, Sätzen), *propositionale Akte* (Prädikation und Referenz) und *illokutionäre / illokutive Akte* (Behaupten, Fragen, Befehlen, Versprechen usw. (vgl. ebd.: 40)

Ein illokutionärer Akt ist grammatikalisch gekennzeichnet durch einen vollständigen Satz, welcher aber auch aus nur einem Wort bestehen kann. Propositionale Akte sind Teile von Sätzen und somit Teile von illokutionären Akten: Bei der Prädikation handelt es sich um Eigenschaften die der Sprecher Objekten zuordnet, durch die Referenz nimmt er Bezug auf Eigennamen, Pronomen und bestimmte andere Arten von Nominalausdrücken. An die drei oben genannten Akte fügt Searle noch Austins Begriff des *perlokutionären Aktes*, der Konsequenzen oder Wirkungen illokutionärer Akte beschreibt (überreden / überzeugen, erschrecken / alarmieren, dazu bringen, etwas zu tun usw.). (vgl. ebd.: 42f.)

Illokutionäre Akte werden immer zusammen mit propositionalen und Äußerungsakten vollzogen, wohingegen ein Äußerungsakt auch ohne die beiden anderen ausgeführt werden kann. Demnach können Wörter und ganze Sätze geäußert werden, ohne etwas zu sagen. (ebd.: 40f.).

Diese Annahme steht allerdings im Gegensatz zu dem bereits erwähnten Axiom von Watzlawick et al. (2007 [1969]) „Man kann nicht *nicht* kommunizieren“ (ebd.: 51, Hervorhebung im Original), da auch mit einem scheinbar inhaltlosen Satz oder einem zusammenhanglosen Wort etwas ausgedrückt wird.

Allerdings mag dies für die anderen Kommunikationsteilnehmer nicht immer gleich schlüssig sein, d.h. sie verstehen zwar den Äußerungs- und propositionalen Akt, nicht aber den illokutionären Akt, also die Bedeutung der Worte.

Hier kommen nun die in Kapitel 3 ausgeführten Geltungsansprüche von Habermas (1995 [1981]: 71, 149) ins Spiel: die Verständlichkeit muss kritisiert werden, um den Sprecher zu einem präziseren Ausdruck aufzufordern.

Außerdem wichtig für die Analyse der sprachlichen Handlungen in politischen Diskussionsrunden ist der sogenannte *turn-Apparat* (Ehlich 2007: 50). Mit *turn* wird das Erhalten des Rederechts in einem Diskurs bezeichnet. Die *turn*-Verteilung gestaltet sich charakteristisch für bestimmte Arten von Gesprächen. Beispielsweise ist sie in schulischen Situationen nicht als neutral anzusehen, sondern drückt Machtverhältnisse aus. (vgl. ebd.)

Wie sich die *turn*-Verteilung in politischen Diskussionsendungen gestaltet, ob dort beispielsweise auch Machtverhältnisse durch das Verhalten der Moderatoren oder der einzelnen Teilnehmer erkennbar sind, wird im empirischen Teil dieser Arbeit geprüft.

3.2.2 Sprache in der Politik

„Sprache ist nicht nur irgendein Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit.“ (Girnth 2010)

Der vom deutschen Sprachwissenschaftler Heiko Girnth beschriebene hohe Stellenwert von Sprache im politischen Bereich ist nicht erst seit Kurzem bekannt. Man denke nur an einschneidende Ereignisse im Lauf der Geschichte, die durch Propaganda oder Hetze erreicht wurden. Selbst die brutalsten diktatorische Systeme haben immer auch Sprache eingesetzt, um ihre Ziele zu erreichen oder dies wenigstens zu unterstützen (vgl. Schlosser 1987:101).

Wenn man Politik so versteht wie der Politikwissenschaftler Lübbe (1975), nämlich als „Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaften zu erzeugen“ (ebd.: 107), ist es nicht verwunderlich, dass sich führende Politiker in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten immer intensiver mit ihrem Auftreten auseinandergesetzt und inhaltliche Aufgaben vermehrt an die Mitarbeiter abgegeben haben. Besonders das kommunikative Handeln steht nun stärker im Mittelpunkt. (vgl. Plasser / Ulram 2004: 392)

Somit steigen auch die Erwartungen der Bevölkerung sowie die der Medien an das kommunikative Agieren der politischen Akteure. Wegen dieses Drucks, sich rhetorisch in das rechte Licht zu rücken und aufgrund der Mehrfachadressierung in TV-Diskussionsrunden (siehe Kapitel 2.2.1), wirkt das Sprechen oft inszeniert. (vgl. Girnth 2010)

Wozu wird Sprache in der Politik nun aber konkret benötigt?

Allem voran zur Information der Bevölkerung über Vorhaben und Entscheidungen. Die Themen sind dabei breitgefächert, da im Endeffekt alles, was die Allgemeinheit interessiert, politisch relevant sein kann. Darüber hinaus müssen Politiker ihr Handeln aber auch „begründen, analysieren, kritisieren und rechtfertigen“ (Girnth 2010).

Aufgrund der oben genannten Zustimmung, die es zu erreichen gilt, geht mit dem Informieren häufig auch Überreden einher, weswegen die politische Sprache oft als „informativ-persuasiv[]“ (ebd.) bezeichnet wird. Durch Persuasion versuchen Politiker die Befürwortung der Bürger zu erlangen, um (wieder) gewählt zu werden bzw. ihr Amt mit Rückhalt aus der Bevölkerung ausführen zu können. (vgl. ebd.)

Einer der es sehr gut verstand, das Fernsehen für sich und diese Befürwortung zu nutzen, war der ehemalige FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider. Vor allem in Diskussionsrunden brillierte der „Gladiator“ (Plasser 1993: 198) gegenüber seinen politischen Konkurrenten „durch scharfe Pointen, bildhafte Vergleiche und sarkastische Polemik“ (ebd.).

Haider schaffte es also, sich selbst mithilfe sprachlicher Mittel optimal darzustellen und so politische Erfolge zu erzielen (vgl. ebd.).

Sprachliche Mittel sind von großer Bedeutung in der öffentlichen politischen Kommunikation. Wie eben erwähnt spielen bildhafte Vergleiche eine Rolle – sogenannte „Wortzusammensetzungen (Komposita) und Metaphern“ (Girnth 2010) werden vor allem dann verwendet, wenn die Adressaten überzeugt werden sollen. In ersteren wird oft bereits eine bestimmte Überzeugung mittransportiert, die zweitgenannten dienen hauptsächlich dem besseren Verständnis dessen, worüber gesprochen wird.

Trotz dieses Bestrebens, die Angelegenheiten möglichst klar zu vermitteln, können Missverständnisse zwischen Politikern und Bürgern entstehen, wenn deren jeweilige Bedeutungen oder Wertungen nicht übereinstimmen. (vgl. ebd.)

Als wichtigste politische Sprechhandlung in der Öffentlichkeit bezeichnet Girnth (2010) die des „Argumentieren[s]“ (ebd.), worauf in Kapitel 4.2.2 noch ausführlicher eingegangen wird.

3.3 Fazit

Kapitel 3 diente zur theoretischen Einordnung des kommunikativen Handelns. Dieses besteht aus verbalem und nonverbalem Handeln. Ein Teil der Wissenschaftler konzentriert sich auf ersteres, wohingegen ein anderer Teil die Meinung vertritt, dass jegliches menschliche Verhalten Kommunikation sei und es somit nicht möglich ist, nicht zu kommunizieren, auch wenn man sich sprachlicher Äußerungen enthält. Forschungsbedarf bestünde in beiden Bereichen, aus Gründen des Umfangs kann sich die vorliegende Forschungsarbeit aber nur auf einen konzentrieren. Es wurde das verbale Handeln gewählt, um sich auf Basis dieser Ergebnisse dann später tiefergehend mit den verschiedensten Formen nicht-sprachlichen Verhaltens befassen zu können. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Auffassung vom verständigungsorientierten Handeln nach Habermas, dem die Geltungsansprüche Verständlichkeit, Richtigkeit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit zugrunde liegen. Diese sollen im Diskurs kritisiert und argumentativ eingelöst werden.

Es handelt sich bei diesem Modell um ein ideales, nicht der Realität entsprechendes. Es ist also von vornherein klar, dass die zu untersuchenden Sendungen den Kriterien nicht entsprechen. Mit der nachfolgenden empirischen Analyse soll geprüft werden, wie nah die Realität dem Idealtyp kommt und wie das kommunikative Handeln in politischen Diskussionsrunden optimiert werden könnte. Daher war es auch von Bedeutung, Möglichkeiten für Sprachstörungen aufzuzeigen, da diese für Beeinträchtigungen einer optimalen Diskussion sorgen können.

Im Anschluss wurde konkret auf das kommunikative Handeln innerhalb des Massenmediums Fernsehen eingegangen, da dieses Spezifika aufweist, die es von der gewöhnlichen Face-to-Face Kommunikation unterscheidet. Vor allem Politiker, die im Fernsehen auftreten, befinden sich in dem Konflikt, zum einen verständigungsorientiert und zum anderen strategisch zu handeln. Letzteres ist deswegen nicht erstrebenswert für eine gelingende Diskussion, da es dort an Argumenten und verbindlich geäußerten Sprechakten mangelt.

Ein weiterer wichtiger Punkt zu Gesprächsrunden in den Massenmedien betrifft die dortige Inszenierung und den Vorwurf, diese Sendungen böten nur Bühnen für Selbstdarstellung und keine wirklichen Diskussionen. Diese Sichtweise wurde zur Diskussion gestellt um daraus Fragestellungen für den empirischen Teil der Arbeit ableiten zu können.

Der ‚Spontanitätsanspruch‘ politischer Diskussionssendungen wurde erwähnt, da er einen Widerspruch in sich und somit eine weitere Schwierigkeit für eine gelungene Diskussion darstellt.

Anschließend wurden kurz Erläuterungen zu jenen Begriffen aus der Sprechakttheorie angeführt, die für die empirische Studie von Bedeutung sind. Es handelt sich dabei um die propositionalen Akte Prädikation und Referenz, da mit diesen die Bezugnahme der Teilnehmer innerhalb des Gesprächs geprüft werden kann sowie um den illokutionären / illokutiven Akt des Behauptens, da anhand dessen analysiert wird, ob Behauptungen argumentativ untermauert werden. Darüber hinaus ist der turn-Apparat wichtig für die Untersuchung. Damit wird der Wechsel des Rederechts in einem Diskurs bezeichnet.

Abschließend wurde auf diejenigen sprachlichen Merkmale eingegangen, die spezifisch für die Politik sind, um diese Besonderheiten dem empirischen Teil der Arbeit zugrunde legen zu können.

4 POTENTIALE VON UND FORDERUNGEN AN DISKUSSIONSRUNDEN IM FERNSEHEN

4.1 Auf Seiten der Sender

Fernseh-Diskussionen sind für die Öffentlichkeit aufbereitete Ereignisse. Zwar können die Bürger nicht direkt an der Runde teilhaben, jedoch sind all jene, die über einen TV-Zugang verfügen, in der Lage, das Geschehen zu rezipieren. Zudem werden aktuell immer mehr Bemühungen unternommen, das Volk einzubinden, indem es Fragen zum laufenden Gespräch stellen kann, z.B. per E-Mail, Video-Botschaft, Blog-, Twitter- oder Facebook-Nachricht (vgl. ATV.at 2013). Schon alleine durch die Rezeption besteht die Möglichkeit, dass diese Sendungen zur Information und Anschlusskommunikation dienen, indem sich die Bürger über das Gesehene eine eigene Meinung bilden. (vgl. Schultz 2006: 31ff.) Die interaktive Beteiligung könnte diesen Effekt noch verstärken.

In dem Sinn wie Habermas (1994 [1992]) deliberative Politik – die Basis der Demokratie – (vgl. ebd.: 359) definiert, können sich die Bürger durch diese Information am öffentlichen Diskurs beteiligen, so dass „eine mehr oder weniger rationale Meinungs- und Willensbildung über gesamtgesellschaftlich relevante und regelungsbedürftige Materien stattfinden“ (Habermas 1994 [1992]: 362) kann. Gemäß diesem Konzept ist das Niveau auf welchem ein Diskurs dieser Art stattfindet, wichtig für die integrative Funktion einer Gesellschaft (vgl. ebd.: 369). Demzufolge sollen sich die Massenmedien als

Mandatar eines aufgeklärten Publikums verstehen, dessen Lernbereitschaft und Kritikfähigkeit sie zugleich voraussetzen, beanspruchen und bestärken; sie sollen [...] ihre Unabhängigkeit von politischen und gesellschaftlichen Akteuren bewahren; sie sollen sich unparteilich der Anliegen und Anregungen des Publikums annehmen und den politischen Prozeß [...] einem Legitimationszwang und verstärkter Kritik aussetzen. (ebd.: 457)

Zwar kann sich laut Schultz (2006) in politischen TV-Diskussionen kein Diskurs im Sinne einer Lerngemeinschaft entfalten, aber sie können dennoch einen Beitrag zu sich fortsetzenden Diskussionen und weiter reichenden Lernprozessen des Publikums leisten (vgl. ebd.: 109f.).

Daher ist es auch von Bedeutung, dass die Diskutanten ihre Kommunikation an den Geltungsansprüchen ausrichten, auf die Argumente der anderen eingehen, ihre Redebeiträge an die vorigen anschließen, etc. Denn nur so kann für die Zuschauer ein Lernprozess einsetzen – wenn die Redebeiträge schlüssig und nachvollziehbar sind.

Das Einbeziehen der Bürger in den öffentlichen Diskurs ist demzufolge von großer Bedeutung für den politischen Entscheidungsprozess. So gesehen sollen Diskussionsrunden im Fernsehen nicht als Ort der Konsensbildung fungieren, sondern vielmehr als ‚Vorort‘, der den Bürgern Informationen und Meinungen von fachlichen Experten bietet.

Diese Experten könnten im Sinne von Lazarsfeld et al. (1948 [1944]) als „opinion leaders“ (ebd.: 49) dienen, von denen sich die Zuseher Rat und Informationen holen. (vgl. ebd.)

Ob dies der Fall ist, kann allerdings nicht im Rahmen dieser Arbeit beantwortet werden, könnte aber als Anreiz für weitere Forschung dienen, in der geklärt wird, ob die Aussagen in politischen Diskussionssendungen Einfluss auf die Meinung der Rezipienten haben.

Auch Burger sieht die Potentiale und Anforderungen von Diskussionssendungen in der „*Meinungsbildung* bei den Rezipienten, die durch möglichst scharfe Kontrastierung der Positionen erreicht werden soll“ (Burger 1991: 141, Hervorhebung im Original)

Schultz (2006) zufolge gehört es zu den Aufgaben von Gesprächssendungen im Fernsehen, auf der einen Seite den Rezipienten Anregungen zur Wahl der politischen Elite zu geben und auf der anderen, den Teilnehmern Raum zur Profilierung zu lassen. (vgl. ebd.: 124)

Der Autor fügt also den oft kritisierten Aspekt der öffentlichen Selbstdarstellung (siehe Kapitel 2.2.1) explizit ein in seine Forderungen an die Konzeption von TV-Diskussionsrunden.

Ist also eine friedliche Koexistenz von Informationsvermittlung bzw. Meinungsbildung einerseits und Inszenierung bzw. Selbstdarstellung andererseits in politischen Diskussionsrunden möglich? Dies gilt es im empirischen Teil zu hinterfragen.

Aus medienpädagogischer Sicht fordert Barske (2004), die Argumentationsqualität zu verbessern und Politik so zu vermitteln, dass auch niedrigere Bildungsschichten sich dafür interessieren und daraus folgend die Wissenskluft zur besser gebildeten Bevölkerung nicht größer wird. Dies soll geschehen durch eine sachliche Darstellungsweise, die verschiedene Ansichten zulässt, so dass Übereinstimmungen und Differenzen offensichtlich werden. (vgl. ebd.: 298f.) Außerdem ist es notwendig, die Informationsdichte zu reduzieren, damit die Rezipienten in der Lage sind, sie zu verarbeiten (vgl. Burkart 2002: 258). Vereinfachen von komplexen Sachverhalten ist also wichtig, wenn politische Diskussionsrunden die breite Bevölkerung erreichen sollen.

Da eine Fernsehsendung schlussendlich aber auch unterhalten soll, schlägt die Autorin vor, Satire und rhetorische Mittel einzusetzen. Dies muss nicht in einer Perfektion geschehen wie zu Zeiten der großen griechischen Rhetoriker, es würde schon genügen, wenn Politiker und Experten „kommunikative Kompetenzen zeigen (...), von denen der Zuschauer in Bezug auf Form und Inhalt etwas lernen kann“ (ebd.: 299).

Diese Sichtweise beschreibt eine Art der Inszenierung, die gänzlich positiv gesehen und von der Autorin gefordert wird, um medienpädagogische Erfolge bei den Rezipienten zu erzielen.

4.2 Auf Seiten der Teilnehmer

4.2.1 Respektvoller Umgang

Von Teilnehmern an Diskursen wird ziviles Verhalten und respektvoller Umgang miteinander gefordert. Ist dies nicht der Fall und kommt es zu persönlichen Angriffen untereinander, dann verlagert sich das Gespräch von der Sach- auf die Beziehungsebene. (vgl. Schultz 2006: 71) Die Beziehungsebene definiert, „wie der Sender die Beziehung zwischen sich und dem Empfänger sieht, und ist in diesem Sinne seine persönliche Stellungnahme zum anderen“ (Watzlawick et al. 2007 [1969]: 53). Dies ist an sich nichts, was ein Gespräch zwischen zwei Menschen stören würde, denn laut Watzlawick et al. gibt es in jeder kommunikativen Handlung „einen *Inhalts-* und einen *Beziehungsaspekt*“ (ebd., Hervorhebung im Original).

Wenn nun aber die persönliche Ebene überwiegt, ist das Gleichgewicht gestört und der Gegenstand des Gesprächs gerät in den Hintergrund.

Das heißt aber nicht, dass in politischen Diskussionsrunden kühle Sachlichkeit herrschen und jegliche Gefühlsregung unterbleiben muss. Im Gegenteil: Leidenschaften gehören zur Politik, da sie die nötige Energie liefern, um für eine Sache zu kämpfen. (vgl. Walzer 1999: 77f.)

Emotionen können auch dazu beitragen die Positionen der Gesprächsteilnehmer zu verdeutlichen. Darüber hinaus sollten sie in politischen Belangen sowieso immer mit einbezogen werden, da bei so gut wie allen Entscheidungen die emotionalen Reaktionen der Bevölkerung bedacht werden müssen. Nur wenn es nicht mehr möglich ist, Argumente

auszutauschen, weil Gefühle die zu diskutierenden Inhalte überlagern, ist es notwendig, die Teilnehmer wieder zum zivilen Umgang zu ermahnen. (vgl. Schultz 2006: 71)

Das bedeutet für die später folgende empirische Untersuchung, dass die Moderatoren nicht unmittelbar eingreifen sollen, sobald ein Teilnehmer impulsiver wird, solange die Äußerungen respektvoll bleiben.

4.2.2 Argumentation und Anschlusskommunikation

Eine weitere Anforderung an die Teilnehmer von Diskussionsrunden ist der Austausch von Argumenten. In Kapitel 2.1 wurde bereits dessen Wichtigkeit für das Gelingen einer Diskussion kurz angeführt, da mit Argumenten die Geltungsansprüche zwischen den Gesprächsteilnehmern anerkannt werden können (vgl. Habermas 1995 [1981]: 48).

Die originäre Funktion von Argumenten besteht darin, Geltungsansprüche auf Nachfrage möglichst überzeugend einzulösen. Vom Gelingen dieser argumentativen Einlösung hängt es dann ab, ob Geltungsansprüche weiterhin berechtigterweise erhoben werden dürfen. (Kopperschmidt 2000: 43)

Als charakteristische Qualität von Argumenten nennt Kopperschmidt (2000) „Überzeugungskraft“ (ebd.: 52), deren Voraussetzung Verständlichkeit und Gültigkeit des zu erklärenden Sachverhalts ist (vgl. Habermas 1994 [1992]: 54). „Was gültig ist, muß sich gegen faktisch vorgetragene Einwände bewähren können“ (ebd.). Von Bedeutung ist es dabei, das „Überzeugen“ vom „Überreden“ abzugrenzen (Kopperschmidt 2000: 52). Letzteres bringt den Geltungsansprüchen des anderen Gesprächsteilnehmers nicht genügend Achtung bei und stellt die Durchsetzung der eigenen Belange in den Vordergrund. (vgl. ebd.: 52f.) Allerdings ist es unmöglich, den Geltungsanspruch der Wahrheit argumentativ einzulösen. (vgl. ebd.: 40) So kann nur auf lange Sicht überprüft werden, ob das Interesse einer Person am kommunikativen Handeln aufrichtig ist – gemessen daran, wie die vorgebrachten Argumente ‚gelebt‘ werden. Je stärker dies erfolgt, desto glaubwürdiger und damit auch überzeugender ist ein Mensch. (vgl. ebd.: 53)

Um zu überzeugen, muss ein Argument laut Kopperschmidt mindestens die folgenden fünf Bedingungen erfüllen:

1. Gültigkeit bzw. Wahrheit der Aussage
2. Eignung als Argument (durch Beziehung zwischen Aussage und Begründung)
3. Relevanz der Begründung für das jeweilige Problem
4. Glaubwürdigkeit des Sprechers

5. Übereinstimmung der Begründung mit dem Argumentationsprofil der ursprünglichen Aussage

(vgl. ebd.: 62ff.)

Nicht nur in Bezug auf die Geltungsansprüche und damit auf ein konkretes Gespräch, sondern auch weiter reichend ist die Fähigkeit des Argumentierens von Bedeutung. Grünewald et al. (2011) bezeichnen sie als „eine der Schlüsselqualifikationen für eine erfolgreiche Beteiligung an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik“ (ebd.: 1).

Laut Barske (2004) enthält „jede Konversation [...] das Potential der Argumentation“ (ebd.: 132). Sie definiert *Argumentation* als „Prozedur, in der eine Begründung formuliert [...], Einspruch erhoben [...] und das Gegenargument begründet wird“ (ebd.). Dem Großteil der Fernseh-Diskussionen attestiert sie ein geringes Maß an Argumentation bzw. das vollständige Fehlen dieser, was an den Teilnehmern, den Gesprächsleitern, der Sendungs-Konzeption oder an einem Zusammenspiel aus allen genannten Faktoren liegen kann. (vgl. ebd.)

Schultz (2006) hingegen stellt in seiner Analyse fest, dass annähernd 60 Prozent der Redebeiträge „erkennbare argumentative Anstrengungen“ (ebd.: 245) enthalten.

Bezüglich des Moderators kommt Barske (2004) zu dem Ergebnis, „dass sich ein zurückhaltendes [...] und ein offensives Verhalten unterschiedlich auf das Argumentationsverhalten der Diskussionsteilnehmer auswirken“ (ebd.: 304).

Daher dreht sich ein wesentlicher Teil der anschließenden empirischen Arbeit darum, wie sich das kommunikative Handeln der Moderatoren auf die Teilnehmer auswirkt.

Zuvor erfolgt aber noch eine genauere Abgrenzung des Begriffes *Argumentation* auch in Hinblick auf den Anschluss einer Sprechhandlung an die jeweils vorhergehende.

Im Sinne von Habermas (1994 [1992]) beschreibt Kopperschmidt (2000) – wie oben bereits erwähnt – Argumentieren damit, auf Geltungsfragen zu antworten (vgl. ebd.: 53) und zwar so, dass eine Äußerung zur „rational[en] [...] Anerkennung bzw. Bestreitung der betreffenden Aussage“ (ebd.: 55) führt.

Aber nicht nur auf Geltungsansprüche soll Bezug genommen werden, sondern generell auf das, was die anderen Teilnehmer gesagt haben, damit keine Aneinanderreihung von Monologen sondern ein zusammenhängendes Kommunizieren stattfindet. Barske (2004) kommt in ihrer Dissertation zu dem Schluss, dass „Experten [...] öfter als die Politiker Bezug auf das Gesagte nehmen“ (ebd.: 287). In der nachfolgenden empirischen Studie

soll daher untersucht werden, wie eine Sprechhandlung an die vorige anknüpft bzw. wie / ob darauf argumentativ vom nachfolgenden Redner Bezug genommen wird.

4.3 Fazit

In Kapitel 4 ging es darum, was politische Diskussionsrunden im Fernsehen leisten können – von Seiten der Sender für die Zuschauer und somit für die Gesellschaft – und welche Forderungen an die Teilnehmer gestellt werden, um eine Diskussion zu verwirklichen, die diesen Ansprüchen gerecht werden kann.

Das Potential der Sendungen liegt hauptsächlich im Beitrag zur Meinungsbildung der Bürger. Damit kann die Anschlusskommunikation beeinflusst und ein fortführender Lernprozess in Gang gesetzt werden. Somit sind Diskussionsrunden von hoher Relevanz für eine demokratische Gesellschaft. Ziel ist nicht, eine Einigung unter den Gesprächsteilnehmer zu erreichen, sondern vielmehr unterschiedliche Standpunkte und Informationen für die Rezipienten darzubieten. Nach Barskes (2004) Ansicht soll dies unterhaltsam umgesetzt werden, weswegen ein gewisses Maß an Inszenierung positiv betrachtet werden kann.

In Hinblick darauf wird die Frage aufgeworfen ob beide Aspekte – Informationsvermittlung und Inszenierung – in einer Gesprächssendung Platz finden können und trotzdem noch von einer gelungenen Diskussionssendung die Rede sein kann.

Von Teilnehmern wird dafür zumindest respektvoller Umgang miteinander, Stützung des Gesagten auf Argumente und Anschluss der eigenen Sprechhandlung an die vorhergehenden gefordert. Argumentationsfähigkeit ist dabei nicht nur für die jeweilige Konversation von Bedeutung, sondern generell für die Teilnahme an Gesellschaft und Politik.

Inwiefern all diese eben genannten Forderungen in österreichischen politischen TV-Diskussionen vorhanden sind, wird in der geplanten empirischen Studie untersucht. Ein wesentlicher Teil wird dabei den Moderatoren gewidmet und der Frage, wie deren kommunikatives Handeln das Argumentieren der Teilnehmer beeinflusst.

Zuvor wird im anschließenden Kapitel kurz das Feld der Fernsehdiskussionen in Österreich abgesteckt.

5 POLITISCHE FERNSEHDISKUSSIONEN IN ÖSTERREICH

Aktuell gibt es im österreichischen Fernsehen sieben Sendungen, die den Kriterien einer politischen Diskussionsrunde, wie in Kapitel 2.2 definiert, entsprechen: Im Zentrum (ORF 2), 60 Minuten Politik (ORF III), Am Punkt (ATV), Pro und Contra (Puls 4), Talk im Hangar-7 (Servus TV), Inside Brüssel (ORF III) und das Europastudio (ORF 2). Analysiert werden aber nur die drei erstgenannten, denn diese sind ähnlich bzgl. Aufbau und Inhalt, weswegen sie sich zum Vergleich eignen. Aus welchen Gründen die anderen nicht passend sind, wird im Kapitel zur Eingrenzung des Forschungsgegenstandes (6.2.1) genauer erläutert.

An dieser Stelle werden einige Fakten der zu untersuchenden Sendungen kurz dargestellt, damit der Leser einen Einblick erhält, bevor es zur tatsächlichen Untersuchung übergeht. Ebenso wird es einen Exkurs zum ehemaligen ORF2-Format Club 2 geben, da sich dieses wesentlich unterschieden hat von anderen Diskussionsrunden und es aufgrund dieser Besonderheit Erwähnung finden soll in einer Forschungsarbeit, die sich mit österreichischen TV-Diskussionen auseinandersetzt. Zudem ist es notwendig, die Merkmale der Sendung kurz zu beschreiben, da innerhalb dieser Magisterarbeit einige Male darauf Bezug genommen wird. Eine weitere Untersuchung könnte sich mit einem Vergleich älterer Studien zum Club 2 und aktueller Studien zu den jetzigen Formaten beschäftigen.

Vorab wird nun kurz auf die wesentlichen Merkmale des öffentlich-rechtlichen sowie des privaten Fernsehens eingegangen, da die drei Formate der Analyse auf beiden Arten von Sende-Anstalten ausgestrahlt werden und sich ein Aspekt der Forschungsfragen mit diesem Unterschied beschäftigt.

5.1 Öffentlich-rechtliches und privates Fernsehen

Seit 1995 gibt es im österreichischen Fernsehen neben dem öffentlich-rechtlichen ORF auch private Sender. (vgl. Grinschgl/ Stögmüller 2010: 9)

Die wesentlichen Merkmale dieses „dualen Fernsehsystems“ (Ring 2001: 1) werden im Folgenden kurz erläutert.

Der ORF hat einen öffentlich-rechtlichen Auftrag zu erfüllen, der im ORF-Gesetz festgelegt ist. Dieses wurde mit 1. Oktober 2010 neu formuliert und beinhaltet den Versorgungsauftrag gemäß § 3 und den öffentlich-rechtlichen Kernauftrag gemäß § 4. In ersterem ist u.a. festgelegt, wie viele Programme angeboten werden und welche Sparten es gibt. (vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2013) Beispielsweise ist ORF III ein Spartenprogramm für Kultur und Information. Weitere Erläuterungen zu dessen Diskussionsendung *60 Minuten Politik* finden sich in Kapitel 5.3.

Im Kernauftrag ist u.a. geregelt, dass der ORF innerhalb seiner Programme zu sorgen hat für:

1. die umfassende Information der Allgemeinheit über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Fragen;
 2. die Förderung des Verständnisses für alle Fragen des demokratischen Zusammenlebens;
 3. die Förderung der österreichischen Identität im Blickwinkel der europäischen Geschichte und Integration;
 4. die Förderung des Verständnisses für die europäische Integration
- (Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem 2013)

Aufgrund der in Kapitel 2.2 definierten Kriterien, sind Diskussionsrunden durchaus in der Lage, diese sowie weitere Punkte zu erfüllen. Auf alle Anforderungen soll allerdings hier nicht näher darauf eingegangen werden, da dies zu weit führen würde. Der ausführliche Kernauftrag findet sich im ORF-Gesetz unter §4⁷.

Zur Finanzierung stehen dem ORF zum einen die Rundfunkgebühren, zum anderen Werbe-Einnahmen zur Verfügung (vgl. Ring 2001: 30).

Das private Fernsehen hingegen finanziert sich hauptsächlich aus Werbung bzw. Abonnementeinnahmen beim Pay-TV, ist also auf Gewinn ausgerichtet. (vgl. iMK 2011)

Die Rechtsgrundlage der privaten Sender ist das Bundesgesetz über audiovisuelle Mediendienste (AMD-G), welches früher Privat-Fernsehgesetz (PrTV-G) hieß. (vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2013)

⁷ siehe:

<http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40119445&ResultFunctionToken=5871b88e-f5c1-43cd-b56c-a1ae78d33973&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=16.02.2011&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=ORF>

Generell ist also das öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht so stark von der Quote abhängig, ist aber im Gegensatz zum privaten auch zur Lieferung gewisser Inhalte verpflichtet. Sind aufgrund dessen Unterschiede zwischen den Diskussionssendungen feststellbar? Dies wird anhand des kommunikativen Handelns der Moderatoren in der empirischen Studie überprüft. Denn diese sind verantwortlich dafür, das Konzept der Sendung umzusetzen.

5.2 Im Zentrum

Seit April 2007 wird diese Sendung, als Nachfolger von *Offen gesagt*, einmal wöchentlich, sonntags gegen 21.55 Uhr, live auf dem öffentlich-rechtlichen Sender ORF2 ausgestrahlt (vgl. derStandard.at 2007), abwechselnd moderiert von Ingrid Thurnher und Peter Pelinka. Laut Eigenbeschreibung wird dort „das politische Thema der Woche inklusive seinem gesellschaftspolitischen Hintergrund von bis zu fünf Gesprächspartnern diskutiert“ (ORFkundendienst.ORF.at 2013b).

Für Aufsehen sorgte beispielsweise die Sendung vom 30. Jänner 2011, mit dem damaligen Quotenrekord von durchschnittlich 660.000 Sehern. (derStandard.at 2011b) Gleichzeitig wurde sie für einen Mangel an kritischem Journalismus und Verfehlung des öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrags gerügt, da sie dem in der öffentlichen Kritik stehenden, ehemaligen österreichischen Finanzminister Karl-Heinz Grasser eine „Opferbühne“ (derStandard.at 2011a) geboten hätte.

Die Durchschnitts-Quote im Jahr 2012 lag bei 358.000 Zusehern, was einem Marktanteil von 18 Prozent entspricht. (vgl. ORF 2013)

5.3 60 Minuten Politik

Im April 2013 zum ersten Mal ausgestrahlt und somit die jüngste österreichische Fernseh-Diskussionsrunde ist *60 Minuten Politik*. Daher gibt es noch keine Angaben zur Jahres-Durchschnitts-Quote. Die Produktionsgesellschaft Uppapixel (2013) veröffentlichte als bisherigen Mittelwert 26.000 Seher, was einem Marktanteil von zwei Prozent entspricht. (vgl. ebd.) Laut Senderchef Schöber sei aber für ORF III „die Quote [...] keine Messgröße“ (derStandard.at 2012). Auf dem öffentlich-rechtlichen Kultur- und Informations-Spartensender wird die Sendung einmal wöchentlich, am Donnerstag gegen 22.30 Uhr, ausgestrahlt. Der Chefredakteur Christoph Takacs ist der Moderator, gemeinsam

mit jeweils einem Chefredakteur eines österreichischen Mediums (z.B. *Die Presse* oder *Der Standard*). Zu Gast sind nur Politiker, die wichtige Angelegenheiten der vorigen Woche diskutieren. (vgl. APA-OTS 2013) Aufgrund der Abwesenheit anderer Teilnehmer, beispielsweise Experten, unterscheidet sich dieses Format von den anderen. Interessant wird es daher im empirischen Teil: hier gilt es herauszufinden, ob sich das Diskussionsverhalten einer ‚Nur-Politiker‘-Runde unterscheidet von jenem einer ‚gemischten Runde‘.

5.4 Am Punkt

Seit September 2009 widmet sich *Am Punkt* auf dem privaten Sender ATV jeden Mittwoch um 22.55 Uhr aktuell relevanten Thematiken aus Politik, Chronik oder Wirtschaft (vgl. derStandard.at 2009; ATV.at 2013a).

Moderiert wird die Live-Sendung von Sylvia Saringer. Die Besonderheit liegt in der Interaktivität: Zuschauer können sich über E-Mail, Facebook-, Blog- oder Twitter-Nachricht selbst am Geschehen beteiligen. (vgl. ATV.at 2013a)

Somit versucht diese Diskussionsrunde das Konzept der deliberativen Politik von Habermas (1994 [1992]) umzusetzen, das die Wichtigkeit der Bürger-Beteiligung am Diskurs hervorhebt. (vgl. ebd.: 362 und Kapitel 4.1)

Die zu untersuchende Sendung vom 6. November 2013 erreichte eine Durchschnittsreichweite von 57.000 Zusehern, was einem Marktanteil von 5,1 Prozent entspricht. (vgl. ATV.at 2013b)

5.5 Exkurs: *Club 2*

Als „Idealform der Fernsehdiskussion“ (Langenbucher, 2003: 10) bezeichnete 1978 Michael Frank, der Wiener Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, den *Club 2*, da dieses Format weder inhaltlich noch zeitlich begrenzt war (vgl. ebd.).

Von Oktober 1976 bis Februar 1995 wurde es zweimal wöchentlich live mit offenem Ende ausgestrahlt. Fünf bis acht Gäste saßen dort mit einem Gastgeber zusammen und redeten über ein Thema. (vgl. Huemer 2003: 18ff.) Es sollten „wirkliche“ Gespräche mit „wirklichen“ Menschen (ebd.: 38) sein, daher wurde auch von den Bezeichnungen Moderator und Diskutanten abgesehen, um die Formlosigkeit noch hervorzuheben. „Im *Club 2* [...] sollten für zwei Stunden alle gleich sein und jedes Wort sollte gleich viel zählen“

(ebd.: 39), weswegen beispielsweise auch akademische Titel bei der Einblendung des Namens weggelassen wurden. Zudem war kein Publikum anwesend, was in Kombination mit dem Scheinwerferfokus auf die Sitzgruppe, die Diskutierenden vergessen ließ, dass sie sich in einem Fernsehstudio befinden. Dadurch kam es aber auch vor, dass die Gäste Dinge sagten, die sie unter anderen Umständen vermutlich nicht im Fernsehen geäußert hätten. (vgl ebd: 46) Zum Thema konnte dort alles werden, was diskutierbar war. Ab und an sorgten Sendungen für Skandale und ein erhebliches Medienecho, nicht nur in Österreich, auch im Ausland. (vgl. ebd.: 18ff.)

Einen Neubeginn des *Club 2* gab es Ende 2007. Der Live-Charakter ohne Zeitbeschränkung wurde erhalten, diskutiert wurde nun aber nur noch einmal die Woche - immer mittwochs um 23 Uhr. Ungefähr sechs Gäste unterhielten sich dabei über ein gesellschaftspolitisch relevantes Thema. Ende 2012 wurde die Sendung im Zuge der neuen Programmreform allerdings wieder abgesetzt. (vgl. ORFkundendienst.ORF.at 2012)

5.6 Fazit

Kapitel 5 gibt einen kurzen Überblick über die derzeitigen österreichischen TV-Diskussionen und das duale Fernsehsystem. Näher geht es ein auf diejenigen Sendungen, die Teil der nachfolgenden Analyse sind, um dem Leser ein Bild vom Untersuchungsgegenstand zu vermitteln und Besonderheiten hervorzuheben. Ein Exkurs beschäftigt sich mit dem früheren Format *Club 2*, da dieses auf eine lange Geschichte zurückblicken kann und als ideale Fernsehdiskussion bezeichnet wurde. Daher wurden die wesentlichen Merkmale dieser Sendung genannt, denn im Laufe der Forschungsarbeit wird an einigen Punkten Bezug darauf genommen.

B EMPIRISCHE STUDIE

6 FORSCHUNGSMETHODE UND STUDIENDESIGN

6.1 Methode: Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Für die Beantwortung der Forschungsfragen, die dieser empirischen Studie zugrunde liegen, wurde als Methode die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010 [1982]) gewählt. Konkret will diese

- „*Kommunikation* analysieren.
- *fixierte* Kommunikation analysieren.
- dabei *systematisch* vorgehen.
- dabei also *regelgeleitet* vorgehen.
- dabei auch *theoriegeleitet* vorgehen.
- das Ziel verfolgen, *Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation* zu ziehen.“

(ebd.: 13, Hervorhebung im Original)

Das bedeutet, der Untersuchungsgegenstand muss in irgendeiner Form festgehalten werden. Zudem kann er nicht willkürlich interpretiert werden, sondern muss nach genauen Regeln analysiert werden, so dass die Verständlichkeit auch für andere Personen gewährleistet ist. Mit der Inhaltsanalyse wird an bisherige theoretische Erkenntnisse angeknüpft und die neuen Ergebnisse werden auf dem Hintergrund dieser interpretiert. (vgl. Mayring 2010 [1982]: 12f.)

Qualitativ wird deswegen vorgegangen, da zum Thema der Forschungsarbeit, dem kommunikativen Handeln in österreichischen politischen TV-Diskussionen, bisher noch keine Kategorien festgelegt wurden, die überprüft werden könnten. Somit müssen zunächst Kategorien ausgearbeitet werden und am Untersuchungsmaterial erprobt werden. Im Anschluss daran können dann quantitative Studien folgen. (vgl. ebd.: 20)

Ein wichtiger Hinweis zur Inhaltsanalyse ist der, dass sie „kein Standardinstrument [ist], das immer gleich aussieht; sie muss an den konkreten Gegenstand, das Material angepasst sein und auf die spezifische Fragestellung hin konstruiert werden“ (ebd.: 49).

Die konkrete Vorgehensweise wird vor der Analyse in einem Ablaufmodell dargelegt. Im Mittelpunkt steht dabei das Kategoriensystem, mithilfe dessen die Ziele der Untersuchung möglichst präzise in Kategorien abgesteckt werden sollen (vgl. ebd.). Darauf wird in Kapitel 5.2.2 näher eingegangen.

Bei der Interpretation des Materials unterscheidet Mayring (2010 [1982]) drei Grundformen: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (vgl. ebd.: 65). Diese Analysetechniken sind unabhängig voneinander und je nach Forschungsfrage bzw. Untersuchungsgegenstand muss eine passende ausgewählt werden (vgl. ebd.).

Für diese Studie eignet sich am besten eine Strukturierung, bei der all jene Teile des Textes, die in eine der vorher festgelegten Kategorien passen, systematisch aus dem Untersuchungsmaterial herausgearbeitet werden (vgl. ebd.: 92).

Zum einen geschieht dies unter formalen Gesichtspunkten, mit dem Ziel, eine Struktur darzulegen, die den Analysegegenstand in gewisser Weise unterteilt (vgl. ebd.: 94). Beispielsweise wenn es darum geht, ob und wie die Gesprächsteilnehmer aufeinander Bezug nehmen, wie sich ihre Argumentationsstruktur gestaltet etc.

Zum anderen sind inhaltliche Strukturierungsaspekte von Bedeutung, deren Zweck es ist, „bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen“ (ebd.: 98). Für diese Forschungsarbeit ist das beispielsweise in Bezug auf die Geltungsansprüche relevant.

6.2 Vorgehensweise

6.2.1 Gegenstand, Zeitraum und Durchführung der Untersuchung

Wie bereits in Kapitel 4 erwähnt, wurden aus allen österreichischen (politischen) Diskussionssendungen, die den in Kapitel 1.2 definierten Kriterien entsprechen, drei zur Analyse ausgewählt: *Im Zentrum* (ORF 2), *60 Minuten Politik* (ORF III) und *Am Punkt* (ATV). In einer Vorab-Durchsicht wurde festgestellt, dass diese sowohl im Aufbau als auch in der inhaltlichen Gestaltung ähnlich sind, so dass sie sich für einen Vergleich eignen. Im

Folgendes wird noch kurz erläutert, weshalb die anderen Sendungen nicht passend sind für die Untersuchung.

Das *Europastudio* (ORF 2) deshalb nicht, da es nicht wie die anderen wöchentlich stattfindet. Es wird etwa zehnmal im Jahr auf dem Sendeplatz der *Pressestunde* ausgestrahlt. (vgl. ORFkundendienst.ORF.at 2013a) Die *Pressestunde* wiederum entspricht nicht den dieser Arbeit zugrunde liegenden Merkmalen einer Diskussionssendung, sondern eher denen eines Interviews, da nur ein Gast eingeladen ist, der sich den Fragen zweier Journalisten stellt (vgl. ORFkundendienst.ORF.at 2013c). *Inside Brüssel* (ORF III) sowie *Talk im Hangar-7* (Servus TV) eignen sich ebenso nicht für den Vergleich, da in einer Vorab-Durchsicht aller Sendungen festgestellt wurde, dass dort längere Video-Sequenzen von zehn bis 15 Minuten, ähnlich einer Kurz-Reportage, einen festen Platz haben. Somit unterscheidet sich der Aufbau dieser Formate von dem der anderen Sendungen und daher sind *Inside Brüssel* und *Talk im Hangar-7* auch nicht Teil der Analyse. *Pro und Contra* fällt schließlich auch weg. Schon die Eigenbeschreibung, laut der die „kontroversiellsten und emotionalsten News-Themen Österreichs“ (Puls4.com 2013b) diskutiert werden, macht deutlich, dass es hierbei nicht explizit um politische Themen geht. Eine Vorab-Durchsicht verschiedener Ausgaben dieses Formats bestätigte das. Darüber hinaus war in manchen Runden überhaupt kein Politiker anwesend. Diese beiden Faktoren sind aber essentiell für den Vergleich, da es um politische Runden geht und sich ein wesentlicher Aspekt speziell mit dem kommunikativen Handeln von Politikern befasst. Des Weiteren ist auch der Sendungs-Aufbau etwas anders als bei *Im Zentrum*, *60 Minuten Politik* und *Am Punkt*. Denn bei *Pro und Contra* kommt im letzten Drittel der Sendezeit das im Saal anwesende Publikum zu Wort (vgl. Puls4.com 2013b), weswegen eine vollständige Vergleichbarkeit des Diskussionsverhaltens nicht mehr gewährleistet ist und diese Sendung aus der Analyse genommen wurde.

Im Zentrum und *Am Punkt* waren schon des Öfteren Gegenstand wissenschaftlicher Analysen. Ganz besonders interessant für die Forschung ist daher das Format *60 Minuten Politik*, da es zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht Teil einer kommunikationswissenschaftlichen Arbeit war.

Die ausgewählten drei Sendungen wurden in einem künstlich gewählten Zeitraum analysiert. Bedingung war, dass dieser nicht vor dem Termin der Nationalratswahl liegt, die am 29. September 2013 stattfand. Damit sollte ausgeschlossen werden, dass es sich um eine Konfrontation handelt, in der die Parteien versuchen, sich gegenseitig mit Versprechungen für die nächste Legislaturperiode zu übertrumpfen. Auch sollten keine Sendungen direkt nach der Wahl analysiert werden, um bloßen Besprechungen und Interpretati-

onsversuchen des Ergebnisses zu entgehen. Denn Untersuchungen zum Thema Wahlkampf gibt es schon zur Genüge, daher wurde für diese Forschungsarbeit ein Zeitrahmen sechs Wochen später – von Mitte November bis Anfang Dezember 2013 – festgelegt.

In der künstlichen Woche vom 11. bis 17. November 2013 wurde jeweils eine Sendung analysiert. Davon beschäftigten sich alle mit einem inhaltlich gleichen, jeweils unterschiedlich betitelten Thema. Dies wurde bedacht, um eine bessere Vergleichbarkeit gewährleisten zu können.

Am Punkt, 13.11.2013: Riesenloch in der Staatskasse – müssen wir jetzt richtig blechen?

60 Minuten Politik, 14.11.2013: Die Herausforderungen der Zeit – was sind die richtigen politischen Antworten?

Im Zentrum, 17.11.2013: Wahlversprechen abgesagt – kommt jetzt das große Sparen?

Vor allem im Titel von *Im Zentrum* ist ein Bezug zur Wahl erkennbar, das ist aber kein Ausschluss-Kriterium, denn zu diesem Zeitpunkt geht es nicht mehr darum, wer die besseren Versprechungen machen kann, da die Würfel schon gefallen sind. Im Gegenteil ist dieses Thema besonders interessant, da die Falsch-Aussagen, die vor der Wahl u.a. in Fernseh-Runden getroffen wurden, nun thematisiert und diskutiert werden können. Nun geht es darum, konkrete Vorhaben und Handlungen zu begründen und zu legitimieren (von Seiten der noch im Amt befindlichen Regierung) bzw. zu kritisieren (von Seiten der Opposition).

Von **Im Zentrum**, wurde eine weitere Sendung untersucht, da dort zwei Moderatoren – Ingrid Thurnher und Peter Pelinka – alternierend die Gesprächsleitung übernehmen und mit einem Vergleich festgestellt werden soll, ob dadurch ein Unterschied im Gesprächs-ablauf, Diskussions-Verhalten etc. eintritt. Da im Untersuchungszeitraum und vier Wochen danach ausschließlich Ingrid Thurnher moderiert hat, wurde für eine Sendung mit Peter Pelinka auf jene vom **10.02.2013** – mit dem Titel *Bitte zahlen! Was ist uns Europa wert?* – zurückgegriffen, die schon vorher zur Vorab-Durchsicht aufgezeichnet wurde. Dieser Zeitpunkt hat zum einen den Vorteil, dass er lange genug vor der Wahlkampf-Periode liegt und zum anderen bietet die Sendung zusätzlich die Möglichkeit zum Diskutanten-Vergleich, da Andreas Schieder sowohl in dieser Folge von *Im Zentrum* zu Gast ist, als auch in jener vom 17.11.2013.

Die Sendungen werden aus der Mediathek der jeweiligen Fernsehanstalten heruntergeladen und mit der Software F5 transkribiert. Online wird nur die reine Sendezeit – ohne Werbeunterbrechungen – wiedergegeben, weshalb allfällige Werbung nicht Teil der Analyse ist.

Die einzelnen Beiträge werden mehrmals hintereinander angesehen, um die korrekte Transkription sicherstellen zu können. Wird ein Sprechakt dennoch nicht verstanden, folgt eine Kennzeichnung mit (unverst.). Die Transkription ist teilweise bereinigt, d.h. Dialekt, inkorrekte Grammatik etc. werden genauso übernommen (um so eventuell harsche Ausdrucksweisen, Unbeholfenheit etc. feststellen zu können), unnötige Füllelemente wie ‚äh‘ werden aber nicht wiedergegeben.

Es wird festgehalten, wenn ein Teilnehmer oder Moderator einem anderen ins Wort fällt. Non-verbale Handlungen sind zwar nicht Teil der Analyse, aber wenn ein Lachen / Grinsen, eine besondere Betonung etc. erkennbar ist, wird das festgehalten, da es einen Unterschied in der Wirkung des Sprechakts macht.

Das, was außerhalb der Runde gesagt wird – von zusätzlichen Experten, Korrespondenten, Personen aus Videoeinspielern etc. wird nicht analysiert, da es nur um die kommunikativen Handlungen der Teilnehmer und Moderatoren geht.

Der Kodiervorgang orientiert sich an dem von Schultz (2010) und umfasst zwei Durchläufe. Im ersten werden die einzelnen Sprechsequenzen voneinander abgegrenzt, sowie die Übergänge festgehalten. Im zweiten Schritt wird die Transkription anhand des Kategoriensystems codiert (vgl. ebd.: 323f.).

6.2.2 Kategoriensystem

Zentral für jede Inhaltsanalyse ist das Kategoriensystem. Dieses wird entwickelt aus den theoretischen Grundlagen. Wichtig dabei ist, dass die Kategorien „vom Erkenntnisinteresse geleitet und in Hypothesen fixiert“ (Atteslander 2006: 189) sind. Je Kategorie gibt es ein oder mehrere Merkmale bzw. Variablen, die nochmals in unterschiedliche Ausprägungen differenziert werden können (vgl. ebd.)

Mit dem Kategoriensystem ist festgelegt, auf welche Art und Weise die Inhalte der Kommunikation in Zahlen übertragen werden, was als Codierung bezeichnet wird (vgl. ebd.: 190). Diese muss sowohl valide sein, was bedeutet, dass „mit den Kategorien wirklich das gemessen wird, was gemessen werden soll“ (ebd.: 191), als auch reliabel, d.h.

ob bei mehreren Messungen des gleichen Materials auch das Resultat das gleiche ist (vgl. ebd.).

Um diesbezüglich sicherzugehen, wird das Kategoriensystem zunächst anhand eines Probe-Durchgangs auf Eignung und Trennschärfe der Kategorien überprüft und anschließend gegebenenfalls adaptiert.

Tabelle 1 zeigt das endgültige Kategoriensystem:

Kategorie	Unterkategorie	Definition
1. Kommunikatives Handeln der Politiker	1.1 Argumentationsverhalten	Inwiefern gehen sie auf die Argumente der anderen Teilnehmer bzw. auf Fragen der Moderatoren ein? Wie gestalten sich die eigenen Argumente: Sind Begründungen enthalten? Beziehen sie sich auf die gestellten Fragen? Sind sie nur als solche getarnt und handelt es sich eigentlich um ausweichende / leere Floskeln?
	1.2 Benehmen (demeanor) und Ehrerbietung (deference) gegenüber anderen Teilnehmern bzw. Moderatoren	Höfliches, achtsames Verhalten auf der einen Seite; ins Wort fallen, Ironie, Sarkasmus, Zynismus, Spott, Arroganz auf der anderen.
2. Kommunikatives Handeln der anderen Gäste	2.1 Argumentationsverhalten	Inwiefern gehen sie auf die Argumente der anderen Teilnehmer bzw. auf Fragen der Moderatoren ein? Wie gestalten sich die eigenen Argumente: Sind Begründungen enthalten? Beziehen sie sich auf die gestellten Fragen? Sind sie nur als solche getarnt und handelt es sich eigentlich um ausweichende / leere Floskeln?
	2.2 Benehmen (demeanor) und Ehrerbietung (deference) gegenüber anderen Teilnehmern bzw. Moderatoren	Höfliches, achtsames Verhalten auf der einen Seite; ins Wort fallen, Ironie, Sarkasmus, Zynismus, Spott, Arroganz auf der anderen.

3. Kommunikatives Handeln der Moderatoren	3.1 Art der Gesprächsleitung	Wie gestaltet sich das Eingreifen in den Gesprächsverlauf: häufig / selten, förderlich / hinderlich für tiefergehende Auseinandersetzung? Wie wird das Rederecht zugewiesen (turn-Apparat)?
	3.2 Inhalt ihrer sprachlichen Äußerungen	Eigene Meinung, Hinterfragen, Kritisieren, Erklären, Zusammenfassen, Interpretieren, Vereinfachen von (schwierigen) Sachverhalten, Reduktion auf tagespolitische Brisanz, provokative Themenbehandlung
	3.3 Benehmen (demeanor) und Ehrerbietung (deference) gegenüber Teilnehmern	Höfliches, achtsames Verhalten auf der einen Seite; ins Wort fallen, Ironie, Sarkasmus, Zynismus, Spott, Arroganz auf der anderen.
4. Geltungs- ansprüche	4.1 Anzweifeln von Geltungsansprüchen	Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Verständlichkeit oder Richtigkeit werden in Frage gestellt
	4.2 Einlösen von Geltungsansprüchen	Aussage wird zurückgenommen, richtiggestellt, wiederholt etc.
5. Dramaturgisches Handeln	5.1 Selbstinszenierung der Teilnehmer	Eigene Person / Partei / Organisation etc. wird in Vordergrund gestellt
	5.2 Rahmenbedingungen der Sendung	Teilnehmern werden in bestimmter Form präsentiert / ihnen werden „Rollen“ zugeschrieben

Tabelle 1: Kategoriensystem

7 AUSWERTUNG UND ERGEBNISDARSTELLUNG

Im Folgenden wird nun das aus den Transkriptionen extrahierte Material je Kategorie, Unterkategorie und Sendung ausgewertet. Vorab erfolgt eine kurze Darstellung des Aufbaus jeder der untersuchten Sendungen, um Unterschiede, Gemeinsamkeiten oder besondere Merkmale feststellen zu können.

7.1 Aufbau der Sendungen

7.1.1 Im Zentrum⁸

Die Sendung beginnt mit einer kurzen Einführung zum Thema durch den Gesprächsleiter bzw. die Gesprächsleiterin. In einem zur Kamera offenen Halbkreis sitzen fünf Diskutanten. Dazwischen, frontal zu den Zuschauern, sitzt die Moderatorin Ingrid Thurnher bzw. der Moderator Peter Pelinka. Im Saal ist Publikum anwesend, das zu Beginn, am Ende und dazwischen durch Klatschen bemerkbar ist, sich darüber hinaus aber nicht an der Diskussion beteiligt. Es sind sowohl Politiker als auch Experten (beispielsweise aus der Politik, der Wirtschaft oder dem Journalismus) eingeladen.

Die politischen Akteure in der Sendung vom 17.11.2013 mit Ingrid Thurnher sind Andreas Schieder von der SPÖ und Josef Pühringer von der ÖVP. Des Weiteren sind eingeladen: Margit Schratzenstaller, Budgetexpertin beim Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO, Franz Schellhorn, der Gründer des ThinkTank „Agenda Austria“ sowie Herbert Lackner, Chefredakteur des Wochenmagazins *Profil*.

Bei dieser Folge vom 17.11.2013 folgt auf die Einführung eine humoristische Video-Einspielung zum Sachverhalt und anschließend detaillierte Informationen anhand einer Grafik, gefolgt von der Vorstellung der Gäste – beides durch die Moderatorin. Danach steigt Frau Thurnher in die Diskussion ein, lässt aber, nachdem der erste Gast zu Wort gekommen ist, einen Beitrag zeigen, der weitere Hintergrund-Informationen liefert (Dau-

⁸ Bei der Darstellung von Im Zentrum werden beide Geschlechter genannt, da der Unterschied zwischen Ingrid Thurnher und Peter Pelinka von Bedeutung ist.

er: 1:00 Min.). Darüber hinaus gibt es im Hauptteil der Sendung noch zwei weitere aufgezeichnete Einspielungen, wovon eine 1:12 Min. und die andere 0:32 Min. dauert. Diese sind aber nicht Teil der Analyse, da es nur um die kommunikativen Handlungen der Teilnehmer und Moderatoren geht.

Das Ende dieser Sendung wird nicht merkbar eingeleitet, es erfolgt relativ abrupt mit abschließenden Worten der Moderatorin.

An Peter Pelinkas Einführung in der Sendung vom 10.02.2013 schließt sich sogleich die Vorstellungsrunde der Gäste durch eine Off-Stimme an, bei der auch deren jeweilige Meinung zum Diskussionsthema präsentiert wird. Danach wird ein Beitrag mit Hintergrund-Informationen gezeigt, bevor die tatsächliche Diskussion beginnt und konkret ein Gast mit einer Frage vom Moderator angesprochen wird.

Als Politiker sind in dieser Sendung eingeladen: Andreas Schieder von der SPÖ, Reinhold Lopatka von der ÖVP und Andreas Mölzer von der FPÖ. Weitere Gäste sind die Europa-Expertin Sonja Puntischer-Riekmann von der Universität Salzburg und Florian Eder, Brüssel-Korrespondent der deutschen Tageszeitung *Die Welt*.

In dieser Runde gibt es zwei aufgenommene Beiträge (Dauer 1:17 Min. und 1:21 Min.), die Hintergrundinformationen liefern, zusätzlich spricht der Moderator mit dem Experten Dr. Gottfried Haber (insgesamt: 3:15 Min.) und der Korrespondent Raimund Löw wird dreimal zugeschaltet (Dauer: 1:17 Min., 1:17 Min. und 2:01 Min.). Diese Beiträge sind aber allesamt nicht Teil der Analyse, da es nur um die kommunikativen Handlungen der Teilnehmer und Moderatoren geht. Es folgen die Schlussworte des Moderators.

Zu Beginn und am Schluss von *Im Zentrum* ist die charakteristische Sendungs-Melodie zu hören. Die Gesamtdauer der Diskussionsrunde beträgt rund eine Stunde.

7.1.2 60 Minuten Politik

In dieser Sendung sind nur Politiker zu Gast. Bei der untersuchten Folge vom 14.11.2013 handelt es sich um die Klubobleute der Parlaments-Parteien – allerdings ausschließlich um diejenigen aus der Opposition: Dagmar Belakowitsch-Jenewein von der FPÖ, Werner Kogler von den Grünen, Matthias Strolz von den Neos und Waltraud Dietrich vom Team Stronach. Im Saal ist kein Publikum anwesend. Besonderes Merkmal

ist die Doppelmoderation⁹: der Gesprächsleiter Christoph Takacs – Chefredakteur von ORF III – wird unterstützt von einem weiteren Chefredakteur eines österreichischen Mediums. Bei der zu analysierenden Sendung handelt es sich um Rainer Nowak von der Tageszeitung *Die Presse*. Die beiden Männer stehen in der Mitte, frontal mit Blick zur Kamera, an einem gemeinsamen Stehpult, schräg rechts und links davon befinden sich je zwei Diskutanten an eigenen Stehtischen, so dass sich ein leichter Halbkreis bildet.

Der Hauptmoderator eröffnet die Sendung, stellt das Thema und die Gäste vor, wobei er jede Person begrüßt. Bevor der Gastmoderator mit der tatsächlichen Diskussion beginnt, wird ein Beitrag gezeigt, der Hintergrundinformationen zum Thema liefert (Dauer: 2:04 Min.). Eine weitere Einspielung zeigt eine Befragung von Passanten (2:32 Min.). Diese Beiträge sind aber – wie auch schon bei *Im Zentrum* – nicht Teil der Analyse. Gegen Ende der Sendung fordert der Moderator die Diskutanten explizit zu einer Schlussrunde auf, aus der eine Conclusio der Diskussion hervorgehen soll. Mit abschließenden Worten des Gesprächsleiters wird die Sendung beendet. Danach, ebenso wie am Anfang, ist die Titel-Melodie zu hören. Die Gesamtdauer der Diskussionsrunde beträgt gut eine Stunde.

7.1.3 Am Punkt

Vier Personen diskutieren miteinander, wobei nur einer davon ein Politiker ist – Herbert Kickl von der FPÖ. Als Experten sind zu Gast: Christian Keuschnigg, der Direktor vom Institut für Höhere Studien, Alexandra Strickner, die Obfrau von Attac Österreich und der Politikberater Thomas Hofer. Diese stehen sich konfrontativ an einem runden Tisch gegenüber – zwei links und zwei rechts. Am Kopf des Tisches, ohne direktes Gegenüber, steht die Moderatorin Sylvia Saringer. Im Saal ist kein Publikum anwesend, besonderes Merkmal ist hier aber die Einbindung der Zuschauer vor den Bildschirmen in die Diskussion: über verschiedene Online-Medien können diese Fragen stellen oder ihre Meinung kundtun. In der analysierten Folge vom 13.11.2013 geschieht das am häufigsten per Facebook-Posting. Ein Video-Beitrag mit Off-Stimme eröffnet die Sendung und gibt eine Einführung in das Thema, gefolgt von der Vorstellungsrunde der Gäste. Bei jedem Diskutanten wird sein Statement zum Thema genannt. Danach erfolgt die Begrüßung und Einführung durch die Moderatorin, die anschließend übergeht in die tatsächliche Diskussion.

⁹ Der gastgebende Moderator Christoph Takacs wird im Folgenden als *Moderator, Hauptmoderator* oder *Gesprächsleiter* bezeichnet, der zweite Moderator Rainer Nowak wird *Gastmoderator* genannt.

Abgesehen von der Video-Einspielung zu Beginn gibt es nur noch einen kurzen Beitrag (0:15 Min.), beide sind aber nicht Teil der Analyse, wie oben bereits erwähnt. Vermehrt liest die Moderatorin zwischendurch Nachrichten oder Kommentare der Zuschauer vor.

Besonderes Merkmal dieses Formats ist die Analyse am Schluss der Sendung: es erfolgt eine Zuschaltung ins sogenannte Analyse-Studio zur Co-Moderatorin Sophia Angelides, bei der sich pro Sendung jeweils ein anderer Beobachter der Runde befindet. Bei der Folge vom 13.11.2013 ist das Daniela Kittner, Journalistin der Tageszeitung *Kurier*. Sie bewertet die Teilnehmer der Diskussion, woraufhin die Moderatorin noch einmal auf bestimmte Punkte zu sprechen kommt. Zum Abschluss wird das Ergebnis einer unter den Zuschauern durchgeführten Facebook-Umfrage präsentiert, auf das die Diskutanten Bezug nehmen sollen. Es gibt keine explizit angekündigte Schlussrunde, wobei durch die Analyse und das Ergebnis der Umfrage bereits ersichtlich ist, dass das Ende der Sendung naht. Die abschließenden Worte der Moderatorin halten sich daher recht kurz. Zu Beginn und am Schluss ist die Sendungs-Melodie zu hören. Die Diskussion wird zweimal durch Werbung unterbrochen, weswegen sie mit 54 Minuten etwas kürzer ist, als die anderen.

7.2 Kategorie 1: Kommunikatives Handeln der Politiker

Dieses Kapitel befasst sich zum einen mit dem Argumentationsverhalten der Politiker, konkret damit, wie sich deren eigene Argumente gestalten und wie sie auf jene der übrigen Teilnehmer eingehen. Einwürfe sind hierbei nur dann von Relevanz, wenn sie sich zu einem längeren Sprechakt entwickeln, bei dem die Möglichkeit besteht, dass eine Begründung enthalten ist. Zum anderen werden das Benehmen und die Ehrerbietung (wie in Kapitel 3.2.1 nach Goffman definiert) gegenüber anderen Teilnehmern sowie in Bezug auf die Moderatoren untersucht. Dabei wird unterschieden, ob höfliches, achtsames Verhalten erkennbar ist oder eher eine Tendenz zum Gegenteil – zu rücksichtslosem „ins Wort fallen“, ironischen, sarkastischen, zynischen, spöttischen oder arroganten Bemerkungen.

7.2.1 Kategorie 1.1: Argumentationsverhalten

Im Zentrum 10.02.2013

Alle teilnehmenden Politiker gehen auf die gestellten Fragen ein und begründen ihre Antworten. Lediglich Reinhold Lopatka gibt einmal eine ausweichende Antwort, wenn er vom Moderator gefragt wird: „Also doch kein akzeptables Ergebnis?“ (Transkript A: 00:10:22) und darauf antwortet: „Na doch! Wir müssen es akzeptieren.“ (ebd.: 00:10:24).

Alle drei berufen sich auf Zahlen, um ihre Aussagen zu begründen. Beispielsweise sagt Andreas Schieder: „und da ist unser Beitrag 0,31%, übrigens genau der gleiche wie auch der britische“ (ebd.: 00:07:03). Darüber hinaus verweist Reinhold Lopatka einmal auf eine mitgebrachte Tabelle (ebd.: 00:08:35).

Wenn sich Andreas Schieder auf die Argumente der anderen Teilnehmer bezieht, tut er dies einmal mit dem Hinweis auf eine wissenschaftliche Studie, das andere Mal mit begründenden Worten (vgl. ebd.: 00:34:37).

Reinhold Lopatka bezieht sich öfter auf andere Diskutanten, jedoch handelt es sich dabei nicht immer um eine argumentative Auseinandersetzung, beispielsweise gibt er einmal lediglich bekannt, dass er die Ansichten von Andreas Schieder versteht (vgl. ebd.: 00:10:24) oder wiederholt ein anderes Mal sinngemäß, was dieser vorher gesagt hat (vgl. ebd.: 00:17:40). In den meisten Fällen bezieht er sich aber auf konkrete Argumente der anderen Teilnehmer, kritisiert diese und begründet auch seine eigenen Aussagen (vgl. ebd.: 00:33:34, 00:44:41, 00:45:32, 00:45:48, 00:52:42).

Andreas Mölzer bezieht sich konkret auf ein Argument von Reinhold Lopatka und kritisiert dieses als „Wortklauberei“ (ebd.: 00:11:23). Im gleichen Sprechakt tut er dies mit einer Aussage Andreas Schieders, die er als „Volkswirtschaftliche Zahlenspielerei(“ (ebd.) bezeichnet. Mit Bezug auf denselben sagt er kurz darauf: „das ist ja ein Faktum, des können Sie net wegdiskutieren.“ (ebd.: 00:12:46). Auf den Experten Florian Eder nimmt er Bezug, wenn er rhetorisch fragt: „Sie können sich vorstellen, wie willfährig die letztlich sein werden.“ (ebd.: 00:28:43), allerdings ohne weiter darauf einzugehen. Eine tiefergehende Auseinandersetzung folgt im gleichen Sprechakt, wenn er sagt: „Aber ich möchte noch auf etwas eingehen, was die Frau Professor angerissen hat“ (ebd.).

Im Zentrum 17.11.2013

Josef Pühringer hat im ersten Teil der Diskussion einen langen Sprechakt, in dem er sich zwar auf die Frage der Moderatorin bezieht und auch Antworten mit Begründungen gibt, allerdings sind seine Entschuldigung zu Beginn (vgl. ebd.: 00:11:15) und die später folgende Aussage: „Die Kommunikation hätte vielleicht anders sein können. Aber das Entscheidende ist ja, jetzt liegt's am Tisch“ (00:15:04), im Kontext gesehen, ausweichende, beschönigende Äußerungen dafür, dass vor der Wahl nicht die Wahrheit gesagt wurde. Ausweichend wird er auch später noch zweimal (vgl. ebd.: 00:56:46, 00:59:00). In einem weiteren Sprechakt (vgl. ebd.: 00:23:08) geht er mit Begründung auf die Frage der Moderatorin ein, macht aber keine konkreten Angaben dazu, worum es sich bei den von ihm geforderten „Maßnahmen, die die Konjunktur ankurbeln“ (ebd.) handelt. Auf Thurners Nachhaken, womit sie ihn auf eine konkrete Aussage festlegen will, gibt er mehrere ausweichende Antworten (vgl. ebd.: 00:24:23, 00:24:35, 00:24:46). In einem weiteren Sprechakt bezieht er sich explizit auf Andreas Schieder und führt dessen angesprochenes Argument weiter (vgl. ebd.: 00:39:29). Auch auf Franz Schellhorn nimmt er Bezug, dessen Aussage er richtigstellen möchte (vgl. ebd.: 00:40:26), wofür er Argumente liefert. Dies tut er ebenso im darauf folgenden Sprechakt (vgl. ebd.: 00:40:47). In weiteren Sprechakten liefert er Begründungen (00:56:18) oder erklärt, warum er „keine Zahlen nennen“ (ebd.: 00:50:01) kann.

Andreas Schieder gibt einige Male ausweichende Antworten (vgl. ebd.: 00:15:53, 00:29:39, 00:47:40, 00:48:37, 00:48:47) bzw. geht überhaupt nicht auf die ihm gestellte Frage ein (vgl. ebd.: 00:15:57, 00:18:36). In seiner Argumentation wiederholt er von Josef Pühringer vorgebrachte Aussagen, ohne sich auf diesen zu beziehen (vgl. ebd.: 00:15:57, 00:16:37). Später knüpft er mehrmals an das, was andere Diskutanten vorher eingebracht haben, an (vgl. ebd. 00:26:44 und 00:28:19, 00:43:46, 00:45:00), allerdings nicht so, dass er eine tiefergehende Argumentation daraus entwickelt.

Er nennt dreimal Zahlen und Fakten als Belege, (vgl. ebd.: 00:16:37 und 00:37:40, 00:54:34) allerdings konkretisiert er oft nicht das, was er in den Raum stellt, beispielsweise wenn er sagt, dass es notwendig ist „auch darauf zu schauen, dass das schwache Wirtschaftswachstum doch nicht so schwach wird“ (ebd.) oder „dass man sich gewahr und bewusst wird, was einem alles droht“ (ebd.). Auch in einem weiteren Sprechakt (vgl. ebd.: 00:20:14) bringt er keine Zahlen oder Fakten für seine Behauptungen, woraufhin

Franz Schellhorn Belege dazu liefert¹⁰, die das von Schieder Gesagte als unwahr darstellen (vgl. ebd.: 00:20:44). Die Aussage, dass „im heurigen Jahr 2013 der Budgetvollzug (...) vollkommen im Plan ist“ (ebd.: 00:15:57) macht er insgesamt dreimal, (vgl. zusätzl. ebd.: 00:16:37 und 00:30:18) ohne direkt danach gefragt zu werden. Auf eine Frage der Moderatorin geht er zwar zu Beginn ein, nutzt das Erhalten des Rederechts aber, um davon abweichend sehr lange weiter zu reden, was durch „Ich glaub eins muss man auch klar sagen“ (00:43:46) gekennzeichnet ist, für zwei andere Fragen hingegen liefert er einmal sogleich (vgl. ebd.: 00:58:05), einmal aufgrund von Nachhaken der Moderatorin (vgl. ebd.: 00:48:37), eine Erklärung.

60 Minuten Politik

Werner Kogler antwortet zwar auf die Fragen der Moderatoren, nutzt das Rederecht aber oft, um darüber hinausgehende Aspekte anzuschneiden (vgl. Transkript C: 00:04:59, 00:06:56, 00:26:02, 00:40:48, 01:00:39). Er begründet einige seiner Aussagen anhand von Zahlen (vgl. ebd. und 00:45:56) oder Fakten (vgl. Transkript C: 00:39:26, 00:54:12, 00:55:02).

In seiner Argumentation stellt er einerseits die eigene Partei als gut dar (vgl. ebd.: 00:04:59, 00:06:56), indem er beispielsweise erklärt, „Wir ham gsagt, mach ma a Gsetz [...] jetzt stellt sich raus, wir wern das Gesetz wirklich brauchen“ (ebd.: 00:04:59). Die Regierung präsentiert er in negativem Licht, z.B. wenn er sagt „die lügen ja schon wieder“ (ebd.) oder deren Handeln als „Lügenaktion mit Anlauf“ (Transkript C: 00:06:56) bezeichnet. Auf die konkrete Frage, was die Regierung gut gemacht habe, drückt er allerdings auch seine Wertschätzung dieser gegenüber aus (vgl. ebd.: 00:23:36, 00:24:20) bzw. tut dies auch noch einmal unaufgefordert (vgl. ebd.: 00:26:02).

Er bezieht sich in zwei Sprechakten auf Matthias Strolz, wobei er zum einen dessen Vorschlag lobt (vgl. ebd.: 00:23:36) und zum anderen die gemeinsame Sichtweise mit ihm betont (vgl. ebd.: 00:40:48). In einem weiteren Sprechakt nimmt er Bezug auf vorherige Argumente, ohne einen Diskutanten spezifisch zu nennen (vgl. ebd. 00:54:12).

Er macht Vorschläge, zur Besserung der Situation (vgl. ebd.: 00:39:26, 00:44:18), einige davon bleiben aber recht vage, wenn er beispielsweise davon spricht, dass die Regie-

¹⁰ Mehr dazu in Kapitel 6.3.

rung „a paar unverbrauchte Leut oder welche, die was anpacken wollen“ (ebd.: 00:24:20) bräuchte „und dann vielleicht gleichzeitig noch an koalitionsfreien Raum“ (ebd.).

Waltraud Dietrich bezieht sich zwar in der Mehrheit ihrer Sprechakte auf die Fragen der Moderatoren (vgl. Transkript C: 00:08:37, 00:09:36, 00:21:03, 00:33:19, 00:34:00, 00:48:21, 00:49:06, 00:49:43, 00:50:22, 00:50:38, 00:57:52, 00:57:59, 00:58:05, 00:58:06), allerdings bleiben ihre Aussagen in fast allen Fällen oberflächlich und führen nicht aus, was sie konkret meint (vgl. ebd.), beispielsweise, wenn sie sagt: „Ja aber wäre es nicht endlich Zeit, eine ehrliche Politik zu machen, wär es nicht Zeit, endlich die Wahrheit auch vor der Wahl zu reden und nicht erst danach mit Belastungspaketen zu kommen?“ (ebd.: 00:09:36).

Als konkreten Lösungsvorschlag nennt sie „Neuwahlen“ (ebd.: 00:08:37). Zweimal bezieht sich Dietrich überhaupt nicht auf die gestellte Frage und gibt ausweichende Antworten (vgl. ebd.: 00:35:28, 00:35:53).

In ihrer Argumentation stellt sie die eigene Partei, bzw. den Partei-Chef als gut dar (vgl. ebd.: 00:09:36, 00:35:28) und die Regierungspartei als schlecht (vgl. ebd.: 00:08:37, 00:20:58, 00:21:03, 00:21:44).

Dagmar Belakowitsch-Jenewein bezieht sich indirekt auf den Sprechakt von Werner Kogler, wenn sie sagt, „auch wir haben gewarnt“ (Transkript C: 00:11:26) und argumentiert damit, dass ihrer Partei kein Glauben geschenkt und in Bezug auf deren Mitglieder gesagt wurde, sie seien „die Schwarzmalerei“ (ebd.). In ihrer Argumentation stellt sie ihre eigene Partei als gut dar, da diese „gewarnt“ (ebd.) habe, die Regierungsparteien werden ins negative Licht gerückt, da diese nicht die Wahrheit gesagt hätten (vgl. ebd.: 00:11:26, 00:13:12, 00:13:53).

Auch bei anderen Themen verwendet sie in wiederkehrender Regelmäßigkeit „Ehrlichkeit“ (ebd.: 00:37:48) sowie die zugehörigen Adjektive (vgl. ebd.: 00:38:25, 00:38:50, 00:51:50, 00:53:02) in ihrer Argumentation, obwohl es im Kontext der Sprechakte nicht nötig wäre, wodurch es mit der Zeit redundant wird.

Ihr Vorschlag zur Lösung des Problems sind „Neuwahlen“ (ebd.: 00:13:25).

Zwei ihrer Antworten sind ausweichend (vgl. ebd.: 00:36:23, 00:37:08), da der Moderator nicht locker lässt, versucht sie daraufhin das Thema zu wechseln (vgl. ebd.: 00:37:33).

In anderen Sprechakten, gegen Ende der Diskussion, argumentiert sie konkreter anhand von Fakten (vgl. ebd.: 00:52:58, 00:53:02, 00:53:29) und macht in ihrem Schluss-

Statement greifbare Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise der Regierung (vgl. ebd.: 00:58:24, 00:59:02). Auf Argumente der anderen Teilnehmer bezieht sie sich nicht.

Auch Matthias Stolz stellt in seiner Argumentation die eigene Partei positiv dar (vgl. Transkript C: 00:14:59, 00:18:38) und die Handlungen der Regierung negativ (vgl. ebd.). Auf die Frage des Moderators, inwiefern er Wertschätzung gegenüber den Regierungs-Parteien empfindet, äußert er sich zwar anerkennend, nutzt das Rederecht aber auch, um darüber hinaus vom Thema der Frage abzuschweifen (vgl. Transkript C: 00:19:42). Er nennt zu Beginn „vier konkrete Vorschläge“ (Transkript C: 00:15:56), die seine Partei im Parlament einbringen will, um die kritische budgetäre Lage zu entschärfen. Diese enthalten genaue Zahlen und Fakten. Auch in weiteren Sprechakten sagt er konkret, wie er sich eine Besserung der Situation vorstellt (vgl. ebd.: 00:28:42, 00:29:07, 00:56:32, 00:57:30). In anderen wiederum gibt er ausweichende Antworten (vgl. ebd.: 00:29:48, 00:31:27), wird auf Nachfrage etwas konkreter (vgl. ebd.: 00:32:30), nutzt dieses Rederecht aber auch, um ein weiteres Thema anzuschneiden bzw. um von dem eigentlichen wieder abzulenken (vgl. ebd.: 00:32:42, 00:32:50).

Stolz redet insgesamt sehr bildhaft und verwendet fast in jedem Sprechakt Metaphern, beispielsweise: „wir werden auch lästig sein wie a Zeck (...) die sollen den Stachel im Fleisch spüren, im Gesäß, weil des is der Sitzmuskel, des is der einzige Muskel, den sie noch haben“ (ebd.: 00:18:38). (Weitere Metaphern in ebd.: 00:14:59, 00:15:56, 00:28:29, 00:28:42, 00:29:07, 00:31:18, 00:31:27, 00:32:50, 00:57:30).

Stolz bezieht sich nicht erkennbar auf Argumente oder Aussagen anderer Teilnehmer.

Am Punkt¹¹

Herbert Kickls Argumentation ist geprägt von negativen Aussagen über die Regierung (vgl. Transkript D: 00:05:59, 00:07:02, 00:16:02, 00:19:27, 00:20:06, 2/00:06:39, 2/00:07:03) und von positiven Worten für seine eigene Partei (vgl. ebd.: 00:07:02).

Er bringt drei Vorschläge in Bezug auf das Budget-Loch und den Umgang mit der aktuellen Regierung: einen „Misstrauensantrag“ (ebd.: 00:07:02), eine „Reform“ (ebd.: 2/00:07:03) und „größere Beteiligung“ (ebd.: 3/00:10:13) der Bürger. Allerdings nennt er

¹¹ Am Punkt ist aufgrund der Werbeunterbrechungen in drei Teile gegliedert, die Quellenverweise des ersten Teils enthalten nur die Zeitangabe, bei jenen des zweiten und dritten Teils ist jeweils eine 2/ bzw. 3/ vorangestellt.

diese Punkte nur und geht nicht konkret darauf ein, wie die Reform oder die größere Beteiligung aussehen sollen.

In einem Sprechakt äußert er sich gegensätzlich zur öffentlich präsentierten Meinung seiner Partei und begründet dies anhand von Worten (vgl. Transkript D: 00:19:27). In zwei Sprechakten äußert sich Kickl ausweichend (vgl. ebd.: 2/00:06:39, 2/00:07:03). Er bezieht sich einmal thematisch auf eine andere Rednerin in der Runde nicht (vgl. ebd.: 2/00:07:03), später greift er einen Gedanken derselben auf, um diesen fortzuführen (vgl. ebd.: 3/00:10:13) und bezieht sich auf ein weiteres vorher angesprochenes Thema (vgl. ebd.). In einem Sprechakt unterbricht er einen anderen Diskutanten, indem er kurz auf das aktuell erörterte Thema eingeht, um dann einen eigenen Inhalt einzubringen (vgl. ebd.: 2/00:16:27).

Auffällig ist, dass seine Argumentation die gleiche Wortwahl enthält, wie die seiner FPÖ-Kollegin Dagmar Belakowitsch-Jenewein in *60 Minuten Politik*: beide sprechen davon, dass ihre Partei als „Schwarzmalerei“ (Transkript D: 00:07:02, Transkript C: 00:11:26) bezeichnet wurde, der man keinen Glauben schenken wollte und dass „SPÖ und ÖVP sich mit einem einzigen Betrug nochmal über diese Wahl gerettet haben“ (Transkript D: 00:07:02) bzw. dass diese „sich einfach nur drüber gelogen [haben] über diese Wahl“ (Transkript C: 00:11:26). Auch in ihrer weiteren Argumentation sind sie sehr ähnlich, wenn Belakowitsch-Jenewein sagt, „DAS vergessen die Menschen jetzt nicht mehr“ (Transkript C: 00:13:35) und Kickl meint: „aber jetzt fliegt das auf“ (Transkript D: 00:19:27) oder „wo die Menschen zu Recht sagen, so geht das nicht weiter“ (ebd.: 00:20:06).

7.2.2 Kategorie 1.2: Benehmen und Ehrerbietung

Im Zentrum 10.02.2013

Andreas Schieder fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. Transkript A: 00:11:23, 00:11:58, 00:12:30, 00:12:43, 00:34:37, 00:47:15, 00:51:25). Zweimal passiert es allerdings aus dem Grund, dass ihn ein anderer Teilnehmer zuvor kritisiert hat und ihm keine Möglichkeit gegeben wird, sich zu rechtfertigen (vgl. ebd.: 00:11:23, 00:11:58). Dem Moderator fällt er einmal ins Wort (vgl. ebd.: 00:36:40). Ironische, sarkastische, zynische, spöttische oder arrogante Bemerkungen gibt er nicht von sich.

Reinhold Lopatka fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. ebd.: 00:16:27, 00:30:58, 00:31:45, 00:32:35, 00:33:34, 00:47:10), einer dieser Einwurfe dient zur Richtigstellung des Sachverhalts (vgl. ebd.: 00:16:27). Einmal lächelt er ironisch (vgl. ebd.:

00:31:45), was von einer anderen Teilnehmerin zum Thema gemacht wird. Höfliches Benehmen ist erkennbar, wenn er vorab einleitet „Vielleicht darf ich ein paar Punkte ganz kurz ansprechen.“ (ebd.: 00:17:07), statt direkt mit dem Reden zu beginnen.

Andreas Mölzer fällt anderen Teilnehmer mehrmals ins Wort, einmal davon mit arrogan-tem Lächeln (vgl. ebd.: 00:32:39). Dem Moderator fällt er viermal ins Wort, obwohl er jedes Mal direkt angesprochen wird und das Ende des Satzes abwarten könnte (vgl. ebd.: 00:11:23, 00:28:38, 00:28:43, 00:42:53). Einmal wirft er etwas zur Richtigstellung ein (vgl. ebd.: 00:42:36). Gegenüber anderen Teilnehmern verhält er sich dreimal arro-gant (vgl. ebd.: 00:11:23, 00:32:39, 00:42:58) und äußert sich einmal ironisch (vgl. ebd.: 00:11:58). Einmal stellt er allerdings auch einen anderen Teilnehmer in ein gutes Licht (vgl. ebd.: 00:29:50).

Auffälligkeit: Andreas Mölzer fordert sein Recht ausreden zu dürfen von einem Teilneh-mer ein (vgl. ebd.: 00:12:30).

Im Zentrum 17.11.2013

Andreas Schieder fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. Transkript B: 00:19:46, 00:20:12, 00:28:43, 00:28:49, 00:29:28, 00:29:35, 00:56:10), darunter einmal, um den Geltungsanspruch der Wahrheit in Frage zu stellen (vgl. ebd.: 00:19:46). Zwei-mal unterbricht er mit seinen Einwüfen die Moderatorin (vgl. ebd.: 00:49:41, 00:54:34). Ihr gegenüber erhebt er mehrere Male Widerspruch bzw. stellt ihre Äußerung in Frage. Einmal tut er dies auf eine leicht herablassende Art, die zeigt, dass er ihre Aussage übertrieben findet: „Ja aber lass ma mal die Kirche im Dorf...“ (ebd.: 00:15:53). Höflicher verhält er sich, wenn er sagt „Die Darstellung is ja ein bisschen unpräzise“(ebd.: 00:26:44) oder „Des is glaub ich sehr verkürzt“ (ebd.: 00:45:50). Etwas spöttisch bzw. herablassend (in Kombination mit Mimik und Tonfall) sind die folgenden Aussagen: „Ich weiß net, wo Sie im Wort ‚vielleicht‘ a Festlegung erkennen. Ich glaub ‚vielleicht‘ drückt genau das Gegenteil aus, nämlich eventuell vielleicht, aber...“ (ebd.: 00:31:00), „...wenn zwei Parteien verhandeln, wirts eine dieser Parteien sein.“ (*mit Grinsen auf dem Ge-sicht*) (ebd.: 00:31:10), „Sie ham des Thema eingebracht, jetzt müss mer des eigentlich von Ihnen hören...“ (ebd.: 00:48:37), „bevor Sie mir jetzt noch drei Fragen stellen, ich stell Ihnen sonst nämlich auch die Rück-(unverst.)“ (ebd.: 00:48:47).

Auffälligkeit: Andreas Schieder fordert sein Recht ausreden zu dürfen von der Moderato-rin ein: „Lassen Sie alle ausreden, nur mi net?“ (ebd.: 00:16:33:). Er fühlt sich persönlich

angegriffen und kritisiert die nicht vorhandene Ehrerbietung der Moderatorin (vgl. ebd.: 00:49:46).

Josef Pühringer fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. ebd.: 00:53:37, 00:56:18, 00:57:10, 00:58:43), zweimal davon, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit anzuzweifeln (vgl. ebd.: 00:53:37, 00:56:18). In die Sprechakte der Moderatorin wirft er zweimal etwas ein, einmal, um den Geltungsanspruch der Wahrheit anzuzweifeln (vgl. ebd.: 00:57:49) und einmal, um ihre Frage (allerdings nicht die, die sie ihm nun gestellt hat, sondern eine vorhergehende) höflich in Frage zu stellen (vgl. ebd.: 00:59:00).

60 Minuten Politik

Dagmar Belakowitsch-Jenewein fällt dem Moderator¹² mehrmals ins Wort (vgl. Transkript C: 00:13:35, 00:13:47, 00:13:51, 00:51:58), darunter einmal mit abschätzigem Lachen (vgl. ebd.: 00:13:35). Spöttisch äußert sie sich ihm gegenüber, wenn sie mit einem Grinsen sagt: „Die offizielle Zahl, die wir ja alle nicht wissen“ (ebd.: 00:38:50). Eine andere Teilnehmerin greift sie unsachlich an, indem sie sagt: „Na klar, wenn ich den Millionär oder Milliardär im Hintergrund hab, kann mir die Parteienförderung egal sein“ (ebd.: 00:36:23).

Werner Kogler fällt dem Moderator einmal ins Wort (vgl. ebd.: 1:00:26), einmal äußert er sich in Bezug auf einen anderen Teilnehmer positiv (vgl. ebd.: 00:23:36).

Waltraud Dietrich wirft mehrmals etwas ein, während der Moderator spricht (vgl. ebd.: 00:21:37, 00:33:19, 00:33:56).

Ebenso tut dies Matthias Strolz (vgl. ebd.: 00:19:07, 00:30:46, 00:30:51). Bei der Schlussrunde, als eine Frage an alle Teilnehmer gestellt wird, fragt er höflich „Soll ich anfangen?“ (ebd.: 00:56:33).

Am Punkt

Herbert Kickl fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. Transkript D: 00:08:35, 00:12:05, 00:15:13, 00:15:54, 00:16:02, 2/00:11:56, 2/00:16:27), davon einmal, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit anzuzweifeln (vgl. ebd.: 00:12:05).

¹² Hier wird keine Unterscheidung gemacht zwischen Moderator und Gastmoderator.

7.3 Kategorie 2: Kommunikatives Handeln der anderen Diskussions-Teilnehmer

Dieses Kapitel befasst sich zum einen mit dem Argumentationsverhalten jener Gäste, die keine Politiker sind, sondern als Experten in die Diskussionsrunde geladen wurden. Konkret geht es – wie in den vorigen beiden Kategorien – darum, wie sich die Argumente dieser Teilnehmer gestalten und wie sie auf jene der übrigen Diskutanten eingehen. Einwürfe sind hierbei nur dann von Relevanz, wenn sie sich zu einem längeren Sprechakt entwickeln, bei dem die Möglichkeit besteht, dass eine Begründung enthalten ist. Außerdem werden das Benehmen und die Ehrerbietung (wie in Kapitel 3.2.1 nach Goffman definiert) gegenüber den anderen Diskutanten und den Moderatoren untersucht. Dabei wird unterschieden, ob höfliches, achtsames Verhalten erkennbar ist oder eher eine Tendenz zum Gegenteil – rücksichtsloses „ins Wort fallen“, ironische, sarkastische, zynische, spöttische oder arrogante Bemerkungen.

7.3.1 Kategorie 2.1: Argumentationsverhalten

Im Zentrum 10.02.2013

Sonja Puntscher-Riekmanns Sprechakte enthalten keine ausweichenden Floskeln, sondern beziehen sich immer argumentativ auf die gestellte Frage bzw. den Vorredner (vgl. Transkript A: 00:13:15, 00:30:32, 00:30:36, 00:30:58, 00:31:09, 00:31:45, 00:32:28, 00:32:34, 00:32:37, 00:32:41, 00:34:19, 00:50:08). Zweimal bezieht sie sich explizit auf einen Paragraphen bzw. eine Zahl (vgl. ebd.: 00:32:41, 00:15:30). Auf andere Teilnehmer nimmt sie mehrmals Bezug. Zweimal nicht tiefergehend (vgl. ebd.: 00:13:15, 00:16:30), zweimal geht sie argumentativ auf einen weiteren Diskutanten ein (vgl. ebd.: 00:31:09, 00:34:19). Zudem bezieht sie sich auf die Reaktion jenes Teilnehmers, mit dessen Aussagen sie sich auseinandersetzt, indem sie sein ironisches Lächeln anspricht (vgl. ebd.: 00:31:45). Einmal nimmt sie auf die Aussage eines anderen Teilnehmers Bezug und macht dabei ihre eigene Position klar, die sich von der des anderen unterscheidet (vgl. ebd.: 00:50:08). Im gleichen Sprechakt widerlegt sie außerdem die Aussage eines weiteren Diskutanten. Dies setzt sie in 00:51:26 fort, da sie unterbrochen wird.

Sie schneidet einen Lösungsvorschlag an, wenn sie sagt, man müsse „überlegen, welche Incentives kann man geben“ (ebd.: 00:31:45), führt aber nicht weiter aus, welche das sein könnten.

Auch bei Florian Eder sind keine ausweichenden Floskeln festzustellen. Er bezieht sich argumentativ auf die Fragen des Moderators (vgl. ebd.: 00:04:15, 00:27:13, 00:40:53) bzw. setzt direkt an den Sprechakt der vorigen Teilnehmerin an, um seine Gedanken dazu anzumerken (vgl. ebd.: 00:32:54 und 00:51:54). Seine Meinung in Bezug auf das, was falsch läuft bzw. geändert werden müsste, äußert er sehr vorsichtig: „Ich weiß nicht, ob das nicht langsam zu viel an Aufgaben ist, sondern auch ein Überstülpen eine Solidarität, die offenbar nicht in dem Maße gebraucht wird (ebd.: 00:32:54).

Im Zentrum 17.11.2013

Alle drei ‚Nicht-Politiker‘ beziehen sich auf die ihnen gestellten Fragen bzw. auf die Sprechakte voriger Teilnehmer und geben keine ausweichenden Antworten.

Lediglich Margit Schratzenstaller gibt auf eine Frage nur vage Auskunft und erläutert nicht, was sie damit meint, dass „in den großen Reformbereichen viel mehr passieren muss“ (vgl. Transkript B: 00:53:38). Auf eine Frage antwortet sie, keine Expertin in diesem Gebiet zu sein und daher keine fachkundige Auskunft geben zu können, bringt aber ihre Meinung sowie Ideen zur Besserung der Situation ein (vgl. ebd.: 00:41:27). In einem anderen Sprechakt äußert sie weitere Lösungsvorschläge (vgl. ebd.: 00:32:38). In ihren übrigen Wormeldungen geht sie auf die ihr gestellte Frage ein, begründet ihre Antwort und stellt dabei ihre Organisation (WIFO) in ein gutes Licht bzw. rechtfertigt deren Handeln (vgl. ebd.: 00:08:07, 00:08:58, 00:09:49).

Franz Schellhorn begründet seine Aussagen mit Verweis auf ein konkretes Jahr (vgl. ebd.: 00:05:56), mit Zahlen (vgl. ebd.: 00:19:46, 00:36:30) und mit dem Hinweis auf eine Studie (vgl. ebd.: 00:46:13). Einmal widerlegt er mit der Nennung konkreter Werte die Aussage eines anderen Teilnehmers, der selbst keine Fakten angeführt hat (vgl. ebd.: 00:20:34) und fasst dies im darauf folgenden Sprechakt noch einmal zusammen (vgl. ebd.: 00:20:44).

Er bringt Lösungsvorschläge ein: „Deshalb brauchts einen radikalen Kulturwandel“ (vgl. ebd.: 00:07:01), „dieser Zugang muss sich ändern“ (vgl. ebd.: 00:19:46), „dann muss es eine Diskussion über die Ausgaben geben“ (vgl. ebd.: 00:34:44) sowie Beispiele: „Aber die Skandinavier haben das gemacht, die Skandinavier habens geschafft.“ (vgl. ebd.: 00:43:29). In beiden Fällen führt er aber nicht näher aus, wie die Änderungen gestaltet sein sollen

Das letztgenannte Beispiel bringt er in einem späteren Sprechakt noch einmal an und beschreibt dabei konkreter, wie seine Forderungen verwirklicht werden sollten (vgl. ebd.: 00:46:13). Bei einem Lösungsvorschlag, den er nennt, verweist er auf dessen gelungene Umsetzung in einem anderen Bereich (vgl. ebd.: 00:55:22).

In einem Sprechakt bezieht er sich mit begründenden Worten auf das Argument eines anderen Teilnehmers, um dieses zu widerlegen (vgl. ebd.: 00:19:09), einmal fügt er etwas an den Sprechakt seines Vorredners an, um diesen zu vervollständigen, allerdings ohne Beleg (vgl. ebd.: 00:43:16).

Auf seinem eigenen Argument beharrend bezieht er sich dreimal auf die Aussage eines anderen Teilnehmers: „Aber das versprechen Sie seit Jahren und wenn das funktionieren würde, säßen wir nicht hier“ (vgl. ebd.: 00:56:39), „Wenn das funktionieren würde, würden die Schulden nicht durch die Decke gehen und hätten wir nicht so hohe Steuern“ (vgl. ebd.: 00:57:05) und „Nein! Aber des hams oft versprochen...“ (vgl. ebd.: 00:57:12).

Einmal verwendet er eine Metapher: „das ist ungefähr so, als würden Sie die Martini-Gans fragen, wie heiß darf denn das Rohr dieses Mal sein und das ist dann dementsprechend kühl“ (ebd.: 00:05:56).

Herbert Lackner bezieht sich einmal auf das Medienrecht, begründet damit, dass er eine Frage sehr bedacht beantwortet und belegt seine Aussagen anhand von Umfrage-Ergebnissen – die Zeitung, in der diese stehen, hat er mitgebracht (vgl. ebd.: 00:03:34). Auf Umfrage-Ergebnisse bezieht er sich noch in einem weiteren Sprechakt und zitiert den Leiter des AMS, um seine Aussagen zu belegen (vgl. ebd.: 00:51:08). Einmal äußert er Kritik, die er mit Worten (vgl. ebd.: 00:28:49) und Zahlen (vgl. ebd.: 00:29:01) begründet, einmal widerlegt er die Aussage eines Teilnehmers mit begründenden Worten (vgl. ebd.: 00:30:07)

Einmal bezieht er sich auf die Reaktion (vgl. ebd.: 00:29:26) und dreimal auf die Aussage eines Teilnehmers (vgl. ebd.: 00:42:29, 00:43:17, 00:43:34) Einmal nimmt er in seiner Argumentation Bezug auf die Sicht des Publikums (vgl. ebd.: 00:29:28).

Ein Sprechakt enthält Behauptungen ohne Belege, allerdings handelt es sich dabei um etwas, das seiner Ansicht nach allgemein bekannt ist (vgl. ebd.: 00:42:44).

60 Minuten Politik

In dieser Sendung sind nur Politiker zu Gast, daher können für Kategorie 2 keine Daten erhoben werden.

Am Punkt

Christian Keuschnigg äußert sich in seinen ersten Sprechakten sehr vage und nimmt keine konkrete Stellung dazu ein, ob es sich beim Diskussions-Thema um ein Fehlverhalten der Regierung handelt oder nicht (vgl. Transkript D: 00:02:17, 00:02:54, 00:03:34, 00:04:19). Auch in weiterer Folge macht er keine klaren Angaben, beispielsweise wenn er sagt: „sie hat ja schon viele Vorhaben, die in dieser großen Zahl eingerechnet worden is [sic!], gestrichen“ (ebd.: 00:11:42). Auf den Einwurf eines anderen Teilnehmers, der einen Geltungsanspruch kritisiert, geht er mit begründenden Worten ein (vgl. ebd.: 00:12:11). Bei der Beantwortung einer Frage wird er immer wieder durch Nachhaken einer anderen Teilnehmerin unterbrochen und geht darauf ein (vgl. ebd.: 00:15:30, 00:15:34, 00:15:37). Er bringt Lösungsvorschläge und erklärt diese (vgl. ebd.: 2/00:00:42, 2/00:00:58, 2/00:01:52) bzw. führt ein Beispiel an (vgl. ebd.: 2/00:16:03). Außerdem bezieht er sich auf vorher eingebrachte Ideen und führt diese weiter aus (vgl. ebd.: 2/00:14:34). Er kritisiert den Vorschlag einer Teilnehmerin und nennt Alternativen dazu (vgl. ebd.: 2/00:09:50, 2/00:10:34). Gegen Ende der Diskussion antwortet er mit begründenden Worten auf die Fragen der Moderatorin (vgl. ebd.: 3/00:04:15, 3/00:05:10). Mit den letzten Sprechakten geht er auf die ihm gestellten Fragen ein, allerdings sind diese so oberflächlich gehalten, dass sie keiner tiefergehenden argumentativen Auseinandersetzung bedürfen (vgl. ebd.: 3/00:12:18, 3/00:13:00, 3/00:13:18).

Alexandra Strickner belegt ihre Aussagen mit Beispielen (vgl. ebd.: 00:13:06, 2/00:08:42) und Zahlen (vgl. ebd.: 2/00:04:58). Sie bezieht sich mehrmals auf einen anderen Teilnehmer, indem sie Erklärungen von diesem fordert (vgl. ebd.: 00:15:30, 00:15:34, 00:15:37). In einem anderen Sprechakt bringt sie Gegenargumente für das, was ihr Vordner gesagt hat und liefert einen eigenen Lösungsvorschlag, den sie anhand einer mitgebrachten Grafik belegt (vgl. ebd.: 2/00:02:39). Sie bringt weitere Anregungen zur Besserung der Situation ein und belegt diese Argumente anhand von Zahlen (vgl. ebd.: 2/00:03:34) und Beispielen (vgl. ebd.: 3/00:08:15). Einmal äußert sie sich zustimmend gegenüber der Einschätzung eines anderen Teilnehmers (vgl. ebd.: 3/00:08:15).

Thomas Hofer bezieht sich in einem Sprechakt auf zwei andere Diskussions-Teilnehmer, gegenüber einem erhebt er den Geltungsanspruch der Richtigkeit und belegt seine Aus-

sage anhand eines Beispiels (vgl. ebd.: 00:08:04). In zwei Sprechakten liefert er anschauliche Bilder, um seine Argumente zu verdeutlichen (vgl. ebd.: 00:08:36, 2/00:11:56). Einmal bezieht er sich auf vorgelesene Zuschauer-Meinungen, indem er diesen Aussagen zustimmt (vgl. ebd.: 00:17:33). In weiteren Sprechakten kommt er auf das zurück, was andere Teilnehmer gesagt haben und belegt seine Aussage anhand von Beispielen (vgl. ebd.: 2/00:10:49, 2/00:11:56, 2/00:13:07). Er bezieht sich auf den Vorschlag eines anderen Teilnehmers und bringt eigene Ideen zur Besserung der Situation ein, führt allerdings nicht konkret aus, wie diese gestaltet sein sollen (vgl. ebd.: 3/00:06:28). Sein letzter Sprechakt enthält zwar Begründungen, allerdings bleiben diese oberflächlich, was aber auf die Art der Fragestellung zurückzuführen ist (vgl. ebd. 3/00:13:38).

7.3.2 Kategorie 2.2: Benehmen und Ehrerbietung

Im Zentrum 10.02.2013

Sonja Puntscher-Riekmann fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. Transkript A: 00:17:28, 00:17:35, 00:17:39, 00:33:31, 00:34:01, 00:34:03, 00:34:19, 00:52:58), für eine der Unterbrechungen entschuldigt sie sich (vgl. ebd.: 00:34:19). dem Moderator fällt sie einmal ins Wort, obwohl dieser direkt an sie eine Frage stellt (vgl. ebd.: 00:30:32). Sie ersucht mehrmals höflich darum, noch etwas sagen zu dürfen, (vgl. ebd.: 00:15:30, 00:31:09, 00:34:19, 00:50:08), beispielsweise mit den Worten: „Erlauben Sie mir noch einen letzten Satz.“ (ebd.: 00:15:30). Einmal thematisiert sie das ironische Lächeln eines anderen Teilnehmers. Sie selbst äußert sich weder positiv noch negativ (ironisch, zynisch, sarkastisch, spöttisch oder arrogant) in Hinblick auf andere Teilnehmer.

Florian Eder setzt zweimal, ohne zu unterbrechen, direkt an den Sprechakt eines anderen Teilnehmers an (vgl. ebd.: 00:32:54, 00:51:54), einmal mit den höflichen Worten: „Wenn ich nur kurz bei einem einhaken darf“ (ebd.: (00:32:54). Er fällt weder einem anderen Teilnehmer noch dem Moderator ins Wort. Von ihm sind keinerlei sarkastische, zynische, ironische, spöttische oder arrogante Äußerungen zu hören, positive Worte gegenüber anderen Teilnehmern bleiben allerdings auch aus.

Im Zentrum 17.11.2013

Margit Schratzenstaller fällt kein einziges Mal einem anderen Teilnehmer oder der Moderatorin ins Wort. Sie äußert sich weder positiv noch negativ gegenüber den in der Diskussionsrunde anwesenden Personen.

Franz Schellhorn fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. Transkript B: 00:20:34, 00:40:47, 00:43:16, 00:43:29, 00:43:38, 00:57:05). Einmal führt er, bevor er zu sprechen beginnt, höflich an: „Darf ich da noch einen Satz dazu sagen“ (ebd.: 00:55:22). Die anwesenden Personen stellt er mit seinen Worten weder in ein gutes noch in ein schlechtes Licht.

Herbert Lackner fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort (vgl. ebd.: 00:28:39, 00:29:39, 00:30:07). Einmal beginnt er während des Sprechaktes der Moderatorin zu reden, obwohl diese ihn direkt anspricht und er somit garantiert das Rederecht erhalten würde (vgl. ebd.: 00:31:30). Gegenüber den anwesenden Personen äußert er sich weder positiv noch negativ.

Am Punkt

Christian Keuschnigg fällt weder anderen Teilnehmern noch der Moderatorin ins Wort. Er stellt niemanden der Anwesenden in ein gutes oder schlechtes Licht.

Alexandra Strickner unterbricht mehrmals hintereinander den Sprechakt eines Teilnehmers durch Nachfragen und Gegenrede (vgl. Transkript D: 00:15:30, 00:15:34, 00:15:37, 00:15:48). Ansonsten gibt es hinsichtlich ihres Benehmens und ihrer Ehrerbietung keine Auffälligkeiten, weder positiv noch negativ.

Thomas Hofer fällt einmal einem anderen Teilnehmer ins Wort (vgl. ebd.: 2/00:10:34). Einmal macht er das Unterbrechen durch einen anderen Diskutanten zum Thema: „Sie sind sehr schnell beim Unterbrechen gewesen, Herr Kickl, ganz kurz zuhören vielleicht.“ (ebd.: 00:08:41).

7.4 Kategorie 3: Kommunikatives Handeln der Moderatoren

Im folgenden Kapitel wird das kommunikative Handeln der Moderatoren dargestellt. Zunächst wird erläutert, wie diese den Diskussionsablauf gestalten. Konkret geht es darum, wie sie in das Gesprächsgeschehen eingreifen und ob dies förderlich oder hinderlich für die weitere Diskussion ist. Des Weiteren wird der Inhalt ihrer sprachlichen Äußerungen erhoben, sowie ihr Benehmen und ihre Ehrerbietung (wie in Kapitel 3.2.1 nach Goffman definiert) gegenüber den Teilnehmern. Dabei wird unterschieden, ob höfliches, achtsames Verhalten erkennbar ist oder eher eine Tendenz zum Gegenteil – zu rücksichtslosem ‚ins Wort fallen‘, ironischen, sarkastischen, zynischen, spöttischen oder arroganten Bemerkungen.

7.4.1 Kategorie 3.1: Art der Gesprächsleitung

Im Zentrum 10.02.2013 / Peter Pelinka

Peter Pelinka fällt einmal ins Wort, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit anzuzweifeln (vgl. Transkript A: 00:09:45), was sich als förderlich für den Gesprächsverlauf herausstellt, da der sprechende Teilnehmer auf den Einschub reagiert.

Zweimal unterbricht der Moderator, um nachzuhaken (vgl. ebd.: 00:09:51, 00:09:52), einmal, um eine klare Antwort zu bekommen (vgl. ebd.: 00:10:22) und einmal, da der Beitrag einer Teilnehmerin über die Frage hinausgeht (vgl. ebd.: 00:15:27). Zum Ende der Sendung greift Peter Pelinka sehr subtil ein – er redet nicht hinein, sondern nutzt geschickt das Anknüpfen an das letzte Wort eines Teilnehmers (vgl. ebd.: 00:53:10). Das ist an dieser Stelle nötig, da die Sendung zum einen dem Ende naht und zum anderen, da die Diskutanten durcheinander reden.

Des Weiteren unterbricht Peter Pelinka einmal für das Zeigen einer Grafik, allerdings dient diese zum Erläutern dessen, was der sprechende Teilnehmer thematisiert hat, wodurch es förderlich für den Gesprächsablauf ist (vgl. ebd.: 00:07:36).

Das Rederecht wird in den meisten Fällen nahtlos vom Moderator zugewiesen (turn-Apparat), indem die Teilnehmer direkt mit Namen adressiert werden. Zwischendurch gibt es Passagen, die nur aus Rede und Gegenrede der Teilnehmer bestehen, diese sind aber selten (vgl. ebd.: 00:15:30 bis 00:19:21, 00:30:32 bis 00:36:31, 00:44:41 bis 00:49:53).

Im Zentrum 17.11.2013 / Ingrid Thurnher

Ingrid Thurnher unterbricht die Teilnehmer einige Male sehr rasch. Einmal wirft sie „Warum“ (Transkript B: 00:03:17) ein, bevor der Teilnehmer selbst die Erklärung liefern kann, was demzufolge nicht förderlich für den Gesprächsverlauf ist. Weitere Einwürfe sind nicht hilfreich für die Diskussion, da es sich um Nonsens-Beiträge ihrerseits handelt wie die erneute Wiedergabe einer Metapher mit anderen Worten: „Oder den berühmten Hund auf die Wurst aufpassen lassen“ (ebd.: 00:07:01). Derlei Unterbrechungen, die den Fortgang der Diskussion nicht unterstützen, kommen noch weitere Male bei Ingrid Thurnher vor (vgl. ebd.: 00:15:55 und 00:16:31). Bei einer anderen Gesprächspassage hingegen, bei der viele Teilnehmer durcheinander reden, so dass die einzelnen Sprechakte nicht mehr verständlich sind, greift sie nicht ein, obwohl es hier hilfreich für die Zuseher wäre, wenn sie für Ordnung sorgen würde (vgl. ebd.: 00:43:16 bis 00:43:40).

Einmal schneidet sie einer Teilnehmerin das Wort ab, da diese etwas ausschweifend wird, was allerdings hinderlich für den Gesprächsverlauf ist, da die Diskutantin ihren Gedanken nicht zu Ende bringen kann (vgl. ebd.: 00:10:45).

Förderlich erweist sich Ingrid Thurnhers Nachhaken, wenn es ausweichenden Antworten entgegenwirkt (vgl. ebd.: 00:24:45, 00:49:26) oder wenn es Aussagen der Teilnehmer in Frage stellt und diese dann darauf Bezug nehmen (vgl. ebd.: 00:12:45, 00:27:03, 00:31:34, 00:42:44, 00:57:57). Sehr oft werden ihre Unterbrechungen von den Diskutanten ignoriert, so dass sie erneut nachhaken muss (vgl. ebd.: zwischen 00:13:50 und 00:16:36, 00:30:18, 00:35:13, 00:35:14, 00:35:17, 00:40:22, 00:40:24, 00:40:47, 00:44:58, 00:45:14, 00:50:39). Gegen Ende unterbricht sie noch einmal (vgl. ebd.: 00:57:16).

Das Zuweisen des Rederechts (turn-Apparat) erfolgt in den meisten Fällen nahtlos durch die Moderatorin, indem diese die Teilnehmer direkt mit Namen adressiert. Eine Ausnahme gibt es gegen Ende der Diskussion, wo in einer kurzen Phase der Rede und Gegenrede kein Eingreifen der Moderatorin stattfindet (vgl. ebd.: 00:55:13 bis 00:57:12).

60 Minuten Politik / Christoph Takacs

Christoph Takacs unterbricht einmal, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit zu kritisieren (vgl. Transkript C: 00:11:07), mehrere Male, um eine konkrete Antwort einzufordern (vgl. ebd.: 00:20:32, 00:20:35, 00:21:03, 00:30:35, 00:31:23, 00:31:25, 00:38:17, 00:38:49, 00:50:11, 00:50:20) und dreimal, um Aussagen zu hinterfragen (vgl. ebd.:

00:30:32, 00:35:28, 00:51:20). Einer Teilnehmerin fällt er während ihres Sprechaktes immer wieder ins Wort, um nachzuhaken (vgl. ebd.: 00:21:34 bis 00:21:41), lässt ihr dadurch aber keine Gelegenheit, um ihre Gedanken auszuformulieren. Einige Male versucht er zu unterbrechen, aber der jeweilige Diskutant redet weiter (vgl. ebd.: 00:11:24, 00:51:25, 00:51:37, 00:51:47, 00:51:47, 00:55:02). Bei einem Teilnehmer setzt er mehrere Male an, ihn zu unterbrechen, da dieser ausschweifend wird (vgl. ebd.: 00:45:56, 00:46:03, 00:46:04). Es gelingt ihm erst beim dritten Anlauf, dennoch bleibt er sehr höflich.

Förderlich für den Gesprächsverlauf erweist es sich, wenn er einmal unterbricht, um mit Zahlen zu überzeugen bzw. Argumente zu liefern (vgl. ebd.: 00:52:21) und wenn er einen Begriff, den eine Teilnehmerin verwendet hat, mit seinem Einwurf klärt (vgl. ebd.: 00:53:00). In beiden Fällen gehen die jeweiligen Diskutanten auf diese Hinweise ein.

Weitere Unterbrechungen von Seiten des Moderators geschehen, wenn er versucht, seinen Co-Moderator zu unterstützen, der eine Diskutantin unterbrechen wollte (vgl. ebd.: 00:13:08), um den ausschweifenden Sprechakt eines Teilnehmers zu beenden (00:27:40), um zurück zur gestellten Frage zu kommen (vgl. ebd.: 00:37:34) und um die Aussage eines Teilnehmers zusammenfassend auf den Punkt zu bringen (vgl. ebd.: 00:55:53).

In den letzten Minuten unterbricht er noch ein paar Mal aus Zeitgründen, damit ein Sprechakt nicht zu lange wird bzw. um konkretere Antworten zu erhalten (vgl. ebd.: 00:53:29, 00:57:27, 00:57:59, 1:00:45, 1:00:48, 1:00:49).

Die Zuweisung des Rederechts (turn-Apparat) geschieht nahtlos durch den Moderator bzw. den Gastmoderator. Es gibt keine längeren Passagen, die nur aus Rede und Gegenrede der Teilnehmer bestehen.

60 Minuten Politik / Rainer Nowak

Rainer Nowak setzt ein paar Mal an, um zu unterbrechen, stoppt dies aber wieder und lässt die Diskutanten weiterreden (vgl. Transkript C: 00:08:37, 00:13:05, 00:18:18, 00:26:00, 00:33:54). Mehrmals wirft er etwas ein, um nachzufragen (vgl. ebd.: 00:24:19, 00:28:41, 00:29:04, 00:29:07, 00:29:49, 00:35:53, 00:37:02, 00:49:44, 00:49:49), was sich als förderlich für den Diskussionsablauf herausstellt, da die Teilnehmer darauf eingehen. Einmal fällt er dem Hauptmoderator Christoph Takacs ins Wort, um dessen Frage auf den Punkt zu bringen (vgl. ebd.: 00:31:15).

Weitere Male unterbricht er, um einem anderen Teilnehmer das Rederecht zuzuweisen (vgl. ebd.: 00:33:03), um zurück zum Thema zu kommen (vgl. ebd.: 00:37:46) und um den Redefluss eines Teilnehmers zu unterbinden (vgl. ebd.: 00:40:47, 00:44:16). Um eine Antwort auf seine Frage zu bekommen, hakt er mehrmals nach (vgl. ebd.: 00:40:14, 00:40:17, 00:40:29). In den letzten Minuten unterbricht er noch ein paar Mal, um einen Sprechakt zu beenden bzw. um konkretere Antworten zu erhalten (vgl. ebd.: 00:58:05, 00:59:00, 1:00:09, 1:00:12, 1:00:23, 1:00:39).

Die Zuweisung des Rederechts entspricht der von Christoph Takacs (siehe oben). Eine Auffälligkeit bei Rainer Nowak ist zu Beginn die Begründung, warum er welchem Gast als erstes das Rederecht zuweist (vgl. ebd.: 00:04:38).

Am Punkt / Sylvia Saringer

Sylvia Saringer unterbricht einige Male, um nachzuhaken (vgl. Transkript D: 00:03:28, 00:06:54 und 00:06:56, 00:11:39, 00:19:27, 2/00:12:48), was sich als förderlich für den Gesprächsverlauf erweist, da die Teilnehmer darauf eingehen. Einmal fällt sie einem Teilnehmer ins Wort, um ein Thema aus dessen Sprechakt genauer zu hinterfragen (vgl. ebd.: 00:14:36). Dies ist effektiv, da der Diskutant der Aufforderung folgt.

Zweimal beendet die Moderatorin durch ihren Einwurf die Ausführungen eines Redners (vgl. ebd.: 00:09:45, 00:12:53) – einmal, um eine Zuschauer-Meinung vorzulesen (vgl. ebd.: 00:09:49), einmal, um das Rederecht einer anderen Teilnehmerin zuzuweisen (vgl. ebd.: 00:12:53). Zur Ordnung eines entstandenen Redechaos unterbricht sie, um einem Diskutanten die Redehoheit zuzusprechen (vgl. ebd.: 00:15:17) bzw. um einen anderen darauf zu verweisen, dass er später zu Wort kommt (vgl. ebd.: 00:15:54), was förderlich für den Gesprächsverlauf ist, da das Durcheinander so geregelt wird.

Eine Unterbrechung der Moderatorin ist unnötig, da es sich nur um eine Wortklauberei ihrerseits handelt (vgl. ebd.: 00:09:23).

Einige Male wirft Sylvia Saringer etwas ein, um die Sprechakte der Teilnehmer abzukürzen und auf den Punkt zu bringen (vgl. ebd.: 2/00:01:47, 2/00:03:34, 2/00:05:57, 2/00:08:36, 2/00:09:37, 2/00:10:34, 2/00:15:39).

Zweimal wirft sie etwas ein, was von den jeweils sprechenden Teilnehmern ignoriert wird, weswegen es den Diskussionsverlauf nicht fördert (vgl. ebd.: 2/00:11:54, 2/00:14:33). In einem der beiden Einwürfe thematisiert sie non-verbales Handeln eines Diskutanten (vgl. ebd.: 2/00:14:33).

Gegen Ende der Sendung unterbricht Sylvia Saringer einen längeren Sprechakt, um zum Thema zurückzukommen (vgl. ebd.: 3/00:11:46).

Die Moderatorin weist das Rederecht nahtlos zu, indem sie die Teilnehmer direkt adressiert. Dazwischen liest sie Zuschauer-Meinungen vor. Es gibt aber keine Möglichkeit, dass die Teilnehmer ohne ihr Eingreifen mehrere Sprechakte der Rede und Gegenrede aneinanderfügen können.

7.4.2 Kategorie 3.2: Inhalt der sprachlichen Äußerungen

Im Zentrum 10.02.2013 / Peter Pelinka

Die sprachlichen Äußerungen von Peter Pelinka dienen einige Male zum Hinterfragen (vgl. Transkript A: 00:05:22, 00:06:53, 00:41:55, 00:42:36) bzw. zum Zusammenfassen (vgl. ebd.: 00:53:10) dessen, was die Teilnehmer gesagt haben.

Er liefert Erklärungen zum Diskussionsthema (vgl. ebd.: 00:21:26, 00:41:55), zweimal verwendet er Grafiken dazu (vgl. ebd.: 00:07:43, 00:19:21).

Einige Male stellt Peter Pelinka Bezüge her zwischen den Teilnehmern (vgl. ebd.: 00:13:07, 00:25:04), zwischen diesen und den gezeigten Grafiken (vgl. ebd.: 00:07:43), den eingespielten Videobeiträgen (vgl. ebd.: 00:28:23) und dem eingeladenen Experten (vgl. ebd.: 00:40:36).

Eine Reduktion des Inhaltes auf tagespolitische Brisanz oder provokative Äußerungen kommen bei ihm nicht vor.

Im Zentrum 17.11.2013 / Ingrid Thurnher

Ingrid Thurnhers Sprechakte dienen einige Male dem Hinterfragen von Diskutanten-Äußerungen (vgl. ebd.: 00:08:54, 00:09:34, 00:24:05, 00:28:15, 00:34:37, 00:38:55, 00:45:32, 00:48:00, 00:52:27).

Einmal äußert sie Lob, indem sie die Aussage eines Teilnehmers durch ihre Worte und ihre Intonation würdigt (vgl. ebd.: 00:11:57), zweimal enthalten ihre Sprechakte Kritik (vgl. ebd.: 00:47:05, 00:54:17).

Die Moderatorin liefert Hintergrundinformationen (00:58:52), wozu sie einmal eine Grafik verwendet (vgl. ebd.: 00:01:43). Darüber hinaus vereinfacht sie Sachverhalte (vgl. ebd.:

00:45:32), fasst Beiträge zusammen (vgl. ebd.: 00:20:51, 00:36:07), präzisiert selbst (vgl. ebd.: 00:25:25) oder fordert dazu auf (vgl. ebd.: 00:55:08).

Sie stellt Bezüge zwischen den Teilnehmern her (vgl. ebd.: 00:10:48, 00:18:29, 00:32:04, 00:52:27) sowie zwischen diesen und einem Videobeitrag (vgl. ebd.:00:22:49).

Die Moderatorin reduziert zweimal den Inhalt auf tagespolitische Brisanz, wenn ihre Aussage nichts mit dem Thema zu tun hat oder die Frage nicht tiefergehend ist (vgl. ebd.: 00:30:52, 00:57:16), ebenso oft verwendet sie eine provokative Wortwahl (vgl. ebd.: 00:07:48, 00:10:48).

60 Minuten Politik / Christoph Takacs

Mit mehreren Sprechakten hakt Christoph Takacs bei den Diskutanten nach bzw. hinterfragt deren Äußerungen (vgl. Transkript C: 00:13:39, 00:20:39, 00:20:48, 00:30:32, 00:34:22, 00:34:37). Er vereinfacht die Sachverhalte (vgl. ebd.: 00:53:00), fasst Beiträge zusammen (vgl. ebd.: 00:38:40, 00:55:53) bzw. weist explizit darauf hin, dass er eine Conclusio haben möchte (vgl. ebd.: 00:55:57). Zwischen den Teilnehmern stellt er keine Bezüge her.

Plakative Worte verwendet er zu Beginn der Diskussion, steuert dann aber selbst wieder zurück: „Träume sind Schäume [...] Österreicher werden den Gürtel enger schnallen müssen [...] statt süßer Steuerzuckerl vor der Wahl, saure Belastungen danach, aber bleiben wir sachlich.“ (ebd.: 00:00:18), worauf eine kurze tiefergehende Einleitung ins Thema inklusive Hintergrundinformationen folgt.

Eine Reduktion des Inhaltes auf tagespolitische Brisanz oder provokative Äußerungen kommen bei ihm nicht vor.

60 Minuten Politik / Rainer Nowak

Mehrere Sprechakte von Rainer Nowak dienen zum Nachhaken bzw. Hinterfragen von Beiträgen der Diskutanten (vgl. Transkript C: ebd.: 00:09:25, 00:18:26, 00:18:33, 00:32:28). Zweimal äußert er seine eigene Meinung (vgl. Transkript C: 00:04:38, 00:32:27), einmal fasst er die Hintergrundinformationen zusammen (vgl. ebd.: 00:27:42). In der Mitte der Sendung macht er einen konkreten Vorschlag zur Lösung der Problematik und fragt die Diskutanten: „Wären Sie dabei, alle vier?“ (ebd.: 00:36:07). Gegen Ende der Sendezeit ruft er alle Teilnehmer dazu auf, Lösungsvorschläge anzubringen (vgl.

ebd.: 00:56:14). Einmal stellt Rainer Nowak den Bezug zwischen einem Videobeitrag und der Diskussion her (vgl. ebd.: 00:48:13).

Eine Reduktion des Inhaltes auf tagespolitische Brisanz oder provokative Äußerungen kommen bei Rainer Nowak nicht vor.

Am Punkt / Sylvia Saringer

Sylvia Saringers Sprechakte dienen dem Nachhaken bzw. Hinterfragen von Äußerungen der Teilnehmer (vgl. Transkript D: 00:02:53, 2/00:07:03, 3/00:04:34), dem Vereinfachen bzw. Erklären von Sachverhalten (vgl. ebd.: 00:01:17, 00:09:49, 2/00:00:01) sowie dem Zusammenfassen von Diskutanten-Beiträgen (vgl. ebd.: 00:04:12, 00:04:54, 2/00:03:34, 2/00:08:36, 2/00:10:34, 2/00:13:57). Zwischen den Teilnehmern stellt die Moderatorin zweimal einen Bezug her (vgl. ebd.: 00:14:36, 2/00:02:37), zwischen diesen und der Gast-Analystin tut sie dies einmal (vgl. ebd.: 3/00:03:34) und zwischen den Diskutanten und den Zuschauer-Meinungen mehrmals (vgl. ebd.: 00:09:49, 00:16:55, 00:19:05, 2/00:04:30, 3/00:05:43, 3/00:08:04). Ihre eigene Meinung äußert sie einmal (vgl. ebd.: 00:01:17).

Mehrere Male reduziert sie den Inhalt auf tagespolitische Brisanz (vgl. ebd.: 00:07:57, 00:09:23, 00:12:53, 00:16:55, 2/00:03:34, 3/00:12:46, 3/00:13:16, 3/00:13:30). Provokative Äußerungen kommen bei ihr nicht vor.

7.4.3 Kategorie 3.3: Benehmen und Ehrerbietung gegenüber den Teilnehmern

Im Zentrum 10.02.2013 / Peter Pelinka

Peter Pelinka äußert keinerlei Höflichkeitsfloskeln gegenüber den Teilnehmern, d.h. er bedankt sich beispielsweise nicht für deren Zeit oder Bereitschaft zur Diskussion.

Seine Sprechakte können als neutral bezeichnet werden, da weder die Kategorien höfliches bzw. achtsames Verhalten, noch jene des unnötigen Unterbrechens, ironischen, sarkastischen, zynischen, spöttischen oder arroganten Verhaltens zutreffen.

Im Zentrum 17.11.2013 / Ingrid Thurnher

Ingrid Thurnher bedankt sich am Schluss der Sendung für das Diskutieren (vgl. Transkript B: 1:00:17), weiteres explizit höfliches Verhalten ist nicht festzustellen.

Sie unterbricht einige Male die Sprechakte der Teilnehmer, obwohl ihr Beitrag nichts Sinnvolles für den Gesprächsverlauf leistet (vgl. ebd.: 00:03:17, 00:07:01, 00:15:55, 00:16:31).

Gegen Ende der Sendung reagiert sie sarkastisch auf die Äußerung eines Teilnehmers (vgl. ebd.: 00:59:59).

60 Minuten Politik / Christoph Takacs

Christoph Takacs bedankt sich gleich zu Beginn bei den Diskutanten für deren „Zeit und die Bereitschaft zur Diskussion“ (Transkript C: 00:02:00). Seine Ausdrucksweise ist oft achtsam und höflich (vgl. ebd.: 00:06:42, 00:19:09, 00:30:35, 00:46:04, 00:46:07, 00:55:57, 00:56:27, 1:00:48, 1:00:49), beispielsweise wenn er sagt „Ich wollte Sie jetzt net unterbrechen“ (ebd.: 00:20:50) oder sich dafür entschuldigt, dass er ins Wort gefallen ist (vgl. ebd.: 00:51:58).

Unnötiges Unterbrechen tritt bei ihm auf, wenn er einer Teilnehmerin andauernd ins Wort fällt, um nachzuhaken, dieser aber überhaupt keine Gelegenheit gibt, um ihre Gedanken auszuformulieren (vgl. ebd.: 00:21:34 bis 00:21:41). Ironie, Sarkasmus, Zynismus, spöttisches oder arrogantes Verhalten treten bei ihm nicht auf.

60 Minuten Politik / Rainer Nowak

Während der ersten Minuten der Diskussion weist Rainer Nowak einen Politiker sehr höflich darauf hin, dass dieser vom Thema abweicht, geht aber darauf ein, was jener angesprochen hat und bietet ihm Raum für seine Gedanken, wenn er sagt: „die Frage mit der Zwei-Drittel-Mehrheit hab ich eigentlich für den zweiten Teil aufgehoben, aber wir können sie gleich zu Beginn klären“ (Transkript C: 00:08:14).

Zwei weitere Male äußert er sich zuvorkommend bzw. achtsam gegenüber Gästen (vgl. ebd.: 00:39:26, 00:44:16), sowie einmal gegenüber dem Hauptmoderator (vgl. ebd.: 00:56:14).

Gegenüber einer Teilnehmerin äußert er sich zynisch, aber thematisiert das auch, indem er sagt „Also Zynismus ist mir ja normalerweise fremd, aber in dem Fall muss ich schon sagen (...)“ (ebd.: 00:09:25).

Am Punkt / Sylvia Saringer

Sylvia Saringer verhält sich höflich, indem sie sich für die Beteiligung bedankt. Allerdings tut sie dies nicht bei den Diskutanten, sondern bei den Fernseh-Zuschauern, die ihre Meinungen einsenden (vgl. Transkript D: 00:09:49).

Eine ihrer Unterbrechungen ist unnötig, da diese nichts zum Fortgang der Diskussion beiträgt, sondern es sich lediglich um Wortklauberei handelt (vgl. ebd.: 00:09:23).

Die Moderatorin äußert sich einmal zynisch (vgl. ebd.: 00:07:49) sowie einmal ironisch (vgl. ebd.: 00:16:50) gegenüber Teilnehmern.

7.5 Kategorie 4: Geltungsansprüche

In diesem Kapitel werden die Geltungsansprüche – Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Verständlichkeit und Richtigkeit – thematisiert. Werden diese in den jeweiligen Diskussionssendungen von den Moderatoren, den Politikern und / oder den anderen geladenen Gästen in Frage gestellt? Wenn dies der Fall ist, wie wird dann damit umgegangen – werden die Geltungsansprüche eingelöst, d.h. wird die Aussage revidiert, wiederholt etc., wird weiterhin auf der Meinung beharrt oder wird die Kritik übergangen?

Das Übergehen von Geltungsansprüchen wird beim jeweiligen Beispiel in Kategorie 4.1 vermerkt, für das Einlösen gibt es eine zweite Kategorie, um dies besser voneinander abgrenzen zu können.

7.5.1 Kategorie 4.1: Anzweifeln von Geltungsansprüchen

Im Zentrum 10.02.2013

Einmal fällt der Moderator einem Politiker ins Wort, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit anzuzweifeln (Transkript A: 00:09:45).

Unter den Politikern macht Reinhold Lopatka dreimal einen Geltungsanspruch zum Thema. Jenen der Wahrheit kritisiert er mit den Worten: „Da muss man schon auch bei

den Fakten bleiben.“ (ebd.: 00:17:07), jenen der Richtigkeit zweifelt er zweimal an (vgl. ebd.: 00:16:27, 00:33:34). Den letztgenannten macht auch Andreas Mölzer zweimal zum Thema (vgl. ebd.: 00:12:46, 00:42:36).

Die anderen Teilnehmer zweifeln keine Geltungsansprüche an.

Im Zentrum 17.11.2013

Die Moderatorin fällt einem Politiker ins Wort, um den Geltungsanspruch der Wahrheit anzuzweifeln (vgl. Transkript B: 00:14:24), dieser geht aber nicht darauf ein.

Unter den Politikern kritisiert Andreas Schieder mehrere Male Geltungsansprüche. Den der Wahrheit einmal gegenüber einem anderen Teilnehmer (ebd.: 00:19:46), worauf dieser aber nicht eingeht, sowie einmal gegenüber der Moderatorin mit den Worten „Das stimmt so nicht.“ (ebd.: 00:57:50) mit zusätzlichen bekräftigenden Worten für seinen Standpunkt.

Kurz vor dieser Kritik Schieders an den Worten der Moderatorin zweifelt ein anderer Politiker, Josef Pühringer, ebenso deren Wahrheit an (vgl. ebd.: 00:57:59), er führt dies aber nicht weiter aus.

Andreas Schieder kritisiert darüber hinaus noch den Geltungsanspruch der Verständlichkeit mit den Worten „ich versteh jetzt auch den Vergleich nicht“ (ebd.: 00:18:36), lässt der Moderatorin aber keine Gelegenheit, um diesen Geltungsanspruch einzulösen, da er weiterredet (vgl. ebd.).

Dreimal kritisiert Schieder den Geltungsanspruch der Richtigkeit. Einmal mit den Worten „Die Darstellung ist jetzt ein bisschen unpräzise“ (ebd.: 00:26:44). Diesen löst er im gleichen Sprechakt selbst ein, indem er das vorher Gesagte richtig stellt (vgl. ebd.). Beim zweiten Mal kritisiert er den Geltungsanspruch der Richtigkeit implizit und löst diesen auch sogleich ein, indem er sagt „Mal um den Mythos der ÖBB aufzuräumen: es gibt in der ÖBB keine Leute mehr, die [...]“ (ebd.: 00:43:46). Beim dritten Mal sagt er: „Des is glaub ich sehr verkürzt“ (00:45:50).

Josef Pühringer kritisiert den Geltungsanspruch der Richtigkeit gegenüber einer Expertin: „Die is noch nicht da, die gibts noch nicht.“ (ebd.: 00:53:37), aber die Teilnehmerin geht nicht darauf ein, allerdings stellt dies ein Politiker (Andreas Schieder) in einem späteren Sprechakt richtig und löst damit sozusagen den Geltungsanspruch ein (vgl. ebd.: 00:54:34).

Richtigkeit kritisiert Josef Pühringer noch zweimal: „Wenngleich Ihre Ausführungen nicht ganz präzise waren“ (ebd.: 00:40:26) und „Man muss heftig widersprechen!“ (ebd.: 00:56:18). Beim letztgenannten Beispiel löst er den Geltungsanspruch auch selbst im gleichen Sprechakt ein.

Unter den anderen Teilnehmern kritisiert Franz Schellhorn einmal implizit den Geltungsanspruch der Richtigkeit und löst diesen sogleich ein: mit der Nennung konkreter Werte widerlegt er die Aussage eines Politikers, der selbst keine Fakten angeführt hat (vgl. ebd.: 00:20:34).

60 Minuten Politik

Der Moderator unterbricht einmal, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit implizit zu erheben (vgl. Transkript C: 00:11:07), woraufhin die Teilnehmerin (Dagmar Belakowitsch-Jenewein) den Geltungsanspruch nicht einlöst, sondern mit Nachdruck auf ihrer Aussage beharrt und diese mit einem Quellen-Hinweis belegt (vgl. ebd.: 00:11:08).

Darüber hinaus wird vom Moderator bei derselben Politikerin der Geltungsanspruch der Verständlichkeit kritisiert, indem er nach der Bedeutung eines von ihr verwendeten Ausdrucks fragt (vgl. ebd.: 00:53:00).

Der Gastmoderator setzt einmal an, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit zu kritisieren (vgl. ebd.: 00:33:54), aber die Politikerin (Waltraud Dietrich) lässt ihn nicht ausreden, sondern versucht ihre Aussage zu bekräftigen (vgl. ebd.: 00:33:56).

Der Politiker Werner Kogler stellt einmal den Geltungsanspruch der Verständlichkeit in Frage (vgl. ebd.: 1:00:13).

Am Punkt

Herbert Kickl kritisiert den Geltungsanspruch der Richtigkeit (vgl. Transkript D: 00:12:05).

Alexandra Strickner fordert den Geltungsanspruch der Verständlichkeit ein, indem sie mehrere Male nachfragt und eine Erklärung von einem anderen Teilnehmer verlangt (vgl. ebd.: 00:15:30, 00:15:34, 00:15:37).

7.5.2 Kategorie 4.2: Einlösen von Geltungsansprüchen

Im Zentrum 10.02.2013

Unter den Politikern kommt von Reinhold Lopatka die Teil-Einlösung des Geltungsanspruchs der Richtigkeit durch das Zugeständnis „Das stimmt...“ (Transkript A: 00:09:51). Darüber hinaus macht er keine weiteren Ausführungen, allerdings kommt er auch nicht dazu, da er unterbrochen wird.

Eine andere Teilnehmerin, Sonja Puntscher-Riekmann, löst auch teilweise den Geltungsanspruch der Richtigkeit ein, hält sich allerdings mit einem „aber“ (ebd.: 00:16:26) noch eine Einschränkung offen.

Im Zentrum 17.11.2013

Eine Teilnehmerin geht nicht darauf ein, dass ihr gegenüber Kritik am Geltungsanspruch der Richtigkeit erhoben wird, allerdings stellt dies ein Politiker (Andreas Schieder) in einem späteren Sprechakt richtig und löst damit sozusagen den Geltungsanspruch an ihrer Stelle ein (vgl. ebd.: 00:54:34).

60 Minuten Politik

Eine Politikerin löst den Geltungsanspruch der Verständlichkeit sogleich ein, nachdem dieser vom Moderator kritisiert wurde, indem sie den von ihr verwendeten Ausdruck erklärt (vgl. Transkript C: 00:53:02).

Der Gastmoderator löst den Geltungsanspruch der Verständlichkeit sogleich durch das Wiederholen seiner Frage ein (vgl. ebd.: 1:00:14).

Am Punkt

Ein Experte (Christian Keuschnigg) geht auf die Kritik am Geltungsanspruch der Richtigkeit ein und erklärt die Zusammenhänge (vgl. Transkript D: 00:12:11). Darüber hinaus löst er den Geltungsanspruch der Verständlichkeit ein, der von einer Teilnehmerin durch Nachhaken mehrmals kritisiert wird (vgl. ebd.: 00:15:30, 00:15:34, 00:15:37).

7.6 Kategorie 5: Dramaturgisches Handeln

Die letzte Kategorie thematisiert das dramaturgische Handeln. Auf der einen Seite geht es darum, ob und auf welche Art und Weise Selbstinszenierung stattfindet. Hier wird erhoben, ob die eigene Person, Partei oder Organisation in den Vordergrund gerückt bzw. besonders gut dargestellt wird. Es wird geprüft, ob gegebenenfalls ein Abwerten anderer Personen oder Gruppierungen damit einhergeht.

Auf der anderen Seite soll festgestellt werden, inwiefern den Teilnehmern durch die Moderatoren oder das Konzept der Sendung bestimmte Rollen zugeschrieben werden.

7.6.1 Kategorie 5.1: Selbstinszenierung der Teilnehmer

Im Zentrum 10.02.2013

In dieser Sendung rückt keiner der Teilnehmer sich selbst, seine Partei oder Organisation in den Vordergrund.

Im Zentrum 17.11.2013

Josef Pühringer stellt die eigene Person in den Vordergrund, indem er sich persönlich für die Fehl-Kommunikation der Regierung entschuldigt (vgl. Transkript B: 00:11:15) und indem er in einem Sprechakt nicht auf die Frage der Moderatorin antwortet, sondern von Reformen spricht, die er „in Oberösterreich vorgemacht“ (ebd.: 00:25:36) hat.

Sich selbst und das Bundesland, das er regiert, bringt Josef Pühringer positiv ins Spiel, als er zwar auf die Frage der Moderatorin antwortet, aber nicht direkt darauf eingeht, sondern die dort erbrachte, besondere Leistung hervorhebt. Er hat sich darauf vorbereitet, das zu sagen, da er eine Grafik mitgebracht hat, die seine Worte bestätigt (vgl. ebd.: 00:59:00 und 00:59:55).

Auffälligkeit: Josef Pühringer bekommt vom Publikum mehrmals Zwischenapplaus für seine Aussagen (vgl. ebd.: 00:11:57, 00:24:35, 00:40:47, 00:50:39, 00:59:55), einmal geschieht das auch bei Herbert Lackner (vgl. ebd.: 00:51:08).

60 Minuten Politik

Waltraud Dietrich stellt ihren Partei-Chef in den Vordergrund ohne auf die ihr gestellte Frage einzugehen (vgl. Transkript C: 00:35:28).

Am Punkt

Alexandra Strickner bringt ihre eigene Organisation (Attac) ins Spiel und möchte dazu noch mehr sagen, worauf sie vorbereitet ist, da sie einen Zettel mit Informationen mitgebracht hat (vgl. Transkript D: 2/00:04:58). Da dies aber über die Frage hinaus gehen würde, unterbricht die Moderatorin (vgl. ebd.: 2/00:05:57).

7.6.2 Kategorie 5.2: Rahmenbedingungen der Sendung

Im Zentrum 10.02.2013

In der Vorstellungsrunde durch eine Off-Stimme wird die jeweilige Haltung eines jeden Diskutanten zum Thema der Sendung genannt, so dass gleich zu Beginn klar ist, welcher Teilnehmer welche Position einnimmt. (vgl. Transkript A: 00:01:05).

Im Zentrum 17.11.2013

Die Moderatorin schreibt einer Teilnehmerin mit provokanten Worten eine Rolle zu (vgl. Transkript B: 00:07:48).

60 Minuten Politik

Von Seiten der Moderatoren oder durch andere Sendungselemente werden den Teilnehmern keine Rollen zugeschrieben.

Am Punkt

Zu Beginn der Sendung werden die jeweiligen Meinungen der Teilnehmer zum Diskussions-Thema durch eine Off-Stimme vorgestellt, wodurch ein gewisses Bild von ihnen präsentiert wird (vgl. Transkript D: 00:00:07). Im Verlauf der Gesprächsrunde bezieht sich die Moderatorin einmal auf eine dieser Aussagen (vgl. ebd.: 2/00:01:47).

Am Ende der Sendung analysiert die Journalistin Daniela Kittner jeden Teilnehmer der Diskussion (vgl.ebd.: 3/00:00:29 bis 3/00:03:04). Dabei sprechen sowohl die Co-Moderatorin als auch die Analystin explizit von Rollen, die die Diskutanten erfüllen sollen (vgl. ebd.: 3/00:00:29). Daniela Kittner sagt beispielsweise: „Frau Strickner hat die Rolle erfüllt, die sie erfüllen soll“ (ebd.: 3/00:00:49) oder „Herr Keuschnigg hätte eigentlich ein bisschen aufklären müssen“ (ebd.: 3/00:01:55).

8 ZUSAMMENFASSUNG, INTERPRETATION UND DISKUSSION

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Auswertung zusammengeführt und auf Basis der im Vorfeld ausgearbeiteten Theorie je Hauptkategorie interpretiert. Eine Diskussion der Ergebnisse zur Beantwortung der Forschungsfragen bildet den Abschluss des Kapitels.

8.1 Kategorie 1: Kommunikatives Handeln der Politiker

Das in Kategorie 1.1 untersuchte Argumentationsverhalten der Politiker gestaltet sich je Sendung und Politiker unterschiedlich.

Bei *Im Zentrum* vom 10.02.2013 (im Folgenden: *IZ1*) gehen die Politiker bis auf eine Ausnahme immer auf die gestellten Fragen ein und begründen ihre Antworten. Alle drei berufen sich dabei mehrmals auf Zahlen, Andreas Schieder verweist einmal auf eine wissenschaftliche Studie und Reinhold Lopatka zeigt eine Tabelle. Es werden also nicht nur Behauptungen in den Raum gestellt, sondern auch Belege mitgeliefert.

Alle Politiker nehmen Bezug auf das vorher Gesagte, die Qualität und Quantität differieren jedoch. Andreas Schieder stellt nur zweimal einen Zusammenhang her, begründet seine Worte aber beide Male. Reinhold Lopatka bezieht sich öfter auf andere Diskutanten. Nicht immer, aber im Großteil der Fälle handelt es sich um eine argumentative Auseinandersetzung mit kritisierenden bzw. begründenden Worten. Auch Andreas Mölzer setzt sich kritisierend mit den Standpunkten anderer Teilnehmer auseinander, er führt dabei allerdings meist keine Belege an. Es sind von Seiten der Politiker also durchaus

Bemühungen erkennbar, Bezüge zwischen den Sprechakten herzustellen, was die Grundvoraussetzung für eine argumentative Auseinandersetzung und damit Diskussion ist (vgl. Kapitel 3.2.2).

Bei *Im Zentrum* vom 17.11.2013 (im Folgenden *IZ2*) werden von den Politikern häufiger ausweichende Antworten gegeben, als bei *IZ1*. Wenn Begründungen genannt werden, konkretisieren die beiden Politiker oft nicht, was sie damit meinen. Insgesamt äußern sich also sowohl Schieder als auch Pühringer sehr vage, was am Thema der Sendung liegt. Denn bei *IZ2* geht es um das Fehlverhalten der Politiker. Konkrete Antworten, die ihr Handeln in ein schlechtes Licht stellen würden, versuchen sie also zu vermeiden und flüchten sich in abschweifende Äußerungen. Darüber hinaus wird eine Aussage Schieders redundant und verkommt zur hohlen Phrase, da er sie dreimal von sich gibt, ohne danach gefragt zu werden. Hier zeigt sich sein Bemühen darum, die eigene Person und die Regierung in gutem Licht zu präsentieren, indem er Aussagen, die dies unterstützen sollen, angestrengt wiederholt.

Er stellt mehrmals den Zusammenhang her zu dem, was andere Teilnehmer gesagt haben, allerdings nicht argumentativ, weswegen es nur oberflächlich so scheint, als ob er sich mit den anderen Stellungnahmen auseinandersetzt. Einmal wiederholt er Pühringers Worte ohne sich auf diese zu beziehen, was den Anschein erweckt, dass er jene Gedanken unbedingt selbst anbringen möchte. Es könnte aber auch daher rühren, dass er seinem Vorredner nicht zugehört hat.

Pühringer bezieht sich ein paar Mal auf die anderen Teilnehmer – mit Begründungen, Kritik und Richtigstellung. Demzufolge setzt er sich damit auseinander, was die anderen Diskutanten sagen und knüpft daran an, was dem Grundwesen einer Diskussion entspricht (vgl. Kapitel 3.2.2).

Bei *60 Minuten Politik* gehen Werner Kogler und Matthias Strolz zwar auf die gestellten Fragen ein, nutzen das Rederecht allerdings oft, um davon abweichende Aspekte einzubringen. Dagmar Belakowitsch-Jenewein antwortet zweimal ausweichend, als der Moderator nicht aufhört nachzufragen, versucht sie das Thema zu wechseln. Darüber hinaus verwendet sie in wiederkehrender Regelmäßigkeit den Terminus *Ehrlichkeit*, sowie die zugehörigen Adjektive, obwohl es im Kontext der Sprechakte nicht nötig wäre, wodurch dieser zur Redundanz abstumpft. Sie hält in ihrer Argumentation einige Zeit an diesem Begriff fest, ohne konkreter zu werden. Greifbare Aussagen macht sie erst gegen Ende der Diskussion. Ebenso wie Kogler und Strolz begründet sie dann ihre Aussagen mehrere Male anhand von Zahlen oder Fakten. Waltraud Dietrich bezieht ihre Antwort zwar

meistens auf die Fragen der Moderatoren, allerdings bleibt das Gesagte fast immer oberflächlich, ohne stichhaltige Begründung. Kogler, Strolz und Belakowitsch-Jenewein leisten also argumentative Anstrengungen, auch wenn die beiden Erstgenannten teilweise versuchen, die Diskussion nach ihren eigenen Interessen zu lenken und die Zweitgenannte bestrebt ist, bestimmte Dinge nicht zu sagen. Dietrich hingegen trägt kaum etwas zum Gelingen der Diskussion bei, da sie nicht konkretisiert, was sie meint und es ihren Aussagen demzufolge an Relevanz und Begründung mangelt (vgl. Kopperschmidt: 62ff.). In der zweiten Hälfte der Sendung wird sie vom Moderator mehrere Male zur Präzision aufgefordert, leistet dem aber nicht Folge.

Bezüge zu vorherigen Sprechakten werden von den Teilnehmern kaum hergestellt. Lediglich Kogler tut dies ein paar Mal. Dabei lobt er den Vorschlag von Strolz und betont die gemeinsame Sichtweise mit ihm. Diese Aussage könnte Grundlage für das Finden eines Konsenses unter den beiden sein, allerdings wird im Verlauf der Sendung nicht weiter darauf eingegangen. Es entspräche aber auch nicht der Absicht einer Fernseh-Diskussionsrunde, so wie es in Kapitel 3.1 erörtert wurde: Fernsehen soll nicht als Ort der Konsensbildung fungieren, sondern vielmehr als ‚Vorort‘, der den Bürgern Informationen und Meinungen von fachlichen Experten bietet.

Alle Teilnehmer dieser Runde stellen in ihrer Argumentation die eigene Partei in ein positives und die (nicht anwesenden) Regierungsparteien in ein negatives Licht. Letzteres geschieht teilweise mit harschen Worten, was die strategische politische Kommunikation verstärkt (vgl. Klein 1996: 10ff.) und die Meinungsbildung der Rezipienten unterstützt: Für diese ist nach Burger (1991) eine möglichst starke Unterscheidung der jeweiligen Ansichten hilfreich (vgl. ebd.: 141).

Es zeigen sich aber nicht alle Teilnehmer dieser Sendung so eindimensional, dass ihre Argumentationen lediglich auf diese Gut-/Böse-Darstellung heruntergebrochen werden könnten. Kogler und Strolz äußern auch Wertschätzung gegenüber der Regierung und nennen Dinge, die diese gut gemacht hat. Belakowitsch-Jenewein und Dietrich tun dies nicht.

Strolz redet insgesamt sehr bildhaft und verwendet in fast jedem Sprechakt Metaphern, was zum einen zu besserem Verständnis und zum anderem zu stärkerer Überzeugung beitragen soll (vgl. Girnth 2010).

Bei *Am Punkt* ist nur ein Politiker zu Gast: Herbert Kickl. Dieser geht – von zwei Sprechakten abgesehen – immer auf die ihm gestellten Fragen ein. Seine Argumentation ist, ebenso wie auch die der anderen Oppositions-Politiker in *60 Minuten Politik*, geprägt von

negativen Aussagen über die Regierung und von positiven Worten für seine eigene Partei. Dies ist zum einen klassisch für strategische politische Kommunikation (vgl. Klein 1996: 10ff.) und zum anderen unterstützt es die Meinungsbildung der Zuschauer durch Kontrastierung der unterschiedlichen Standpunkte (vgl. Burger 1991: 141). Er bezieht sich ein paar Mal auf die Argumentation anderer Teilnehmer. Einmal unterbricht er, um kurz auf das aktuell erörterte Thema einzugehen, und dann sogleich einen weiteren Aspekt einzubringen. In diesem Fall nutzt er das direkte Anknüpfen an einen Sprechakt nur für die Einbringung seiner eigenen Interessen. Davon abgesehen leistet er aber durchaus einen Beitrag zu einer gelingenden Diskussion, die darauf basiert, dass sich die einzelnen Äußerungen aufeinander beziehen (vgl. Kopperschmidt 2000). Allerdings mangelt es seinen Aussagen an Belegen durch konkrete Fakten oder Zahlen, was ebenso eine Grundbedingung des Argumentierens und somit vernünftigen Diskutierens ist (vgl. ebd.). Auffällig ist, dass seine Argumentation in mehreren Fällen die gleiche Wortwahl enthält wie die seiner FPÖ-Kollegin Dagmar Belakowitsch-Jenewein in *60 Minuten Politik*, was den Anschein erweckt, dass spezielle Aussagen innerhalb der Partei eingeübt und nach außen getragen werden. Allerdings äußert sich Kickl in einem Sprechakt gegensätzlich zur öffentlich präsentierten Meinung seiner Partei, was ihn doch noch als eigenständig denkenden Menschen und nicht als Marionette einer politischen Vereinigung wirken lässt.

Bei den in Kategorie 1.2 untersuchten Aspekten *Benehmen und Ehrerbietung* treten mehr Gemeinsamkeiten unter den analysierten Politikern auf, als in Kategorie 1.1. Es erfolgt dennoch eine Interpretation nach Sendungen aufgeteilt, da für die spätere Untersuchung des Moderatoren-Verhaltens auch kleine Unterschiede von Bedeutung sein können.

Bei *IZ1* unterbrechen alle drei Politiker mehrere Male einen anderen Diskutanten, seltener den Moderator. Für manche Einwürfe gibt es gute Gründe, beispielsweise Richtigstellung, Rechtfertigung oder Kritik von Geltungsansprüchen. Denn die Problematik bei allen Sendungen ist das nahtlose Anschließen der Sprechakte aneinander (durch Zuweisung des Rederechts von Seiten der Moderatoren, siehe Kapitel 7.3). So besteht für die einzelnen Diskutanten kaum eine Gelegenheit, direkt auf Äußerungen anderer Teilnehmer einzugehen, wenn sie deren Sprechakte nicht unterbrechen. Außerdem wird hier der Nachteil der *direkten Kommunikation unter Anwesenden* (Kapitel 1.2.4) deutlich: Die einzelnen Beiträge gehen ineinander über, ohne dass es möglich ist, zu vorigen Sequenzen zurückzukehren. Allerdings kommen solche *gerechtfertigten* Unterbrechungen

verhältnismäßig selten vor – es überwiegen unhöfliche Einwürfe, um das Rederecht an sich zu reißen.

Außerdem sticht Andreas Mölzer durch negatives Verhalten hervor: Er fällt dem Moderator mehrmals ins Wort, obwohl er von diesem direkt angesprochen wird und das Ende des Satzes abwarten könnte. Zudem äußert er sich mehrere Male arrogant und einmal ironisch gegenüber anderen Diskutanten. Somit bringt er weder den anderen Teilnehmern noch dem Moderator die nötige Ehrerbietung entgegen (vgl. Goffman 1956: 481ff.). Auffällig ist, dass niemand dies kritisiert und respektvolleres Verhalten von ihm fordert. Er selbst hingegen fordert von einem anderen Teilnehmer sein Recht ausreden zu dürfen ein. Einmal stellt Mölzer einen Teilnehmer durch seine Äußerung in gutes Licht, was die mehrfachen negativen Aussagen allerdings nicht ausgleicht. Reinhold Lopatka lächelt einmal ironisch, einmal ist höfliches Benehmen zu verzeichnen, demzufolge sind sein Benehmen und seine Ehrerbietung nicht stark negativ oder positiv. Andreas Schieder fällt weder durch unhöfliches noch durch besonders achtsames Verhalten auf.

Bei *IZ2* unterbrechen die beiden Politiker auch mehrere Male die Sprechakte von Diskutanten und die der Moderatorin. Wiederum kommen *gerechtfertigte* Unterbrechungen verhältnismäßig selten vor. Andreas Schieder verhält sich der Moderatorin gegenüber einige Male spöttisch bzw. arrogant, lässt es also an gutem Benehmen und Ehrerbietung mangeln (vgl. Goffman 1956: 481ff.). Nur einmal kritisiert er sie auf höfliche Art und Weise. Von ihr fordert er jedoch respektvolleres und gleichzeitig gerechteres Handeln, als sie ihm mehrere Male unnötig ins Wort fällt. Josef Pühringer verhält sich der Moderatorin gegenüber neutral (weder unhöflich noch besonders achtsam), einmal stellt er ihre Aussage höflich in Frage.

Bei *60 Minuten Politik* ist auffällig, dass sich die Teilnehmer untereinander überhaupt nicht ins Wort fallen. Einige Male unterbrechen sie den Moderator bzw. Gastmoderator. Dagmar Belakowitsch-Jenewein tut dies einmal mit abschätzigem Lachen und einmal mit spöttischem Kommentar, was ihren Mangel an gutem Benehmen und an Ehrerbietung zeigt (vgl. Goffman 1956: 481ff.). Ebenso ist dies erkennbar, wenn sie sich einer anderen Teilnehmerin gegenüber unsachlich äußert.

Zusätzlich zum Unterbrechen der Moderatoren äußert sich Werner Kogler einmal positiv in Bezug auf einen anderen Teilnehmer und Matthias Strolz fragt höflich um die Redezeit.

Es sind also Ansätze zu achtsamem Verhalten sichtbar, das Benehmen und die Ehrerbietung entsprechen aber nicht den von Goffman festgelegten Verhaltensregeln für per-

sönliche Gespräche, da die Diskutanten die anderen Beteiligten oftmals nicht mit angemessener Fürsorge behandeln. (vgl. ebd.: 1956)

Bei *Am Punkt* fällt Herbert Kickl mehrere Male anderen Teilnehmern ins Wort, davon einmal aus guten Gründen, nämlich, um einen Geltungsanspruch zu kritisieren. Negative Äußerungen in Hinblick auf Ironie, Sarkasmus, Zynismus, Spott oder Arroganz treten bei ihm nicht auf. Er ist also bemüht, den anderen Beteiligten gegenüber Ehrerbietung zu beweisen und sich gut zu benehmen (vgl. Goffman 1956).

8.2 Kategorie 2: Kommunikatives Handeln der anderen Gäste

Bei *IZ1* sind zwei Experten in der Runde. Beide beziehen sich in allen Sprechakten auf die gestellte Frage bzw. die Aussagen anderer Teilnehmer, in den meisten Fällen geschieht dies argumentativ. Sonja Puntscher-Riekmann verweist zweimal explizit auf einen Paragraphen bzw. eine Zahl. Florian Eder setzt zweimal direkt an seinen Vorredner an, um seine Gedanken zu dessen Aussagen anzumerken. Er wirkt sehr vorsichtig und bedacht in seiner Argumentation.

Insgesamt stellen also beide Experten Bezüge zwischen den Sprechakten her, was die Grundvoraussetzung für eine argumentative Auseinandersetzung und damit Diskussion ist (vgl. Kapitel 3.2.2).

Bei *IZ2* beziehen sich alle drei ‚Nicht-Politiker‘ auf die ihnen gestellten Fragen bzw. auf die Sprechakte voriger Teilnehmer und geben keine ausweichenden Antworten. Lediglich Margit Schratzenstaller gibt auf eine Frage nur vage Auskunft und erläutert nicht konkret was sie meint. Bezüglich einer anderen Frage gibt sie offen zu, dass diese ihre Fachwissen übersteigt. Sie gibt zwar ihre Meinung zum Gegenstand bekannt, aber mit der Information, dass es sich hierbei um keine Experten-Auskunft handelt. Dies trägt zu ihrer Glaubwürdigkeit bei, was laut Kopperschmidt (2000) eine der Grundbedingungen ist, um überzeugende Argumente liefern zu können (vgl. ebd.: 62ff.). Schratzenstaller stellt mit ihren Aussagen ihre Organisation (WIFO) in ein gutes Licht. Dies entspricht teilweise der klassischen strategischen Kommunikation in der Politik (vgl. Klein 1996: 10ff.). Allerdings verzichtet Schratzenstaller auf die Negativ-Darstellung des Gegners, was logisch ist, da es für sie in diesem Zusammenhang keine Konkurrenz im Sinne von anderen Parteien gibt.

Franz Schellhorn begründet seine Aussagen mit Verweis auf ein bestimmtes Jahr, mit Zahlen, konkreten Werten und mit dem Hinweis auf eine Studie. Bei einigen seiner Vor-

schläge führt er zwar nicht näher aus, wie die Änderungen gestaltet sein sollen, später beschreibt er aber explizite Umsetzungsvorstellungen für seine Forderungen.

Herbert Lackner bezieht sich einmal auf das Medienrecht bzw. den Leiter des AMS. Er äußert Kritik, die er mit Worten und Zahlen begründet. Zweimal belegt er seine Aussagen anhand von Umfrage-Ergebnissen – einmal hat er die zugehörige Zeitung mitgebracht.

Besonders auffällig ist, dass die beiden Herren sehr häufig ihre Aussagen durch konkrete Belege stützen, was ebenso eine Grundbedingung des Argumentierens und somit vernünftigen Diskutierens ist (vgl. Kopperschmidt 2000: 53).

Alle drei Experten leisten somit einen Beitrag zu einer gelingenden Diskussion, die darauf basiert, dass sich die einzelnen Äußerungen aufeinander beziehen und überzeugende Argumente angebracht werden (vgl. ebd.: 52f.).

Schellhorn verwendet eine Metapher – ein wichtiges sprachliches Mittel der politischen Kommunikation, um die Rezipienten zu überzeugen (vgl. Girnth 2010).

Bei *60 Minuten Politik* sind nur Politiker zu Gast, daher konnten für Kategorie 2 keine Daten erhoben werden.

Bei *Am Punkt* antworten alle drei Experten der Runde auf die Fragen und stellen Bezüge zu den jeweils anderen Teilnehmern her. Christian Keuschnigg macht zunächst einige vage Angaben, im weiteren Verlauf verwendet er aber begründende Worte, wenn er auf die Moderatorin, vorangehende Aussagen sowie Einwürfe eingeht.

Alexandra Strickner belegt ihre Aussagen mit Beispielen, Zahlen sowie einer mitgebrachten Grafik.

Thomas Hofer verwendet ebenso Beispiele, um seine Standpunkte zu begründen. Außerdem liefert er in zwei Sprechakten anschauliche Bilder, um seine Argumente zu verdeutlichen. Er greift damit auf ein in der politischen Kommunikation wichtiges sprachliches Mittel zurück, das vor allem dazu dient, die Adressaten zu überzeugen (vgl. Girnth 2010).

Durch Bezugnahme tragen alle Experten zu einer vernünftigen Diskussion bei, durch konkrete Belege tut es vor allem Alexandra Strickner (vgl. Kopperschmidt 2000).

Hinsichtlich Benehmen und Ehrerbietung zeigen sich bei *IZ1* deutliche Unterschiede zwischen den beiden Experten: Sonja Puntischer-Riekmann fällt anderen Teilnehmern mehrmals ins Wort, dem Moderator einmal, obwohl dieser direkt an sie eine Frage stellt

und sie das Ende seines Sprechaktes abwarten könnte. Sie entschuldigt sich für eine Unterbrechung, erkennt also, dass sie sich gegenüber den anderen Diskutanten nicht angemessen verhalten hat (vgl. Goffmann 1956: 497), allerdings ist eine Entschuldigung im Verhältnis zu mehreren Unterbrechungen recht dürftig. Ein weiterer Ansatz zu achtsamem Benehmen zeigt sich in mehrmaligem höflichen Ersuchen darum, noch etwas sagen zu dürfen. Sie macht die fehlende Ehrerbietung eines anderen Teilnehmers zum Thema, wenn sie dessen ironisches Lächeln anspricht. Sie selbst äußert sich weder positiv noch negativ gegenüber anderen Diskutanten.

Florian Eder verhält sich generell sehr vorsichtig und achtsam. Er setzt zweimal direkt an den Sprechakt eines anderen Teilnehmers an, was ihm gelingt, ohne diesem ins Wort zu fallen. Dies zeigt, dass es in Diskussionsrunden möglich ist, unmittelbar an Sprechakte anzuknüpfen, auch wenn die turn-Verteilung (vgl. Ehlich 2007: 50) durch den Moderator nahtlos erfolgt. Er fällt weder einem anderen Teilnehmer noch dem Moderator ins Wort. Von ihm sind keinerlei sarkastische, zynische, ironische, spöttische oder arrogante Äußerungen zu hören, positive Worte gegenüber anderen Teilnehmern bleiben allerdings auch aus.

Bei *IZ2* unterbrechen die beiden männlichen Experten – Franz Schellhorn und Herbert Lackner – mehrmals die anderen Teilnehmern, der letztgenannte zusätzlich einmal die Moderatorin, obwohl diese ihm sowieso das Rederecht zuweisen würde. Schellhorn fragt einmal höflich, ob er noch etwas sagen darf, darüber hinaus verhält er sich, ebenso wie Lackner weder auffallend achtsam noch imageschädigend gegenüber den anderen Teilnehmern.

Die weibliche Expertin, Margit Schratzenstaller zeigt sich beispielhaft hinsichtlich Benehmen und Ehrerbietung (vgl. Goffman 1956: 497), da sie kein einziges Mal einem anderen Teilnehmer ins Wort fällt. Sie äußert sich weder besonders höflich noch negativ gegenüber den Diskutanten in der Runde.

Bei *Am Punkt* ist es Christian Keuschnigg, dessen Diskussionsverhalten positiv auffällt: er unterbricht weder andere Teilnehmer noch die Moderatorin. Zudem äußert er sich niemandem gegenüber imageschädigend.

Alexandra Strickner unterbricht mehrmals hintereinander den Sprechakt eines Teilnehmers, ansonsten gibt es hinsichtlich ihres Benehmens und ihrer Ehrerbietung keine Auffälligkeiten, weder positiv noch negativ.

Thomas Hofer fällt einmal einem anderen Diskutanten ins Wort und kritisiert selbst die fehlende Ehrerbietung eines Teilnehmers, der ihm ins Wort fällt.

8.3 Kategorie 3: Kommunikatives Handeln der Moderatoren

In Kategorie 3.1 wurde die Art der Gesprächsleitung bzw. die Gestaltung des Diskussionsablaufs untersucht. Im Folgenden wird dies je Moderator zusammengefasst und interpretiert.

Peter Pelinka, der Moderator von *Im Zentrum* am 10.02.2013, unterbricht die Diskutanten ein paar Mal, dies ist aber nie grundlos und immer förderlich für den Gesprächsverlauf – beispielsweise zum Nachhaken oder Erläutern. Zum Ende der Sendung greift er sehr subtil ein – er knüpft geschickt an das letzte Wort eines Teilnehmers an, was nötig ist, da die Sendung zum einen dem Ende naht und zum anderen, da die Diskutanten durcheinander reden. Er muss aber niemanden offiziell zurechtweisen; es genügt das Wort zu ergreifen, um alle Teilnehmer verstummen zu lassen.

Das Rederecht wird in den meisten Fällen nahtlos vom Moderator zugewiesen (turn-Apparat), indem die Teilnehmer direkt mit Namen adressiert werden, so dass für andere Diskutanten kein Raum offen ist, um mit Gegenargumenten auf das Gesagte einzugehen. Zwischendurch gibt es Passagen, die nur aus Rede und Gegenrede der Teilnehmer bestehen, diese sind aber selten. Gelegenheit, um Geltungsansprüche (vgl. Habermas 1995 [1981]) zu kritisieren, gibt es somit kaum. Diese starke Strukturierung ist vermutlich auf die Zeitknappheit (vgl. Burger 1991: 19) zurückzuführen, da die Sendung nur eine Stunde dauert und ihr Ende nicht – wie beim Club 2 (vgl. Kapitel 4.5) offen ist. Wenn die Diskutanten also Bezug nehmen und auf Geltungsfragen antworten wollen – was die Grundlage des Argumentierens ist (vgl. Kopperschmidt 2000: 53) – bleibt ihnen oftmals keine andere Wahl, als zu unterbrechen oder zu einem späteren Zeitpunkt auf das Thema zurückzukommen. Das bedeutet dann gegebenenfalls, dass sie von der ihnen gestellten Frage abweichen müssen.

Ingrid Thurnher, die Moderatorin von *Im Zentrum* am 17.11.2013, unterbricht die Teilnehmer rasch und insgesamt sehr häufig. In den meisten Fällen erweist sich das als nicht förderlich für den Gesprächsverlauf, da ihre Beiträge sinnlos sind oder die Diskutanten nicht darauf eingehen. Wenn sie ignoriert wird, muss sie manchmal mehrmals nachhaken, um eine Antwort zu bekommen. Ihr Verhalten wirkt, als sei sie der Situation nicht gewachsen, da sie krampfhaft versucht den Gesprächsverlauf zu kontrollieren. Das ständige Unterbrechen erweist sich aber als nicht förderlich. Andere Situationen hingegen, in denen sie eingreifen sollte, um Ordnung in ein Redechaos zu bringen, lässt sie ohne Kommentar geschehen. Einer der Teilnehmer kritisiert schließlich ihre unnötigen Einwürfe, woraufhin sie ihm einen längeren Sprechakt gewährt, ohne dazwischenzure-

den. Das Zuweisen des Rederechts (turn-Apparat) erfolgt in den meisten Fällen – wie bei *IZ1* – nahtlos durch die Moderatorin. Eine Ausnahme gibt es gegen Ende der Diskussion, wo in einer kurzen Phase der Rede und Gegenrede kein Eingreifen der Gesprächsleiterin stattfindet. Dort haben die Teilnehmer die Möglichkeit, direkt Geltungsansprüche zu kritisieren und einzulösen (vgl. Habermas 1995 [1981]). Aufgrund der starken Strukturierung, die vermutlich auf die Zeitknappheit zurückzuführen ist (vgl. Burger 1991: 19), müssen sie dies ansonsten über Einwürfe oder Abweichungen vom Thema bei späteren Sprechakten bewerkstelligen.

Christoph Takacs, der Moderator von *60 Minuten Politik*, unterbricht ein paar Mal, was sich fast immer als wertvoll für den Gesprächsverlauf erweist, da er Geltungsansprüche kritisiert, konkrete Antworten einfordert, hinterfragt, erklärt, Argumente liefert, zusammenfasst oder zurück zum Thema leitet. Einmal ist sein ständiges Unterbrechen nicht hilfreich, da er einer Teilnehmerin keine Gelegenheit gibt, ihre Gedanken auszuformulieren. Einige Male versucht er zu unterbrechen, lässt aber den jeweiligen Diskutanten weiter sprechen – er gibt in diesen Fällen noch mehr Raum zum Reden und versucht sich nicht mit aller Kraft durchzusetzen.

Wie bei den anderen beiden Sendungen erfolgt auch hier die Zuweisung des Rederechts (turn-Apparat) nahtlos durch den Moderator bzw. den Gastmoderator. Es gibt keine längeren Passagen, die nur aus Rede und Gegenrede der Teilnehmer bestehen. Das spontane Kritisieren und Einlösen von Geltungsansprüchen (vgl. Habermas 1995 [1981]) passiert in dieser Sendung also nicht, es wird immer gewartet bis das Rederecht zugewiesen wird. Da die Teilnehmer einander nie unterbrechen (vgl. Kapitel 7.1), ist anzunehmen, dass sie nicht das Bedürfnis haben direkt etwas an einen vorangehenden Sprechakt anzufügen, sondern bis zum Erhalten des Rederechts warten können. Dies lässt darauf schließen, dass sie den Moderatoren hohe Kompetenz in der Gesprächsleitung zusprechen und darauf vertrauen, dass sie auch zu einem späteren Zeitpunkt noch etwas anmerken dürfen, obwohl es eventuell nicht der gestellten Frage entspricht. Dies zeigt sich beispielsweise einmal, als Rainer Nowak einen Teilnehmer auf das Abweichen vom Thema hinweist, ihm aber dennoch die Möglichkeit einräumt, seine Gedanken auszuführen (vgl. Transkript C: 00:08:14).

Rainer Nowak, der Gastmoderator von *60 Minuten Politik*, unterbricht auch einige Male, was fast immer förderlich für den Diskussionsverlauf ist, da er nachfragt, etwas auf den Punkt bringt, konkretere Antworten einfordert oder den ausschweifenden Redefluss eines Teilnehmers unterbindet. Einmal unterbricht er, um einem anderen Diskutanten das Rederecht zuzuweisen, wodurch sozusagen ein Machtverhältnis deutlich wird (vgl.

Ehlich 2007: 50), denn der Moderator ist in der Lage zu sagen, wer reden darf und wer nicht. Die Zuweisung des Rederechts entspricht der von Christoph Takacs (siehe oben). Eine Auffälligkeit bei Rainer Nowak ist zu Beginn die Begründung, warum er welchem Gast als erstes das Rederecht zuweist.

Die Moderatorin von *Am Punkt*, Sylvia Saringer, unterbricht einige Male, um nachzufragen, zu hinterfragen und um Ordnung in ein entstandenes Redechaos zu bringen – dies ist förderlich für den Gesprächsverlauf. Hinderlich ist es hingegen, wenn sie die Ausführungen eines Teilnehmers beendet, um eine Zuschauer-Meinung vorzulesen, um einen Begriff kleinlich abzuklären oder um die Sprechakte der Teilnehmer abzukürzen. Letzteres wirkt so, als sollen die Aussagen möglichst kurz und prägnant zusammengefasst werden, so dass es für die Zuschauer ‚mundgerecht‘ aufbereitet wird. Um dies zu erreichen, lenkt Saringer das Diskussionsgeschehen insgesamt sehr stark.

Zweimal wirft sie etwas ein, was von den jeweils sprechenden Teilnehmern ignoriert wird, weswegen es den Gesprächsablauf nicht fördert.

In einem Einwurf thematisiert sie das non-verbale Handeln eines Diskutanten, was hilfreich ist für die Zuschauer, da es nicht auf dem Bildschirm zu sehen war.

Saringer weist das Rederecht – ebenso wie die vorher analysierten Moderatoren – nahtlos zu, indem sie die Teilnehmer direkt adressiert. Dazwischen liest sie Zuschauer-Meinungen vor, gibt also den Bürgern auch eine Bühne. Es gibt aber keine Gelegenheit, dass die Teilnehmer ohne ihr Eingreifen mehrere Sprechakte der Rede und Gegenrede aneinanderfügen und somit Geltungsansprüche direkt kritisieren oder einlösen können (vgl. Habermas 1995 [1981]). Da die Teilnehmer einander unterbrechen (vgl. Kapitel 7.2), ist daraus zu schließen, dass sie das Bedürfnis haben, etwas an vorangehende Sprechakte anzufügen und ihnen die Möglichkeit der unmittelbaren Anschlusskommunikation fehlt.

In Kategorie 3.2 wurde der Inhalt der sprachlichen Äußerungen untersucht. Hierbei werden bloße Fragen ohne besondere Auffälligkeiten und Nachhaken durch Einwürfe nicht aufgelistet. Ersteres ist nicht von Relevanz und das zweitgenannte wurde schon in der vorigen Kategorie erhoben.

Peter Pelinkas sprachliche Äußerungen beinhalten Hinterfragen, Zusammenfassen und Erklären von Aussagen der Teilnehmer. Für letzteres verwendet er zweimal Grafiken, das heißt er stützt seine Aussage auf greifbare Belege. Insgesamt kommt er damit den

wesentlichen Aufgaben eines Journalisten nach: Der Transparenz-, Kontroll-, Interpretations- und Vermittlungsfunktion (vgl. Plasser et al. 2004: 260f.).

Einige Male stellt er Bezüge her zwischen den Teilnehmern, zwischen diesen und den gezeigten Grafiken, den eingespielten Videobeiträgen und dem eingeladenen Experten. Dadurch würde sich die Gelegenheit ergeben, Argument und Gegenargument zu liefern, Geltungsansprüche bezüglich vorheriger Aussagen zu kritisieren oder einzulösen (vgl. Habermas 1995 [1981]). Allerdings ist das Herstellen der Bezüge durch den Moderator stark strukturiert, da genau vorgegeben ist, worauf Bezug genommen werden soll, so dass der Spielraum für direkten argumentativen Austausch letztendlich doch recht eingeschränkt bleibt.

Eine Reduktion des Inhaltes auf tagespolitische Brisanz oder provokative Äußerungen kommen bei Peter Pelinka nicht vor.

Ingrid Thurnher hinterfragt Äußerungen der Teilnehmer, sie liefert Hintergrundinformationen, wozu sie einmal eine Grafik verwendet und sich demzufolge auf greifbare Belege stützt. Darüber hinaus vereinfacht sie Sachverhalte, fasst Beiträge zusammen, präzisiert selbst oder fordert dazu auf. Damit erfüllt auch sie die wesentlichen Journalisten-Aufgaben: Die Transparenz-, Kontroll-, Interpretations- und Vermittlungsfunktion (vgl. Plasser et al. 2004: 260f.).

Sie stellt Bezüge zwischen den Teilnehmern her, sowie zwischen diesen und einem Videobeitrag, wodurch sich die Möglichkeit zu direkter Argumentation und Gegenargumentation sowie zur Kritik und Einlösung von Geltungsansprüchen ergibt (vgl. Habermas 1995 [1981]). Allerdings ist dies immer noch so stark strukturiert, da genau vorgegeben ist, worauf Bezug genommen werden soll, dass der Spielraum für direkten argumentativen Austausch letztendlich doch recht eingeschränkt bleibt.

Die Moderatorin reduziert den Inhalt zweimal auf tagespolitische Brisanz, ebenso oft verwendet sie eine provokative Wortwahl. Durch Lob und Kritik äußert sie ihre eigene Meinung. Diese Faktoren stehen einer sachlichen Darstellungsweise, die Barske (2004) für politische Diskussionssendungen als nötig erachtet, entgegen (vgl. ebd.: 298f.). Auch widersprechen sie Burgers (1991) Forderung danach, dass sich Diskussionsleiter im Hintergrund halten sollten (vgl. ebd.: 276f.).

Die Sprechakte von Christoph Takacs und Rainer Nowak beinhalten Hinterfragen, Vereinfachen von Sachverhalten, Zusammenfassen und Liefern von Hintergrundinformationen. Damit erfüllen beide die wesentlichen Journalisten-Aufgaben: Die Transparenz-, Kontroll-, Interpretations- und Vermittlungsfunktion (vgl. Plasser et al. 2004: 260f.).

Rainer Nowak ruft zudem dazu auf, Lösungsvorschläge anzubringen bzw. fragt alle Politiker, ob sie einem konkreten Vorschlag zustimmen würden. Damit vereinfacht er die Zusammenhänge für die Zuschauer, da die Positionen der einzelnen Teilnehmer so deutlicher unterschieden werden können (vgl. Burger 1991: 141). Beide Moderatoren stellen keine Bezüge zwischen den Teilnehmern her. Somit besteht keine Möglichkeit, Argumente und Gegenargumente zu vorangehenden Sprechakten zu liefern bzw. Geltungsansprüche zu kritisieren oder einzulösen (vgl. Habermas 1995 [1981]). Um dies zu tun, müssen die Teilnehmer also unterbrechen oder beim späteren Erhalten des Rede-rechts vom Thema abweichen. Takacs verwendet zu Beginn plakative Worte, diese dienen aber nur der Aufmerksamkeitsgewinnung und er kommt sogleich wieder zu einer sachlicheren Wortwahl zurück. Zweimal äußert Nowak seine eigene Meinung, was einer sachlichen Darstellungsweise, die Barske (2004) für politische Diskussionssendungen als nötig erachtet, entgegensteht (vgl. ebd.: 298f.). Zudem widerspricht es Burgers (1991) Forderung nach einem zurückhaltenden Auftreten von Diskussionsleitern (vgl. ebd.: 276f.). Allerdings sollte das im Fall von Nowak nicht so eng gesehen werden, da er nicht der Haupt- sondern der Gast-Moderator ist und es somit eventuell auch vorgesehen ist, persönliche Aspekte einfließen zu lassen. Die Unterschiede einer Doppel- im Vergleich zu einer Einzelmoderation wurden in dieser Arbeit nicht erhoben, könnten aber als Anreiz für weitere Forschung dienen.

Eine Reduktion des Inhaltes auf tagespolitische Brisanz oder provokative Äußerungen kommen weder bei Christoph Takacs noch bei Rainer Nowak vor.

Sylvia Saringers Beiträge dienen dem Hinterfragen, dem Vereinfachen bzw. Erklären, sowie dem Zusammenfassen von Diskutanten-Beiträgen. Damit erfüllt sie zwar die wesentlichen journalistischen Aufgaben (vgl. Plasser et al. 2004: 260f.), allerdings entsteht bei ihr der Eindruck, dass sie die Diskussion sehr oberflächlich darstellt: Sie kürzt Beiträge ab, lässt also keine Zeit für tiefergehende Auseinandersetzungen und fasst die Aussagen der Teilnehmer sehr vereinfacht zusammen. Diese Art der Komplexitäts-Reduktion kommt aber vielleicht niedrigeren Bildungsschichten entgegen, die sich ansonsten nicht mit Politik auseinandersetzen würden. Insofern würde dies auch dazu beitragen, die Wissenskluft zur besser gebildeten Bevölkerung zu verkleinern (vgl. Burkart 2002: 258). Allerdings besteht ein schmaler Grad zwischen vereinfachter Darstellung und Reduktion auf tagespolitische Brisanz. Letzteres tritt bei Saringer mehrere Male auf, wenn ihre Sprechakte lediglich das oberflächliche Bild von ‚Gut und Böse‘ darstellen, aber nichts zur tiefergehenden Auseinandersetzung mit der Problematik beitragen. Zwischen den Teilnehmern stellt die Moderatorin zweimal einen Bezug her, ebenso oft tut

sie das zwischen diesen und der Analystin und mehrmals zwischen den Diskutanten und den Zuschauer-Meinungen. Es wird aber meistens nur mit einem Satz und nicht weiterführend argumentativ darauf eingegangen. Die Zuschauer-Meinungen können somit nicht als wirkliche Bürger-Beteiligung im Sinne der deliberativen Politik nach Habermas (1994 [1992]) angesehen werden, sondern lediglich als Vermittler eines Stimmungsbildes der Bevölkerung, das in der Diskussion Erwähnung findet, aber kein echter Teil dieser ist. Ihre eigene Meinung äußert Saringer einmal, sie hält sich also nicht ganz im Hintergrund, wie sie das als Moderatorin tun sollte (vgl. Burger 1991: 276f.) und weicht etwas von sachlicher Darstellung ab (vgl. Barske 2004: 298f.). Provokative Äußerungen kommen bei ihr jedoch nicht vor.

In Kategorie 3.3 wurden das Benehmen und die Ehrerbietung der Moderatoren gegenüber den Teilnehmern untersucht.

Bei Peter Pelinka sind hinsichtlich Benehmen und Ehrerbietung (vgl. Goffman 1956: 481ff.) weder positive noch negative Auffälligkeiten feststellbar.

Ingrid Thurnher bedankt sich am Schluss der Sendung für das Diskutieren, weiteres explizit höfliches Verhalten ist nicht festzustellen. Ein Mangel an Ehrerbietung und gutem Benehmen ist erkennbar, wenn sie einige Male unterbricht, obwohl ihr Beitrag nichts Sinnvolles für den Gesprächsverlauf leistet und wenn sie sarkastisch auf die Äußerung eines Teilnehmers reagiert (vgl. Goffman 1956: 481ff.).

Christoph Takacs zeigt Ehrerbietung und gutes Benehmen (vgl. Goffman 1956: 481ff.) gegenüber seinen Gästen, wenn er sich gleich zu Beginn bei den Diskutanten für deren „Zeit und die Bereitschaft zur Diskussion“ (Transkript C: 00:02:00) bedankt und sich generell fast immer achtsam und höflich ausdrückt. Einmal lässt er es daran mangeln, wenn er einer Teilnehmerin andauernd ins Wort fällt, um nachzuhaken, dieser aber überhaupt keine Gelegenheit gibt, um ihre Gedanken auszuformulieren. Ironie, Sarkasmus, Zynismus, spöttisches oder arrogantes Verhalten treten bei ihm nicht auf.

Bei Rainer Nowak ist ebenso in den meisten Fällen Ehrerbietung und gutes Benehmen feststellbar (vgl. Goffman 1956: 481ff.). Sogar wenn ein Teilnehmer vom Thema abweicht, bleibt er sehr zuvorkommend, beharrt nicht auf seiner Frage, sondern bietet ihm Raum für seine Gedanken. Er beweist damit Flexibilität und kein starres Verfolgen eines strikten Ablaufs.

Gegenüber einer Teilnehmerin äußert er sich zynisch, was er aber nicht subtil macht, sondern offen thematisiert, so dass es letztendlich nicht boshaft, sondern achtsam geäußert wird.

Sylvia Saringer verhält sich höflich, indem sie sich für die Beteiligung bedankt. Allerdings tut sie dies nicht bei den Diskutanten, sondern bei den Fernseh-Zuschauern, die ihre Meinungen einsenden. Ihr Mangel an Ehrerbietung und gutem Benehmen zeigt sich in einer unnötigen Unterbrechung, sowie in einer zynischen und einer ironischen Äußerung (vgl. Goffman 1956: 481ff.).

8.4 Kategorie 4: Geltungsansprüche

In Kategorie 4.1 wurde das Kritisieren von Geltungsansprüchen erhoben, sowie das Übergehen dieser Kritik.

In allen Sendungen werden Geltungsansprüche angezweifelt – jene der Richtigkeit, Wahrheit und Verständlichkeit. Die Wahrhaftigkeit wird nicht kritisiert.

Bei *Im Zentrum* vom 10.02.2013 wird vom Moderator einmal die Richtigkeit in Frage gestellt, viermal wird dies von Politikern getan. Ein Politiker kritisiert zusätzlich den Geltungsanspruch der Wahrheit. Die Sprechakte der anderen Teilnehmer enthalten diesbezüglich keine Äußerungen.

Bei *Im Zentrum* vom 17.11.2013 zweifelt die Moderatorin einmal die Wahrheit an, worauf aber kein Bezug genommen wird.

Mehrere Male wird von den Politikern Kritik an Geltungsansprüchen erhoben: Andreas Schieder kritisiert jenen der Wahrheit zweimal, worauf die angesprochene Teilnehmerin bzw. die Moderatorin aber nicht eingehen. Dieselbe Äußerung der Moderatorin wird noch von einem anderen Politiker hinsichtlich der Wahrheit angezweifelt. Kritik gegenüber der Gesprächsleiterin wird ein drittes Mal geäußert, wenn Schieder den Geltungsanspruch der Verständlichkeit erhebt. Allerdings lässt er ihr keine Möglichkeit darauf einzugehen, da er weiterredet.

Darüber hinaus kritisiert Schieder dreimal den Geltungsanspruch der Richtigkeit, was Pühringer ebenso oft tut. Als bei letztgenanntem die angesprochene Teilnehmerin nicht darauf eingeht, erfolgt die Richtigstellung durch Schieder zu einem späteren Zeitpunkt.

Von Seiten der anderen Teilnehmer kritisiert Franz Schellhorn einmal den Geltungsanspruch der Richtigkeit.

Bei *60 Minuten Politik* wird vom Moderator einmal der Geltungsanspruch der Verständlichkeit erhoben, sowie einmal jener der Richtigkeit. Auf letzteren geht die angesprochene Teilnehmerin aber nicht ein, sondern beharrt mit Nachdruck auf ihrer Aussage.

Der Gastmoderator setzt einmal an, um den Geltungsanspruch der Richtigkeit zu kritisieren, aber die betreffende Politikerin lässt ihn nicht ausreden, sondern versucht ihre Aussage zu bekräftigen.

Der Politiker Werner Kogler stellt einmal den Geltungsanspruch der Verständlichkeit in Frage.

Bei *Am Punkt* kritisiert der Politiker Herbert Kickl den Geltungsanspruch der Richtigkeit und die Teilnehmerin Alexandra Strickner jenen der Verständlichkeit. Von Seiten der Moderatorin gibt es diesbezüglich keine Äußerung.

Insgesamt werden Geltungsansprüche am häufigsten durch die Politiker in Frage gestellt. Sie sind also bestrebt, das verständigungsorientierte Handeln, das von ihnen verlangt wird (vgl. Kapitel 2.1) selbst untereinander sowie von anderen Teilnehmern einzufordern. Es wird auch eine Moderatorin – Ingrid Thurnher – in Bezug auf Geltungsansprüche kritisiert, worauf sie nicht eingeht oder keine Gelegenheit zur Reaktion bekommt. Sie ist unter den Gesprächsleitern die einzige, welcher gegenüber Geltungsansprüche erhoben werden. Da dies mehrfach geschieht, kann man darauf schließen, dass sie entweder nicht die nötige Kompetenz für ihre Aufgabe besitzt, oder ihr diese von den Teilnehmern abgesprochen wird. Auch die Tatsache, dass sie übergangen wird, als sie selbst Kritik an einem Geltungsanspruch äußert, spricht dafür, dass ihr von den Teilnehmern nicht genügend Sachverständigkeit zugesprochen wird.

In Kategorie 4.2 wurde das Einlösen von Geltungsansprüchen untersucht.

Bei *Im Zentrum* vom 10.02.2013 tut dies ein Politiker in Bezug auf die Richtigkeit teilweise, kommt aber nicht dazu dies weiter auszuführen, da er unterbrochen wird. Eine andere Teilnehmerin löst den Geltungsanspruch der Richtigkeit auch teilweise ein, hält sich allerdings mit einem *aber* noch eine Einschränkung offen.

Bei *Im Zentrum* vom 17.11.2013 gibt es zwei Auffälligkeiten: Zum einen löst ein Politiker den Geltungsanspruch für eine Teilnehmerin ein, die dies nicht selbst getan hat. Zum

anderen lösen zwei Politiker mehrere Male jene Geltungsansprüche ein, die sie selbst angezweifelt haben. D.h. sie kritisieren beispielsweise die Richtigkeit und erklären im gleichen Sprechakt, wie die Aussage korrekterweise lauten müsste. Dies geschieht auch einmal durch einen anderen Teilnehmer.

Bei *60 Minuten Politik* wird der Geltungsanspruch der Verständlichkeit zweimal eingelöst, jeweils gleich nachdem er kritisiert wurde. Einmal durch eine Politikerin, die eine von ihr verwendete Abkürzung erklärt sowie einmal durch den Gastmoderator, der eine Frage wiederholt, die akustisch nicht verstanden wurde. In beiden Fällen kam es dabei zur Sprachbarriere des Nichtverstehens (vgl. Badura 1971 und Kapitel 2), die beseitigt wurde, damit die Diskussion fortgeführt werden konnte.

Bei *Am Punkt* geht ein Experte auf die Kritik am Geltungsanspruch der Richtigkeit ein und erklärt die Zusammenhänge. Darüber hinaus löst er den Geltungsanspruch der Verständlichkeit ein, der von einer Teilnehmerin durch Nachhaken mehrmals kritisiert wird.

Insgesamt wird also von allen Teilnehmern, in der Mehrzahl aber von den Politikern, versucht, verständigungsorientiert zu handeln (vgl. Kapitel 2.1), indem Geltungsansprüche sowohl kritisiert, als auch eingelöst werden. Allerdings geschieht beides verhältnismäßig selten. Hierbei wird deutlich, dass sich die in Kapitel 7.3 beschriebene turn-Verteilung und geringes Herstellen von Bezügen durch die Moderatoren als problematisch für das Anzweifeln und Einlösen von Geltungsansprüchen erweist: Dafür gibt es nicht viel Spielraum, da das Rederecht nahtlos zugewiesen wird.

8.5 Kategorie 5: Dramaturgisches Handeln

Mit Kategorie 5.1 wurden zunächst Selbstinszenierungs-Taktiken der Teilnehmer untersucht.

Bei *Im Zentrum* vom 10.02.2013 rückt keiner der Teilnehmer sich selbst, seine Partei oder Organisation unnötig in den Vordergrund.

Bei *Im Zentrum* vom 17.11.2013 ist es ein Politiker – Josef Pühringer – der mehrmals sich und das Bundesland, das er regiert, positiv hervorhebt. Er weicht damit zwar vom Thema ab, allerdings sind diese Ausführungen nur kurz, weswegen sie den Diskussionsverlauf nicht nennenswert beeinflussen. Das Mitbringen einer Grafik, die seine Worte bestätigt, zeigt, dass Pühringer sich auf diese Wortmeldung vorbereitet hat und sie anbringen will, auch wenn er nicht danach gefragt wird. Er leistet also durchaus eine ge-

wisse Darbietung seiner selbst. Der Inszenierungs-Charakter wird verstärkt durch mehrmaligen Zwischenapplaus aus dem Publikum. Da Beifall für einzelne Aussagen ansonsten, abgesehen von einer Ausnahme, nicht vorkommt, wirkt es, als ob Anhänger seiner Partei oder Fans seiner Person im Publikum sitzen. Pühringer steht dadurch bei dieser Sendung stärker im Vordergrund, als andere Teilnehmer. Das Auftreten Pühringers kann somit zum einen in den Bereich des strategischen Handelns eingeordnet werden, da er seine eigenen positiven Leistungen herausstreicht (vgl. Klein 1996: 10ff.). Zum anderen trägt es durch die mit Applaus ausgedrückte Wertschätzung des Publikums, Züge des dramaturgischen Handelns. (vgl. Goffman 1980 [1977]). In Ansätzen ist auch das Phänomen der „Doppelrahmung“ (Holly et al. 1986: 17) erkennbar, da Pühringer in einzelnen Wortmeldungen in erster Linie sich selbst profilieren möchte (primärer Rahmen) und dies unter dem Deckmantel der Diskussion (sekundärer Rahmen) tut (vgl. ebd.). Dies wird von der Moderatorin einmal offensichtlich gemacht, indem sie seine Äußerung sarkastisch kommentiert.

Bei *60 Minuten Politik* stellt Waltraud Dietrich ihren Partei-Chef in den Vordergrund, ohne auf die ihr gestellte Frage einzugehen. Die Inszenierung erfolgt also nicht über ihre eigene Person oder die gesamte Partei. In diesem Fall liegt es vermutlich auch daran, dass die Figur, die der Partei zu dem Zeitpunkt vorstand – Frank Stronach – namensgeben für diese ist (Team Stronach). Die übrigen Sprechhandlungen, bei denen die Teilnehmer ihre eigene Partei positiv und die Regierungsparteien negativ präsentieren (siehe Kapitel 7.1) sind nur dem strategischen, nicht aber dem dramaturgischen Handeln zuzuordnen.

Bei *Am Punkt* bringt Alexandra Strickner ihre eigene Organisation (Attac) ins Spiel und weicht damit von der Frage ab. Daher werden ihre weiteren Ausführungen von der Moderatorin unterbunden.

Bei Dietrich und Strickner sind leichte Ansätze der „Doppelrahmung“ (Holly et al. 1986: 17) erkennbar, wenn sie versuchen, die Diskussion zu nutzen, um sich selbst zu profilieren. Da dies aber nur in jeweils einem Fall geschieht, kann es nicht als wesentlich für ihr kommunikatives Handeln angesehen werden.

In Kategorie 5.2 wurde anhand der Rahmenbedingungen der jeweiligen Sendungen analysiert, inwiefern eine Inszenierung der Teilnehmer stattfindet, die von außen auferlegt ist. Eine gewisse mediengerechte Darbietung des Gesprächs ist bei Diskussionsrunden immer vorhanden (vgl. Burger 1999: 70ff.), darüber hinaus soll aber geklärt werden, inwiefern den Diskutanten beispielsweise bestimmte Rollen zugeschrieben werden.

Bei *Im Zentrum* vom 10.02.2013 wird in der Vorstellungsrunde zu Beginn der Sendung bereits die jeweilige Haltung eines jeden Teilnehmers zum Gesprächsthema genannt. Den Zuschauern sind somit unmittelbar die unterschiedlichen Positionen klar und der Spielraum zur Entfaltung der Diskussion ist relativ eingeschränkt. D.h. es besteht nicht die Möglichkeit, dass sich erst im Lauf der Zeit für die Rezipienten herauskristallisiert, wer welche Meinung vertritt, da diese schon von Anfang an feststeht. Somit steckt jeder Teilnehmer bereits zu Beginn in einer gewissen Rolle.

Bei *Im Zentrum* vom 17.11.2013 ordnet die Moderatorin einer Teilnehmerin mit provokanten Worten eine Rolle zu.

Bei *60 Minuten Politik* werden den Diskutanten von Seiten der Moderatoren oder durch andere Sendungselemente keine Rollen zugeschrieben.

Bei *Am Punkt* wird in der Vorstellungsrunde die Meinung eines jeden Teilnehmers und damit ein gewisses Bild von diesem präsentiert. Am Ende der Sendung wird eine Analyse der Diskussion durchgeführt, bei der sowohl die Co-Moderatorin als auch die Analystin explizit von Rollen sprechen, die die Diskutanten erfüllen sollen. Es findet eine Bewertung statt, die nicht auf objektiven, theoretisch fundierten Kriterien basiert, sondern die subjektive Einschätzung der Analystin wiedergibt. Durch die Feststellung, ob einzelne Teilnehmer ihre Rolle erfüllt haben oder nicht, wird der Inszenierungscharakter der Sendung verstärkt und das Phänomen der Doppelrahmung tritt ein (vgl. Holly et al.: 1986:17).

8.6 Diskussion der Ergebnisse

Nachdem zum kommunikativen Handeln in politischen Diskussionssendungen in Österreich nun sowohl theoretische Grundlagen als auch empirisches Material vorliegen, erfolgt eine Diskussion der Ergebnisse zur Beantwortung der drei forschungsleitenden Fragestellungen.

FF1. Wie gestaltet sich das kommunikative Handeln der Politiker?

Insgesamt ist die Mehrheit der Politiker bemüht, auf die gestellten Fragen einzugehen, auf die Sprechakte der anderen Teilnehmer Bezug zu nehmen und die eigenen Aussagen argumentativ zu stützen. Es werden Zahlen und Fakten als Belege genannt, in einzelnen Fällen auch Grafiken oder Tabellen mitgebracht, wodurch die Argumente die notwendige „Überzeugungskraft“ (Kopperschmidt 2000: 52) erhalten, um gültig zu sein.

Mit dem Herstellen von Bezügen und der Verwendung von Argumenten schaffen die Politiker die Voraussetzung für verständigungsorientiertes Handeln (vgl. Habermas 1995 [1981]: 386, 339, 387). Jedoch kommt es immer wieder zu ausweichenden Antworten, Themen-Wechseln und Aussagen ohne stichhaltige Begründungen. Bei den meisten Politikern tritt dies nur gelegentlich auf, bei dreien wird es allerdings fast zur Regel: Die Sprechakte von Waltraud Dietrich (*60 Minuten Politik*) bleiben nahezu immer oberflächlich ohne konkret auszuführen, was damit gemeint ist. Ihren Aussagen fehlt es demzufolge an Relevanz und Begründung (vgl. Kopperschmidt: 62ff.).

Dies ist ebenso der Fall bei Andreas Schieder und Josef Pühringer (*Im Zentrum* vom 17.11.2013). Hier zeigt sich, dass das Thema der Sendung großen Einfluss auf das Argumentationsverhalten hat. Denn bei *IZ2* wird ein für Schieder und Pühringer heikler Sachverhalt besprochen, da es um das Fehlverhalten der Regierungsparteien geht. Bei *IZ1*, wo Schieder ebenfalls zu Gast ist, agiert er ganz anders: hier geht er immer auf die ihm gestellten Fragen ein und begründet seine Antworten, wohingegen er bei *IZ2* ausweichend und unkonkret ist. Es ist also keine generelle „Tendenz zu ausweichenden Antworten auf präzise Fragen [und] repetitive[r] ‚Phrasendrescherei‘“ (Plasser et al. 2004: 288) erkennbar, sondern eine themenabhängige. Das Herstellen von Bezügen untereinander erfolgt in allen analysierten Sendungen, kaum geschieht es jedoch bei *60 Minuten Politik*. Dieses Format unterscheidet sich jedoch auch von den anderen, da dort nur Politiker zu Gast sind. Dies lässt die Annahme zu, dass es den Politikern – wenn sie unter sich sind – nur darum geht, sich selbst, ihre Standpunkte und die Partei zu prä-

sentieren, ohne dabei an vorige Sprechakte anzuschließen. Die Anwesenheit anderer Teilnehmer könnte somit einen positiven Einfluss auf das Diskussionsverhalten haben, in dem Sinne, dass sie zu verstärkter Anschlusskommunikation beiträgt. Ob dies nun aber an der Beteiligung anderer Gäste, am Moderatorenverhalten oder sonstigen Gründen liegt, kann an dieser Stelle nicht ausreichend geklärt werden. Dafür wäre eine spezifischere Auseinandersetzung mit einer ‚Nur-Politiker-Runde‘ im Vergleich zu einer ‚gemischten Runde‘ notwendig, die sehr gut im Anschluss erfolgen könnte. In dieser Arbeit lag aber nicht der Fokus auf solch einer Erhebung, weswegen nur Auffälligkeiten vermerkt werden können.

Im Verhältnis zu den Moderatoren und anderen Teilnehmern werden Geltungsansprüche am häufigsten durch die Politiker in Frage gestellt. Sie sind also bestrebt, das verständigungsorientierte Handeln, das von ihnen verlangt wird, selbst untereinander sowie von anderen Teilnehmern einzufordern. Geltungsansprüche werden auch von den Politikern eingelöst, wobei auffällig ist, dass zwei Politiker (in der Sendung *Im Zentrum* vom 17.11.2013) mehrere Male selbst jene Geltungsansprüche einlösen, die sie angezweifelt haben, weswegen dies nicht als tatsächliche argumentative Auseinandersetzung gewertet werden kann. Insgesamt sind sowohl Kritik als auch Einlösen von Geltungsansprüchen bisher nur spärlich in den untersuchten Sendungen vorhanden, weswegen anzunehmen ist, dass es momentan noch an der Umsetzung des verständigungsorientierten Handelns in politischen Diskussionsrunden in Österreich mangelt.

Deutlicher hervor kommt das strategische Handeln (vgl. Habermas 1995 [1981]: 385) durch positive Worte für die eigene Partei und negative Aussagen gegenüber den Gegnern – den Regierungsparteien (vgl. Klein 1996: 10ff.). Diese starke Kontrastierung der jeweiligen Standpunkte unterstützt die Meinungsbildung der Rezipienten (vgl. ebd.: 141), wodurch die politischen Diskussionssendungen in Österreich einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft leisten (vgl. Kapitel 3).

Auffällig ist hierbei, dass das strategische Handeln in allen Sendungen deutlich hervor kommt, nur nicht bei *Im Zentrum* vom 10.02.2013, was vermutlich am Thema liegt, da dort diskutiert wird, wie es mit Europa weitergeht. Dies bietet weniger Streitpotenzial als die anderen drei Sendungen, die alle das Fehlverhalten der Regierung thematisieren und zum einen die verantwortlichen Politiker (*Im Zentrum* vom 17.11.2013) bzw. deren Gegner (*60 Minuten Politik, Am Punkt*) zu Gast haben.

Dramaturgisches Handeln ist am stärksten bei Josef Pühringer zu beobachten. Zum einen fallen seine Aussagen in den Bereich des strategischen Handelns, da er seine eige-

nen positiven Leistungen herausstreicht (vgl. Klein 1996: 10ff.). Zum anderen sind Züge des dramaturgischen Handelns erkennbar, wenn sein Handeln durch Zwischenapplaus vom Publikum gewürdigt wird (vgl. Goffman 1980 [1977]).

Zustimmenden Beifall gibt es ansonsten in keiner Sendung, allerdings ist hier zu beachten, dass bei *60 Minuten Politik* und *Am Punkt* kein Studio-Publikum anwesend ist. Um diese Auffälligkeit näher zu überprüfen, bedarf es einer expliziten Untersuchung mehrerer Sendungen mit Zuschauern im Studio.

Das von Holly et al. (1986) beschriebene Phänomen der „Doppelrahmung“ (ebd.: 17) ist in Ansätzen erkennbar, wenn Pühringer in einzelnen Wortmeldungen in erster Linie sich selbst profilieren möchte (primärer Rahmen) und dies unter dem Deckmantel der Diskussion (sekundärer Rahmen) tut (vgl. ebd.). Darüber hinaus tritt dramaturgisches Handeln nicht in so einem Maße auf, dass es einer gelingenden Diskussion im Wege stehen würde.

Es ist deutlich erkennbar, dass das kommunikative Handeln von Politikern in den heutigen Diskussionssendungen nicht mehr jenem aus den 80er Jahren entspricht, als Selbstinszenierungs-Taktiken das Gelingen einer vernünftigen Diskussion verhinderten (vgl. Holly et al. 1986: 201). Im Gegenteil sind es eher die Bedingungen der Sendungen bzw. die Moderatoren (abgesehen von *60 Minuten Politik*), die den einzelnen Teilnehmern gewisse Rollen zuschreiben, denen sie entsprechen müssen und aus denen sie nicht fallen dürfen. So tragen die Konzepte der Sendung eher zu einer Inszenierung der Teilnehmer bei, als diese selbst.

Das kommunikative Verhalten bezüglich guten Benehmens und Ehrerbietung (vgl. Goffman 1956) gestaltet sich bei allen Politikern ähnlich, weist aber auch einige Besonderheiten auf. Alle Politiker fallen anderen Teilnehmern ins Wort, bis auf jene, die bei *60 Minuten Politik* zu Gast sind. Nun könnte man daraus schließen, dass die letztgenannten besonders achtsam miteinander umgehen und sich an die von Goffman (1956) als notwendig erachteten Verhaltensregeln für persönliche Gespräche halten. Allerdings bezieht sich das respektvolle Verhalten nicht auf alle Bereiche, da der Moderator und Gastmoderator unterbrochen werden und von einer Politikerin unsachliches Verhalten festzustellen ist. Bei Herbert Kickl (*Am Punkt*) gestaltet es sich genau umgekehrt: er fällt mehrere Male ins Wort, äußert sich aber nicht unsachlich.

Die beiden *Im Zentrum*-Sendungen enthalten von Politiker-Seite sowohl Unterbrechungen als auch unsachliche Äußerungen. Bei *IZ1* fällt besonders Andreas Mölzer durch negatives Verhalten auf, was aber weder vom Moderator noch von den anderen Teil-

nehmern kritisiert wird. Er selbst hingegen fordert einmal das Recht ausreden zu dürfen ein.

Bei IZ2 sticht Andreas Schieder hervor, der es gegenüber der Moderatorin an gutem Benehmen und Ehrerbietung (vgl. Goffman 1956) mangeln lässt, dieses aber gleichzeitig von ihr einfordert. Da er gegenüber Peter Pelinka, dem Moderator von IZ1, respektvolles Verhalten zeigt, ist davon auszugehen, dass sein kommunikatives Verhalten nicht grundsätzlich unhöflich ist, sondern von jenem des Gesprächsleiters abhängt.

Generell entsprechen die analysierten Diskussionssendungen also nicht dem achtsamen und zuvorkommenden Verhalten, das für persönliche Gespräche gefordert wird (vgl. Goffman 1956; Holly 1979; Burger 1991: 75), aber es sind Ansätze erkennbar, da sich einige Politiker auch explizit höflich verhalten.

Das Problem der Unterbrechung ist bei allen Sendungen das nahtlose Aneinanderschließen der Sprechakte durch die turn-Verteilung der Moderatoren. So haben die Diskutanten kaum eine andere Möglichkeit, auf Äußerungen einzugehen, Geltungsansprüche zu erheben o.ä., als die übrigen Teilnehmer zu unterbrechen. Wäre es hier also von Seiten der Moderatoren notwendig, mehr Freiheit in der Verteilung des Rederechts zu gewährleisten? Nein. Denn bei genauer Betrachtung fällt auf, dass ‚gerechtfertigte‘ Einwürfe, die etwas zum Fortgang der Diskussion beitragen, verhältnismäßig selten getätigt werden. Es überwiegen rüde Unterbrechungen, die nur dazu dienen das Wort an sich zu reißen. Daher sollte die Führung des Gesprächs und turn-Verteilung weiterhin den Moderatoren obliegen, allerdings mit einem gewissen Maß an Flexibilität, das Abweichungen vom strikten Sendungsplan erlaubt.

Die Metapher, ein typisches sprachliches Mittel der politischen Kommunikation, das zum einen zu besserem Verständnis und zum anderem zu stärkerer Überzeugung beitragen soll (vgl. Girth 2010), wird sehr rar verwendet. Nur einer der Politiker macht davon häufig Gebrauch: Matthias Stolz. Er redet insgesamt sehr bildhaft und verwendet in fast jedem Sprechakt Metaphern. Die übrigen Politiker tun dies kaum oder gar nicht. Demzufolge ist das ansonsten so stark genutzte Mittel der politischen Kommunikation bei den hier untersuchten Sendungen nicht von wesentlicher Bedeutung. Überzeugungsarbeit versuchen die Teilnehmer auf anderem Wege zu leisten, beispielsweise, indem sie die eigene Person / Partei in gutem Licht darstellen und den Gegner abwerten (siehe oben). Ob ein vermehrter Gebrauch von Metaphern zu besserem Verständnis und stärkerer Überzeugung beitragen würde, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden, würde sich aber als Anlass für weitere Forschung anbieten.

FF2: Wie gestaltet sich das kommunikative Verhalten der anderen Diskutanten?

Die anderen Teilnehmer an der Diskussion sind Experten ihres Fachs. Sie antworten fast immer konkret auf die gestellten Fragen, nur in wenigen Ausnahmen werden vage Aussagen getroffen. Sie beziehen sich auf vorhergehende Sprechakte, was in den meisten Fällen argumentativ geschieht. Eine Teilnehmerin gibt offen zu, dass eine Frage ihr Fachwissen übersteigt. Dies trägt zu ihrer Glaubwürdigkeit bei, was laut Kopperschmidt (2000) eine der notwendigen Bedingungen ist, um überhaupt überzeugende Argumente liefern zu können (vgl. ebd.: 62ff). Die Aussagen werden häufiger als bei den Politikern durch konkrete Zahlen, Fakten, den Verweis auf Paragraphen oder Umfrage-Ergebnisse gestützt, wodurch sie Gültigkeit und Relevanz sowie die Glaubwürdigkeit des Sprechers transportieren (vgl. ebd.). Besonders überzeugend sind zwei Teilnehmer, die das jeweilige Umfrage-Ergebnis bzw. eine Grafik mitgebracht haben.

Die Experten schaffen also insgesamt bessere Voraussetzungen für verständigungsorientiertes Handeln, als dies die Politiker tun, indem sie konkreter antworten, häufiger Bezüge herstellen und Argumente verwenden (vgl. Habermas 1995 [1981]: 386, 339, 387). Auch Barske (2004) stellte in ihrer Untersuchung zu Diskussionssendungen aus Deutschland und der Schweiz schon fest, dass „Experten [...] öfter als die Politiker Bezug auf das Gesagte nehmen“ (ebd.: 287).

Geltungsansprüchen werden von den ‚Nicht-Politikern‘ allerdings sehr selten erhoben und eingelöst. Die Analyse lässt zwar darauf schließen, dass dies insgesamt nicht oft geschieht in politischen Diskussionssendungen in Österreich, allerdings sind die Politiker doch stärker darum bemüht, dies umzusetzen, als die anderen Teilnehmer. Unter diesem Aspekt handeln die Politiker stärker verständigungsorientiert.

Strategisches Handeln kommt unter den anderen Teilnehmern nur in einem Fall ansatzweise vor. Die Expertin Margit Schratzenstaller hebt in ihrer Argumentation die Organisation der sie angehört, positiv hervor. Sie wendet damit zwar die Taktik der klassischen strategischen Kommunikation an, wie sie aus der Politik bekannt ist (vgl. Klein 1996: 10ff.), verzichtet allerdings auf die Negativ-Darstellung des Gegners. Dies ist logisch, da es für sie in diesem Zusammenhang keine Konkurrenz im Sinne von anderen Parteien gibt. Somit ist dieses Handeln nicht wirklich dem strategischen zuzuordnen und es ist anzunehmen, dass ‚Nicht-Politiker‘ in politischen Diskussionssendungen in Österreich keinen Gebrauch von strategischer Kommunikation machen.

Selbstinszenierung und dramaturgisches Handeln sind ebenso in keinem wesentlichen Maß unter den anderen Teilnehmern zu verzeichnen. Der Sprechakt einer Expertin, die

ihre Organisation ins Spiel bringt und damit von der Frage abweicht, wird von der Moderatorin unterbrochen, so dass es zu keinen weiteren Ausführungen über diese Organisation kommt.

Wie bei den Politikern sind es auch bei den anderen Teilnehmern eher die Sendungskonzeptionen, die eine Inszenierung der Diskutanten bewirken, indem diesen gewisse Rollen zugeschrieben werden, beispielsweise in der Analyse von *Am Punkt*.

Das kommunikative Verhalten der ‚Nicht-Politiker‘ hinsichtlich Benehmen und Ehrerbietung (vgl. Goffman 1956) weist deutliche Unterschiede auf. Vier der Teilnehmer unterbrechen mehrmals die Sprechakte anderer Diskutanten oder die der Moderatoren, drei tun es nie und ein Gast tut es einmal. Dies geschieht in jeder der Sendungen (ausgenommen *60 Minuten Politik*, da dort neben Politikern keine anderen Gäste eingeladen sind). Imageschädigend verhält sich keiner der Teilnehmer gegenüber den anderen – es werden keine sarkastischen, zynischen, ironischen, spöttischen oder arroganten Bemerkungen gemacht. Nur einmal wird ein ironisches Lächeln thematisiert. Darüber hinaus wird fehlende Ehrerbietung noch ein zweites Mal zur Sprache gebracht. Bei fast allen Diskutanten sind Ansätze zu höflichem Verhalten festzustellen, indem beispielsweise darum ersucht wird, noch etwas sagen zu dürfen.

Insgesamt tritt bei den ‚Nicht-Politikern‘ sowohl rücksichtsloses als auch höfliches Verhalten in jeder der drei Sendungen auf. Verglichen mit den Politikern handeln sie aber achtsamer, da sie keine imageschädigenden Sprechakte ausführen. Um ganz den Verhaltensregeln zu entsprechen, die für persönliche Gespräche als notwendig erachtet werden (vgl. Goffman 1956; Holly 1979; Burger 1991: 75), müssen aber auch die ‚Nicht-Politiker‘ das rücksichtslose Ins-Wort-fallen reduzieren.

Das Problem der Unterbrechung ist hier – ebenso wie bei den Politikern – das nahtlose Aneinanderschließen der Sprechakte durch die turn-Verteilung der Moderatoren. So besteht fast nur dann die Möglichkeit, auf Äußerungen einzugehen, Geltungsansprüche zu erheben o.ä., wenn man ins Wort fällt. Wie oben schon beschrieben, ist es keine zufriedenstellende Lösung, dass die Moderatoren mehr Freiheit in der Verteilung des Rede-rechts gewährleisten. Denn auch bei den als Experten geladenen Gästen sind ‚gerechtfertigte‘ Einwürfe, die etwas zum Fortgang der Diskussion beitragen, verhältnismäßig selten. Es überwiegen Unterbrechungen, die nur dazu dienen, das Wort zu ergreifen. Dies wird besonders dann sichtbar, wenn die Teilnehmer schon zu reden beginnen, bevor die Moderatoren fertig sind, obwohl sie sowieso das Rederecht erhalten hätten, da sie direkt mit Namen adressiert wurden. Daher lässt sich auch in Hinblick auf den Umgang mit

Experten das Fazit ziehen, dass die Führung des Gesprächs und turn-Verteilung weiterhin den Moderatoren obliegen soll, diese aber mit Flexibilität agieren sollen.

In einzelnen Fällen werden Metaphern verwendet. ‚Nicht-Politiker‘ greifen also auch zu jenem wichtigen sprachlichen Mittel der politischen Kommunikation, um zu überzeugen (vgl. Girnth 2010). Allerdings geschieht dies nur in wenigen Fällen, hauptsächlich durch Thomas Hofer, der Politik-Berater ist und somit ein Experte, was politische Wortwahl angeht. Insgesamt ist festzustellen, dass ‚Nicht-Politiker‘ weniger versuchen zu überzeugen, indem sie sprachliche Mittel (vgl. Girnth 2010) oder die positive Eigendarstellung im Vergleich zu negativer Darstellung von anderen verwenden (vgl. Klein 1996: 10ff.). Sie stärken ihre Argumente eher durch konkrete Zahlen und Fakten.

FF3. Wie gestaltet sich das kommunikative Handeln der Moderatoren?

FF3.1 Wie wird die Diskussion geleitet?

Peter Pelinka greift insgesamt selten in den Gesprächsverlauf ein. Wenn er unterbricht, dann ist das immer förderlich für die Diskussion – es dient beispielsweise dem Nachhaken oder Erläutern. Er ist präsent ohne dies zu forcieren. Um Ordnung in ein Redechaos zu bringen, genügt es das Wort zu ergreifen – er muss niemanden offiziell zurechtweisen. Er führt die Diskussion subtil aber wirkungsvoll, muss sich seine Rolle als Gesprächsleiter nicht erkämpfen, sondern wird von allen Teilnehmern respektiert.

Dieses Ergebnis ist auch für Christoph Takacs und Rainer Nowak festzustellen. Nur einmal ist das Unterbrechen beim Erstgenannten hinderlich. Bei Nowak wird einmal das Machtverhältnis deutlich, das zwischen Diskutanten und Moderatoren besteht, wenn er bestimmt, wer reden darf und einen Teilnehmer unterbricht, um einem anderen das Rederecht zuzuweisen (vgl. Ehlich 2007: 50). Ansonsten verhalten sich beide aber zurückhaltend und versuchen sich nicht mit aller Kraft durchzusetzen.

Ganz anders agiert diesbezüglich Ingrid Thurnher. Sie unterbricht die Teilnehmer sehr rasch und häufig mit sinnlosen Einwüfen, was sich in den meisten Fällen als nicht förderlich für die Diskussion erweist. Andere Situationen hingegen, in denen sie eingreifen sollte, um Ordnung in ein Redechaos zu bringen, lässt sie kommentarlos geschehen. Ihre Äußerungen werden einige Male ignoriert, so dass sie sich wiederholen muss, bis sie ihren Sprechakt durchsetzen kann. Ihr Verhalten wirkt insgesamt, als sei sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen, da sie zum einen krampfhaft versucht den Gesprächsverlauf zu kontrollieren, zum anderen aber nicht erkennt, wann Eingreifen notwendig wäre. Das

Ignorieren von Seiten der Teilnehmer zeigt, dass sie sich deren Respekt erst noch verschaffen muss.

Dies trifft auch auf Sylvia Saringer zu, deren Einwürfe zweimal übergangen werden. Darüber hinaus sind bei ihr auch Ansätze inkompetenter Gesprächsführung zu beobachten, wenn sie Diskutanten unterbricht, um deren Sprechakte abzukürzen und ihnen keine Gelegenheit gibt, ihre Gedanken auszuformulieren. Es wirkt, als ob es ihr in erster Linie darum geht, die Aussagen möglichst kurz und prägnant darzustellen. Damit presst sie den Diskussionsverlauf in ein sehr enges Raster, da kaum Möglichkeiten bestehen Sachverhalte tiefergehend darzulegen. Für den Austausch von überzeugenden Argumenten (Kopperschmidt 2000: 52) ist dies nicht förderlich, unter medienpädagogischen Gesichtspunkten trägt es aber eventuell zu besserem Verständnis in der breiten Bevölkerung bei. Denn je einfacher die Zusammenhänge dargestellt werden, desto mehr Menschen verstehen sie, wodurch ein größerer Lerneffekt entstehen und somit Wissensklüfte zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten geschlossen werden könnten (vgl. Burkart 2002: 258). Da verständliche und gültige Argumente aber unabdingbar für eine gelingende Diskussion sind (vgl. Habermas 1994 [1992]: 54), sollten die Moderatoren eine tiefer gehende Darstellung von Sachverhalten nicht der Vereinfachung opfern, sondern versuchen einen guten Mittelweg zu finden.

Die turn-Verteilung (Zuweisung des Rederechts) erfolgt in den meisten Fällen nahtlos durch die Moderatoren, so dass für die Diskutanten keine Möglichkeit besteht, mit Gegenargumenten auf das Gesagte einzugehen. Zwischendurch gibt es Passagen, die nur aus Rede und Gegenrede der Teilnehmer bestehen, diese sind aber selten. Gelegenheit, um Geltungsansprüche (vgl. Habermas 1995 [1981]) zu kritisieren, gibt es somit kaum. Diese starke Strukturierung ist vermutlich auf die Zeitknappheit (vgl. Burger 1991: 19) zurückzuführen, da die Sendungen eine festgesetzte Dauer haben und ihr Ende nicht – wie beim Club 2 (vgl. Kapitel 5.5) – offen ist. Wenn die Diskutanten also Bezug nehmen und auf Geltungsfragen antworten wollen – was die Grundlage des Argumentierens ist (vgl. Kopperschmidt 2000: 53) – bleibt ihnen oftmals keine andere Wahl, als zu unterbrechen oder zu einem späteren Zeitpunkt auf das Thema zurückzukommen. Das bedeutet dann gegebenenfalls, dass sie von der ihnen gestellten Frage abweichen müssen.

Da die Teilnehmer bei *60 Minuten Politik* einander nie unterbrechen (vgl. Kapitel 7.1), ist anzunehmen, dass sie nicht das Bedürfnis haben direkt etwas an einen vorangehenden Sprechakt anzufügen, sondern bis zum Erhalten des Rederechts warten können. Dies lässt darauf schließen, dass sie den Moderatoren hohe Kompetenz in der Gesprächslei-

tung zusprechen und darauf vertrauen, dass sie auch zu einem späteren Zeitpunkt noch etwas anmerken dürfen, obwohl es eventuell nicht der gestellten Frage entspricht. Dies zeigt sich beispielsweise einmal, als Rainer Nowak einen Teilnehmer auf das Abweichen vom Thema hinweist, ihm aber dennoch die Möglichkeit einräumt, seine Gedanken auszuführen (vgl. Transkript C: 00:08:14). Bedachtsames Moderatorenverhalten wirkt sich also positiv auf das Benehmen und die Ehrerbietung der Diskutanten aus und stellt somit gute Voraussetzungen für eine vernünftige Diskussion dar.

FF3.2 Welche Inhalte tragen die sprachlichen Äußerungen der Moderatoren?

Alle Moderatoren erfüllen mit ihren Sprechakten die wesentlichen Aufgaben eines Journalisten: Die Transparenz-, Kontroll-, Interpretations- und Vermittlungsfunktion (vgl. Plasser et al. 2004: 260f.). Durch die Reduktion von Komplexität verdeutlichen sie die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Teilnehmer. So können bei den Zuschauern Lernprozesse einfacher in Gang gesetzt werden (vgl. Schultz 2006: 109f.), was eine wichtige Funktion für die Meinungsbildung der Gesellschaft darstellt (vgl. Branahl 2010: 6) und im besten Fall die Wissenskluft zwischen niedrigeren und höheren Bildungsschichten verringert (vgl. Burkart 2002: 258).

Bei Sylvia Saringer ist der Grad zwischen vereinfachter Darstellung und Reduktion auf tagespolitische Brisanz jedoch sehr schmal (vgl. Meyer et al. 2001: 221). Ihre Sprechakte vermitteln des Öfteren ein oberflächliches Bild von ‚Gut und Böse‘, das zu kurz greift und nicht zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit der Problematik beiträgt. Bei Ingrid Thurnher geschieht dies auch, aber seltener. Sie verwendet zudem provokative Wortwahl, was bei Saringer nicht auftritt. Die eigene Meinung äußert Thurnher ein paar Mal, Saringer einmal. All diese Aspekte stehen einer sachlichen Darstellungsweise, die für politische Diskussionssendungen als notwendig erachtet werden (Barske 2004) entgegen. Auch widerspricht es Burgers (1991) Forderung danach, dass sich Gesprächsleiter im Hintergrund halten sollten (vgl. ebd.: 276f.).

Peter Pelinka und Christoph Takacs äußern sich in ihren Sprechakten hingegen sehr sachlich und zurückhaltend, was ihrer Art der Gesprächsleitung entspricht (wie oben festgestellt) und sich positiv auf das Verhalten der Diskutanten auswirkt. Rainer Nowak fällt hierbei etwas aus der Reihe, da er zweimal seine eigene Meinung äußert. Allerdings ist er auch nicht der alleinige Gesprächsleiter, sondern nur als Gastmoderator anwesend, weswegen es bei ihm eventuell vorgesehen ist, persönliche Aspekte einfließen zu lassen. Inwiefern es Unterschiede zwischen Doppel- und Einzelmoderationen gibt, sollte

in dieser Arbeit aber nicht erhoben werden, könnte aber als Anreiz für weitere Forschung dienen.

Hinsichtlich Ehrerbietung und gutem Benehmen (vgl. Goffman 1956:481ff.) zeigen sich Christoph Takacs und Rainer Nowak vorbildlich, v.a. letzterer bleibt höflich und beweist Flexibilität, als ein Teilnehmer etwas anspricht, was nicht direkt mit der Frage zu tun hat. Diese Zuvorkommenheit und Flexibilität wirken sich auch positiv auf das Benehmen der Teilnehmer aus.

Ingrid Thurnher und Sylvia Saringer zeigen einen Mangel an gutem Benehmen und Ehrerbietung durch unnötige Unterbrechungen bzw. sarkastische, zynische oder ironische Äußerungen.

Thurnhers Verhalten wird von einem Teilnehmer – Andreas Schieder – kritisiert. Da dieser ihr gegenüber respektloser auftritt, als gegenüber Peter Pelinka, ist davon auszugehen, dass sich das Moderatorenverhalten auf die Diskutanten auswirkt.

Bei Peter Pelinka sind bezüglich Benehmen und Ehrerbietung weder positive noch negative Auffälligkeiten feststellbar.

Bis auf die Moderatoren von *60 Minuten Politik* stellen alle Gesprächsleiter Bezüge her: zwischen den Teilnehmern, zwischen diesen und Videobeiträgen oder – im Fall von *Am Punkt* – Zuschauermeinungen. Vor allem durch das Verweisen auf andere Sprechakte wird den Diskutanten die Chance gegeben, Geltungsansprüche gegenüber vorangehenden Äußerungen zu erheben oder diese einzulösen, was notwendig ist für eine gelingende Diskussion (vgl. Habermas 1995 [1981]). Allerdings geschieht dies in den analysierten Sendungen sehr strukturiert, da genau vorgegeben ist, worauf Bezug genommen werden soll, so dass der Spielraum für den direkten kommunikativen Austausch letztlich doch recht eingeschränkt bleibt. Ob die Vorgehensweise von Takacs und Nowak doch die effizientere ist, lässt sich nicht eindeutig beantworten: Den Teilnehmern auch die Möglichkeit zu geben, von der Fragestellung abweichende Antworten zu geben, ist dann sinnvoll, wenn sie Geltungsansprüche kritisieren oder auf andere Art einen sinnvollen Beitrag zu Diskussion leisten wollen. Es muss aber in jeder Situation neu entschieden werden, ob dies der Fall ist oder ob es sich um leere Phrasen, unnötige Selbstdarstellung etc. handelt. Somit liegt es in der Kompetenz des Moderators, das nötige Feingefühl an den Tag zu legen und die richtigen Sprechakte und Handlungen zu setzen.

Geltungsansprüche werden von den Moderatoren nur selten kritisiert, beispielsweise wenn es um die Verständlichkeit geht. Hier agieren die Gesprächsleiter als Vermittler zwischen den Diskutanten und den Zuschauern (Burger 1991: 276f.), ansonsten halten sie sich diesbezüglich zurück und lassen die Teilnehmer selbst Geltungsansprüche anzweifeln bzw. einlösen.

FF3.3 Unterscheidet sich das kommunikative Handeln von Moderatoren in öffentlichen-rechtlichen Sendungen zu jenem in privaten?

Die untersuchten Sendungen unterscheiden sich weniger hinsichtlich des Rundfunksystems, sondern eher bezüglich der Person, die das Gespräch leitet. Das eben genannte Feingefühl in Bezug auf das kommunikative Handeln haben Peter Pelinka, Christoph Takacs und Rainer Nowak – also die männlichen Moderatoren – stärker bewiesen, als die weiblichen. Wobei Sylvia Saringer noch etwas kompetenter wirkte als Ingrid Thurnher. Auch die Reduktion auf tagespolitische Brisanz und unsachliche Sprechhandlungen bzw. fehlende Zurückhaltung ist bei den Frauen zu verzeichnen, nicht aber bei den Männern.

Es gibt diesbezüglich also keine Unterschiede zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Fernsehen sondern eher zwischen den Geschlechtern.

9 CONCLUSIO UND AUSBLICK

Ziel der vorliegenden Masterarbeit war es, das kommunikative Handeln in politischen Fernsehdiskussionen in Österreich dahingehend zu untersuchen, ob es zu einer qualitativ hochwertigen Diskussion beiträgt und inwiefern Verbesserungen notwendig sind.

Dem nachzugehen, war wichtig, da Gesprächsrunden im Fernsehen zur Meinungsbildung der Bürger beitragen können und damit von hoher gesellschaftlicher Relevanz sind. Für die kommunikationswissenschaftliche Forschung ist diese Arbeit generell aufgrund der starken Präsenz des Massenmediums Fernsehen von Bedeutung. Ihr spezieller Wert liegt darin, dass sie sich mit Diskussionssendungen abseits von Wahlkampfperioden befasst, an deren Analyse es in Österreich bislang mangelt.

Im theoretischen Teil wurde zunächst der Begriff der *Diskussion* allgemein erläutert. Daran anschließend wurde konkreter auf die Merkmale medialer Diskussionsrunden eingegangen. Ein Phänomen, das diese von ‚alltäglichen‘ Gesprächen unterscheidet und besondere Beachtung bei der Analyse finden muss, ist die Mehrfachadressierung: Teilnehmer an Gesprächsrunden im Fernsehen vermitteln ihre Inhalte eigentlich an die Zuschauer, richten ihre Worte aber an die anderen Diskutanten oder an die Moderatoren. Aufgrund dieser Tatsache ist ein gewisses Maß an öffentlicher Inszenierung immer in medialen Gesprächsrunden vorhanden. Die Moderation sowie bestimmte Rituale, nach denen die Sendungen und die einzelnen Sprechakte ablaufen, legen im Vorhinein eine Struktur fest, die zu durchbrechen nicht so einfach möglich ist. Dies erweist sich aber als sinnvoll, da somit beispielsweise vermieden werden soll, dass die Teilnehmer sich untereinander imageschädigend verhalten. Die Tatsache, dass die Kommunikation direkt unter anwesenden Personen stattfindet, bietet den Vorteil der unmittelbaren Anschlusskommunikation, setzt die Diskutanten allerdings auch dem Druck der sofortigen Reaktion aus. Die raum-zeitliche Eingrenzung der Sendung verstärkt diesen und sorgt bisweilen dafür, dass einzelne Sprechakte nicht vollständig ausgeführt werden können.

Anschließend wurden die relevanten Aspekte des kommunikativen Handelns erläutert und dabei zwischen verständigungsorientiertem, strategischem und dramaturgischem Handeln unterschieden. Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag auf der Auffassung vom verständigungsorientierten Handeln nach Habermas, das ein ideales, nicht der Realität entsprechendes Modell darstellt. Es war also von vornherein klar, dass die zu untersuchenden Sendungen den Kriterien nicht entsprechen. Dennoch sollte dieses Konstrukt als

Ansatz dienen, um zu überprüfen, wie nah die Realität dem Idealtyp kommt und wie das kommunikative Handeln in politischen Diskussionsrunden optimiert werden könnte.

Als nächstes wurden die Besonderheiten des kommunikativen Handelns innerhalb des Massenmediums Fernsehen erläutert, kurz jene Begriffe aus der Sprechakttheorie dargestellt, die für die empirische Studie von Bedeutung sind sowie auf diejenigen sprachlichen Merkmale eingegangen, die spezifisch für die Politik sind.

Weiterhin wurden die Potentiale politischer Diskussionsrunden erörtert, die hauptsächlich im Beitrag zur Meinungsbildung der Bevölkerung liegen und Forderungen an die Teilnehmer dargelegt. Diese bestehen zumindest im respektvollen Umgang miteinander, in der Begründung der Äußerungen durch Argumente und dem Anschluss der eigenen Sprechhandlung an die vorhergehenden.

Abschließend wurde ein kurzer Überblick über die derzeitigen österreichischen TV-Diskussionen und das duale Fernsehsystem gegeben und näher auf diejenigen Sendungen eingegangen, die Teil der Analyse sind.

Basierend auf diesen theoretischen Grundlagen wurde eine qualitative Inhaltsanalyse am Beispiel von *Im Zentrum*, *60 Minuten Politik* und *Am Punkt* durchgeführt. Dafür wurden zunächst die Forschungsmethode und das Studiendesign dargestellt. Insgesamt wurden vier Sendungen untersucht – jeweils eine pro Format und zwei von *Im Zentrum*, um dort einen Vergleich zwischen den beiden alternierenden Moderatoren anstellen zu können. Das gesamte Datenmaterial wurde transkribiert, aufbereitet und anschließend anhand des Kategoriensystems ausgewertet. Anschließend wurden die Erkenntnisse zusammengefasst, auf Basis der Theorie je Kategorie interpretiert und danach diskutiert, um die Forschungsfragen kritisch zu beantworten.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Magisterarbeit zusammenfassend dargestellt und ein Ausblick auf mögliche fortführende Forschungsfragen gegeben:

Hinsichtlich des verständigungsorientierten Handelns kann festgehalten werden, dass die Politiker bemüht sind, dieses umzusetzen und dies auch von den anderen Teilnehmern – durch Kritik an Geltungsansprüchen – einfordern. Jedoch mangelt es ihnen noch an argumentativer Anschlusskommunikation und es kommt immer wieder zu ausweichenden Antworten. Allerdings ist nicht generell eine Tendenz zu vagen Antworten feststellbar, sondern vielmehr eine themenabhängige: dann, wenn Politiker ihr eigenes Fehlverhalten rechtfertigen müssen, versuchen sie konkrete Antworten zu umgehen.

In puncto Anschlusskommunikation war auffällig, dass die Teilnehmer der ‚Nur-Politker‘-Runde kaum Bezüge untereinander hergestellt haben, was die Annahme zulässt, dass es hier eher um Selbst- oder Partei-Präsentation als um eine argumentative Auseinandersetzung ging. Somit könnte die Anwesenheit anderer Teilnehmer einen positiven Effekt auf das Diskussionsverhalten der Politiker haben, in dem Sinne, dass sie zu verstärkter Anschlusskommunikation beiträgt. Ob dies nun aber an der Beteiligung anderer Gäste, am Moderatorenverhalten oder sonstigen Gründen liegt, kann an dieser Stelle nicht ausreichend geklärt werden, da der Fokus dieser Arbeit nicht auf solch einer Erhebung lag. Dafür wäre eine spezifischere Auseinandersetzung mit mehreren ‚Nur-Politker‘-Runden im Vergleich zu ‚gemischten Runden‘ notwendig, die sehr gut im Anschluss erfolgen könnte.

Insgesamt gelang es den als Experten anwesenden Diskutanten besser, verständigungsorientiert zu handeln, als den Politikern. Letztere müssten vor allem die argumentative (Anschluss-)Kommunikation verstärken, da noch zu oft ausweichende Antworten und inhaltsleere Phrasen vorkamen. Das Einlösen von Geltungsansprüchen muss allerdings bei beiden Teilnehmer-Gruppen noch häufiger geschehen.

Strategisches Handeln kommt bei Experten nicht vor und wird deutlich sichtbar bei den Politikern: durch positive Aussagen für die eigene Partei und negative Aussagen in Bezug auf die Gegner. Diese starke Kontrastierung der jeweiligen Standpunkte trägt zur Meinungsbildung der Rezipienten bei, weshalb strategisches Handeln durchaus einen Beitrag zu einer qualitativ hochwertigen Diskussion leisten kann. Auffällig ist hierbei, dass auch das strategische Handeln themenabhängig ist und in jenen Sendungen auftritt, die das Fehlverhalten der Regierungsparteien thematisieren.

Dramaturgisches Handeln tritt nur in Einzelfällen bei den Politikern auf. Somit ist ihr kommunikatives Agieren in den heutigen Diskussionsrunden also nicht mehr – wie in den 80er Jahren – geprägt von Selbstinszenierungs-Taktiken. Im Gegenteil tragen eher die Konzepte der Sendung zu einer Inszenierung der Teilnehmer (Politiker und Experten) bei, als diese selbst, indem sie den einzelnen Diskutanten gewisse Rollen zuschreiben, denen sie entsprechen müssen und aus denen sie nicht fallen dürfen.

Bezüglich des Benehmens und der Ehrerbietung der Politiker kommt diese Magisterarbeit zu dem Ergebnis, dass es noch nicht jenem respektvollen Verhalten entspricht, das für persönliche Gespräche gefordert wird, aber schon Ansätze dazu vorhanden sind, da sich einige Politiker ausdrücklich höflich verhalten. Es ist also nicht nötig, die Politiker durch das Überstülpen einer Plexiglasglocke am Reden zu hindern, wie in

Thurnhers (2013) Kommentar eingangs gefordert wurde (vgl. ebd.: 5). Das respektvolle Handeln ist zwar noch nicht im optimalen Zustand, aber durchaus vorhanden, so dass es solch strenger Maßregelungen nicht bedarf. Im Vergleich zu den Experten ist aber durchaus Aufholbedarf vorhanden, da sich jene deutlich respektvoller verhalten und keine imageschädigenden Sprechakte ausführen. Das rücksichtslose Ins-Wort-fallen müssen aber auch die ‚Nicht-Politiker‘ reduzieren.

Auffällig ist hierbei, dass respektloses Verhalten nur selten thematisiert wird – dies müsste öfter geschehen, um es zu unterbinden.

Hinsichtlich der Bemühungen, die angestellt werden, um zu überzeugen ist festzustellen, dass die Experten weniger als die Politiker versuchen dies durch sprachliche Mittel wie Metaphern oder die positive Eigendarstellung im Kontrast zu negativer Fremddarstellung zu erreichen. Sie stärken ihre Argumente eher durch konkrete Zahlen und Fakten.

Beim Moderatorenverhalten sind deutliche Unterschiede erkennbar. Ingrid Thurnher sticht negativ hervor, da sie wirkt, als sei sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Auf der einen Seite versucht sie angestrengt den Gesprächsverlauf zu kontrollieren, erkennt aber auf der anderen Seite nicht, wann es notwendig wäre, einzugreifen. Sie versucht sich Respekt bei den Teilnehmern zu verschaffen, da ihr dieser nicht von allen entgegengebracht wird. Dies ist auch bei der zweiten weiblichen Moderatorin, Sylvia Saringer, der Fall.

Das nötige Feingefühl für notwendige Unterbrechungen und angemessene Zurückhaltung können den männlichen Moderatoren zugesprochen werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich achtsames Moderatorenverhalten positiv auf das Benehmen und die Ehrerbietung der Diskutanten auswirkt, weshalb es sinnvoll ist, dass dieses mit gutem Beispiel vorangehen, um optimale Voraussetzungen für eine vernünftige Diskussion zu bieten.

Die Zuweisung des Rederechts erfolgt fast immer nahtlos durch die Moderatoren, wodurch den Teilnehmern kaum Gelegenheit bleibt, um direkt Geltungsansprüche zu kritisieren bzw. einzulösen oder direkt etwas an den Sprechakt eines anderen Diskutanten anzufügen. Da die meisten Unterbrechungen aber nichts zum Fortgang der Diskussion beitragen, sondern nur dazu dienen, das Wort an sich zu reißen, ist anzunehmen, dass die Teilnehmer nicht mehr ‚Freiheit‘ benötigen und die Führung des Gesprächs in dieser Form weiter bestehen kann. Allerdings sollten die Moderatoren ein gewisses Maß an Flexibilität zeigen, das es erlaubt, vom Plan der Sendung abzuweichen.

Außerdem sollten die Gesprächsleiter häufiger Bezüge herstellen zwischen den Sprechakten der einzelnen Teilnehmer, damit diese Gelegenheit haben, auf das vorhergehende Äußerungen einzugehen. Dies geschieht zwar schon, sollte aber noch stärker umgesetzt werden.

Geltungsansprüche werden von den Moderatoren nur selten kritisiert, beispielsweise wenn es um die Verständlichkeit geht. Hier agieren die Gesprächsleiter als Vermittler zwischen den Diskutanten und den Zuschauern (Burger 1991: 276f.), ansonsten halten sie sich diesbezüglich zurück und lassen die Teilnehmer selbst Geltungsansprüche anzweifeln bzw. einlösen.

Mit ihren Sprechakten erfüllen alle Moderatoren die wesentlichen Aufgaben eines Journalisten: die Transparenz-, Kontroll-, Interpretations- und Vermittlungsfunktion. Durch die Vereinfachung von Sachverhalten tragen sie zu besserem Verständnis bei den Zuschauern bei, bewirken damit eventuell einen Lernprozess und verringern im besten Fall die Wissenskluft zwischen niedrigeren und höheren Bildungsschichten. Bei den weiblichen Moderatoren ist allerdings der Grad zwischen Vereinfachung und Reduktion der Inhalte auf tagespolitische Brisanz sehr schmal. Außerdem mangelt es diesen in Einzelfällen an sachlicher Darstellung, was auch bei einem der männlichen Moderatoren einmal der Fall ist.

Insgesamt ist aber festzustellen, dass sich die untersuchten Sendungen weniger hinsichtlich des Rundfunksystems öffentlich-rechtlich bzw. privat, unterscheiden, sondern eher bezüglich der Person, die das Gespräch leitet. Die Differenzen lassen sich hier auch auf Geschlechter aufteilen, da die Frauen weniger Kompetenz beweisen, als die Männer. Um diese Annahmen zu überprüfen bedarf es allerdings einer differenzierten Analyse, bei der auch weitere Aspekte, wie beispielsweise die Erfahrung als Moderator, mit einbezogen werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es nicht so schlimm um politische Diskussionssendungen in Österreich bestellt ist, wie Thurnhers Zitat vom Beginn vermuten lässt. Dennoch gibt es Verbesserungspotential. Da die Moderatoren jene Personen sind, die aktiv etwas dazu beitragen können, werden im Folgenden fünf Aspekte dargelegt, die – abgeleitet aus den nun gewonnenen Erkenntnissen – die Ansprüche an Gesprächsleiter von politischen Diskussionssendungen auf den Punkt bringen:

- 1. Flexibilität:** auch Abweichungen vom Sendungsplan sollen möglich sein
- 2. Zurückhaltung:** kein krampfhaftes Steuern des Gesprächs, kein unnötiges Unterbrechen
- 3. Herstellen von Bezügen** zwischen den Sprechakten der einzelnen Teilnehmer
- 4. Kontrolle von Ehrerbietung und Benehmen**, da die Teilnehmer selbst oft nicht die Möglichkeit dazu haben
- 5. Vereinfachung von Sachverhalten**, aber keine Reduktion auf tagespolitische Brisanz

Abschließend muss noch einmal darauf verwiesen werden, dass ein wesentlicher Aspekt des kommunikativen Handelns aus Gründen des Umfangs nicht in dieser Arbeit enthalten sein konnte: das non-verbale Handeln. Es ist ebenso bedeutend, wie das sprachliche Agieren, bedarf daher aber auch einer genauso ausführlichen theoretischen wie empirischen Auseinandersetzung. Daher könnte sich eine eigenständige Magisterarbeit an die hier gewonnenen Erkenntnisse anschließen und sich explizit dem non-verbale Handeln widmen. Dazu wäre es wichtig, im Fernseh-Studio anwesend zu sein und Zugriff auf die Aufnahmen aller Kameras zu haben. Denn nur so wird sichergestellt, dass jede Mimik und Gestik eines jeden Diskutanten wahrgenommen und analysiert werden kann.

10 LITERATURVERZEICHNIS

APA-OTS (2013). ORF III startet Diskussionssendung "60 Minuten Politik". Online verfügbar unter: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130409_OTS0101/orf-iii-startet-diskussionssendung-60-minuten-politik [Stand: 09.04.2013]

ATMEDIA.AT (2011). Puls 4 Pro und Contra. Online verfügbar unter: <http://www.atmedia.at/news/klassische-medien/puls-4-pro-und-contra-/11-04-2011/12507/> [Stand: 11.04.2011]

ATTESLANDER, Peter (2006). Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., neu bearb. u. erw. Aufl. Berlin. Erich Schmidt Verlag.

ATV.AT (2013a). Am Punkt. Online verfügbar unter: <http://atv.at/contentset/410627-am-punkt> [Stand: 01.05.2013]

ATV.AT (2013b). Werbung. Quoten. Online verfügbar unter: <http://atv.at/werbung/quoten> [Stand: 07.11.2013]

AUSTIN, John L. (1962). How to do things with words? The William James lectures, 1955. Hgg. v. Urmson, James O. / Sbisà, Marina. Cambridge, Mass. [u.a.]. Harvard University Press.

BARSKE, Nina M.J. (2004). Die Qualität des medialen politischen Diskurses. Eine empirische Untersuchung zur Transaktivität der Diskussion von Politikern und Experten in politischen TV-Sendungen der Schweiz und Deutschlands. Freiburg. Dissertation.

BRANAHL, Udo (2010). Wozu benötigen wir Medien? In: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.). Informationen zur politischen Bildung. 309 (2010), 4. S. 6-7.

BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH (2013). Rundfunk- und Medienrecht im Überblick. Online verfügbar unter: http://www.bka.gv.at/site/cob__3820/4075/default.aspx#a2 [Stand: 24.10.2013]

BUNDESKANZLERAMT RECHTSINFORMATIONSSYSTEM (2013). Bundesrecht konsolidiert. §4 Öffentlich-rechtlicher Kernauftrag. Online verfügbar unter: <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NR40119445&ResultFunctionToken=5871b88e-f5c1-43cd-b56c-a1ae78d33973&Kundmachungorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=16.02.2011&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=ORF> [Stand: 24.10.2013]

BURGER, Harald (1991). Das Gespräch in den Massenmedien. Berlin / New York. Walter de Gruyter.

BURKART, Roland (2002). Kommunikationswissenschaft. 4. Aufl. Wien / Köln / Weimar. Böhlau Verlag.

DERSTANDARD.AT (2007). Neuer Name für ORF-Politalk: "Offen gesagt" heißt "Im Zentrum". Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/2830985> [Stand: 12.04.2007]

DERSTANDARD.AT (2009). "Am Punkt": ATV-Talk setzt ganz auf Multimedia. Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1252037032996/Neues-Format-Am-Punkt-ATV-Talk-setzt-ganz-auf-Multimedia> [Stand: 10.09.2009]

DERSTANDARD.AT (2011a). Der sterbende Schwan. Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1295571272392/Grasser-Im-Zentrum-Der-sterbende-Schwan> [Stand: 31.01.2011]

DERSTANDARD.AT (2011b). Grasser bringt "Im Zentrum" Quotenrekord. Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1295571252334/660000-Seher-Grasser-bringt-Im-Zentrum-Quotenrekord> [Stand: 31.01.2011]

DERSTANDARD.AT (2012). ORF III erreicht bis zu 400.000 Zuseher täglich. Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1336696571791/Programmvorhaben-ORF-III-erreicht-bis-zu-400000-Zuseher-taeglich> [Stand: 11.05.2012]

DIECKMANN, Walther (1969). Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg. Carl Winter Universitätsverlag.

DIECKMANN, Walther (1981). Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge - Aufsätze - Entwürfe. Heidelberg. Carl Winter Universitätsverlag.

DIECKMANN, Walther (1982). Wie redet man „zum Fenster hinaus“? Zur Realisierung des Adressatenbezugs in öffentlich-dialogischer Kommunikation am Beispiel eines Redebeitrags Brandts. In: Sucharowski, Wolfgang (Hrsg.). Gesprächsforschung im Vergleich. Analysen zur Bonner Runde nach der Hessenwahl. Tübingen. Max Niemeyer Verlag. S. 54-76.

DIE PRESSE/ AWA (2012). Neue Gäste für den ORF. 01.06.2012. S.32

DONGES, Patrick (2010). Massenmedien und öffentliche Meinung. In: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.). Informationen zur politischen Bildung. 309 (2010), 4. S. 7.

DONSBACH, Wolfgang (2000): Journalist. In: Noelle-Neumann, Elisabeth/ Schulz, Winfried/ Wilke, Jürgen (Hrsg.). Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt am Main. Fischer Taschenbuch Verlag. S. 64 - 91.

FREI-BORER, Ursula (1991): Das Clubgespräch im Fernsehen: eine gesprächslinguistische Untersuchung zu den Regeln des Gelingens. Bern / Wien [u.a.]. Lang.

GIRNTH, Heiko (2010). Einstieg: Sprache und Politik. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [Stand: 15.07.2010]

GOFFMAN, Eving (1956). The Nature of Deference and Demeanor. In: American Anthropologist, 58 (1956), 3: 473-503.

GOFFMAN, Erving (1980 [1977]). Rahmen-Analyse [Frame Analysis]. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt am Main. Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

GOFFMAN, Erving (1986 [1971]). Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation. Übers. von Renate Bergsträsser und Sabine Bosse. Frankfurt am Main. Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

GRINSCHGL, Alfred / STÖGMÜLLER, Christian (2010). Vorwort. In: RTR-GmbH (Auftrag.). Public Value und privater Rundfunk in Österreich. Schriftenreihe der Rundfunk und Telekom regulierungs-GmbH. Band 1/2010. Wien. RTR-GmbH. S. 9-10.

GRÜNEWALD, Robert / GÜLDENZOPF, Ralf / PIEPENSCHNEIDER, Melanie (2011). Politische Kommunikation. Beiträge zur Politischen Bildung. Berlin. LIT Verlag. (Bd. 1 d. Schriftenreihe Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.)

HABERMAS, Jürgen (1975 [1971]). Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Habermas, Jürgen / Luhmann, Niklas. Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung? Frankfurt am Main. Suhrkamp Verlag. S. 101-141.

HABERMAS, Jürgen (1976). Was heißt Universalpragmatik? In: Apel, Karl-Otto (Hrsg.). Theorie-Diskussion. Sprachpragmatik und Philosophie. Frankfurt am Main. Suhrkamp Verlag.

HABERMAS, Jürgen (1994 [1992]). Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 4. erw. Aufl. Frankfurt am Main. Suhrkamp Verlag.

HABERMAS, Jürgen (1995 [1981]). Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt am Main. Suhrkamp Verlag.

HICKETHIER, Knut (1996). Film- und Fernsehanalyse. 2. überarb. Aufl. Stuttgart / Weimar. Verlag J.B. Metzler

HOLLY, Werner (1979). Imagearbeit in Gesprächen. Zur linguistischen Beschreibung des Beziehungsaspekts. Tübingen. Max Niemeyer Verlag.

HOLLY, Werner/ KÜHN, Peter/ PÜSCHEL, Ulrich (1986). Politische Fernsehdiskussionen. Zur medienspezifischen Inszenierung von Propaganda als Diskussion. Tübingen. Max Niemeyer Verlag. (Bd. 18 d. Reihe Medien in Forschung + Unterricht, hgg. v. Dieter Baacke, Wolfgang Gast u. Erich Straßner).

HUEMER, Peter (2003). Warum das Fernsehen dümmer ist als das Radio. Reden über das Reden in den Medien. Hrsg. von Wolfgang R. Langenbacher. Theodor-Herzli-Vorlesung. Wien. Picus Verlag.

IMK. INSTITUT FÜR MEDIENKOMPETENZ (2011). Privatfernsehen. Online verfügbar unter: <http://www.medienkompetenz.cc/2011/03/07/privatfernsehen/> [Stand: 07.03.2011]

JÄGER, Karl-Heinz (1976). Zur Beendigung von Dialogen. In: Berens, Franz-Josef (u.a.). Projekt Dialogstrukturen : ein Arbeitsbericht. Ismaning. Hueber: 105-136.

KELLER, Harald (2009). Die Geschichte der Talkshow in Deutschland. Frankfurt am Main. Fischer Taschenbuch Verlag.

KLEIN, Josef (1996). Dialogblockaden. Dysfunktionale Wirkungen von Sprachstrategien auf dem Markt der politischen Kommunikation. In: Klein, Josef / Diekmannshenke, Hajo (Hrsg.). Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin / New York. Walter de Gruyter. (Bd. 7 v. Sprache Politik Öffentlichkeit, hgg. v. Burkhardt, Armin / Dieckmann, Walther / Fritzsche, K. Peter et al.) S. 3-29.

LANGENBUCHER, Wolfgang, R. (2003). Peter Huemer - oder: Von der Kultur des journalistischen Gesprächs. In: Huemer, Peter (2003). Warum das Fernsehen dümmer ist als das Radio. Reden über das Reden in den Medien. Hrsg. von Wolfgang R. Langenbacher. Theodor-Herzl-Vorlesung. Wien. Picus Verlag.

LAZARSELD, Paul F. / BERELSON, Bernard / Gaudet, HAZEL (1948 [1944]). The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign. 2. ed., New York. Columbia University Press.

LINKE, Angelika (1985). Gespräche im Fernsehen. Eine diskursanalytische Untersuchung. Bern / Frankfurt a. M. / New York. Peter Lang. (Bd. 1 d. Reihe Zürcher germanistische Studien, hgg. v. Michael Böhler u. Harald Burger).

LÜBBE, Hermann (1975). Der Streit um Worte. Sprache und Politik. In: Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.). Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter. München. Herder. (Herderbücherei Initiative 5, Bd. 9505) S.87-111.

MALETZKE, Gerhard (1963). Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik. Hamburg. Hans Bredow-Institut.

MAYRING, Philipp (2010 [1982]). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. akt. u. überarb. Aufl. Weinheim/ Basel. Beltz Verlag.

MEDIENFORSCHUNG.ORF.AT (2013). ORF Quoten. Online verfügbar unter: http://medienforschung.orf.at/index2.htm?fernsehen/fernsehen_teletext.htm [Stand: 04.11.2013]

MEYER, Thomas / SCHICHA, Christian / BROSDA, Carsten (2001). Diskurs-Inszenierungen. Zur Struktur politischer Vermittlungsprozesse am Beispiel der „Ökologischen Steuerreform“. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag.

ORF (2013). ORF-Jahresbericht 2012. Online verfügbar unter: http://zukunft.orf.at/rte/upload/texte/2013/jahresbericht_2012.pdf [Stand: 15.03.2013]

ORFKUNDENDIENST.ORF.AT (2012). Club 2. Online verfügbar unter: <http://kundendienst.orf.at/programm/fernsehen/orf2/club2.html> [Stand: 21.12.2012]

ORFKUNDENDIENST.ORF.AT (2013a). Europastudio. Online verfügbar unter: <http://kundendienst.orf.at/programm/fernsehen/orf2/eustudio.html> [Stand: 01.05.2013]

ORFKUNDENDIENST.ORF.AT (2013b). Im Zentrum. Online verfügbar unter: <http://kundendienst.orf.at/programm/fernsehen/orf2/imzentrum.html> [Stand: 29.08.2013]

ORFKUNDENDIENST.ORF.AT (2013c). Pressestunde. Online verfügbar unter: <http://kundendienst.orf.at/programm/fernsehen/orf2/presse.html> [Stand: 01.05.2013]

PETTER-ZIMMER, Yvonne (1990). Politische Fernsehdiskussionen und ihre Adressanten. Kommunikation und Institution 19. Tübingen. Gunter Narr Verlag.

PLASSER, Fritz / LENGAUER, Günther / MEIXNER, Wolfgang (2004). Politischer Journalismus in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.). Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Bd 29. Wien. WUV Universitätsverlag: 237-308.

PULS4.COM (2013a). Alle Artikel von Pro & Contra - PULS 4 News-Talk. Online verfügbar unter: <http://www.puls4.com/austrianews/artikel> [Stand: 29.08.2013]

PULS4.COM (2013b). "Talk of Town" wird "Pro und Contra". Online verfügbar unter: <http://www.puls4.com/talk-of-town/Talk-of-Town-wird-Pro-und-Contra/artikel/5874> [Stand: 29.08.2013]

PLASSER, Fritz (1993). Die populistische Arena. Massenmedien als Verstärker. In: Langenbacher, Wolfgang R. (Hrsg.). Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse. Wien. Wilhelm Braumüller. S. 186-207.

PLASSER, Fritz / ULRAM Peter A. (2004). Parteienwettbewerb in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien. WUV. S.377-428.

REUMANN, Kurt (2000). Journalistische Darstellungsformen. In: Noelle-Neumann, Elisabeth/ Schulz, Winfried/ Wilke, Jürgen (Hrsg.). Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt am Main. Fischer Taschenbuch Verlag. S. 91-116.

RING, Wolf-Dieter (2001). Entwicklung eines dualen Fernsehsystems in Österreich. Gutachterliche Stellungnahme. Erarbeitet im Auftrag des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ). München / Wien. o. V.

RP ONLINE. Polit-Talkshows ohne ernsthafte Debatte. Online unter: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/lammert-kritisiert-jauch-und-plasberg-1.2769576> [Stand: 25.05.2012]

SCHLOSSER, Horst Dieter (1987). Politikvermittlung als Sprachproblem. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn. Franz Spiegel Buch GmbH (Bd. 238 d. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung). S. 101-116.

SCHULTZ, Tanjev (2006). Geschwätz oder Diskurs? Die Rationalität politischer Talkshows im Fernsehen. Köln. Herbert von Halem Verlag.

SEARLE, John R. (1971 [1969]). Sprechakte [Speech acts]. Ein sprachphilosophischer Essay. Frankfurt am Main. Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

SIMMEL, Georg (1950). The Sociology of Georg Simmel. Übers. und ed. von Kurt Wolff. Glencoe; Illinois. FreePress.

STOCKER, Melanie (2011). Politische Diskussionssendungen: Formen der Inszenierung und ihr Einfluss auf die Gesprächsqualität. Ein Vergleich von "Im Zentrum" und "Am Punkt". Wien. Magisterarbeit.

TENSCHER, Jens (1999). «Sabine Christiansen» und «Talk im Turm». Eine Fallanalyse politischer Fernsehtalkshows. In: Publizistik, 44 1999, 3: 317-333.

THURNHER, Armin (2013): Wem die Glocke schlägt. TV-Debatten, fair und transparent gestalten. Kommentar im Falter 36/13, 4.9.13, S.5

UPPERPIXEL (2013). Quoten-Erfolg für "60 Minuten.Politik". Online verfügbar unter: <http://www.upperpixel.at/quoten-erfolg-fur-60-minuten-politik/> [Stand: 01.11.2013]

WATZLAWICK, Paul / BEAVIN, Janet H. / JACKSON Don D. (2007 [1969]). Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. Palo Alto, Kalifornien. Verlag Hans Huber.

WEINRICH, Lotte (1992). Verbale und nonverbale Strategien in Fernsehgesprächen. Eine explorative Studie. Tübingen. Max Niemeyer Verlag. (Bd. 36 d. Reihe Medien in Forschung + Unterricht, hgg. v. Dieter Baacke, Wolfgang Gast u. Erich Straßner).

WEISCHENBERG, Siegfried (1993). Gladiatoren und Propagandisten? Die Akteure politischer Kommunikation in einer medialen Streitkultur. In: Langenbacher, W. R. (Hrsg.). Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse. Wien. Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung.

11 ABKÜRZUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

11.1 Abkürzungsverzeichnis

IZ1: *Im Zentrum* vom 10.02.2013

IZ2: *Im Zentrum* vom 17.11.2013

11.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Das Kategoriensystem

12 ANHANG

12.1 Transkription

Transkript A

Im Zentrum 10.02.2013, 22Uhr

Thema: Bitte zahlen! Was ist uns Europa wert?

Moderation: Peter Pelinka - M

Korrespondent: Raimund Löw - K

Diskutanten werden mit Initialen abgekürzt, bei Politikern steht (P) dahinter:
Andreas Schieder - AS (P), Reinhold Lopatka - RL (P), Andreas Mölzer - AM (P),
Sonja Puntischer-Riekmann - SPR, Florian Eder - FE

Experte Prof. Dr. Gottfried Haber - GH

Dauer: 56:30Min.

Anordnung im Raum: Teilnehmer sitzen in einem Halbkreis, Moderator frontal in der Mitte, aus Sicht des Zuschauers sitzen zwei Gäste links und drei rechts von ihm.

#00:00:00-2# Eröffnungsmelodie, währenddessen wird eine Stadt bei Nacht aus der Luft von oben gezeigt, Überblendung ins Studio, links auf einem Bildschirm steht "Im Zentrum" geschrieben, Kamerafahrt auf Diskussionsrunde.

#00:00:13-0# Logo der Sendung wird in der Mitte des Bildschirms eingeblendet. Darunter das Thema: Bitte zahlen! Was ist uns Europa wert?

#00:00:14-7# Männliche Stimme aus dem Off: Bitte zahlen! Was ist uns Europa wert? Im Zentrum mit Peter Pelinka.

#00:00:23-1# Klatschen der Zuschauer.

#00:00:24-2# M: Guten Abend. Ja Guten Abend, sehr geehrte Damen und Herren. Der EU-Budget-Gipfel in Brüssel wurde ja zu einem wahren Nervenkrieg. Immerhin geht es ja um fast 1000 Milliarden Euro für die nächsten sieben Jahren. Um nationale Eigeninteressen und teure Agrarförderungen, um die Finanzierung wichtiger Projekte, etwa die Jugendarbeitslosigkeit, um Rabatte für Nettozahler wie Österreich. Herausgekommen ist ein Kompromiss, der nun von EU-Parlamentariern kritisiert wird. Wie ist das Ergebnis zu bewerten? Wer hat sich durchgesetzt, ganz generell: wie viel ist uns die EU wert? Darüber diskutiere ich mit folgenden Gästen.

#00:01:05-4# Männliche Stimme aus dem Off stellt Diskutanten vor, während die jeweiligen Personen inklusive Name und Statement zum Sendungs-Thema eingeblendet werden: SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder freut sich über die Verhandlungsergebnisse in Brüssel und meint, Österreichs Argumente wurden gehört, Bundeskanzler Werner Faymann hat sehr gut verhandelt. Für Reinhold Lopatka von der ÖVP ist der EU-Kompromiss akzeptabel. Er meint, Europa muss sich in einem harten, globalen Wettbewerb behaupten. Die Europa-Expertin Sonja Puntischer-Riekmann von der Uni Salzburg

kritisiert das Ergebnis in Brüssel. Sie ist überzeugt, nationaler Egoismus triumphiert über Europa. Scharfe Kritik kommt vom freiheitlichen Europa-Abgeordneten Andreas Mölzer. Das EU-Budget wird gekürzt, wir zahlen wesentlich mehr. Der Bundeskanzler verkauft die Österreicher für dumm, wenn er das als Erfolg verkaufen will. Für Florian Eder, Brüssel-Korrespondent von der deutschen Tageszeitung "Die Welt" ist klar, dieser EU-Haushalt ist kein großer Wurf.

#00:02:04-8# Klatschen des Publikums.

#00:02:09-9# M: Ja, bevor ich hier mit meinen Gästen diskutiere vielleicht kurz noch einmal eine Zusammenfassung, was bei dem Gipfel herausgekommen ist, Ernst Kernmaier hat für uns die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

#00:02:21-9# Videoeinspielung, männlicher Sprecher: Am Ende eines Brüsseler-Marathons, bei dem es gleich mehrere Sieger gibt. Einblendung britischer Premierminister David Cameron am Redner-Pult: It was in fact the ONLY way...David Camerons Rede wird leiser gedreht, Sprecher übersetzt: Der beste Schutz für die britischen Steuerzahler ist es, das Ausgaben-Limit zu senken und das haben wir gemacht, wir haben die Kürzungen durchgesetzt. Mit 960 Milliarden Euro bis 2020 kann die EU planen. Real erstmals weniger als in den Jahren zuvor. Die größten Brocken gehen wie bisher in die Landwirtschaft und Investitionen für ärmere Regionen. Zukunftsbereiche wie Forschung, Bildung und grenzüberschreitende Infrastruktur bekommen weit weniger dazu als ursprünglich geplant. Die Bewahrer haben sich durchgesetzt. Einblendung einer Rede von EU-Ratspräsident Herman van Rompuy: This is a budget of moderation...Sprecher übersetzt: Es ist ein moderates Budget, aber wir konnten die wirtschaftliche Lage nicht ignorieren. Es ist für niemanden perfekt, aber es ist für jeden viel drinnen. Österreich wird künftig mehr an die EU überweisen, der Netto-Beitrag klettert von zuletzt 800 Millionen Euro auf rund eine Milliarde. Im Verhältnis zur Wirtschafts-Leistung wahrscheinlich auch künftig weniger als die meisten anderen Netto-Zahler, denn Österreich hat sich bisher immer relativ viel aus den Brüsseler Fördertöpfen zurückgeholt. Einblendung des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann: Wir leisten etwas, wir tragen etwas bei, aber wir haben auch etwas davon. Sprecher: So hart der Budget-Deal auch errungen wurde, in Stein gemeißelt ist er nicht. Das EU-Parlament muss noch zustimmen und hat bereits Widerstand angekündigt.

#00:03:49-3# Rückblende ins Studio.

#00:03:50-3# M: Ja Herr Eder ich würde gerne mit Ihnen beginnen, weil wir ja später auch sicherlich, das ham wir schon bei den Einleitungssätzen unserer anderen Gäste gehört, natürlich auch sehr starke innenpolitische Konfrontationen hören werden, jetzt würd mich mal interessieren aus Sicht eines Deutschen, eines Journalisten, eines Experten, der seit einiger Zeit in Brüssel stationiert ist, Sie ham gesagt, es war kein großer Wurf, aber ist es ein kleiner Wurf?

#00:04:15-0# FE: Es is auf alle Fälle gut, dass es überhaupt eine Einigung gibt, das is nich selbstverständlich, das war nicht selbstverständlich, es is im November ja schon einmal gescheitert und auch jetzt bei dem Gipfel Ende vergangene Woche war es kurz davor, auch während der Beratungen noch. Es is gut, dass die 27 Staats- und Regierungschefs sich einigen konnten, weils ein Zeichen is, das Europa gemeinsam etwas zustande bringt. Es is aber zu einem hohen Preis...diese Einigung is zu einem hohen Preis erkaufte worden. Das Versprechen, das im gesamten vergangenen Jahr aus sehr vielen Hauptstädten zu hören war, nämlich dass dieser europäische mehrjährige Finanzrahmen ein Mittel für Wachstum sein soll, das is einfach nicht eingelöst worden. Was wir

jetzt sehen is eine Struktur, die sich minimal verschiebt, zu der die wir kennen, zu der aktuellen, wo aber die großen Töpfe genau die gleichen sind, die wir auch grad eben weiter gehört haben, nämlich Agrar- und Strukturfördermittel. Das ist nichts, was für Wachstum sorgt, zu großen Teilen nicht, sondern es sind nationale Pfründe, die da bedient wurden, deswegen find ich, is es kein großer Wurf und des is schade.

#00:05:22-9# M: Jetzt kommen wir unvermeidlich zur österreichischen Innenpolitik logischerweise, in Einleitungs-Statements waren bereits heftige Kontroversen, wie ist denn das einzuschätzen? Sie, Herr Schieder haben gesagt, der Herr Bundeskanzler hat sehr gut verhandelt, dennoch is ja auch für die SPÖ glaub ich das wesentliche Ziel, nämlich mehr für Wachstum und Vollbeschäftigung zu tun, nicht in dem Ausmaß gelungen, wies an sich Sache wäre.

#00:05:47-6# AS (P): Schauen Sie, ich glaube es is am Schluss niemandem in dem Ausmaß gelungen, in dem er sichs vorgestellt hat, weil es war noch nie so schwierig ein europäisches Budget zusammenzubringen. Die Positionen waren extrem weit auseinander, wenn ich nur an den britischen Premierminister denke, was der alles im Vorfeld auch dazu gesagt hat, aber so muss man schon betonen, aus österreichischer Sicht wars wichtig, trotzdem einen Rabatt zu bekommen, auch wenn wir wissen, er is geringer als früher, aber am Anfang wollt mer uns überhaupt keinen geben. Das zweite war auch die Mittel für die ländliche Entwicklung zu finden, weil einfach Österreich ein ländlich strukturiertes Land is und da gehts nicht nur um Agrarförderung, da gehts auch um Wachstums-Chancen am Land und letztlich auch wenn die Kommission vielleicht mehr wollte, aber man darf das nicht so klein reden, es sind doch 50% mehr für die Zukunftsinvestitionen drinnen UND das is ganz ganz wichtig auch, 6 Milliarden für Jugendbeschäftigungsprojekte, schwerpunktmäßig für jene Länder, wo die Jugendarbeitslosigkeit über 25% is. Und auch wenn wir in Österreich zum Glück aus diesem Topf nichts bekommen, nichts bekommen müssen, weil wir eine niedrigere Jugendarbeitslosigkeit haben, so halt ichs für Europa gut und auch wichtig und das war auch eines der Anliegen, das wir in Brüssel eingetragen haben.

#00:06:53-9# M (bereits während des letzten Wortes von AS): Jetzt sagt aber die FPÖ und das wird sicher verstärkt noch werden in den nächsten Tagen, die EU gibt weniger aus, das Budget is erstmal heruntergefahren und Österreich zahlt mehr.

#00:07:03-4# AS (P): Schon, gemessen wird es am...wieviel is die Nettozahler-Position im Verhältnis zum Brutto-Inlands-Produkt und da is unser Beitrag 0,31 %, übrigens: genau der gleiche wie auch der britische. In allen Zeitungen in Europa steht: David Cameron ist der Sieger, nur Österreich hat genau den gleich geringen Nettozahler-Beitrag, wir ham aber eine viel höhere Wertschöpfung, eine viel höhere Wirtschaftskraft, wir liegen bei der Wirtschaftskraft an dritter Stelle und sind bei den Netto-Zahlern an vierter Stelle, d.h. hier sieht man auch, dass wir überproportional relativ gut abgeschnitten haben.

#00:07:36-0# M (bereits während des letzten Wortes von AS): Ganz kurz nur, bevor wir die nächsten Gäste hören, wir haben eine Grafik vorbereitet, genau zu dieser Frage, Netto-Zahler...

#00:07:42-0# Grafik wird eingeblendet: EU-Nettozahler im Vergleich.

#00:07:43-6# M: ...die bitt' ich jetzt einzuspielen. Sehen wir uns jetzt amal die nationalen Zahlungen ins Budget im Vergleich an: An der Spitze der EU-Nettozahler liegt Deutschland mit 0,38 % des Brutto-Inlands-Produkts, also der nationalen Wirtschaftsleistung. Gefolgt von den Niederlanden mit 0,37% und Schweden mit 0,35%. Österreich liegt mit

0,31% des BIP zusammen mit Großbritannien und Frankreich im Mittelfeld. Eigentlich ein kleiner Verhandlungserfolg, denn im ersten Entwurf der EU-Führung waren im November 2012 noch 0,36% vorgesehen gewesen. Am wenigsten an Brüssel zahlt übrigens Italien mit 0,23%. Herr Lopatka ist das etwas, was die ÖVP als Ergebnis akzeptabel nennt ohne in Jubelschreie auszubrechen, weil vielleicht auch mal der Bundeskanzler verhandelt hat?

#00:08:35-9# RL (P): Na so einfach ist es net, weil der Bundeskanzler verhandelt hat. Sie haben etwas Wesentliches weggelassen, was wir bisher bezahlt hatten und da waren wir bisher bei 0,20. Hinter uns war bisher nur Italien. Dänemark war z.B. vor uns, Finnland war vor uns, Frankreich war vor uns de facto, (Grafik wird noch einmal eingeblendet) die sind jetzt entweder gleich mit uns oder hinter uns. Dänemark hatte bisher keinen Rabatt, Dänemark hat jetzt 130 Millionen als Fix-Summe, wir haben rund 100 Mio. Warum sag ich das? Man muss zwei Dinge unterscheiden: Hier haben wir die Gruppe der Nettozahler, wobei wir hier Belgien übrigens und Luxemburg nicht dabei haben, die auch Nettozahler sind, um das nur ergänzend zu sagen. Und innerhalb dieser Gruppe wird dann natürlich darum gerungen, wer leistet welchen Anteil. Und da sagen wir fair share - gerechte Verteilung der Lasten - und da hat es eine Verschiebung gegeben, die nicht zu unseren Gunsten ist. Das ist nachweisbar (nimmt Blatt mit Tabelle hervor), wir hatten hier in der Vergangenheit, ich hab das hier abgebildet (zeigt auf Tabelle), eben im Schnitt 2007-2011 0,20, 560 Mio. zu leisten und jetzt werden wir mehr als eine Milliarde zu leisten haben.

#00:09:45-9# M fällt ihm ins Wort: Es waren 0,33 beim ursprünglich ausgemachten von Kanzler Schüssel 2005.

#00:09:51-2# RL (P): Das stimmt...

#00:09:51-2# M fällt nochmal ins Wort: Das hat sich dann besser entwickelt, das kann man ja...

#00:09:52-2# RL (P): ...es hat sich besser entwickelt...

#00:09:52-2# M: ...auch hoffen, dass das sich auch jetzt besser entwickelt.

#00:09:56-1# RL (P) mit kurzem Lachen: Na des wird diesmal aber schwieriger, weil wir hatten damals ausverhandelt, fix, auch einen Rabatt auf die Mehrwertsteuer, die wird ja in Österreich steigen, Österreich ist Gott sei Dank in einer guten Verfassung. Und da verlieren wir 560 Mio. Wir bekommen von diesen 560 Mio. als Fix-Summe zwar 60 zurück, es bleibt aber noch immer am Beginn der nächsten Finanz-Periode ein Minus von 500 Millionen nur durch den Wegfall des Rabatts, den wir auf die Mehrwertsteuer...

#00:10:22-6# M fällt ihm ins Wort: Also eigentlich doch kein akzeptables Ergebnis?

#00:10:24-5# RL (P): Na doch! Wir müssen es akzeptieren. Warum müssen wirs akzeptieren? Weil wir sagen, dass dieses Ergebnis eines ist, das einen Beitrag dazu geleistet hat, und das haben Sie eingangs gesagt (deutet auf jemanden gegenüber von ihm, aber nicht ersichtlich auf wen), dass man zu einem Ergebnis gekommen ist. Hätten wir jetzt Nein gesagt, hätten wir keinen mehrjährigen Finanzrahmen, dann wäre die Situation eindeutig eine schlechtere als jetzt und hier werden alle 27 Regierungschefs behaupten sie haben gewonnen. Sie werden keinen in Europa treffen - und das ist ja des Dilemma - der nach Hause kommt und sagt, ich habe verloren. Also ich versteh schon den Kollegen Schieder, aber rein objektiv ist es so, dass es durchaus akzeptabel ist - v.a. was den Be-

reich ländliche Entwicklung betrifft, aber hier was den Rabatt betrifft, waren andere am Ende des Tages durchsetzungsstärker.

#00:11:13-5# M: Herr Mölzer, Sie ham (unverst.), dass der Herr Lopatka, sie sitzen - nicht Sie als Person, aber Ihre Partei sitzt in der Opposition, d.h. Sie können natürlich viel klarer sagen: völliges Versagen der österreichischen...

#00:11:23-5# AM (P) fällt ihm ins Wort: Ja, des is eine gewisse Wortklauberei, wenn man sagt, wir müssens akzeptieren, deswegen is es akzeptabel und auf der anderen Seite sind es natürlich volkswirtschaftliche Zahlenspielerien mit den 0,31, die den Österreichern nix sagen. Die Österreicher mit einem normalen Hausverstand sagen natürlich, wenn des jetzt als Erfolg vom Herrn Bundeskanzler Faymann, als Verhandlungserfolg verkauft wird, dann muss man sich davor hüten, noch a paar solche Erfolge und wir ham überhaupt kein Geld mehr für Sozialpolitik und für solche Sachen im Land, des sagen sich die normalen Leut. Na, vergessens, Herr Staatssekretär net bös sein (beschwichtigende Handbewegung in Richtung von AS - dieser redet parallel, aber unverst.) aber vergessens net, was sich die normalen Leute denken, wenn sie sowas hören...

#00:11:58-5# AS (P) parallel zu AM: Ja, ich weiß genau was die normalen Leute denken.

#00:11:58-7# AM (P): ...des Budget sinkt, des Budget und des find ich des positive, des gspart wern muss in der EU, weil alle sparen müssen, weil die Krise is ja nur vertagt bis nach den bundesdeutschen Wahlen, wie wir alle wissen, ne. Das gspart wern muss is positiv für mich und das die Frau Merkel sich eh auf die Seite vom Cameron geschlagen hat, das sind die Dinge, die für mich positiv sind. Österreichs Ergebnis is natürlich ein Jammer, das wissen Sie (an AS (P)gewandt) ja viel besser wie i.

#00:12:19-6# M: Herr Mölzer wenn Sie jetzt positiv Cameron zitieren unter anderem, heißt das, Sie haben Verständnis für diese britische Rabatt-Politik, die uns auch sehr viel Geld noch immer kostet?

#00:12:30-2# AM (P): Ich hab Verständnis für jemand, der - koste es, was es wolle - sein Land amal vertritt. Des is schon...und vielleicht kommer dann in der späteren Phase der Diskussion... (AS (P) versucht ihm ins Wort zu fallen, aber unverst.)Moment, lassens mich ausreden - es geht ja um a grundsätzliche Frage...

#00:12:43-9# AS (P) redet parallel zu AM (P) zunächst unverst., da AM lauter ist:...ham ja nicht mehr erreicht als Österreich...

#00:12:46-2# AM (P) versucht Rederecht zu erhalten: ...lassens mi...des stimmt schon...Aber Sie wissen - und jeder sagt des auch Cameron is natürlich in Anbetracht dessen der Sieger. Schauens bei uns wurde ein übles Spiel gespielt - da kommt der Herr Baroso nach Wien, besucht den Bundeskanzler und dann heißts, naja, wir werden mit 1,3 Milliarden rechnen müssen und dann is eh nur a Milliarde - das wir wesentlich mehr zahlen müssen, das is ja ein Faktum, des können Sie net wegdiskutieren.

#00:13:07-8# M: Frau Puntscher-Riekmann, Sie sind auch sehr unzufriden mit dem Gipfel-Ergebnis, aber ich nehme an mit etwas anderer Zielrichtung als der Herr Mölzer.

#00:13:15-8# SPR: So is es. Und die drei Herren sind ja Wasser auf meine Mühle bzw. auf mein Eingangs-Statement. In Wahrheit gehts... wir reden hier nur - wer hat was bekommen. Und es lasst sich dann im Einzelnen streiten, wer mehr oder weniger bekommen hat, ich würde sagen, Herr Cameron is auf jeden Fall der Sieger dieses Gipfels,

nicht wegen der Summen oder wegen des Rabatts, den er da erfolgreich verteidigt hat, sondern weil er einen völlig neuen Geist durchgesetzt hat und der Geist heißt Verteidigung der nationalen Interessen und nicht ein Zukunftskonzept für die europäische Union, das is sozusagen meine Kritik an diesem ganzen Gipfel. Es hat sich ja auch abgezeichnet. Aber wenn man glaubt, mit diesem Ergebnis Europa konstruieren zu können und das mitten in der Krise nach all den Versprechen, die wir uns jetzt seit vielen vielen Monaten anhören, der irrt vollkommen. Des is amal des erste. Also wenn ein Budget in Zahlen gegossener politischer Wille ist, dann seh ich den politischen Willen im Namen Europas nicht. Im Namen der Mitgliedsstaaten jederzeit. Was ich auch noch hinzufügen möchte, ist das was irgendwie merkwürdig berührte war der Achsenwechsel, das Frau Merkel sich mit Großbritannien, also mit David Cameron in eine Allianz begeben hat, war - das kann vielleicht der Kollege Eder näher erläutern (weist auf ihn) - höchst merkwürdig und der Bruch der klassischen Achse in Frankreich. Und das zweite, was so irritiert ist etwas anderes, worüber wir vielleicht auch noch sprechen können. Nämlich, es gibt ein Budget der Verpflichtungen und es gibt ein reales Budget der Zahlungen. Und die Diskrepanz zwischen diesen beiden Zahlen wird irgendwie abzudecken sein und das is ja die Kritik des europäischen Parlaments...

#00:15:27-7# M fällt ihr ins Wort: Das beträgt immerhin 60 Milliarden Euro...

#00:15:29-2# SPR: ...60 Milliarden...

#00:15:30-8# M:...für diese sieben Jahre.

#00:15:30-6# SPR: Es werden uns die Juristen sagen, ob das ein Rechtsbruch ist, denn wenn diese 60 Milliarden abgedeckt werden müssen, dann fragt man sich wie? Über Schulden? Die europäische Union ist wahrscheinlich das einzige politische Gebilde, das keine Schulden macht und soll jetzt die Union in eine Schuldenfalle getrieben werden, wenn das der Fall ist, dann ist das tatsächlich ein Verstoß gegen Artikel 310 des Vertrages und ist fatal. Erlauben Sie mir noch einen letzten Satz. Ich sehe einfach keine Zukunftsvision in diesem Budget. Vergessen wir nicht, dass diese eine Billion, die jetzt 960 Milliarden ausmacht, auf SIEBEN JAHRE angelegt ist, schon allein die Tatsache, dass man ein siebenjähriges Budget macht, ist schon fast...

#00:16:27-6# RL (P) fällt ihr ins Wort: Es ist ja kein Budget.

#00:16:28-1# SPR: Es is kein Budget, aber es ist...

#00:16:29-6# RL (P): (unverst.)...tschuldigung (nicht entschuldigend, dass er ins Wort gefallen ist, sondern in der Art: das musste richtig gestellt werden)

#00:16:30-6# SPR: Ja, ich weiß es ist ein mögliches Budget (kurzes Lachen), aber der der Rahmen, der Rahmen (*mehrmaliges Wiederholen, um alleinige Redehoheit zurückzugewinnen*) ist dieser. Und es gibt - es ist schon erwähnt worden - die Frage der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Investitionen, des Wachstums, ich sehe das alles nicht. Ich sehe aber auch zwei weitere Politikfelder nicht, nämlich Erweiterung - der Balkan ist nach wie vor krisenhaft und bedarf einer Stabilisierung - ich sehe dafür keine Mittel. Auch für die ganze Frage der Außen- und Sicherheitspolitik sehe ich überhaupt keine Weichenstellung in diesem Europa-Budget.

#00:17:07-2# RL (P): Vielleicht darf ich ein paar Punkte ganz kurz ansprechen. Da muss man schon auch bei den Fakten bleiben. Der erste Punkt ist, weil immer so getan wird, wenn jetzt weniger Geld nach Brüssel kommt, dann haben wir riesige Probleme, was

Wachstum betrifft. Da muss man eines sehen, die Größenordnung des EU-Budgets - und das ist ein sehr bescheidenes Budget - im Vergleich...

#00:17:28-0# SPR fällt ihm ins Wort: Das ist ein winziges Budget!

#00:17:28-8# RL (P): Österreich mit 8,4 Millionen Einwohnern hatte 2012, wenn ich Bund, Länder und Gemeinden zusammennehme...

#00:17:35-2# SPR fällt ihm ins Wort: Ich weiß das.

#00:17:36-1# RL (P): ...ein höheres Budget der öffentlichen Haushalte (an AM (P) gewandt) als des gesamte EU-Budget...

#00:17:39-4# SPR fällt ihm ins Wort: Ja, is klar.

#00:17:40-2# RL (P): ... das war bei 125 Milliarden - unsere öffentlichen Haushalte waren darüber. Und dann is die Frage, ob die EU hier mehr Wachstums-Impulse setzen kann, als nationalstaatliche Regierungen. Das Problem der Spanier und des is furchtbar - mehr als 50% arbeitslose Jugendliche - kann das die EU lösen oder muss nicht zuerst der Nationalstaat in der jetzigen Konstruktion hier seine Aufgaben erfüllen. Zweiter Punkt: hier hab ich die Verpflichtungen, hier hab ich die Zahlungen. Ja natürlich soll dieses Budget den Schwächeren helfen, aber jetzt sag ich Ihnen was: Rumänien - in diesem mehrjährigen Finanzrahmen hat Rumänien bisher 8% der Mittel abberufen, 8 Prozent! Sie müssten heuer 5 Milliarden abberufen, sonst ist das Geld verloren. Das werden sie nie können - sie schaffen Ko-Finanzierungen nicht, sie schaffen die rechtlichen Verfahren nicht und ich könnt's Ihnen sagen, Bulgarien hat 26% der Mittel abgerufen und so gehts weiter. Also da sieht man, dass hier mit dem Rest, der noch an Liquidität da ist, im letzten Jahr, bei einem Budget von der EU von 125 Milliarden sind dort 250 Milliarden gelegen. Also das muss man sehen im Verhältnis zwischen Verpflichtungen und dem, was dann tatsächlich benötigt wird. Und der letzte Punkt, den ich nur ganz kurz ansprechen möchte ist der, dass man eines schon deutlich sagen muss und das hat Kollege Schieder schon gesagt, es sind aber schon Akzente gesetzt worden. Es IST im Bereich der Landwirtschaft weniger geworden. Es ist EIN neuer Topf gekommen, immerhin mit 6 Milliarden, was Jugend-Beschäftigung betrifft, es gibt mehr Geld für Forschung, es gibt mehr Geld für Bildung, das darf man nicht verschweigen, weil das jetzt so dargestellt worden ist, quasi das geht in die falsche...die GANZ großen Änderungen hats nicht gegeben, aber für Zukunftsbereiche hat man nicht gekürzt.

#00:19:21-9# M: Auch da bitt ich, weils jetzt so gut passt, die Grafik abzurufen. Die meisten Zuseher werdens vielleicht nicht wissen - der Anteil der Landwirtschafts-Förderungen im EU-Budget (Grafik wird eingeblendet) liegt mit etwa 40% noch immer an der Spitze der Ausgabenposten. Ist nach dem Budget-Deal jetzt etwas gesunken, auf ca. 37%. Auch Österreichs Landwirte müssen mit weniger Förderungen rechnen. Österreich erhält 2007 bis 2013 4,1 Milliarden Euro an Fördergeldern für ländliche Entwicklung. Im November des Vorjahres war noch eine Kürzung auf 2,9 Milliarden geplant, am Budget-Gipfel einigte man sich schließlich auf 3,6 Milliarden Euro Förderung für unsere Bauern, also ein gewaltiger Brocken geht an die Landwirtschaft. Gefolgt von der Förderung für benachteiligte oder schwächer entwickelte Regionen.

#00:20:11-3# AS (P) beginnt bei letzten Worten von M zu sprechen, daher sind erste Worte unverst.: ... sagt ländliche Entwicklung is AUCH Landwirtschaft, aber nicht nur. Da is auch, hat auch der Rechnungshof in Österreich grad in den letzten Jahren, stark kritisiert, dass man viel mehr nicht in die Landwirtschaft fördern soll, sondern auch in wirt-

schaftliche Entwicklung im ländlichen Raum. D.h. es geht nicht nur um Bauern, es geht um die gesamte Bevölkerung, die in der Region am Land - wie man so schön sagt - lebt. D.h., da steckt auch auch ein Wachstumsimpuls drin, da gehts auch um Wirtschaftsförderung, da gehts um Fremdenverkehrsförderung...

#00:20:39-5# Männliche Stimme fällt ihm ins Wort, aber nicht erkennbar, wer: Tourismus.

#00:20:40-3# AS (P): ...da gehts um Internetverbindungen und alle diese Dinge auch. Aber natürlich, ich hätte mir persönlich auch ein anderes EU-Budget gewünscht, wenn ichs alleine hätte schreiben können und auch Österreich hätte sogar alleine ein anderes Budget geschrieben, das is ein Budget von 27, wo diesmal die Positionen SO WEIT auseinander waren - der britische Premierminister, der hinfahrt und sagt, eigentlich is es um jeden Euro schade und quasi die, die sagen Europa muss mehr tun für Wachstum, für Beschäftigung - und dieser Kompromiss, der rausgekommen is, zeigt immerhin auch die Richtung, man will die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und man will um 50% mehr auch ausgeben für Zukunftstechnologien, das is vielleicht nicht genug, aus Ihrer Sicht, aber es is immerhin eine Richtung, die ich positiv finde.

#00:21:26-1# M: Jetzt gibts noch eine ganz wesentliche Hürde, die sollt ma jetzt a noch zu Beginn relativ diskutieren, nämlich die Hürde des Europa-Parlaments. Wie bereits erwähnt kann das Ergebnis des Gipfels, das ist ja ein Fortschritt der neuen EU-Verfassung, nur mit Zustimmung des Europa-Parlaments umgesetzt werden. Und dort stehen die Signale derzeit eher auf Rot. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz drohte umgehend mit einem Veto, alle größeren Fraktionen haben Widerstand gegen den Plan der europäischen Regierungen angekündigt. Bitte den Beitrag einzuspielen mit den österreichischen Abgeordneten.

#00:21:59-6# Videoeinspielung:

Othmar Karas, Vizepräsident EU-Parlament, ÖVP spricht: "Das Ergebnis ist schlechter, als befürchtet, aber das Gipfel-Ergebnis ist der Beginn der Verhandlungen mit dem europäischen Parlament, dieses Gipfel-Ergebnis kann und darf unsere Zustimmung nicht finden." Interviewer: "Was muss passieren, dass das europäische Parlament doch noch zustimmt?" OK: "Erstens: wir dürfen in keine Schuldenfalle gehen. Das Ergebnis kommt mir so vor, wie wenn die Staats- und Regierungschefs in ein Restaurant gehen, sich ein Schnitzel bestellen, es essen, aber nicht bezahlen wollten. Das zweite ist, wir müssen zukunftsfit werden. Es wird hier zu wenig getan für Wachstum, Beschäftigung und den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für Bildung, Forschung, Investitionen, in den EU-Beitritt Kroatiens und in die Außen- und Sicherheitspolitik."

Überblendung zu Rebecca Harms, Vorsitzende Fraktion Grüne/ EFA EU-Parlament: "Die Landwirtschaftspolitik, die hier neu gestärkt wird, die is eine rückwärtsgerichtete Politik, Klima-Schutz, Nachhaltigkeit, FAIRNESS auch zwischen Bauern und Groß-Agrarindustrie is da überhaupt nicht gewährleistet."

Überblendung zu Hannes Swoboda, Präsident Sozialdemokraten EU-Parlament: "So wie sichs jetzt darstellt, glaub ich, wird es keine Zustimmung des europäischen Parlaments geben können. Wir brauchen mehr Flexibilität, so dass wir auf Entwicklungen Rücksicht nehmen können und nicht ein starrer Rahmen für sieben Jahre ist und eine Revisions-Klausel, d.h. dass wir nach zwei, drei Jahren wieder uns das Budget anschauen, ob es auch den Notwendigkeiten entspricht."

#00:23:21-1# Rückblende ins Studio.

#00:23:22-7# M: Ja, das ist etwas unüberraschend, dass doch mehrere Abgeordnete, also etwa Karas, ÖVP, Swoboda, SPÖ, sagen, derzeit schauts nicht so aus, als wenn das EU-Parlament zustimmt. Jetzt begrüße ich dazu live in Brüssel unseren Korrespondenten Raimund Löw (dieser wird eingeblendet). Raimund, wie ist denn das einzuschätzen, kann das Parlament wirklich kicken noch diesen Budget-Entwurf, diesen Budget-Plan?

#00:23:47-0# K: Es könnte es, wenn es wollte, das ist ja die große Neuerung des Reformvertrages und es ist schon bemerkenswert, dass sich die Europa-Abgeordneten so massiv einschalten in diese Diskussion. Vor sieben Jahren, wie der mehrjährige Finanzrahmen das letzte Mal diskutiert wurde, da haben das die Staats- und die Regierungschefs unter sich alleine ausgemacht. Und die Europa-Abgeordneten wissen natürlich, sie müssten laut schreien, sie müssten sehr laut schreien, um gehört zu werden in diesen 27 Öffentlichkeiten. Das macht Martin Schulz, das machen die Abgeordneten, obs wirklich, ob diese Veto-Drohung umgesetzt wird, das ist eine andere Frage, das wäre fast ein Aufstand des Europa-Parlaments gegen die Staats- und Regierungschefs und die Abgeordneten sind meistens keine Aufständischen sondern brave Abgeordnete. DAS ist, glaube ich, jetzt eine Frage der politischen Taktik, wie man in die Verhandlungen reinght, sehr sehr laut zu schreien und es kann schon etwas herauskommen, es kann, wenns mehr Flexibilität gibt, das zwischen den Töpfen leichter Beträge verschoben werden können, wenn es so etwas wie diese Review-Klausel gibt, dass man nach zwei, drei Jahren schaut, ob man wirklich gut aufgestellt ist, so wären manche Schwächen auszubügeln, die es in diesem Kompromiss gegeben hat und es wäre ein Schritt in Richtung europäischer Parlamentarismus, wenns da im März, bei der nächsten Plenar-Tagung eine spannende Diskussion gibt in Straßburg.

#00:25:04-9# M: Zweite Frage noch, die Frau Puntcher-Riekman hat eingangs gesagt, sie hat den Eindruck, dass Cameron, der Geist von Cameron sich sehr stark durchgesetzt hat, ist das auch deine Einschätzung bzw. ganz keck gefragt, die Briten machen eigentlich nur Stimmung gegen die EU, wozu brauchen wir die Briten noch in der EU?

#00:25:23-3# K: Weil es ein Grundprinzip gibt in der EU, dass niemand herausgedrängt wird. Hat es ja schon in der Diskussion mit Griechenland gegeben, die europäische Integration hat immer neue Mitglieder aufgenommen, es ist niemand herausgedrängt worden und das wäre etwas absolut Neues. D.h. auch die Franzosen, die die härtesten Gegner der Briten sind, wollen ja nicht wirklich Großbritannien aus der EU herausdrängen. Auch Cameron selbst muss zwar auf seinen skeptisch, europaskeptisch, europafeindlichen Flügel Rücksicht nehmen, aber er will nicht heraus. Also des ist glaube ich ein Prinzip und des stimmt schon, weil diesen Budget-Verhandlungen hat v.a. Merkel aber auch die anderen versucht Großbritannien entgegenzukommen und des ist ein Signal in Richtung London, wir nehmen euch noch ernst, es ist nicht so, dass wir euch draußen haben wollen und das wird vielleicht denen, den Kräften in Großbritannien, die die Großbritannien IN Europa behalten wollen, in der europäischen Union behalten wollen, Argumente in die Hand geben. Für die europäische Union heißt natürlich auch schon etwas anderes, man muss diskutieren, wies weitergeht, ob man nicht in die Richtung von verschiedenen Geschwindigkeiten gehen muss in Europa, wenn Großbritannien oder andere, die eher nicht so integrationsfreudig sind, dabei bleiben und dabei gehalten werden sollen.

#00:26:40-1# M: Herr Eder, wie wirds denn weitergehen, wie wirds etwa in Deutschland weitergehen? Wird die Kanzlerin Merkel die diversen Fraktionen ihres Landes, die Europa-Abgeordneten ihres Landes für den Kompromiss bewegen - ich verweise darauf, ich glaube gestern hats eine erste Bemerkung gegeben von Frau Merkel, dass es sich be-

wegen wird in die Richtung, doch in zwei, drei Jahren zu überprüfen, ob die Wirtschafts-Entwicklung so ist, wie in dem Budget-Rahmen vorgesehen, etwa eine Valorisierung wies von den Europa-Abgeordneten, also zeichnet sich da ein erster Kompromiss ab?

#00:27:13-4# FE: Diese Dinge sind ja schon angelegt in den Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs, in der Tat, Frau Merkel hat auch sehr deutlich gesagt, dass das der Beginn eines Dialogs mit dem europäischen Parlament jetzt sein muss und is, genauso wie es Martin Schulz, der Parlamentspräsident gefordert hat. Ich glaub sehr wohl, dass sie sehr aktiv auf nicht nur die deutschen EU-Abgeordneten zugehen wird und versuchen dafür zu werben, um dieses Moment der Einigung, die jetzt geglückt ist, nicht dadurch zum Scheitern zu bringen, dass eine andere europäische Institution das ablehnt. Ich bin auch nicht sicher...was ich ausm Parlament höre, die schreien natürlich laut, wie sie müssen im Moment, es is allerdings... die Forderungen sind ja welche, die eigentlich zu erfüllen sind, wens nicht heißt, wir brauchen mehr Geld und das hat keiner gesagt in den letzten Tagen, sondern heißt, wir müssen flexibler mit dem umgehen, damit dieser Rest, der zwischen den Verpflichtungen und den tatsächlichen Zahlungen nicht so groß wird. Das sind ja alles Dinge, die man erfüllen kann und ich glaub, die Staats- und Regierungschefs wern tatsächlich versuchen, da aufs EU-Parlament zuzugehen.

#00:28:23-4# M: Herr Mölzer, ich wollt nur fragen, sind Sie, Sie sind ja der einzige aus dem europäischen Parlament hier, teilen Sie die Einschätzung von Karas, Swoboda, die wir im Film gesehen haben bzw. is Ihre einzige Kritik die, das Österreich zu viel zahlt...

#00:28:38-9# AM (P) fällt ihm ins Wort: Keineswegs.

#00:28:38-9# M: ...oder glauben Sie auch, dass es sinnvoll is, eine gewisse Flexibilität zu... (letztes Wort unverst., da AM schon beginnt zu reden).

#00:28:43-5# AM (P): Na schau Sie, das Parlament wird auf jeden Fall Muskeln zeigen, das ist schon im Interesse des Präsidenten, Martin Schulz, der will ja nächster Kommissions-Präsident werden und Sie dürfen ja nicht vergessen, bei allem Getöse, von dem Sie (an FE gewandt) auch sprechen, Herr Eder, is es ja doch so, dass des Parlament natürlich bzw. die Abgeordneten mit ihren Parteien in ihren Heimatländern kommunizieren und auch davon abhängig sind. Die CDU-Abgeordneten wollen ja wiedergewählt und aufgestellt werden nächstes Jahr, was glauben Sie wer des letztlich bestimmen wird - die Frau Merkel - also Sie können sich vorstellen, wie willfährig die letztlich sein werden. Des is des eine. Aber ich möcht noch auf etwas eingehen, was die Frau Professor angerissen hat: Der viel gescholtene Cameron, na des is nur gegen die EU, gegen Europa, und und und, schauen Sie, dieser Gipfel war zweifellos eine Niederlage jener Kräfte, die die Vereinigten Staaten von Europa anpeilen. Des seh ich auch so. Cameron will ja was anderes und wenn ma des anders sehen, der will ja eine Konföderation, eine europäische, des is ja was anderes und eine Konföderation, des is eben die Frage, ob des ein gewaltiges, noch immer ein gewaltiges Budget, auch wens nur ein Prozent der Wirtschaftsleistung is, der europäischen, das is eben die Frage, die Grundfrage und der muss ma uns stellen und bin HEILFROH, dass Cameron - vielleicht mit innenpolitischen Interessen im Hintergrund...

#00:29:52-0# Männliche Stimme fällt ihm ins Wort, aber nicht erkennbar, wer und unverst., da AM (P) lauter weiterredet.

#00:29:50-0# AM (P): ... - ja vermutlich - das angestoßen hat, dass man diese Diskussion endlich amal führen will. Holen wir die Vereinigten Staaten von Europa oder holen wir

eine europäische Konföderation, einen Staatenverbund, der ganz ANDERE Dinge bewältigen muss. Und zur Agrarförderung - wenn es nur die Bauern kriegen würden, wärs ja schön. Wir dürfen ja nicht verschweigen, dass das Agrarkonzerne sind, Großkonzerne und und und, die also da den Löwenteil abcashen und da ist ja die große Frage, ob man solche Dinge nicht von Brüssel wieder zurückverlangen sollte. Wir wissen wahrscheinlich, Sie Herr Staatssekretär (an AS (P) gewandt) wissen wahrscheinlich besser, wie man die österreichischen Bauern fördert, wie Ihre Kollegen in Brüssel in der Zentralbürokratie. Und da hätt ma den größten Brocken und da brauchert ma weniger zahlen.

#00:30:28-6# RL (P) sagt etwas, aber (unverst.), AS (P) hebt die Hand, möchte etwas sagen, aber M ergreift das Wort und teilt es SPR zu.

#00:30:28-2# M: Frau Puntischer-Riekmann, nehmen wir diese Grundsatz-Diskussion durchaus auf.

#00:30:32-5# SPR beginnt schon nach den ersten drei Worten von M zu reden, beide reden teilweise parallel: Ich bin durchaus der Meinung, es geht um diese Grundsatz-Diskussion...

#00:30:36-0# Männliche Stimme fällt ins Wort, aber nicht erkennbar, wer: Das glaub ich auch!

#00:30:36-8# SPR:...das glaub ich auch. Nur, wir sind ja längst über viele Dinge hinausgediehen. Das Problem ist in der europäischen Union, das hat man jetzt in der Finanzkrise gesehen, diese absurde Asymmetrie einer zentralisierten Geldpolitik und einer dezentralisierten Wirtschaftspolitik. Der Euro ist Vertragsrecht, in Wahrheit müssen alle diesem Euro...

#00:30:58-0# RL (P) wirft etwas ein, aber unverst., da zu leise.

#00:30:58-0# SPR: ...beitreten, mit zwei Ausnahmen und jetzt spricht man von einem de facto opt out der Schweden, das ist durch nichts gerechtfertigt, zumindest...

#00:31:08-8# AM (P) wirft ein: Sie machens aber nicht (Lachen).

#00:31:09-2# SPR: ...nicht vertraglich. Gut, also wir haben den Euro, wir haben eine institutionelle Untermauerung dieses Euro durch eine zentralisierte Geldpolitik in der EZB, aber wir sind nicht in der Lage zu diskutieren, in welchem Ausmaß die Wirtschaftspolitik, die Fiskalpolitik, die Sozialpolitik, wenn nicht zentralisiert, aber so doch kompatibel gemacht mit der Geldpolitik. Und erlauben Sie mir jetzt aber noch eine Antwort auf etwas, was der Herr Lopatka vorhin gesagt hat: die Rumänen sind nicht in der Lage, hinreichend Projekte auf die Beine zu stellen...

#00:31:45-3# RL (P) fällt ihr ins Wort: Nicht nur die Rumänen.

#00:31:45-0# SPR: Nicht nur die Rumänen, wir können auch auf die Griechen und andere schauen. Wenn das der Fall ist, dann ist es die europäische Aufgabe, nicht nur dazusitzen und zu warten, bis diese Staaten in der Lage sind, entsprechende Projekte auf die Beine zu stellen, sondern sich auch zu überlegen, welche Incentives kann man geben, welche Hilfestellungen kann man geben, um entsprechende Projekte zu lukrieren. Sie (an RL (P) gewandt) lächeln ironisch, aber ich denke z.B. an die deutsche Wiedervereinigung. Wir haben seit der deutschen Wiedervereinigung einen Transfer von West nach Ost von 1,5 Billionen Euro gehabt. D.h. da gehts...

#00:32:28-0# RL (P) oder AM (P) wirft etwas ein, aber nicht sichtbar und unverst.

#00:32:28-0# SPR:...andere Summen, um ganz andere Hilfestellungen, um...

#00:32:34-6# AM (P) fällt ihr ins Wort: Das ist eine nationale Solidarität.

#00:32:34-7# SPR: Ja, aber es geht jetzt...

#00:32:35-8# RL (P) fällt ihr ins Wort, um an AMs (P) Aussage etwas hinzuzufügen: Und ein Rechtsstaat.

#00:32:37-5# SPR: ...um europäische Solidarität und...

#00:32:39-5# AM (P) fällt ihr ins Wort mit arrogantem Lächeln: Na, das ist natürlich schon schwieriger.

#00:32:41-4# SPR: ...der Vertrag zitiert dieses Wort 35mal. Also hören wir auch auf, allen Menschen alles zu versprechen und es dann nicht zu halten. Die Europäer erwarten sich von Europa mehr als gegeben wird.

#00:32:54-9# FE: Wenn ich nur kurz bei einem einhaken darf, weil ich glaube, dass da der Punkt ist, wo man Brüssel auch leicht und die EU-Institutionen auch leicht überfordert, wenn man sagt, die Verantwortung für die Projekt-Durchführung, gerade in diesen regionalfördernden Struktur-Fördermitteln, die liegt halt sehr oft bei den einzelnen Ländern, (unverst.) dann Brüssel noch und der Herr Hahn noch schauen muss und sagen, die rufen zu wenig ab, da muss ich mal jemanden schicken, damit ichs ihnen zeigt, wie es geht. Ich weiß nicht, ob das nicht langsam zu viel an Aufgaben ist, sondern auch ein Überstülpen einer Solidarität, die offenbar nicht in dem Maße gebraucht wird, sonst würd...

#00:33:31-0# SPR fällt ihm ins Wort, zunächst unverst., da FE noch redet: ...ob sie nicht gebraucht wird, ist eine andere Frage...

#00:33:34-1# RL (P) fällt ihr ins Wort: Aber Frau Professor, den Kampf gegen Korruption, rechtsstaatliche Strukturen, das muss der Nationalstaat gewährleisten und das ist Ihr großer Irrtum im Vergleich zu Deutschland. Dort habe ich einen funktionierenden Rechtsstaat, im jetzigen gemeinsamen Deutschland, da gibt es keinen Unterschied zwischen Ost- und West-Deutschland. Aber schauen Sie sich an die Rechnungshofberichte des europäischen Rechnungshofes und da werden Sie riesige Unterschiede sehen, RIESIGE Unterschiede sehen, was den Standard der Rechtsstaatlichkeit betrifft...

#00:34:01-2# SPR wirft ein: Ja...

#00:34:01-2# RL (P): ...in der europäischen Union...

#00:34:03-6# SPR versucht ihm ins Wort zu fallen: Das ist überhaupt keine...

#00:34:04-1# RL (P): ...und Sie haben den Balkan angesprochen, das ist ja das große Problem, dass wir den Leuten sagen müssen, wir WOLLEN Kroatien in der europäischen Union. Wir wollen auch die Perspektive für Serbien, um nur ein Beispiel zu nennen, aber wir wollen auch, was Rechtsstaatlichkeit betrifft, europäische Standards erreichen.

#00:34:19-5# SPR fällt ihm ins Wort: Ich teile das 100prozentig. Verzeihen Sie, da einen Satz. Es geht ja nicht darum, dass diese Länder aus ihrer Pflicht gelassen werden, sondern es geht um die Frage (kurzes Lachen), WIE bringt Europa sie dazu, tatsächlich diese Standards einzuhalten. Und nicht einfach zu sagen, werdet schuldig und dann hängen wir euch auf. Das is glaub ich keine Haltung.

#00:34:37-8# AS (P) fällt ihr ins Wort: Die Frage, ob man EU- Fördermittel abholt oder nicht, ist ja nicht nur eine Frage der Rechtsstaatlichkeit, sondern die Frage, obs gute Strukturen gibt, sie auch nicht nur abzuholen, sondern auch gut einzusetzen (zwischen- durch zustimmende Worte von RL (P)). Die Fachhochschule des bfi Wien hat eine wissenschaftliche Studie auch mal erledigt und hat Burgenland mit den Ziel 1-Gebieten Griechenlands verglichen in der Effektivität des Einsatzes der Ziel 1-Mittel und da zeigt sich im Burgenland hat man sehr sehr gut genutzt, in Griechenland oft sehr schlecht. D.h. es geht hier weniger um nur die Fragen, wie organisier ich des, sondern auch mit welchem Know-How kann ich des unterstützen, wie kann ich auch die Erfahrung austauschen. Da muss man aber auch wiederum sagen, in den Regional-Ministerräten is ja genau das auch das Thema, das man hier auch auf beamteter Ebene klärt, wie man das gut abholen kann. Aber zu dieser grundsätzlichen Frage - mehr oder weniger Europa - ich glaub, sie lasst sich nicht so eindimensional beantworten. Aber was wir schon sehen is in der Finanzkrise gibt es viele Fragen, die wir nicht mehr beantworten KÖNNEN auf nationalstaatlicher Ebene und DAFÜR brauchen wir Europa. Des is von der Bankenregulierung bis hin zur Finanztransaktionssteuer eine breite Themenpalette wo sich zeigt, Europa müsste hier viel besser organisiert sein, um die Antwort zu geben und is es nicht. Und zum Budget auch, zu diesem Finanzrahmen - eigentlich is es ein denkbar ungünstiger Prozess, also sich so etwas auszudenken, dass man so quasi die Budgetierung und die Finanzströme - zuerst zahlt man hin, dann holt man sich an Rabatt, dann holt man sich an Rabatt von am Rabatt, dann schaut man, dann schaut man, wo (unverst.) und des 27 mal und ab Sommer 28 mal, des is ja in Wahrheit ungünstig. D.h. ab morgen sollte man daran arbeiten, ein vernünftigeres, einfacheres und damit auch politisch nachvollziehbareres System zu finden, wie man das EU-Budget auch organisieren kann. Dann könnte man nämlich darüber streiten, wo fließt das Geld hin und nicht nur die Frage, wie is des vom Rabatt (letzte Worte unverst., da M beginnt zu reden)

#00:36:31-7# M: Vielleicht erklärt ja das auch ein bisschen die britische Haltung, genau die angesprochene Finanzkrise oder die...(unverst., da AS (P) ihm ins Wort fällt)

#00:36:40-0# AS (P): Die Briten sind ja brutal auf der (unverst., da beide reden)

#00:36:41-9# M: ...sitzt und die Briten deswegen (unverst.) nationalstaatlichen Interessen. Wie beurteilen aber jetzt Experten das EU-Haushaltssparziel? Wir haben dazu den Ökonomen, Universitäts-Professor Doktor Gottfried Haber von der Donau-Uni Krems eingeladen. (Steht auf, Zwischeneinblendung: Außenaufnahme des Studios, nächster Schnitt: M steht mit Prof. an Tisch) Herr Professor, einmal aus rein fachlich wirtschaftlicher Sicht - kann das klappen, ein Budget-Rahmen für sieben Jahre in einer so unklaren finanziellen Situation?

#00:37:10-6# GH: Es ist eindeutig ein zweischneidiges Schwert. Die Situation jetzt, der Unsicherheit in der Krise erfordert natürlich eine stabile Planung. Und die EU muss ja auch Konzepte zeigen, dass sie als Stabilitäts-Anker fungiert, das spricht für einen langfristigen Budget-Rahmen. Auf der anderen Seite wäre es illusorisch zu denken, dass man sieben Jahre lang mit so einem Rahmen sicher operieren wird können, es wird möglicherweise Änderungen, Nachjustierungsbedarf geben zwischen den einzelnen Budget-Positionen jedenfalls, von der Gesamthöhe her kann man wieder darüber strei-

ten. Man sollte wahrscheinlich auch die Frage unterscheiden, ist das Budget jetzt von seiner Höhe her - ein Spar-Budget von Minus rund 3,4 % - in dieser Form in Ordnung, da gehts um die Frage, wieviel Europa wollen wir? Und in der Zeit der Krise, wo alle Staaten auch sparen, wäre es fatal, wenn man jetzt das Sparen auf Nationalebene macht und dann aber das was man zusätzlich gerne noch auf Pump finanzieren würde, nach Brüssel verschiebt. Also Sparen ist wahrscheinlich in dem Fall etwas Vernünftiges, die Frage, wie die Töpfe verteilt sind, da ist natürlich noch mehr Fantasie in der Zukunft gefragt.

#00:38:17-4# M: Also doch eine gewisse Flexibilität innerhalb dieses Rahmens nötig?

#00:38:22-2# GH: Also ich glaube nicht, dass man sieben Jahre im Vorhinein realistisch jetzt schon planen kann, wir haben in den letzten drei, vier Jahren gesehen, das geht eben nicht immer. Aber auch hier muss man sagen, die Frage ist, wie kann man die EU effizienter machen und das erste was man tun muss ist hier auch mal eine Aufgaben-Kritik zu machen, Kritik jetzt nicht im negativen Sinne, sondern sich mal überlegen, was soll eben Europa, die EU auf dieser obersten Ebene leisten, man muss dazu sagen, was die unteren Ebenen nicht leisten können - wir haben in Europa ein Subsidiaritätsprinzip, d.h. es sollen die untersten Ebenen das tun, was sie leisten können und nur das was sie nicht können, sollen die oberen tun. Das muss man mal diskutieren. Und dann muss man danach ein Budget in seiner Flexibilität auch soweit offen halten, dass man solche Reform-Prozesse der nächsten sieben Jahre auch umsetzen kann.

#00:39:07-6# M: Ham Sie sich schon ein bisschen ansehen können im Detail diese Regelungen, die da vorgesehen sind bzgl. ihrer Auswirkungen auf Österreich?

#00:39:15-7# GH: Naja, also für Österreich stellt sich v.a. die Frage einmal global der Nettozahler-Position. Und da muss uns auch klar sein, MEHR zentrale Verwaltung, MEHR europäische Union bedeutet eine Mehr-Belastung für die Netto-Zahler langfristig, das kann gar nicht anders funktionieren, die Netto-Empfänger könnens ja nicht bezahlen. Für Österreich haben wir eine Mehr-Belastung von 200-300 Millionen Euro, je nachdem wie man jetzt welchen Rabatt auch dreht und wendet und das bedeutet letztendlich, dass wir diese Mittel nicht national zur Verfügung haben. Sie fließen zwar teilweise zurück, aber Nettozahler heißt nun mal, dass man mehr hineinzahlt, als zurückbekommt, das ist im Sinne der europäischen Solidarität auch sicher wesentlich, auch für eine Gestaltung einer Wirtschaftspolitik, die EU ist ja im Vergleich zu anderen Staatengebilden wie den USA relativ zahnlos, was hier gemeinsame eben Fiskalpolitik wurde angesprochen, betrifft, aber das war eben das Konstrukt, das wir jetzt haben. Die Zeit dieser Krise ist wahrscheinlich jetzt nicht die Zeit gewesen, um kurzfristig revolutionäre Weiterentwicklungen zustande zu bringen, aber die Aufgabe steht noch vor uns.

#00:40:26-0# M: Dankeschön, Herr Professor.

#00:40:25-2# GH: Danke Ihnen.

#00:40:26-1# Klatschen des Publikums.

#00:40:36-3# M zurück in der Runde: Herr Eder, das war eine relativ auch pragmatische Einschätzung in dem Sinne, dass die Zeit vielleicht nicht richtig war, nicht reif war, um große, weitergehende Schritte zu gehen. Waren wenigstens die kleinen Schritte richtig?

#00:40:53-8# FE: Vermutlich war die Zeit nicht reif, ich glaub aber, dass es gar niemand versucht hat. Bei den beiden Gipfeln zum europäischen Haushaltsrahmen wurd von An-

fang an zunächst über die Höhe gesprochen und so ging es ja auch vergangene Woche nochmal los, dass man sehr lange drüber verhandelt hat, was ist diese Obergrenze oder was sind diese beiden Obergrenzen und dann gings sehr schnell an die Verteilung der Rückflüsse sozusagen. Eine inhaltliche Diskussion über das, was ein europäischer Mehrwert des Geldes sein könnte oder was man an europäischem Mehrwert mit dem gemeinsamen Budget schaffen könnte, die hat glaub ich einfach nicht stattgefunden. Ich bin nicht sicher, ob die Zeit dazu gewesen wäre, ich meine, dass man die Kritik von David Cameron natürlich auch zum Anlass nehmen kann um genau solche Fragen einmal zu klären und es wird sicher nicht lange dauern, dass man das einmal tun muss, vermutlich war das jetzt in der Kürze der Zeit möglich... (Rest unverst., da sehr leise)

#00:41:55-2# M: Na in Österreich hat etwa Robert Menasse mit seinem neuen Buch, er wird ja momentan reihum ausgezeichnet dafür - der europäische Landbote, genau die Diskussion auf den Punkt gebracht, nämlich im gegensätzlichen Sinn, wie Andreas Mölzer das jetzt in der Runde thematisiert hat, nämlich mit einem JA zu Vereinigten Staaten von Europa. Es is aber nicht wirklich notwendig, in Österreich zumindest einmal, was relativ, sag ich amal, locker geht, weil Österreich ist nicht einer der vier Großmächte Europas, einmal zu diskutieren, aufzunehmen, das was Mölzer fragt - was wollen wir von der EU, mit der EU? Wollen wir Vereinigte Staaten von Europa...

#00:42:36-2# AM (P) fällt ihm ins Wort: Konföderierten Staaten von Europa.

#00:42:36-8# M: ...oder und was ist der Unter, also wollen wir was, in welchen Feldern brauchen wir mehr (unverst.), etwa im Bereich der Finanzpolitikkontrolle, im Bereich der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik, der Umweltpolitik...ist das denkbar im alten nationalstaatlichen Rahmen frag ich jetzt als ersten Andreas Mölzer, der...

#00:42:53-8# AM (P) fällt ihm ins Wort: Schauen Sie...

#00:42:53-3# M... das, nehm ich an, einfordert, zurück zu dem nationalstaatlichen.

#00:42:58-6# AM (P): Na, mir gfallt diese Diskussion sehr gut (kurzes Lachen), auch sogar beim Staatssekretär Schieder nehm ich irgendwo oder hör ich, dass es möglich sein muss BEVOR man, beispielsweise was dieses Budget betrifft, auch die Verwendung der Mittel betrifft. Einzig bei der Frau Professor seh ich den Zwang, wir ham jetzt diese Währungsunion, daher müss mer auf den Zentralstaat hin, des geht gar net anders. Aber ich seh da vieles, was möglich sein kann. Schauen Sie, das Diktat der leeren Kassen is vielleicht für die Jugend ein Segen. Des betrifft nicht nur eine wildgewordene, wuchernde Bürokratie, dies gibt, ders nix schadet, wenn sie jetzt amal einsparen muss, des betrifft eben auch diese Dinge, z.B. die Agrarsubventionen, ne, wenn ein rumänischer Konzern Pferde schlachtet, sie nach Frankreich verliedert, um dann ein englisches Produkt Lasagne der Firma Fundus oder wie die heißt, herzustellen, dann wiss mer ungefähr, wie so etwas laufft. Wahrscheinlich massiv gefördert in Rumänien, da sinds wahrscheinlich schon fähig, sich die Mittel abzuholen, also da wird sich der Bürger vielleicht ein Bild machen können, was falsch läuft. Mach mer doch so oder red ma doch darüber, ob ma nicht die Agrarförderung renationalisiert, ohne Europa in Frage zu stellen! Das Wort renationalisieren is ja etwas, wo den Fanatikern der Vereinigten Staaten von Europa die (unverst.) aufsteigt. Es muss möglich sein, Irrwege und die gemeinsame Agrarpolitik is gnadenlos gescheitert. Rückzubauen, was zu machen, dafür andere Mittel, von mir aus für Jugendbeschäftigung, von mir aus für Forschung und Innovation, aber warum können die Bauern (unverst.) net selber fördern, ohne das Nestlé am Tisch, ohne das Fruchtsaffhersteller die Energy-Drinks abfüllen, abcashen und und und, son-

dem wirklich unsere klan Bauer, die Landschaftsschützer, die Bergbauern usw. Z.B. ein Fall, wo es möglich sein müsste, ein Budget anders und vernünftig zu nützen.

#00:44:39-0# M: Herr Lopatka, bitte.

#00:44:41-4# RL (P): Na, vielleicht in aller Kürze nur zu den Bauern. Erstens is es ja so, dass die Mittel, die aus Brüssel kommen, natürlich hier nationalstaatlich verwaltet werden und das wir gerade was die Bergbauern betrifft, was Bio-Bauern betrifft, hier europaweit vorbildlich sind, weil wir diese Mittel nützen und das möchte ich auch sagen, weil des jetzt so negativ dargestellt worden ist, was die Bauern betrifft. Des is schon ein Unterschied zu allen anderen Bereichen. Wir in Österreich geben 2,2 Milliarden insgesamt für die Bauern aus. Von diesen 2,2 Milliarden kommen nur mehr rund 700 Millionen aus dem nationalen Budget, der Rest kommt aus Brüssel. Sie haben keinen zweiten Bereich in Österreich, was um Förderungen geht, wo so viel aus Brüssel kommt. Also aus dem nationalen Budget spart man natürlich sehr viel dadurch, weil hier...

#00:45:25-8# AM (P) fällt ihm ins Wort: Aber des borg ma doch nach Brüssel hin und mach ma des wieder selber!

#00:45:28-4# RL (P) will weiterreden: Der zweite Punkt...

#00:45:29-2# AM (P) redet abermals dazwischen: Der Berlakovich wird des besser können wie der Agrarkommissar in Brüssel.

#00:45:32-4# RL (P): Der Berlakovich macht eh die Agrarpolitik, aber eben mit Mittel aus der EU. Nur warum brauch ich Mittel in der EU? Ich mein, wenn diese EU zusammenwachsen soll - da bin ich schon näher bei Ihnen, Frau Professor - dann braucht die EU wenigstens ein Mindestmaß an Mitteln, um etwas machen zu können, sonst wird diese EU nie zusammenwachsen können und...

#00:45:48-3# AM (P) fällt ihm ins Wort: Fürs Mindestmaß bin ich auch.

#00:45:48-4# RL (P): ...und da gehts - mehr ist des Budget ja nicht (auf AM (P) bezogen) - noch amal, 1 Prozent von dem, was wir erwirtschaften, is das EU-Budget. Österreich mit 8,4 Millionen Einwohner hatte 2012 für die öffentlichen Haushalte mehr Geld zur Verfügung, als die europäische Union für 500 Millionen. Das ist der momentane Stand und Geld - ohne Geld ka Musi, wies heißt - ne, also Geld ist hier schon entscheidend. Der Punkt, der von Ihnen angesprochen ist (an M gewandt), wir brauchen in vielen Bereichen ein stärkeres Europa, als wir es jetzt haben, denn wir sind ja in einem weltweiten Wettbewerb, das ham wir völlig ausgeklammert. Wir sind in einem Wettbewerb mit China, wir sind in einem Wettbewerb mit den USA, denken Sie nur, hätten wir nur mehr die nationalstaatliche Währung und nicht den Euro. Also der Euro ist eine Stärke von Europa und dieser Euro hat nicht verloren in der Krise, der Euro hat begonnen mit 1,17 im Wert zum Dollar, jetzt liegen wir bei 1,3. Also nochamal, weil die Menschen oft Sorgen haben, wie gehts weiter und grade heute sind wieder solche Umfragen in Österreich gemacht, publiziert worden, also da muss man schon sagen, der Euro hat uns gerade auch österreichwirtschaftlich sehr viel gebracht. Denn von 10 Euro, die wir in Österreich verdienen, verdienen wir 6 Euro durch den Export und 70 % davon sind innerhalb der europäischen Union.

#00:47:09-4# AM (P): Paar klane Probleme hat er uns a gmocht, der Euro...

#00:47:10-9# RL (P) fällt ihm ins Wort: Ja natürlich hat er uns Probleme gemacht...

#00:47:10-9# AM (P): Griechenland-Hilfe, europäischer Stabilitätsmechanismus...

#00:47:13-6# RL (P) parallel: ...ja...ja...aber im Vergleich zu den Vorteilen...

#00:47:15-3# AS (P) wirft ein während RL (P) versucht weiterzureden: Nicht kleinredend, aber man muss schon sagen, der Schutz durch den Euro war größer, auch in der Krise, als die Probleme, die er uns verursacht hat und man darf nicht vergessen, in dem Jahrzehnt, seitdem wir den Euro haben, haben wir gedreht, wir sind von einer Import-Nation zu einer Export-Nation geworden, wir haben eine niedrigere Inflationsrate und viele Mehrvorteile. Warum? Weil wir natürlich als kleines Land abhängig sind von unseren Haupt-handelspartnern und wir daher froh sind, wenn wir eine fixe Wechselkursrelation haben oder halt eben gemeinsamen Währungsraum, was die beste Möglichkeit ist. Aber was auch stimmt, ist natürlich (an SPR gewandt), dass wir passend zur gemeinsamen Währung nicht die politischen Institutionen haben und auch nicht die fiskal-politischen. Wir haben keine europäischen Steuer-Korridore, es gibt noch immer einen meiner Meinung nach falschen und in manchen Bereichen auch ruinösen Steuer-Wettbewerb, alles das sind Dinge, die in der Zukunft geklärt werden müssen, d.h. es geht nicht...ich glaube man kann net immer sagen, was wir in Österreich alleine entscheiden ist a priori besser, als was die in Brüssel machen. Es geht um die Qualität der Entscheidung. Das ist bei der Landwirtschaftspolitik auch so, ich glaube in Österreich und in den Bundesländern soll entschieden werden vor Ort, was fördern ich, wie mach ichs, weil keiner wird wissen in Brüssel, ist es gescheiter das Lavanttal-Museum zu fördern...

#00:48:26-4# AM (P) wirft etwas ein, aber unverst.

#00:48:27-1# AS (P): ...oder was anderes. Das soll man schon hier entscheiden und haben ja auch gut entschieden, aber trotzdem, wir brauchen einheitliche Rahmenbedingungen, wir können net akzeptieren, dass es verschiedene unterschiedliche Regeln gibt und dann der eine dem andern quasi das Hack ins Kreuz haut in Europa und Europa ist in Wirklichkeit viel stärker als die USA und auch als der asiatische Wirtschaftsraum. Wir haben eine höhere Produktivität, wir haben eine höhere Wirtschaftsleistung, d.h. wir liegen eigentlich gut, wir können nur die Stärke net optimal ausspielen, weil wir nach wie vor sehr behäbige Entscheidungsstrukturen auch haben. Das heißt, die Entwicklung wird in Zukunft gehen, dass das Parlament mehr mitzureden hat, das macht's am Anfang schwieriger, wie wir jetzt sehen werden in den nächsten Monaten (kurzes Lachen von AS (P), ebenso von AM (P), zustimmendes Nicken von RL (P), die anderen sind nicht zu sehen), macht's aber höchstwahrscheinlich am Schluss schon noch vernünftiger und demokratischer und in die Richtung wird's gehen und die halt ich auch für richtig und die Engländer oder Großbritannien - eigentlich Vereinigte Königreich ums ganz richtig zu sagen - die wenn sie selbst entscheiden wollen, stehen sie weiterhin auf der Bremse oder wenn sie mitmachen und das ist keine Entscheidung, die wir ihnen weder abnehmen können, noch vorgehen können, aber das wird anstehen und auch wir als Österreicher werden uns entscheiden müssen, wie weit wollen wir mitmachen, in welche Richtung wollen wirs treiben, aber ich glaube, dass allen klar ist, mit weniger Europa oder ohne Europa geht's uns auf jeden Fall nicht besser, sondern schlechter und daher ist gescheit, man arbeitet eher, dass dieses Europa besser funktioniert in Zukunft.

#00:49:53-8# M: Frau Professor, eigentlich vom demokratie-politischen Standpunkt muss ja das eigentlich ein Fortschritt sein, dass jetzt die Parlamentarier nutzen, zumindest verbal erstmal jetzt nutzen, die Verfassungsfortschritte und mitbestimmen wollen und vielleicht sogar Einspruch erheben wollen.

#00:50:08-1# SPR: Ja, zweifelsohne. Das ist ja auch einer der wirklichen Fortschritte auch des europäischen Konvents und des Vertrags von Lissabon, dass das Parlament zustimmen muss. Und der... sag mal...es geht jetzt um die Demokratie einerseits und andererseits um die Macht eines Gremiums, das Europa im Auge hat und nicht nur die nationalen Interessen. Das gilt ja auch für die europäische Kommission und das ist glaube ich das, was mich vom Herrn Mölzer grundlegend unterscheidet, dass ich nach einer Entscheidungsebene suche, die - ja, ist ein etwas altmodisches Wort - ein bonum commune der gesamten europäischen Union im Auge hat und nicht nur die nationalen Egoismen. Und da ist das Parlament mit Sicherheit einmal dahingehend ausgerichtet und zugleich jene Instanz, die allen Entscheidungen eine größere Legitimität verschafft. Vielleicht ein Satz noch, weil Herr Staatssekretär Schieder gemeint hat, es wird jetzt mühsamer - also alle Studien zeigen, dass seit das europäische Parlament mitentscheidet, die Verfahren nicht LÄNGER sondern KÜRZER geworden sind (Lächeln)...

#00:51:25-7# AS (P) wirft mit einem Lächeln ein: Umso besser.

#00:51:26-5# AM (P) kurzes Lachen.

#00:51:26-9# SPR:denn das ordentliche Gesetzgebungsverfahren bzw. auch das Mitentscheidungsverfahren davor sieht ja genaue Fristen vor, während davor in den Räten - ja, wenn man sich nicht geeinigt hat, dann versendet ja das gesamte Unternehmen überhaupt und daher würde ich das Parlament nicht nur als verlangsamenden Faktor, sondern durchaus als beschleunigenden betrachten, aber auf jeden Fall ist die Legitimität der Entscheidungen von einer anderen Qualität.

#00:51:54-3# FE: Das ist ein interessanter Punkt, den Sie gerade ansprechen, wahrscheinlich ist dieser Haushaltsgipfel jetzt nicht das eigentlich typische für den europäischen Rat, ich glaube durchaus, dass es z.B. bei dem Gipfel im vergangenen Juni, was wirklich sehr weitreichende und große Entscheidungen zu treffen gab, die waren da zu führen als Banken direkt Geld aus Europa bekommen können, auch ohne den Umweg über die Staatskassen - da ist eine andere Atmosphäre, aber wenns um den Haushaltsrahmen geht, da ist tatsächlich einfach ein Feilschen wie auf dem Rossmarkt und da tut man sich schon schwer, in den 27 Staats- und Regierungschefs, die da sitzen, ein europäisches Organ zu sehen, dass die ja bilden, sobald sie zusammenkommen, nämlich den europäischen Rat.

#00:52:42-1# RL (P): Nur wir vergessen im (unverst.) den Steuerzahler, der das alles bezahlen muss. Und solange die europäische Ebene nicht über eigene Einnahmen verfügt, wird sich das nicht ändern. Denn jeder Regierungschef ist mal in erster Linie seinem Steuerzahler gegenüber auch verpflichtet...

#00:52:58-6# SPR fällt ihm ins Wort: Dann geben wir Ihnen diese eigenen Einnahmen...

#00:53:00-9# AM (P) wirft ein: Sie wollen die Steuer hoch...(Rest unverst., da alle mehrere durcheinander reden)

#00:53:05-1# SPR: Ja, zumindest teilweise...

#00:53:05-4# RL (P): ...überhaupt nicht, ich will nur erklären, warum wir aus dem Dilemma nicht rauskommen...

#00:53:07-7# AM (P): Ja, aber ich glaube ich würde nicht...ich halte das für eine FATALE Ansage.

#00:53:10-5# M: Die Lösung wär dann natürlich konsequent wirklich eine Europa-Steuer, die nicht als Ersatz aber zusätzlich zu den nationalen Steuern eingehoben wird. Ich möchte zum Abschluss wieder nach Brüssel geben, Raimund Löw, wie ist das jetzt einzuschätzen, diese Grundsatz-Debatte, wird die überhaupt in den europäischen Gremien geführt, die wir hier versucht haben, ansatzweise zu führen? Also Vereinigte Staaten von Europa, mehr oder weniger Europa, was heißt das alles?

#00:53:38-6# K: Ich glaub im Augenblick nicht, weil alle noch ein bisschen ermüdet sind von den Turbulenzen der Euro-Krise, aber im Hintergrund steht das natürlich. Und es stimmt, dieses Spar-Budget is natürlich kein Signal in Richtung mehr Europa, ist das erste Mal, dass das Budget kleiner ist, aber des is ja nicht die einzige Tatsache, das einzige Faktum, der letzten Monate, es hat auf der anderen Seite gegeben die Euro-Schutzschirme, es hat gegeben die Aktion der europäischen Zentralbank zur Verteidigung des Euro und DAS sind schon Tendenzen, die in Richtung Vereinigte Staaten von Europa gehen, also ich würd sagen, es gibt zwei Tendenzen - die eine Tendenz, die sagt, wir wollen weniger Europa, wir wollen mehr auseinandergehen, da is Großbritannien der Meinung und die andere Tendenz, die sagt, dort wo der Euro is, is auch mehr politische Gemeinsamkeit nötig. Und das is eine Diskussion, die wird aufbrechen, wenn Großbritannien mit seinen Vorschlägen kommt und die wird wahrscheinlich dann kommen, wenn in Deutschland gewählt ist, die deutsche Bundestagswahl vorbei ist, vielleicht auch wenn die Europa-Wahlen vorbei sind im Frühjahr 2014. Also diese Diskussion um mehr Europa, weniger Europa, die da von David Cameron angestoßen wurde, is vielleicht eine Chance und herauskommen kann ja durchaus beides, es is ja ein sehr vielfältiges Europa, es kann ja ein Kern-Europa herauskommen, das so funktioniert wie Vereinigte Staaten von Europa mit einem größeren Budget, es is ja auch diskutiert worden in den letzten Monaten - ein EURO-Budget - und in konzentrischen Kreisen jene, die nicht beim Euro dabei sind - Großbritannien, Schweden, die das dann auch nicht wollen, aber die trotzdem Teil eines größeren Ganzen sind. Also so ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, das in Deutschland vor vielen Jahren diskutiert wurde, das wird wahrscheinlich eine Variante sein, die herauskommt, wenn man diese beiden Tendenzen hat und wenn man versucht, diesen Widerspruch zu lösen, einerseits engeres Zusammenrücken um den Euro, um die gemeinsame Währung, andererseits Lockerungsübungen, die v.a. von Großbritannien kommen.

#00:55:39-0# M: Gut, das is also eine dritte Option (mit einem Lächeln) neben den beiden Diskutierenden, ein kleineres, ein mächtigeres, ein reicheres (kurzes Lachen ist zu hören, evtl von AM(P)) Europa, das halt nicht ganz vereinigt ist, in dem Sinn werden wir die Diskussion in den nächsten Monaten oder Jahren ja noch öfter weiterführen müssen, dürfen, sollen. (Sendungs-Melodie wird eingespielt) Ich darf mich nun bei meinen Gästen hier im Studio und bei Ihnen zu Hause verabschieden, wünsche Ihnen noch einen spannenden Fernseh-Abend mit dem ORF und eine angenehme Woche. Auf Wiedersehen.

#00:56:05-8# Klatschen des Publikums, Sendungs-Melodie, Außenaufnahme-Studio, Abspann.

Transkript B

Im Zentrum 17.11.2013, 22 Uhr

Thema: Wahlversprechen abgesagt - kommt jetzt das große Sparen?

Moderation: Ingrid Thurnher

Gäste: Andreas Schieder - AS (P), Josef Pühringer - JP (P)
Margit Schratzenstaller - MS, Franz Schellhorn - FS, Herbert Lackner - HL
Dauer: 1:01 Stunde

M: Moderatorin

Diskutanten werden mit Initialen abgekürzt, bei Politikern steht (P) dahinter.

Anordnung im Raum: In einem zur Kamera offenen Halbkreis sitzen fünf Diskutanten. Dazwischen, frontal zu den Zuschauern, sitzt die Moderatorin.

Eröffnungsmelodie, währenddessen werden bekannte österreichische Sehenswürdigkeiten im Zeitraffer gezeigt.

#00:00:15-8# Logo wird eingeblendet, Zuschauer klatschen.

#00:00:20-0# M: Guten Abend, herzlich Willkommen, meine Damen und Herren. Ja, falls Sie sich schon ausgerechnet haben, wie sich die vor der Wahl versprochenen finanziellen Wohltaten auf Ihr persönliches Budget auswirken könnten - diese Rechnung haben Sie leider ohne den Wirt gemacht. Denn wir alle haben dieser Tage ein Phänomen namens Budgetloch kennengelernt und dieses Budgetloch scheint alle Wahlzuckerln zu verschlingen.

#00:00:45-2# Video-Einspielung mit männlicher Stimme aus dem Off (Bericht: Werner Reisinger): Im österreichischen Staatshaushalt klafft ein Loch. Wie kann man sich das vorstellen? Wir fragen den Experten in Sachen Löcher: Der Karikaturist Rudi Klein ist der Erfinder des Lochgottes (Karikatur wird gezeigt). Der Allmächtige im Loch und all seine Weisheiten erscheinen regelmäßig in der Tageszeitung "Der Standard". Wie erklärt der Künstler mit seiner Feder das Budgetloch?

Es wird eine Hand gezeigt, die eine Karikatur zeichnet, zu sehen ist ein Loch, auf das ein Pfeil zeigt mit dem Titel "Nichts", ein anderer Pfeil mit der Aufschrift "Budget" geht ins Leere, ein weiterer Pfeil zeigt ebenso auf das Loch und trägt die Beschreibung: "Fehlen von Materie, Fehlen von Sinn". Darüber wird ein größeres Loch gezeichnet mit der Aufschrift: Großes Loch; Fehlen von viel (sehr viel) Materie.

#00:01:30-1# Wo ein Loch ist, fehlt also im Kleinschen Sinne Materie oder im aktuellen Fall Geld. Das Loch ist somit quasi die Verkörperung des Fehlens und wo nichts ist, da muss wohl dringend etwas her.

#00:01:43-8# M: So, diese Loch können wir uns mittlerweile ganz gut vorstellen um die Dimension des Gesamtproblems aber sichtbar zu machen, werfen wir an dieser Stelle doch einmal einen Blick auf den Schuldenticker (Einblendung auf gesamtem Bildschirm mit Überschrift: Staatsschulden der Republik Österreich, darunter: Die Verschuldung der Republik Österreich beträgt per 17.11.2013 22:02 insgesamt EUR 234.054.774.340. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung je Staatsbürger von EUR 31.347 bzw. auf alle Erwerbstätigen, je Erwerbstätigem (--> die erste Zahl steigt im Hunderter-Bereich an während der Einblendung), da hat sich ein Informatiker die Mühe gemacht auf der Homepage staatsschulden.at offiziell vorliegende Zahlen hochzurechnen und uns ein Bild unserer Verbindlichkeiten zu vermitteln. Wir halten aktuell bei mehr als 234 Milliarden Euro Schulden und es geht munter bergauf. Wo das aktuelle Loch im Budget so plötzlich herkam, warum es im Wahlkampf ein noch völlig unbekanntes Wesen war und bei wem jetzt gespart werden soll, darüber reden wir heute Abend und ich begrüße heu-

te bei mir Andreas Schieder den neuen SPÖ-Clubobmann und Finanzstaatssekretär, seines Zeichens auch Chef-Verhandler zum Thema Finanzen. Bei mir auch sein ÖVP-Pendant in dieser Verhandlungs-Gruppe, den oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Pühringer. Margit Schratzenstaller ist da, sie ist DIE Budgetexpertin beim Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO. Ihre Prognosen sollen den Stein ins Rollen gebracht haben. Franz Schellhorn ist bei mir, er hat vor kurzem den ThinkTank "Agenda Austria" gegründet und verlangt jetzt eine Generalsanierung der Staatsfinanzen. Und ich begrüße Herbert Lackner, den Chef-Redakteur des Profil und das schreibt morgen von einem kapitalen Fehlstart der neuen Regierung.

#00:03:17-4# M: Und mit Ihnen, Herr Lackner, möchte ich ganz gerne beginnen. Das Profil schreibt von einem Fehlstart, Sie selber sprechen gern von einem Bauchfleck, andere Zeitungen haben sich dieser Tage noch zu einem härteren Urteil durchgerungen und sprechen von Lüge. Zu Recht?

#00:03:34-7# HL: Beim Wort Lüge bin ich immer vorsichtig, da lässt das Medienrecht keinen Wahrheitsbeweis zu (M während HL redet: Warum?), sogar wenn man den führen könnte, der Richter sagt: Lüge, da gibts keinen Wahrheitsbeweis. Darum wird ja auch bewusst der Terminus "Die Unwahrheit sagen" verwendet in Zeitungen und die Unwahrheit sagen, das würd ich mich schon trauen und ich da bin nicht alleine, wenn ich heute im Kurier die Umfrage gelesen hab (nimmt Zeitung und Ausdruck zur Hand), das (unverst.) - Institut hat das untersucht und von allen Befragten hat fast die Hälfte gesagt "Ja, die Regierung sagt bewusst die Unwahrheit" und weitere 40% oder 37% haben gesagt "Sie sagt nicht die ganze Wahrheit" Und das Bemerkenswerte ist, das auch die Parteigegner der beiden fast-schon-wieder-Koalitionsparteien auch mehrheitlich auch der Meinung sind, hier sei die Unwahrheit gesagt worden bzw. nicht die ganze Wahrheit gesagt worden. Das trifft die Parteien weit mehr, als was ich sag (lacht, macht damit klar, dass er seine Meinung für nicht so wichtig hält in Bezug auf die Parteien), sie ham gelogen oder die Unwahrheit gesagt. Aber es macht jedenfalls ein sehr, ein denkbar schlechtes Bild, wie hier begonnen wurde.

#00:04:34-4# M: M: Für all jene unter Ihnen, meine Damen und Herren, die dieser rasante Umschwung vom soliden Haushalt zum Spar-Diktat überrascht hat, hier die kurze Entstehungsgeschichte.

#00:04:45-6# Videoeinspielung mit männlicher Stimme aus dem Off (Bericht: Werner Reisinger) und passendem Bild-Material.

Schon im Wahlkampf wollen es viele gewusst haben und plötzlich ist es unübersehbar da, das Budgetloch. Über dessen Größe wird zunächst nur wild spekuliert. Wenige Tage nachdem SPÖ und ÖVP in Koalitionsverhandlungen treten, fordert die ÖVP einen Kassa-Sturz, ihr Chef-Verhandler Josef Pühringer zeichnet als erster ein düsteres Bild der Staatsfinanzen. Es gäbe Probleme bei Banken und Pensionen. Die ersten Zahlen nennt schließlich Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner. Sechs bis acht Milliarden würden jährlich fehlen, hochgerechnet auf fünf Jahre wären das bis zu 40 Milliarden Euro. Wirtschaftsforscher bestätigen dies zunächst, doch in der SPÖ rudert man zurück. Michael Häupl wird eingeblendet: "Also es gibt kein Budgetloch" behauptet der Wiener Bürgermeister Michael Häupl. Schließlich werden die Horror-Szenarien relativiert: 24,24 Milliarden Euro würden dem Haushalt bis zum Ende der Legislaturperiode 2018 fehlen. Offen ist, woher sie kommen sollen.

#00:05:45-0# M: Ja und auch diese Frage werden wir heute Abend versuchen zu klären, aber zunächst einmal noch Herr Schellhorn, kaufen Sie das der Regierung ab, dass dieses Budgetloch so plötzlich aufgetaucht ist?

#00:05:56-7# FS: Nein, das kann man der Regierung auch nicht abkaufen. Ich darf nur daran erinnern, dass vor zwei Jahren eines der allergrößten Konsolidierungspakete angekündigt wurde, das war ungefähr im selben Ausmaß, wie das jetzige. Umgesetzt ist davon nichts geworden, deshalb kommt diese Zahl von 20-25 Milliarden jetzt auch wieder auf und jeder der in den letzten Jahren Zeitung gelesen, Radio gehört, Ferngesehen hat, weiß eigentlich, dass diese Entwicklung zu erwarten war, weil man eben seit vielen Jahren von Konsolidierung spricht, aber genau das Gegenteil macht. Ich darf nur daran erinnern, dass der Bundeshaushalt das letzte Mal 1962 einen Überschuss abgeworfen hat, seitdem waren nur Defizite. Österreich macht seit 50 Jahren immer wieder dasselbe, man lässt Empfänger der Staatsausgaben das Budget verhandeln, das ist ungefähr so, als würden Sie die Martini-Gans fragen, wie heiß darf denn das Rohr dieses Mal sein und das ist dann dementsprechend kühl... (M fällt ihm ins Wort)

#00:07:01-1# M: Oder den berühmten Hund auf die Wurst aufpassen lassen.

#00:07:01-1# FS: Oder auch das, das hat (unverst.) schon gesagt. Und so geht dann jede Budget-Verhandlung wieder von vorne los und am Ende sagt man, ja, jetzt müssen wir aber ordentlich sanieren und jetzt müssen wir endlich auch bei den Ausgaben was machen, das ist dann der nächste Schmach, das ist dieser 2/3 Schmach - 2/3 machen wir bei den Ausgaben, 1/3 bei den Einnahmen, es wird nie das umgekehrte Verhältnis erreicht und deshalb häufen sich die Schulden mit der dramatischen Folge, dass Österreich immer stärker in die Abhängigkeit seiner Geldgeber kommt, die dann wie in Schweden in den 90er Jahren irgendwann auch die Möglichkeit haben, auch das politische Schicksal dieses Landes zu entscheiden und die Maßnahmen zu diktieren, die eigentlich hier politisch getroffen werden sollten. Deshalb braucht es einen radikalen Kulturwandel, der ist allerdings bis dato nicht in Sicht.

#00:07:48-0# M: Harte Angriffe, aber an allem, Frau Schratzenstaller, sind ja möglicherweise eh nur Sie schuld. So nach dem Motto, wir von der Regierung konnten ja nicht wissen, dass die Wirtschaftsforschungsinstitute so urplötzlich ihre Prognosen so stark nach unten revidieren, dass sich das jetzt alles nicht mehr ausgeht. Wie gehts Ihnen mit dieser Rolle?

#00:08:07-6# MS: Nein, ich glaube es war klar und es hat sich ja auch schon gezeigt in den Zitate vorhin, dass die Experten seit langem gewarnt haben und auch in den Monaten vor der Wahl gewarnt haben, dass es Entwicklungen gibt, die dafür sorgen werden, auch absehbar, denn möglicherweise nicht unbedingt quantifizierbare Entwicklungen, gerade im Zeitpunkt der Stellung des letzten Budgetplans im Frühjahr, aber dass es Entwicklungen gibt, die den Budgetplan schon hinter große Unsicherheiten stellen. Dass die Budgetlage relativ optimistisch dargestellt worden ist, ist auch klar und die Regierung hat im Frühjahr einen Budgetplan erstellt, der nicht auf der aktuellsten mittelfristigen Prognose des WIFO beruht hat, die vom letzten Herbst gestammt hat und die seitdem eigentlich nicht mehr revidiert worden ist.

#00:08:54-4# M: Wieso glauben Sie, hat die Regierung das getan?

#00:08:58-2# MS: Ich glaube die Frage lässt sich relativ einfach beantworten. Man versucht natürlich vor der Wahl sich in Zweckoptimismus zu üben, das ist auch der Grund, weshalb das WIFO schon seit langem, schon auch seit dem Frühjahr eigentlich, einen sogenannten oder diesen sogenannten Kassa-Sturz gefordert hat, der nicht darin besteht, es ist ja nicht so wie im Moment teilweise suggeriert wird, als wüsste die Regierung nicht, was aktuell in der Kassa ist. Und als gäbe es aktuell ein Problem. Es ist ja

eher so, dass sich die mittelfristige Finanzplanung verschlechtert hat und das muss man schon auch n bisschen auseinanderhalten und auch n bisschen die Hysterie aus der Diskussion rausnehmen.

#00:09:34-8# M: Na gut, jetzt gibts aber auch Kritiker, die sagen, naja, sowohl das WIFO als auch das IHS sind bis zu einem gewissen Grad auch finanziell von der Regierung abhängig und die schreien dann vielleicht nicht laut genug, wenns ein Problem ist. Ein Vorwurf, der Sie mörder trifft?

#00:09:49-1# MS: Der trifft mich eigentlich relativ wenig, der Vorwurf. Weil wie gesagt, wir ham eigentlich seit langem hier warnend gesagt, also zum einen, man soll keine Wahlzuckerl versprechen, das ist etwas was wir in den Monaten vor der Wahl immer gesagt haben und man soll zum Zweiten dann einfach schauen, was eigentlich dann wirklich realistisch ist, weil klar war, dass einige Dinge und das betrifft nicht nur die Wachstumsprognose, die mittelfristige, sondern das betrifft auch die Banken, die nicht in der Budgetplanung drinnen waren, das betrifft auch die aktuellen Pensionsentwicklungen, die drinnen waren - das war klar, dass das nicht berücksichtigt worden ist auf dem aktuellsten Stand und das war auch der Grund, weshalb wir gesagt haben, der erste Schritt und ich halte das für sehr begrüßenswert, muss sein - bevor man Ausgabenprogramme, bevor man Steuernprogramme beschließt, zu schauen, wie wird sich die Entwicklung realistisch gesehen in den nächsten fünf Jahren, also für die ganze kommende Legislaturperiode hinweg... (unverst.), da M ihr ins Wort fällt

#00:10:45-3# M: geradestellen. (um Satz von MS zu beenden). Die Regierung hat nicht auf Sie gehört?

#00:10:46-9# MS: Schnaufen, Kopfschütteln in der Art "Das kann man so nicht sagen"

#00:10:48-5# M: Ok, lass mers mal so stehen. Herr Pühringer, Zweck-Optimismus sagt Frau Schratzenstaller sehr höflich, der Herr Lackner meint, die Regierung hat uns bewusst nicht die ganze Wahrheit gesagt. Ist das verantwortungslos, ein dem Wahlkampf geschuldeter Umstand oder muss man nicht fast schon sagen, das ist Betrug am Wähler?

#00:11:15-7# JP (P): Das sind sehr harte Worte, die Sie da gebrauchen. Aber ich möchte zuvor einmal sagen, dass das was in den letzten 2-3 Wochen an Kommunikation geleistet wurde, war ein schwerer Fehler. Das ist keine Frage, den haben wir alle gemacht, die Politiker genauso wie manche in der Wirtschaftsforschung, genauso wie manche in den Medien, die auch nach Klarstellungen wieder alte Zahlen veröffentlicht haben. Was hier an Kommunikation geleistet wurde, war ein schwerer Fehler, war eine Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger, die tut mir leid, da entschuldige ich mich auch dafür, obwohl die Politik NICHT die volle Verantwortung trägt.

#00:11:57-8# Applaus aus dem Publikum, M: Das hat Seltenheitswert sowas, (unverst.)

#00:11:59-3# JP (P): Immerhin geht es ja um das Geld der Bürgerinnen und Bürger, um das Geld der Steuerzahler. Und diese Verunsicherung hätte nicht passieren dürfen. Worum is gegangen? Es geht sich das Budget 2013 aus, da ist kein Loch drinnen! Das muss man mal sagen. Und ein Loch kann nur in einem aktuellen Budget sein. Die Frau Finanzminister hat bei der letzten Sitzung der Finanzgruppe das deutlich gemacht. Was ist jetzt dieses immer wieder als Loch bezeichnete Problem? Es gibt eine mittelfristige Finanzplanung, die hat im Wesentlichen auf den Daten des Rechnungsabschlusses 2011 aufgebaut und auf Wirtschaftsforschungsberichten...(M fällt ihm ins Wort)

#00:12:45-9# M: Die alt waren, wie wir gerade erfahren haben.

#00:12:46-8# JP (P): Die natürlich von früher waren, die sind anlässlich des Stabilitätspaktes geschmiedet worden, es gibt jetzt neue, weil wir gesehen haben, dass die Konjunkturdaten nicht halten, es ist richtig, dass die Wirtschaftsforschung die nicht von einem Tag auf den andern verändert hat, aber laufend verändert hat bis 0,4 fürs heurige Jahr. Und trotzdem hält das Budget 2013, bitte das muss man immer dazu sagen. Aber die mittelfristige Finanzplanung hält nicht. Erstens, weil die Steuereinnahmen nicht im geschätzten Ausmaß hereinkommen. Zweitens, weil sich herausgestellt hat, dass das Antrittsalter, das tatsächliche Antrittsalter der Pensionen, leider nicht in dem Tempo wächst und leider nicht in dem Ausmaß wächst, als sich das nach dem Reformprogramm abzeichnen hätte müssen. Und drittens, das ham mer aber alle gewusst, weil für die Banken zusätzlich Geld notwendig wird (M fällt ihm ins Wort)

#00:13:50-2# M: Das ham wir alle schon vor dem 29. September gewusst, oder?

#00:13:52-8# JP (P): Nicht für die Banken anonym, sondern für die Darlehensnehmer und für die Sparer dieser Banken, das muss man auch dazu sagen.

#00:13:58-9# M: Und das ham wir alles schon vor dem 29. September gewusst.

#00:14:02-7# JP (P): Selbstverständlich. Niemand hat vor den Wahlen geleugnet, dass für die Banken Geld erforderlich sein wird. Das Ausmaß war strittig, es war aber gar kein Geheimnis. Es ist auch immer wieder, auch vor den Wahlen schon gesagt worden, dass es bei den Pensionen knapp wird. Der Pensionsbericht der Kommission ist aber erst nach den Wahlen gekommen. (M fällt ihm ins Wort)

#00:14:24-3# M: Wirklich?

#00:14:26-4# JP (P): Der das letztlich ausgelöst hat, der aber alle Jahre davor weit zu hoch geschätzt is, muss mer dazu sagen. (M fällt ihm ins Wort)

#00:14:30-8# M: Wir kommen zum Thema Pensionen noch gesondert.

#00:14:32-8# JP (P): Und ehrlich gesagt, welche Prognose man der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde gelegt hat, hat sichs um Wochen gehandelt, MEINES Wissens sind die wirklich schlechten Daten erst nach der Wahl eingetroffen, aber ob die jetzt vor oder nach der Wahl eingetroffen sind, dass das ein Abänderungsbedarf wird, dass ein Konsolidierungsbedarf entsteht, das war klar. (M fällt ihm ins Wort)

#00:15:04-2# M: (unverst.), weil beide reden ...das war klar vorher schon?

#00:15:04-2# JP (P): Dass ein Konsolidierungsbedarf bestehen wird, weil die Prognosen der Wirtschaftsforscher ja kein Geheimnis waren, das hat man sich ausrechnen können und das von den Banken hat man auch gewusst und niemand hat das verschwiegen. Die Kommunikation hätte vielleicht anders sein können. Aber das Entscheidende ist ja, jetzt liegt's am Tisch und jetzt müssen auch im Interesse der kommenden Generationen ordentliche Reformen gemacht werden.

#00:15:33-3# M: Ich glaub so einfach können wir da nicht darüber hinweggehen, Herr Schieder, zu sagen, na gut, gewusst ham mers vorher eh schon alle, wie auch immer es is schlecht kommuniziert worden, jetzt liegt's am Tisch, jetzt muss man damit umgehen.

Es ist schon eine Frage, wie weit hätte man den Wählern eigentlich vor den Wahlen am 29. September schon sagen können, es werden harte Zeiten und nicht Juhu, wir können das Geld mit vollen Händen ausgeben.

#00:15:53-3# AS (P): Ja, aber lass ma mal die Kirche im Dorf... (M fällt ihm ins Wort)

#00:15:55-2# M: Das versuchen wir gerade.

#00:15:57-8# AS (P): Und bleiben wir bei den Fakten. Faktum is und das is glaub ich das Entscheidende, dass im heurigen Jahr 2013 der Budgetvollzug, also das heißt, das was Ausgaben betrifft genauso wie das was Einnahmen betrifft, vollkommen im Plan ist, obwohl das Wirtschaftswachstum sich von ursprünglich 1,6 das war eines der höchsten Zahlen in den letzten Jahren für das Jahr 2013, auf 0,4 verlangsamt hat...(M fällt ihm ins Wort)

#00:16:24-1# M: Kurzer Einschub: die meisten Wahlversprechen beziehen sich nicht auf das Budget 2013, sondern auf die Zukunftsdaten. (AS versucht währenddessen weiterzureden, aber unverst.)

#00:16:30-2# AS (P): Zum Budget 2013... (M fällt ihm ins Wort)

#00:16:31-5# M: Ja, so is es entstanden

#00:16:33-9# AS (P): *Hält kurz inne.* Lassen Sie alle ausreden, nur mi net?

#00:16:36-0# M: Nein, ich lasse Sie selbstverständlich ausreden, nur um das mal zu konkretisieren.

#00:16:36-0# AS (P): Na dann Danke (parallel zu letztem Sprechakt von M).

#00:16:37-4# AS (P): Ja um des mal zu konkretisieren: Budgetloch gibt es keins, weil der Budgetvollzug im heurigen Jahr vollkommen im Plan ist trotz (unverst.) und schlechterer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Und das is schon mal der erste wichtige Punkt auch für den Blick in die Zukunft, denn die Frage is ja auch, was verändert sich in der Zukunft zum heurigen Budgetvollzug und wir haben jetzt eine Finanz- und Plan- und Prognoseschätzung für die nächsten fünf Jahre gemacht, die sonst immer im Dezember kommt, ist vorgezogen worden auf Mitte Oktober. Und diese Prognoseschätzung weicht ab zur alten Finanzrahmen und diese 18 Milliarden. Aber nur im Ausmaß dessen, dass man sagt, wenn man davon ausgeht dass das Schlechte, was alles eingestellt ist, genauso kommt und wenn man auch davon ausgeht, dass die Politik nicht reagiert. Und Aufgabe der Politik wird es auch sein, genau auf diese Fragestellungen auch einzugehen und zu sagen, wo muss man nachschärfen, wo gibts z.B. im Themenbereich Pensionen Maßnahmen, die noch gar nicht umgesetzt sind, weil sie erst nächstes Jahr in Kraft treten sollen, wie werden sie wirken, wie schätzt man das alles ein und letztlich auch darauf zu schauen, dass das schwache Wirtschaftswachstum doch nicht so schwach wird. Und ich darf erinnern, in den letzten Jahren, ham wir erstens einen Budgetvollzug gehabt, der um namhafte Beträge besser war, als geplant, um 0,7 % die letzten zwei Jahre jeweils. Und wir müssen natürlich auch schauen, dass das Wirtschaftswachstum nicht wegbleibt, weil wenn man sagt die Einnahmen und die Konjunktur sind das Problem, dann muss man auch schauen, dass das Wirtschaftswachstum bleibt, das heißt aber offensiv Maßnahmen setzen und das sind aber alles Maßnahmen, die nicht wirkungslos sind, sondern die am Schluss auch dazu führen, dass sich Prognosen verändern. Und grad in den letzten Jahren darf ich schon sagen, ich bin sehr dafür, dass man

sich gewahr wird und bewusst wird, was einem alles droht. Aber zum Glück ist es oft nicht so scharf gekommen, wie uns die Wirtschaftsforscher vorausgesagt haben und daran gilt es jetzt auch für die nächsten fünf Jahre zu arbeiten.

#00:18:29-1# M: Der Herr Schellhorn sagt, das ist ein bisschen - oder ich hab's so interpretiert, wie den Hund auf die Wurst aufpassen lassen.

#00:18:36-2# AS (P): Ich weiß net, wen der Herr Schellhorn auf was aufpassen lassen will, im anderen Falle ich versteh jetzt auch den Vergleich nicht, es geht darum: wir ham gsagt, für die nächsten fünf Jahre, ich sag Ihnen, noch vor fünf Jahren, wenn Sie zurückschauen, wer hat vor fünf Jahren heute richtig vorausgesagt? Niemand. Und daher brauch mer auch nicht glauben, dass heute jemand die nächsten fünf Jahre voraussagt. Das sind alles Annahmen, (M versucht dazwischenzureden, aber ohne Erfolg) die muss man diskutieren und dann geht es darum, auch diese Realität da zu verändern. Des is net der Hund, der auf die Wurst aufpasst, sondern es geht einfach darum, seröse Budgetpolitik machen, die sich der Risiken bewusst is, aber gleichzeitig a net verunsichert, sondern sagt genau das muss man jetzt auch schauen, dass man das jetzt so ins Lot bringt, dass es auch funktioniert.

#00:19:09-9# FS: Ja also, nur ganz kurz, für die Diskussion ist das glaub ich auch wichtig. Also ich denke nicht, dass die Regierung ein Kommunikationsproblem hat, ich glaub, dass die Regierung ein Ausgabenproblem hat und das hat sie schon seit vielen Jahren und wenn Sie jetzt davon sprechen, dass sich die Erwartungen eingedrückt hätten, dass die Zahlen, die jetzt am Tisch liegen, das sind die strukturellen Zahlen, das heißt die sind Konjunktur unabhängig. Also wenn die Konjunktur sich verschlechtern würde, kommt noch amal diese Summe ungefähr dazu. Das was jetzt da ist, ist unabhängig von der Konjunktur, allein die in Zahlen gegossene Bilanz der Reformverweigerung der letzten Jahre. Und weil Sie sagen, die letzten Jahre...(AS fällt ihm ins Wort)

#00:19:46-4# AS (P): Stimmt ja nicht!

#00:19:46-4# FS: ...die letzten Jahre waren auch jetzt nicht so schlimm, die Ausgaben sind unabhängig von der Konjunktur in Österreich gestiegen, fünf Jahre vor der Krise um 15% und nach der Krise um 16%. Also hier steigen die Ausgaben einfach in jeder konjunkturellen Lage, wenns schlecht läuft, damit die Auswirkungen abgefedert werden, wenns gut läuft, damit ordentlich umverteilt wird. Und dieser Zugang muss sich ändern. Und wenn sich dieser Zugang nicht ändert oder man auch das Problem nicht erkennt, werden wir in 5 Jahren wieder da sitzen und das selbe Problem haben.

#00:20:12-1# AS *versucht im letzten Satz dazwischen zu reden, aber unverständlich.*

#00:20:14-6# AS (P): Ham Sie sich den Budget, es gibt einen Bericht vom Finanzministerium, der auch im Internet transparent sichtbar ist, wo die Monate Jänner bis September abgebildet sind, sowohl was Einnahmen- als auch Ausgabenschätzung ist. Und da sehn wir, dass wir bei der Einnahmenschätzung drüber liegen, also bei den Einnahmen über der Schätzung liegen und bei den Ausgaben unter der Veranschlagung liegen. Das heißt, es wird auch geschaut, dass dieses Loch zusammengeht. Und wenn Sie sagen vorher und nachher 15%, da muss man halt die Inflation auch abziehen, weil des is ja alles ein nominelles Wachstum.

#00:20:34-6# FS fällt AS (P) ins Wort: So, dann kann ich Ihnen aber auch genau sagen, die Ausgaben sind um 40% gestiegen, Ausgaben 41 und die Preise um 25%.

#00:20:44-0# AS (P) versucht weiterzureden: Und die Löhne, Pensionen und auch die (unverst.) Investition wachsen mit (unverst., weil beide gleichzeitig reden)

#00:20:44-2# FS: Also die Ausgaben steigen doppelt so schnell, wie die Preise.

#00:20:51-0# M: Des is eigentlich relativ einfach, wir brauchen nur ab und zu einen Blick auf den Staatsschuldenrechner zu werfen und merken, also zum Besseren verändert sichs nicht, auch nicht, während wir hier sitzen (Graphik zu den Staatsschulden, die kontinuierlich ansteigen, wird gezeigt). Aber in diesem Buch steht so gewissermaßen Aussage gegen Aussage, da wirds wohl keine Annäherung geben zwischen den hier sitzenden Diskussionsparteien. Faktum ist aber, nach derzeitigem Wissensstand, 24, 24 Milliarden Euro fehlen bis 2018 und wir wollen jetzt darüber reden, wo das herkommen soll. Und da is amal eines ganz klar, eine Steuerentlastung, auf die sich vielleicht viele schon gefreut haben, die ist im Moment alles andere als fix, dabei klang das im Wahlkampf aus dem Mund des SPÖ-Chefs noch sehr optimistisch.

#00:21:37-2# Videoeinspielung: Kanzlerduell zwischen Werner Faymann und Michael Spindelegger, moderiert von Ingrid Thurnher.

#00:21:41-6# Faymann (sehr bestimmt): Wir haben 2016 ein ausgeglichenes Budget und mit unseren Maßnahmen werden wir erreichen, dass wir 2015 eine Steuerreform machen können, die mit 3 Milliarden Euro nicht besonders groß angelegt ist, sondern vergleichbar mit der letzten Steuerreform ist (M fällt ihm ins Wort)

#00:21:56-4# M: Gilt aber erst 2016, wenn das Budget ausgeglichen ist, nur das mer das festmachen...(Rest ihres Beitrags ist unverst., da Faymann wieder beginnt zu reden)

#00:21:59-5# Faymann: Nein, es gilt 2015, ich bin überzeugt, das ist möglich.

#00:22:03-6# Spindelegger: Wir haben bis 2016 ausgemacht, gibts ein ausgeglichenes Budget und bis dahin wird saniert. Nämlich saniert in dem Sinn, dass wir keine neuen Schulden mehr machen ab 2016. Und jetzt kommst du (an Faymann gewandt) zwei Wochen vor der Wahl und sagst 2015 machen wir eine Steuerreform wo jeder so und so viel Netto wirklich mehr bekommt. Des ist das, was ich nicht schätze, auch an dir nicht schätze. (Faymann versucht dazwischen zu reden, aber unverst.)

#00:22:28-3# Spindelegger (redet weiter): Ja und die Wahrheit ist, bis 2016 ham wir gesagt, gehn wir in Richtung ausgeglichenes Budget und des jetzt einfach umzuwerfen und zu sagen, 2015 verteile ich wieder, DAS ist aus meiner Sicht keine Handschlagqualität.

#00:22:38-4# M: Wird es für Sie eine Koalition mit einer Vermögenssteuer geben?

#00:22:43-3# Spindelegger: Sie fragen jetzt Dinge, wo ich Ihnen schon immer gesagt hab, Vermögenssteuern will ich nicht. Ich will keine neuen Steuern, nein, will ich nicht.

#00:22:49-4# Rückblende zur Diskussionsrunde

#00:22:49-4# M: Ja Herr Pühringer, bleibts dabei? Vermögenssteuern will er nicht, sagt der Herr Spindelegger, jetzt wissen wir aber aus dem Munde der SPÖ, wenn man, sagt die SPÖ, eine Vermögenssteuer machen würde, dann ginge es sich trotz dieser schwierigen Lage, mit diesem Loch, von dem wir immer reden, trotzdem eine Steuerentlastung aus. Trotzdem keine Vermögenssteuer?

#00:23:08-5# JP (P): Die ÖVP hat IMMER klar gesagt, wir wollen eine Steuerreform zu DEM Zeitpunkt, wo wir sie uns leisten können. Nicht, wo sie durch Gegenmaßnahmen, durch ein Belastungspaket gegenfinanziert werden muss. Es wäre ein FATALER Fehler, ein ganz fataler Fehler, wenn wir jetzt, was darum geht, Reformmaßnahmen zu erarbeiten, wie wir die Finanzprobleme lösen, als erstes mit neuen Steuern beginnen würden. Das wär ein FATALER Fehler. Ich möchte mehr Steuereinnahmen, (M stellt Zwischenfrage, aber unverst., da JP weiterredet) aber ich möchte mehr Steuereinnahmen durch eine bessere Konjunktur. Ich möchte Maßnahmen, die die Konjunktur ankurbeln, die die Konjunktur verbessern, dann kriegst du mehr Steuereinnahmen. Und die sind sicher. Bei erhöhten Steuersätzen, da zeigst du auch das falsche Signal an die Investoren, da zeigst du das falsche Signal an die, von denen wir uns für die Zukunft dieses Landes sehr viel erwarten.

#00:24:05-0# M: Kömmer das fix machen? Heißt das, das ist eine Koalitionsbedingung, weiterhin auch in den aktuellen Gesprächen der ÖVP zu sagen, mit uns kommt es auch nicht zu einer Erhöhung z.B. der Lohnsteuer, der Mineralölsteuer, der CO2-Steuer oder gar der Mehrwertsteuer und schon gar keine Vermögenssteuer. Ist das, was Sie uns sagen wollen, hier?

#00:24:23-2# JP (P) (sehr bestimmt): Ich hab Ihnen gesagt, dass das Erste und Wichtigste jetzt die Reform ist. Das wir nachhaltig reformieren müssen, das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig. Brüssel ist nicht so interessant da.

#00:24:35-9# Zwischenapplaus

#00:24:35-9# JP (P): Und zweitens sag ich Ihnen, man kann mit der ÖVP über Maßnahmen reden, was das Ansteigen des faktischen Pensionsalters angeht... (M fällt ihm ins Wort)

#00:24:45-6# M: (unverst.) dazu kommer gleich, jetzt red mer mal über die Steuer.

#00:24:46-8# JP (P) redet weiter: Man kann mit der ÖVP über eine Steuerreform reden, zu dem Zeitpunkt, wo sie darstellbar ist, wo sie nicht gegenfinanziert werden müssen und für diesen Zeitpunkt kann man auch über Steuern reden, aber jetzt stehen die Reformen und die Veränderungen im Vordergrund. Und wenn eine Steuerreform kommt, das sag ich auch gleich dazu, dann muss die Entlastung der Familien mit Kindern erfolgen, denn das tut mir weh, dass dieser Punkt gefallen ist und gestrichen wurde. Der MUSS im Lauf dieser Periode kommen, aufgeschoben darf nicht aufgehoben sein, das ist MIR ganz ganz wichtig.

#00:25:25-0# M: Hab ich Sie jetzt richtig verstanden, um das noch einmal zu präzisieren: Es ist eine Koalitionsbedingung der ÖVP, dass es weder bei bestehenden Steuern zu Anhebungen kommt, noch neue dazu erfunden werden. Hab ich Sie da richtig verstanden?

#00:25:36-0# JP (P): Mit Koalitionsbedingungen soll niemand in die Verhandlungen eingehen. Wer Mauern aufbaut, schafft Gräben und aus Gräben muss man sich herausarbeiten. Ich sage nicht, dass nicht da und dort ein Schlupfloch geschlossen werden kann, ein Steuerprivileg, eine Ausnahme verändert werden kann, das kann am Ende der Debatte debattiert werden. Aber zuerst reden wir über Reformen, über NACHHALTIGE Reformen, das man solche machen kann, hab ich in Oberösterreich vorgemacht. Wir ham a Spitalsreform gemacht, wir ham eine Verwaltungsreform gemacht, wir ham in den letzten drei Jahren 650 Dienstposten abgebaut und den Apparat verkleinert.

#00:26:14-4# M: Und jetzt müssen sie, die Länder hier, noch einmal eine Milliarde ein-spielen. Aber komme zurück zur Steuerreform und zur Vermögenssteuer. Herr Schieder, das hören wir ja jetzt in den vergangenen Tagen immer wieder auch, es gingert sich eh eine Steuerentlastung aus mit der Vermögenssteuer, aber diese Vermögenssteuer, die von der SPÖ so stark in den Vordergrund gestellt wurde, auch im Wahlkampf, das war eine der ersten Punkte, von dem sich auch der Partei-Chef verabschiedet hat und gesagt hat, das wird keine Koalitionsbedingung sein. War das vernünftig, war das klug?

#00:26:44-0# AS (P): Die Darstellung ist ja ein bisschen unpräzise, denn Werner Faymann und alle anderen haben auch gesagt, genauso wie auch der Kollege Pühringer, der jetzt zwar nicht zur SPÖ gehört, aber der ist genauso, es ist Koalitionsverhandlungen nicht ein Thema, wo man Bedingungen stellt, weder auf der einen, noch auf der anderen Seite (M fällt ihm ins Wort)

#00:27:03-1# M: Wir haben aber (unverst.) nur mit zwei Parteien zu tun.

#00:27:04-2# AS (P): Wir haben sehr wohl mit zwei Parteien zu tun und auch mit Sachpunkten und auch mit Forderungen. Und aus Sicht der Sozialdemokratie ist es dringend notwendig, den Faktor Arbeit zu entlasten, das heißt Senkung des Einstiegssteuersatzes und auch dieses Volumen auch zu generieren durch eine stärkere Belastung des Faktor Vermögens, aber auch - und das muss man dazu sagen - auch durch eine Entrümpelung des Steuersystems - Ausnahmen streichen, vereinfachen. Alle diese Dinge auch anzugehen, das haben wir immer gesagt - es braucht eine Steuerstrukturreform, die am Schluss auch das Wirtschaftswachstum unterstützt und fördert und da ist ein Gegenfinanzierungsteil auch die vermögensbezogenen Komponenten, die Millionärsabgabe und dergleichen. Und das werden wir mit dem Verhandlungsgegenüber diskutieren, die Positionen sind klar, wir finden das sehr sehr sinnvoll, die ÖVP findet das nicht sehr sinnvoll, daher wird man auch die anderen Fragen diskutieren, was Steuerstruktur betrifft, was Zielwerte betrifft, bei der Senkung des Einstiegssteuersatzes und natürlich auch wie man das technisch aufsetzt und letztlich auch wann man sowas für möglich hält. Aber es ist kein Abrücken von der Vermögenssteuer, es ist nur net so, dass wir jetzt hier, vor Ihnen live im Fernsehen, die Koalitionsverhandlungen auch zu diesem Thema führen werden.

#00:28:15-2# M: Warum eigentlich nicht? Würde die Menschen sicher sehr interessieren, live dabei zu sein.

#00:28:19-7# AS (P): Ich glaube da wären die Menschen noch mehr, äh (ringt nach Worten) höchstwahrscheinlich, ... verärgert, da würde der Kollege Lackner noch mehr sagen, es ist kommunikativ ein Desaster, da natürlich solche Verhandlungen oft sehr zäh sind und da sehr oft dasselbe dreimal gesagt wird und das ist ja auch nix Unbekanntes, aber man muss net noch live im Fernsehen übertragen.

#00:28:39-8# HL (beginnt schon während letztem Sprechakt von AS zu reden): Kommunikativ wars ja wirklich ein Desaster...

#00:28:43-4# AS (P) wirft ein, während HL weiterredet: Ich habe ja nicht bestritten.

#00:28:43-4# HL: ...wenn man der Meinung ist, dass es nur ein Ausgabenproblem gibt...

#00:28:49-2# AS (P) fällt ihm ins Wort, aber unverst., da HL weiterredet

#00:28:45-1# HL: ...seit Jahrzehnten auf der Kassa zu sitzen und dann den Eindruck zu erwecken, ich weiß nicht genau, wieviel da drinnen ist, dann Schätzungen zu haben, dass das Budget größer zu, jetzt verwend ich das Budgetloch nocheinmal...

#00:28:58-8# AS (P) setzt an, etwas einzuwerfen, tut es aber doch nicht

#00:29:01-9# HL: ...das Erwartungsloch, wie der ÖGB-Präsident Foglar es genannt hat. 40 Milliarden, es sind 30 Milliarden, es sind 20 Milliarden und dann setzt man sich zusammen, verhandelt vier, fünf Stunden und heraus kommt dann, kommen dann 24,24 Milliarden, auf zwei Komma-Stellen genau weiß mans plötzlich, zuerst war ein Spielraum von 20 Milliarden, plötzlich weiß mans auf zwei Kommastellen...

#00:29:26-4# AS wirkt, als ob er etwas einwerfen möchte, als ob er nicht einverstanden ist, mit dem was HL sagt, daher bezieht sich nächster Sprechakt von HL auf diese Reaktion.

#00:29:26-4# HL: Ich red jetzt vom kommunikativen Ergebnis, dass das hervorhebt

#00:29:28-3# AS (P): Nein ich... (Setzt zu Einwurf an, versucht ihn aber nicht durchzusetzen, HL redet weiter)

#00:29:28-3# HL: Und dann sagt sich das Publikum natürlich: Was is das? (Lachen) Des is... (unverst., da AS beginnt zu reden)

#00:29:35-6# AS (P): Ich hab mich des genauso gefragt, wie des Publikum, weil ich auch ehrlich gesagt, mich gewundert hab...

#00:29:39-5# HL fragt dazwischen: Als Teilnehmer?

#00:29:39-5# AS (P): Auch als Teilnehmer, weil ich mich gewundert hab, über die mediale - medial jetzt nicht von den Medien initiierte, sondern von der Politik initiierte Diskussion - man bräuchte einen Kassasturz, als wüsste man nicht, was in der Kassa ist. Ich sag nochmal, es gibt auch den Budgetbericht und sowohl die Finanzministerin als auch (unverst.) ham gesagt, der Vollzug funktioniert im heurigen Jahr trotzdem. Und wenn man DANN so schlecht kommuniziert, entstehen natürlich Aussagen, dass a Landeshauptmann in die Welt gesendet hat, dass er glaubt, es sind 40 Milliarden....

#00:30:07-9# HL fällt ihm ins Wort: Aber die Zahlen kommen vom Sektionschef vom Finanzministerium, der fürs Budget zuständig ist, das hat nicht der Landeshauptmann Wallner erfunden, der ja jetzt wirklich nicht so ein wilder Draufhau ist, nicht.

#00:30:18-1# AS (P): Ja, aber man sollt trotzdem zuerst die Zahlen überprüfen, über die man redet und dann das Interview geben und net umgekehrt.

(Breites Grinsen auf dem Gesicht von HL währenddessen)

Und solche (unverst.) führen dann halt auch zu einem Mega-Gau, lustigerweise dann, wenn eigentlich die ÖVP den Finanzminister gestellt hat, die letzten Jahre und vielleicht auch stellen wird, dann wärs ja auch einfacher, das telefonisch zu klären, anstatt sich medial so eine Verwirrung zu schaffen. Aber wichtig ist mir, noch einmal zu betonen, es gibt keinen Grund für eine Verunsicherung, der Budget-Vollzug im heurigen Jahr läuft gut und für die nächsten Jahre gibt es (M versucht dazwischenzureden) Prognose-Risiken und denen wird man sich stellen.

#00:30:52-1# M: Gut, also da waren jetzt ein paar Botschaften drin, über die wir reden sollten, erstens die Finanzminister, den Finanzminister wird vielleicht auch in den nächsten Jahren die ÖVP stellen - war das schon eine Festlegung?

#00:31:00-9# AS (P): Ich weiß net, wo Sie im Wort 'vielleicht' a Festlegung erkennen. Ich glaub 'vielleicht' drückt genau das Gegenteil aus, nämlich eventuell vielleicht, aber...

#00:31:10-2# M versucht dazwischen zu reden: Ok...

#00:31:10-2# AS (P): ...wenn zwei Parteien verhandeln wirds eine dieser Parteien sein. (Mit Grinsen auf dem Gesicht)

#00:31:13-6# M: Und dann wollt ich Herr Lackner noch gerne fragen, dieser Verzicht auf die Vermögenssteuer die doch ein dominantes Thema war im Wahlkampf der SPÖ, dieser Verzicht darauf, das als Koalitionsbedingung herzunehmen, könnte das der SPÖ möglicherweise innerparteilich auch noch Schwierigkeiten, gröbere Schwierigkeiten machen?

#00:31:30-2# HL beginnt schon zu reden, bevor M fertig ist: Ich glaube nicht, dass wirklich viele Leute in der SPÖ geglaubt haben, dass das durchsetzbar ist...

#00:31:34-6# M wirft ein: Aber Sie hams (unverst.), auch in der SPÖ!

#00:31:35-4# HL: ...das war eine Wahlkampforderung und ich glaub nicht, dass es wirklich ernsthaft jemand für durchsetzbar gehalten hat, aber das is halt das Problem im Wahlkampf, große Versprechungen zu machen - ich glaub, wenige Tage vor der Wahl war doch hier diese Diskussion, oder da unten an dieser Stelle, wo der Bundeskanzler sehr schön diese kommende Steuerreform dargelegt hat...

#00:31:54-0# M redet dazwischen: So is es,... (unverst., da HL weiterredet)

#00:31:54-8# HL: ... und nachher, wenige Tage später sagen: Jessesna, jessesna, jetzt komm ich drauf, ich habe gar kein Geld, das ist natürlich furchtbar, also der Eindruck, der da entsteht, ist katastrophal.

#00:32:04-6# M: Dabei ja haben Sie, Frau Schratzenstaller, immer wieder gesagt, oder das WIFO, und da waren Sie bei Weitem nicht allein, man müsste das Steuersystem in Österreich neu aufstellen, Vermögen höher besteuern, Löhne und Gehälter entlasten. Aus Ihrer heutigen Sicht, hält das, was ja auch heute z.B. Wiens Bürgermeister Michael Häupl, eine gewichtige Stimme in der SPÖ, gesagt hat, naja, irgendwie könnt mers auch in dieser Situation doch noch hinkriegen, eine Steuerentlastung zu machen, vielleicht nicht 2015, wie der Bundeskanzler versprochen hat, aber vielleicht doch in der kommenden Periode.

#00:32:38-6# MS: Ich kann mich gut erinnern, 2 oder 3 Wochen vor der Wahl sind wir auch hier gesessen, in dem alten Studio, da gabs ja ein "Im Zentrum"-Spezial zu Budget und Finanzen und da is genau die Frage diskutiert worden, ob sich das mit der Steuerreform ausgeht und ich bin im Publikum gesessen und gefragt worden, ob es sich ausgeht. Und ich hab gesagt, dass man eine Steuersenkungsreform in den nächsten Jahren, eben angesichts der budgetären Unsicherheiten und Risiken, wahrscheinlich nicht umsetzen wird können, weil man sich dadurch erst und das gilt natürlich heute genau noch so und bei allen Streitereien über die Zahlen, die dann irgendwann mal unproduktiv ist, is

es klar, dass es noch mehr Druck gibt auf die großen Reformen, die man umsetzen muss, um sich den Spielraum zu verschaffen, um eine Steuersenkungsreform durchzusetzen und umzusetzen, die ich eigentlich erst gegen Ende der Legislaturperiode sehe. Ich sehe aber gleichzeitig und ich hab das damals auch schon gesagt, also ich wiederhole mich ein bisschen gebetsmühlenartig allmählich, hab auch gleichzeitig gesagt, es gibt nichts desto trotz die absolute unbedingte Notwendigkeit einer Abgaben-Struktur-Reform, also die Notwendigkeit, die hohen Abgaben auf die Arbeit, vor allem für die unteren und mittleren Einkommen zu senken und da is erstmal gegenzufinanzieren angesichts des fehlenden Spielraums und da gibts ja eine Reihe von Möglichkeiten, das fängt an mit Ausnahmen in der Einkommens-, in der Umsatzsteuer, das geht weiter mit Möglichkeiten die Umweltsteuern zu erhöhen, also Steuern, die auch noch positive Lenkungseffekte haben, die wesentlich besser für Wachstum und Beschäftigung sind, als die hohen Abgaben auf die Arbeit und dann kann man ergänzen natürlich auch noch bestimmte, nicht die allgemeine Vermögenssteuer, die hat eine Reihe von Problemen, aber bestimmte vermögensbezogene Steuern zu erhöhen, das is zum Einen die Grundsteuer und zum Zweiten die Erbschaftssteuer, um hier auch ein gewisses Gegenfinanzierungspotenzial zu schaffen. Und dann muss man in dieser Diskussion um die Steuerreform wirklich ganz klar unterscheiden zwischen einer Steuer- und Abgabenstruktur, Abgabenstrukturreform, weil die Sozialversicherungsbeiträge ein großes Problem sind, und einer Steuersenkungsreform und da muss man sich einen Stufenplan machen für die Legislaturperiode.

#00:34:37-8# M setzt unmittelbar bei letztem Wort ein: Klingt nach einem großen Projekt, das schon lang gefordert wird, aber vielleicht nicht so schnell Geld reinbringt wahrscheinlich.

#00:34:44-8# FS: Naja, Geld reinbringt, es ist auch gesagt worden, dass die Einnahmen steigen sollen. Ich darf nur darauf hinweisen, dass die Einnahmen auf Rekordniveau sind, sie reichen nur jedes Jahr wieder nicht aus, um die Ausgaben abzudecken,..(jemand redet dazwischen, aber unverst. und nicht eingeblendet) d.h. die Bürger sehen seit 15 Jahren, steigende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und sie sehen seit 15 Jahren immer wieder, dass es nicht reicht. Und wenn man entlasten will, dann muss es eine Diskussion über die Ausgaben geben. Die gibt es aber nicht, wie hier die Runde auch wieder zeigt...

#00:35:13-7# M redet dazwischen: wir kommen gleich...

#00:35:13-7# FS redet weiter: ...man redet schon wieder darüber, wie man wieder neue Steuern...

#00:35:14-9# M versucht sein Sprechen "abzuwürgen": Nein wir kommen schon zu einem großen...

#00:35:21-3# FS versucht weiter zu reden: ... und das ist auch so ein Deja-Vu in dieser ganzen...

#00:35:17-9# M: Wir kommen jetzt umgehend zu einem großen Ausgabeposten und das ist der Posten Pensionen, das ist einer der ganz großen Brocken bis 2018, da fehlen ja auch an die 9 Milliarden Euro, aber an künftige Pensionistinnen und Pensionisten sind im Wahlkampf v.a. Beruhigungspillen verteilt worden, erinnern Sie sich noch?

#00:35:35-3# Videoeinspielung: erneut wird das Kanzlerduell zwischen Werner Faymann und Michael Spindelegger gezeigt, von Ingrid Thurnher moderiert

#00:35:42-5# M: Keiner hat die Frage, bis 2018 weitere Schritte bei der Pension gehen, die den Zugang erschweren, verschärfen oder ja.

#00:35:53-2# Faymann: Ich bin dafür, dass sich die Leut jetzt amal auf etwas verlassen können...

#00:35:56-0# M fällt ihm ins Wort: Ja oder Nein?

#00:35:56-0# Faymann wird laut und energisch: Ich will keine Änderungen, weil wir welche gemacht haben

#00:35:57-5# M spricht parallel: Keine Änderungen? Herr Spindelegger?

#00:36:00-0# Faymann spricht weiter: Und weil ich möchte, dass sich die Menschen auch mal auf etwas verlassen können.

#00:36:01-3# M: Gut.

#00:36:01-3# Faymann: Ja.
Zwischenapplaus

#00:36:03-9# Spindelegger: Ich bin auch nicht für Änderungen, sondern ich bin dafür, dass wir stabile Verhältnisse in allen Bereichen haben.

#00:36:07-0# Zurück zur Diskussionsrunde.

#00:36:07-0# M: Es wird sich also nix ändern müssen, alles bestens, der Bundeszuschuss zu den ASVG-Pensionen beträgt derzeit 9,6 Milliarden, also knapp 10 Milliarden, es fehlen noch einmal knapp 9 Milliarden bis 2018 und Sie, Herr Schellhorn sagen, das Umlagen-finanzierte Pension-System ist de facto pleite, das ist eine starke Ansage, wie kommen Sie dazu?

#00:36:30-0# FS: Naja, wenn Sie schauen, diese 10 Milliarden, dann gibts die Beamten-Pensionen mit 8 Milliarden, dann kommen noch amal die Zinsen dazu, dann ham Sie schon die gesamten Lohnsteuer-Einnahmen des Staates verbraucht. Also die Lohnsteuereinnahmen reichen gerade mal dazu aus, die Löcher im staatlichen Pensionssystem zu deckeln, die Beamten-Pensionen zu bezahlen, Stichtag heute, nicht erst in 5-10 Jahren und die Zinsen zu bezahlen. Das glaub ich sagt schon einiges aus, das heißt jetzt nicht, dass wir vor einer unbewältigbaren Situation stehen, dass es alles nicht mehr zu handeln is, aber man muss diese Probleme jetzt angehen, wenn man dann nicht in die Ecke kommen will. Und bei den Pensionen sag ich auch noch amal, nur um die Dimension zu klären: die Löcher in den staatlichen Pensionskassen machen dreimal soviel aus, wie der Staat für die Hochschulen ausgibt. Das heißt, nur für das Abdecken der Löcher. Und das is einfach eine Zahl, die glaub ich relativ viel sagt und die auch die Prioritäten klar macht. Und diese Prioritäten sollten sich ändern.

#00:37:28-8# M: OK. Herr Schieder, wirds da reichen, gebetsmühlenartig zu sagen, ja wir müssen das faktisch an das gesetzliche Pensionsalter heranführen?

#00:37:40-5# AS (P): Na, sagen wird da nicht reichen. Sondern es wird nur dann reichen, wenn es gelingt, das in den Zahlen, also sprich im echten Pensionsantrittsalter zu heben. Es stimmt, das im letzten Jahr oder im heurigen Jahr der Anstieg wie geplant

nicht im vollen Ausmaß gekommen ist, es ist aber auch so, das einige Umstellungsmaßnahmen, ich sag nur Pensionskonto und alle diese Dinge auch noch kommen, mit 1.1.2014, die ja auch Teil dieses Pakets waren. Ich glaub auch, dass mer in Zukunft, oder jetzt darüber nachdenken muss, wie man in Zukunft auch die Anreize, ein Bonus-Malus, nämlich die Anreize länger in Beschäftigung zu bleiben als Arbeitnehmer, aber auch länger Leute zu beschäftigen als Unternehmer, wie man diese Anreize so schaffen kann, dass man der demographischen Entwicklung, also dass wir älter werden, auch quasi schrittweise Herr werden. Aber des is glaub ich eine Aufgabe, wo einem auch klar sein muss, im Pensionssystem, Änderungen die wir heute machen, wirken sich manchmal auch erst in 10 Jahren aus, weil man natürlich nicht Änderungen macht, die sich im nächsten Jahr sofort total auswirken, sondern schrittweise über die nächsten Jahre dann immer auch noch stärker auswirken, nicht, das is in der Natur der Sache, ...

#00:38:52-2# M versucht ihn zu unterbrechen: Aber...

#00:38:52-2# AS (P) redet weiter: ... dass man ein Pensionssystem so immer wieder adaptiert, dass es in der Zukunft auch stabil ist.

#00:38:55-0# M: Gut jetzt sagt aber die Pensions-Kommission, die die Regierung einsetzt, Herr Pühringer, bei Ihren Berechnungen und die sind in die jüngsten Prognosen ja schon eingearbeitet, davon gehn wir mal aus, weil diese Prognosen ja von Oktober stammen, wens so weitergeht wie bisher, auch mit den Maßnahmen, die jetzt kommen, also erschwerter Zugang zu Invaliditäts-Pension und und und, dann wird es uns gelingen bis zum Jahr 2060 das Pensionsalter auf knapp 61 Jahre anzuheben und da sind wir immer noch MEILEN von 65 entfernt. Also muss da jetzt stärker eingegriffen werden und wenn ja, dann wo?

#00:39:29-1# JP (P): Ja, ich bin der Meinung, dass die Maßnahmen, die bis jetzt fixiert sind, sicherlich etwas bringen werden. Das kommende Jahr wird ein Elchtest, wie sich das auswirkt, was am 1. Jänner 2014 in Kraft tritt. Ich glaube aber, wir sollten diesen Bericht ernst nehmen und die Richtung, die der Kollege Schieder schon angesprochen hat, weiterzudenken - Bonus Malus-System - es muss attraktiv bleiben, länger zu arbeiten, wir KÖNNEN es auch denen net zumuten, die mit 65 in Pension gehen, dass sie zuschauen, wie andere in manchen Bereichen noch mit 54 oder mit 56 gehen. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch schauen, dass der Arbeitsmarkt so gestaltet ist, dass die 55-65-Jährigen auch noch wirklich eine Arbeit finden, wenn sie arbeitslos werden...

#00:40:22-2# M versucht ihn zu unterbrechen: Gut, aber...

#00:40:22-2# JP (P) redet weiter: ...das kommt dazu, das muss man schon sehen. Aber die Maßnahmen...

#00:40:24-8# M redet parallel, aber unverst.

#00:40:26-1# JP (P) redet weiter: ...die Maßnahmen reichen derzeit nicht aus, ich bin dafür, das Bonus-Malus-System wirklich jetzt ERNSTHAFT zu diskutieren. Wenngleich Ihre Ausführungen (wendet sich an FS) nicht ganz präzise waren, v.a. was die Beamtenpensionen und die Zuschüsse angeht, denn Sie wissen ganz genau, das dort auch die Dienstgeber-Beträge enthalten sind und das kann man nicht einfach in eine Abgangsdeckung...

#00:40:47-0# FS fällt ihm ins Wort, aber unverst.

#00:40:47-0# JP (P) redet weiter: ...das kann man nicht in eine Abgangsdeckung hineinwerfen.

#00:40:47-1# M: Gut, also...

#00:40:47-8# JP (P): Aber die Maßnahmen müssen verschärft werden, damit das Pensionsantrittsalter steigt, denn ich bin NICHT dafür, dass man den Pensionisten, die regulär in Pension sind, womöglich nicht die Erhöhungen gibt, das schadet auch der Kaufkraft, da bin ich wirklich dafür, lieber das Antrittsalter, das faktische, ordentlich anzuheben und den Pensionisten auch die ihnen zustehenden Pensionserhöhungen zu geben.

Zwischenapplaus

#00:41:10-1# M: Wird das reichen, Frau Schratzenstaller, glauben Sie, wenn man jetzt Maßnahmen ergreift, denn Malus gibts ja schon, wenn man früher in Pension geht, da gibts ja Abstriche, jetzt solls einen Bonus geben, wenn man länger arbeitet, glauben Sie, wird das zu einer nachhaltigen Steigerung des Antrittsalters führen, zu einer raschen vor allem?

#00:41:27-4# MS: Bin keine Pensions-Expertin, deswegen kann ich Einzelmaßnahmen nicht wirklich sachkundig kommentieren, aber ich glaube, die Richtung ist die Richtige, dass man versuchen muss, tatsächlich auch noch mehr Maßnahmen zu setzen, um das faktische ans gesetzliche Pensionsantrittsalter anzuheben. Ich glaub, das gesetzliche ist nicht das Problem, es ist das Auseinanderklaffen, diese Lücke, zwischen dem faktischen, dem tatsächlichen und dem gesetzlichen Pensions-Antrittsalter. Ich glaube aber, dass auch hier gilt, dass man eine umfassende Diskussion führen muss und ich glaube, dass man auch die Unternehmen in die Pflicht nehmen muss, das ist nicht nur der Staat, der hier agieren muss, sondern es sind auch die Unternehmen und es ist ein großes Thema, altersgerechte Arbeitsplätze, was glaub ich immer noch nicht sehr engagiert angegangen wird.

#00:42:14-9# M: Aber Herr Lackner, halten Sies denn für denkbar, dass die SPÖ, deren wichtigste Klientel ja die Pensionisten sind, bei den Pensionen da scharfe Maßnahmen zu ergreifen, die von vielen Experten immer wieder eingemahnt wurden?

#00:42:29-1# HL: Ich werd auch, so wie der Landeshauptmann Pühringer da meinen, dass man das nicht tun sollt, Pensionen zu kürzen oder nicht entsprechend zu erhöhen, die durchschnittliche SVG-Pension sind glaub ich 1100 Euro.

#00:42:39-4# M fällt ihm ins Wort: Und das geht (unverst., weil beide parallel sprechen)

#00:42:38-8# HL: Was will man denn den Leuten da wegnehmen mit 1100 Euro, das geht ja... (unverst., da M parallel spricht)

#00:42:44-8# M: Aber das hat ja mit dem Antrittsalter nichts zu tun.

#00:42:44-4# HL: Na na, das hat mit dem Antrittsalter nichts zu tun, aber es wissen doch irrsinnig viele Arbeitnehmer, dass mer in dem Betrieb, um irgendeinem Handshake zu entgehen, Slalom laufen muss, ab 55, weil ständig streckt irgendwer die Hand entgegen und sagt du hast an Handshake, du kriegst drei Monatsgehälter und verpuff dich. Das passiert ja ununterbrochen und da müssen die Betriebe mal aufhören mit dieser Unsitte

und das gehört wirklich amal geächtet, dieses Handshake-Unwesen, ne, das is wirklich unmöglich...

#00:43:16-2# FS redet dazwischen: ... aber auch in staatlichen Betrieben möchte ich dazu sagen (Rest unverständlich)

#00:43:17-5# HL: Überall, überall (auf Sprechakt von FS bezogen) (...) (Teil ist unverst., da FS und HL parallel reden) ...und wenn die Leute dann mit 54 oder mit 55 arbeitslos werden, schaut man, für die noch Jobs findet bis 65, das muss man, aber wie macht man das. Es ist leicht...

#00:43:29-3# FS fällt ihm ins Wort: Aber die Skandinavier haben das gemacht, die Skandinavier habens geschafft.

#00:43:34-4# HL: (Teil ist unverst., da FS und HL parallel reden)... das ist auch ein anderer Geist und nicht diese Frühpensionitis wie bei uns, das ist dann...

#00:43:38-0# FS fällt wieder ins Wort: Ja, das war das selbe Problem

#00:43:40-3# zusätzlich fällt ein anderer Gast - AS oder JP - ins Wort, aber unverst.

#00:43:40-5# M: Muss man da, Herr Schieder, grade z.B., weil das Stichwort ÖBB gefallen ist, was muss da passieren?

#00:43:46-4# AS (P): Mal um den Mythos der ÖBB aufzuräumen: es gibt in der ÖBB keine Leute mehr, die mit dem alten Dienstrecht, wo früher üblich war, dass man früher in Pension gegangen ist, noch gehen können. Sondern die ÖBBler von heute sind genauso in dem selben Schema wie alle anderen Arbeitnehmer auch und haben daher auch ein Pensionsantrittsalter, das sich im Regelpensionswesen im anderen Bereich orientiert oder dort ist. Ich glaub eins muss man auch klar sagen, Arbeitsmarkt und Pensionen hängen sehr eng zusammen und die Lücke im Pensionssystem, die jetzt die Kommission errechnet hat, die hat ja auch zu tun, dass wenn die Beschäftigung nicht in dem Ausmaß wächst oder besteht, d.h. wenn die Arbeitslosigkeit, wies prognostiziert ist, leider ansteigt, dass natürlich dadurch auch dann ein Problem besteht. Und das zweite Problem, das wir sehen ist, dass jede Firma, die zusperrt auch, ist man sehr froh, wenn man dann wenigstens Sozialpläne entwickeln kann, wo man Leute wenigstens auch in ein gesichertes Pensionssystem bringt oder auch (M versucht zu unterbrechen mit: Mh, aber AS redet weiter) wir wissen auch das Wesen oder Unwesen oder wie auch immer (an HL gewandt) in jeder Firma, in der es heißt, es müssen 20 Leute abgebaut werden, wird dann natürlich geschaut, wo kann jemand in Frühpension gehen, damit nicht ein Junger auf die Straße gesetzt wird...

#00:44:58-9# M fällt ihm ins Wort: Gut, aber...

#00:45:00-6# AS redet weiter: ...das sind natürlich alles Dinge, die haben mit der Konjunktur insgesamt zu tun - je besser es am Arbeitsmarkt ausschaut, desto weniger gibts auch diese Maßnahmen und da muss man glaub ich auch (an HL gewandt) noch dort, wo ein Unwesen herrscht, einen Riegel vorschieben und schauen, dass die Leute letztlich länger in Beschäftigung bleiben...

#00:45:14-3# M versucht ihn zu unterbrechen: Aber...

#00:45:14-3# AS (P): ...weil eins muss uns auch klar sein, die Leut, nicht die, v.a. in der Privatwirtschaft sind das nicht die, die sagen, ich will einfach gehen, sondern es sind sehr viele Leute, die WÜRDEN auch gerne länger weiterarbeiten, nur sehr oft is es so, dass die Leute in den letzten Jahren vor der Pension gar keinen Job mehr gefunden haben und sehr viele aus der Arbeitslosigkeit in die Pension wechseln.

#00:45:32-6# M: Aber is da nicht, entschuldigung, mit einem anderen Unwesen auch Schluss, das haben wir im Wahlkampf, ich weiß nicht, man konnts gar nicht zählen, wie oft wir das gehört haben, das Österreich noch immer das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit ist, müsste man dann nicht im zweiten Halbsatz dazu sagen, bei uns sind die Leut nicht arbeitslos, sondern in Pension - im Vergleich zu anderen Ländern?

#00:45:50-4# AS (P): Des is glaub ich sehr verkürzt, aber es is natürlich schon auch so, dass, wir ham zwei Bereiche, die uns helfen im Arbeitsmarkt, das eine is das Ausbildungssystem für die jungen Leute und natürlich auch, dass wir in der Vergangenheit sehr viele Leute, anstatt in die Arbeitslosigkeit auch in die Frühpension gegeben hatten.

#00:46:13-6# FS: Da gibts eine interessante Studie der Agenda Austria dazu, es war unsere erste, es gibt in ganz Europa nirgendwo so eine hohe Frühpensionierungs-Rate oder versteckte Arbeitslosigkeit bei Frühpensionisten, wie in Österreich. Warum man das gemacht hat, is auch ganz kurz jetzt erklärt worden, wies andere Länder gemacht haben, hab ich kurz erwähnt - Schweden, Finnland - und Sie haben natürlich Recht (an AS gewandt oder an HL), dass es einen Arbeitsmarkt für Ältere braucht, sonst hat es keinen Sinn, wenn man Leute oder Menschen von der Arbeitslosenstatistik quasi herauskriegt und in die Pensionsstatistik oder umgekehrt verschifft, es müsste so sein, dass man sagt, wie sehen die Lohnkurven aus - das is eine Forderung, die an die Sozialpartner geht, seit vielen vielen Jahren, dass sich die abflachen, wie die Sozialversicherungsbeiträge - ebenso eine Agenda der Sozialpartner - sinken können, nur so wirds zu schaffen sein können, so habens z.B. die Finnen geschafft, diesen Arbeitsmarkt für Ältere zu kreieren.

#00:47:05-0# M: Sind viele große Projekte, die wahrscheinlich auch noch viele Gespräche erfordern, aber bei einem anderen Detail war relativ rasch, erstaunlicherweise, eine Übereinkunft zwischen SPÖ und ÖVP da, da solls ja am Dienstag im Ministerrat schon einen entsprechenden Beschluss geben und da dreht sich um die, Herr Schieder, Luxus-Pensionisten, wie der Herr Waller z.B., ein Ihrer Partei nahestehender früherer Nationalbank-Präsident, der im Monat sage und schreibe 32.000 Euro Pension kassiert. Wie wollen Sie denn dem zu Leibe rücken, ganz konkret?

#00:47:40-8# AS (P): Das wird sich am Dienstag im Ministerrat entscheiden, weil natürlich jetzt auch noch drüber gesprochen wird, aber ich halte ehrlich gesagt auf dem öffentlichen Sektor und da gehört letztlich auch die Nationalbank, auch wenn sie unabhängig ist, auch dazu, solche Pensions-Summen für vollkommen unverständlich. Und daher hab ich auch voll unterstützt alle Ideen, die gesagt haben, man muss dem einen Riegel vorschieben.

#00:48:00-6# M: Welche gibts denn da, das is interessant, denn es wird immer so dargestellt, als wär das so furchtbar schwierig, an diesen Pensionen etwas zu ändern.

#00:48:08-5# AS (P): Ja es gibt verschiedene Diskussions-(unverst.), Pensions-Sicherungsbeiträge auch dort einzuheben, so dass man wenigstens auch eine Einnahme lukriert. Oder alle Änderungen in den Dienstverträgen, ham uns alle Rechtsgutachten, wir diskutieren jetzt schon länger, also wir hätten das gern schon länger saniert. Sie

brauchen einen verfassungsmäßigen Eingriff, weil sie sonst quasi von den Höchstgerichten nicht akzeptiert werden und des is die schwierige Frage, die sich jetzt gerade die Leute, die des verhandeln und anschauen auch anschauen.

#00:48:35-7# M: Ab welchem Betrag beginnt für Sie eine Luxus-Pension?

#00:48:37-9# AS (P): Sie ham des Thema eingebracht, jetzt müss mer des eigentlich von Ihnen hören...

#00:48:40-9# M (während AS noch redet): Nein, nein...

#00:48:46-9# AS (P) redet weiter: ...Sie ham ja gsagt, ich mein, schauen Sie...

#00:48:45-2# M (parallel zu AS): Über das wird viel gesprochen - was is für Sie eine Luxus-pension?

#00:48:47-2# AS (P): Ich hab gesagt, ich halte im öffentlichen Bereich die Pyramide wie sie is, im Einkommensbereich mit dem Bundespräsidenten ganz oben, für eine sinnvolle Pyramide und daraus abgeleitet auch Pensionen. Ich glaube auch, dass in Wirklichkeit alle auch von dem System leben können, wo auch alle Jungen - egal ob sie in der Politik oder im öffentlichen Bereich sind - nämlich eine ASVG-Pension einzuzahlen und gegebenenfalls darüber selbst in eine Pensionskasse einzuzahlen, das sind alles Varianten, die ich für wesentlich besser halt, aber Sie wissen auch, bevor Sie mir jetzt noch drei Fragen stellen (an M gewandt), ich stell Ihnen nämlich sonst auch die Rück-(unverst.), es gibt sie nicht NUR in dem Bereich, wir kennen des auch aus andern Unternehmen, vom ORF angefangen bis hin zu anderen Bereichen auch, man muss natürlich...

#00:49:26-9# *M fällt ihm ins Wort, Sprechakte überschneiden sich zu Beginn von Ms Sprechakt:* Kenn niemand, der 32.000 Euro Pension im Monat bekommt. Glaub ich ziemlich einmalig, oder?

#00:49:32-2# AS (P): Vermutlich schon.

#00:49:35-5# M: Gut, wo beginnt für Sie, Herr Pühringer, die Luxus-pension, ab der Sie sagen...

#00:49:41-3# AS (P) fällt M ins Wort: Aber i, weil Sie mi so anschaun, i hab die net eingeführt, die Pensionen, ich hab auch net gsagt, dass des gescheid is, ich halt des für nicht richtig...

#00:49:44-6# M fällt ihm ins Wort: Nein, nein, wir ham wahrgenommen, dass Sie sagen, es ist nicht richtig.

#00:49:46-5# AS (P): Nein, weil Sie immer so tun, als hätt ich des leiwand gfunden. Ich find des nicht richtig und unerhört und möchte das auch abschaffen.

#00:49:54-3# M: Gut, ich glaub da is ein großer Volkszorn auch da über solche Beträge, Herr Pühringer, wo beginnt für Sie eine Luxus-Pension, wo Sie sagen würden, da muss man schauen, ob man da a bissl was wegnehmen kann.

#00:50:01-1# JP (P): Das soll man ordentlich diskutieren, da werd ich jetzt keine Zahlen nennen, eines ist klar, für einen ASVG-Pensionisten sind 30.000 Euro eine Provokation. Und da muss man jetzt schauen, ob man das auf rechtlichem Weg abschaffen

kann. Wenn das geht, bin ich in der ersten Sekunde dafür. Und zweitens, man muss auch überlegen in Zukunft, diese Pensions-Möglichkeit hat ja wer ermöglicht, da hats ja Ermöglicher gegeben, dass man in Zukunft solche Pensions-Verträge auf keinen Fall mehr macht. Das sind wir den normalen Pensionisten schuldig, das sind wir aber auch der Jugend schuldig,...

#00:50:39-7# M versucht ihm ins Wort zu fallen, aber unverst.

#00:50:39-7# ...wir geben ja sonst vollkommen falsche Signale an die junge Generation in diesem Land.

Zwischenapplaus

#00:50:43-4# M: Jetzt wollen wir nur hoffen, dass das... (unverst., da Klatschen so laut ist) is ja nicht das erste Mal, dass eine solche Diskussion auch geführt wird und das Wort, das man dann zu hören bekommt is - Sie ham gesagt, in bestehende Verträge eingreifen ist schwierig und es gibt den Vertrauensschutz. Herr Lackner, Sie kennen diese Diskussion wahrscheinlich noch länger als ich sie kenne, halten Sies für denkbar, dass da was gemacht werden KANN?

#00:51:08-6# HL: (skeptischer Blick) Man kanns versuchen, ob das dann hält vor Gericht, das weiß niemand, auch die, dies versuchen werden. Dieser Begriff des Vertrauensschutzes, der is so relativ - worauf kann ein normaler Arbeitnehmer vertrauen - auf gar nix. Der kann seinen Arbeitsplatz morgen verlieren. Wir haben eine Umfrage gemacht, diese Woche, also Profil - jeder dritte Österreicher, jeder dritte Befragte, also jeder dritte Österreicher oder Österreicherin fürchtet, dass sie im kommenden Jahr, den Job verliert oder dass ein naher Angehöriger, der oft der Familienerhalter ist, den Job verliert. Jeder Dritte. Das ist verdammt viel und es ist eine große Unsicherheit und die können auf nix vertrauen, die können vertrauen, dass sie des Arbeitslosengeld bekommen, aber sonst nix. Der Leiter des AMS hat davor gewarnt, dass Ende nächsten Jahres 480.000 Menschen arbeitslos sein könnten in Österreich oder 450.000. Das ist eine furchtbare Zahl! Derzeit sinds glaub ich 280.000. Das is eine furchtbare Zahl, das is eine furchtbare Entwicklung und da müssts einen gewissen Vertrauensschutz für diese Leute geben, dass alles getan wird, dass das nicht eintritt, dass das nicht passiert, dass bei der nächsten Weihnachten eine halbe Million Arbeitslose in Österreich dasitzen.

Zwischenapplaus

#00:52:27-2# M: Das is ein gutes Stichwort im Übrigen, dass wir vielleicht etwas ansprechen sollten, Frau Schratzenstaller, das Interessante is ja, der Herr Schellhorn hats zu Beginn der Diskussion schon kurz angesprochen, ja auch vorliegend aus dem Februar 2012, das Konsolidierungspaket 2012 bis 2016, das hatte damals ein Volumen von 26,5 Milliarden Euro, war auch eines der größten aller Zeiten, ham wir damals erzählt bekommen und wenn man da ein bisschen zurückschaut, hat man da den Eindruck, gut, wenns uns schlecht geht und die Arbeitslosenzahlen steigen, dann werden Konjunkturprogramme aufgelegt und wenns uns noch schlechter geht, dann werden Teile der Maßnahmen aus diesen Konjunkturprogrammen wieder zurückgenommen. Ist das sinnvoll?

#00:53:11-0# MS: Man muss natürlich immer dann, je nachdem in welcher aktuellen Situation man sich befindet, natürlich auch bestehende Programme auf den Prüfstand stellen, das is ganz klar. Und es is auch klar, jetzt das is ein Teil dieser Diskussion, die wir jetzt haben, das ein Teil der Konsolidierungsmaßnahmen nicht so gegriffen hat oder

wahrscheinlich auch nicht so greifen wird, wie man erwartet hat, also die Finanztransaktionssteuer ist ein Beispiel...

#00:53:37-0# JP (P) fällt ihr ins Wort: Die ist noch nicht da, die gibts noch nicht.

#00:53:38-3# MS: ...wie weit die Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters greifen werden, wird man sehen. Es sind erste Schritte gesetzt worden in den großen Reformprojekten, aber es ist auch völlig klar und wie gesagt unabhängig davon, wie die zweite Nachkommastelle ist, dieser Zahl, die dieses sogenannte Budgetloch jetzt quantifizieren soll, es ist auch völlig klar, dass in den großen Reformbereichen viel mehr passieren muss, also das ist glaube ich eine ganz wichtige Säule dessen, also des Regierungsprogramms für die nächsten fünf Jahre. Zusammengekoppelt natürlich, und das wird meines Erachtens noch zu wenig diskutiert, mit Maßnahmen, die Wachstum und Beschäftigung stärken.

#00:54:17-5# M: Das ist genau so ein Punkt, na da wird in einem Konjunkturprogramm mal gesagt, wir bauen einen großen Tunnel und das nächste Mal wird dann gesagt, ja den großen Tunnel, der als Beschäftigung- und Konjunkturprogramm gedacht war, den bau mer jetzt nimmer, weil wir jetzt das Geld nicht haben, grad wenn andere sagen, grad jetzt braucht ma...

#00:54:34-5# AS (P) und MS erheben beide gleichzeitig das Wort, zunächst beide unverst., AS setzt sich durch: ...wir haben bewusst jetzt auch im Budget-Rahmen alles gelassen, was Offensiv-Mittel sind, das ist Finanzierung der 24-Stunden Pflege, das ist Ausbau von Kinderbetreuungs-Einrichtungen und ganztägigen Schulformen, die Mehrmittel, die da berücksichtigt wurden auch bewusst in dem Rahmen weiterhin gelassen, weil sie nämlich die Chance bieten, auch in Zukunft, Stabilität und wirtschaftliches Wachstum auch zu unterstützen und das ist kein Tunnel sondern das sind Kindergärten und andere Bereiche, die sind aber sehr sinnvoll, weil die stehen nachher noch immer da und sind lange nutzbar.

#00:55:08-9# M: Gut. Frau Schratzenstaller, eine kurze Präzisierung noch zu diesem Thema.

#00:55:13-3# MS: Eine kurze Verstärkung zu diesem Thema, ich halte das für sehr begrüßenswert, ich glaube aber auch, dass wir mehr brauchen, vor allem dann, wenn wir mehr konsolidieren, dann brauchen wir auch mehr in diesen Offensiv- (unverst.).

#00:55:22-2# FS: Darf ich da noch einen Satz dazu sagen - es ist auch wieder ein Teil, diese Illusion, dass man den Bürgern vorgaukelt, der Staat könnte hier großartig Konjunktur schaffen. Der Staat kann in der Binnenkonjunktur nur die Bauwirtschaft anlegen, sonst sind wir Konjunkturnehmer, von der Exportwirtschaft, Sie wissen das genauso gut, wie ich, also wir können jetzt die Straßen dreimal teeren, wir können da auch Tunneln bauen, wenn man die Konjunktur anregen will, dann soll man die Belastung der Bürger senken, dann soll man für unternehmerische Dynamik sorgen, das ist die nachhaltigste Art und Weise, ich erinnere nur, wie die Stadt Wien einen Erfolg gefeiert hat mit den billigen Jahrestickets, die hat man gesenkt auf 360 Euro, plötzlich ist der Umsatz nach oben gegangen, man hat sich gar nicht mehr wehren können - das solltens bei den Steuern auch einmal probieren und bei den Sozialabgaben. Das System funktioniert! Kostet am Anfang aber...

#00:56:10-0# AS (P) fällt ihm ins Wort zu Anfang unverst., da FS noch redet: ...das Kinderbetreuungseinrichtung etwas ist, wo die Nachfrage, nämlich der Wunsch nach Einrichtungen, größer ist, als das Angebot und daher sinnvoll ist...

#00:56:15-7# FS: Ja, ja...

#00:56:15-7# AS(P): das man das gleich macht...(unverst. da FS redet und JP auch das Wort erhebt)

#00:56:18-9# JP (P) zunächst unverst. da alle drei reden): ...Man muss heftig widersprechen! Denn erstens ist aus diesem Programm vieles verwirklicht worden und zweitens wird nicht nur die Bauwirtschaft angeregt, wir müssen jetzt alles tun, was den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit stärkt - in Forschung, in Entwicklung, in Bildung investieren, das bringt letztlich auch Konjunktur, das... (unverst., da FS ihm ins Wort fällt)

#00:56:39-9# FS: Aber das versprechen Sie seit Jahren und wenn das funktionieren würde, säßen wir nicht hier (redet parallel zu JP, sehr schwer verständlich)

#00:56:46-2# JP (P): ...(unverst., da parallel zu FS) und ich bin auch der Meinung, dass die 24 Milliarden Konsolidierung zu wenig ist, dass wir für ein Offensiv-Programm noch mehr Mittel brauchen und daher werden wir die ganzen Reformen relativ mutig anlegen müssen. Jetzt muss es sein, sonst kriegen wir das Potential nicht, das wir die Zukunftsprojekte auch in Österreich früher kriegen können.

#00:57:05-3# FS fängt schon bei seinen letzten Worten an zu sprechen: Wenn das funktionieren würde, würden die Schulden nicht durch die Decke gehen und hätten wir nicht so hohe Steuern...

#00:57:10-4# JP (P) fällt ihm ins Wort: Aber Sie reden von der Vergangenheit! Ich red von der Zukunft!

#00:57:12-6# FS: Nein! Ja, aber das hams oft versprochen...

#00:57:16-4# M unterbricht: Gut. Sie haben angesprochen, dass aus diesem Konsolidierungspaket vieles umgesetzt wurde. Viele Menschen fragen sich natürlich, ja, jetzt wollen die Politiker schon wieder bei uns sparen, aber bei sich selbst sparen sie nie. Und da ist jetzt z.B. ein Punkt in diesem Konsolidierungspaket nachzulesen, da haben sich die Verhandlungspartner SPÖ und ÖVP damals vorgenommen, z.B. die Zahl der Abgeordneten im Nationalrat und im Bundesrat um 10% zu senken, Projekt: abgesagt. Sehr wohl stark erhöht hat man unterdessen die Parteienförderung. Muss es einen da wundern, Herr Schieder, wenn die Leute manchmal einfach nur sauer sind.

#00:57:49-8# JP(P) wirft in letzten Sprechakt von M ein: Das stimmt ja net.

#00:57:50-1# AS (P): Das stimmt so nicht. Und man braucht sich nicht wundern, dass die Leute sauer sind, wenns die Journalisten, so wie Sie das dann so verkürzt erzählen...

#00:57:57-4# M versucht ihn zu unterbrechen: Na na, Moment, nicht verkürzt, diese 10% der Reduktion bei der Zahl der Abgeordneten...

#00:58:07-0# AS redet weiter, aber unverst., da M auch redet: ...glaubt einem am Schluss keiner, aber...

#00:58:05-4# M: ...gibts nicht, oder?

#00:58:05-4# AS (P): Die Reduktion der Zahlen der Abgeordneten hat es nicht gegeben, weil es auch nicht die politischen Mehrheiten dafür gegeben hat, da hätte es nämlich über den zwei Koalitionsparteien auch noch einer Verfassungsmehrheit bedurft, es is aber auch richtig, dass auch innerhalb der beiden Koalitionsparteien einige der Meinung waren, dass es NICHT sinnvoll wäre. Die Regierung soll verkleinert werden, es sollen weniger Minister auch in der zukünftigen Regierung sein, als in der jetzigen und was die Parteienförderung betrifft, nur zur Klarstellung: ich möchte schon betonen, dass die Parteienförderung umgestellt worden ist im System, d.h. Wahlkampfkosten-Refinanzierung nicht mehr gibt, dafür is die Parteienförderung... (unverst., da JP ihm ins Wort fällt)

#00:58:43-6# JP (P) fällt ihm ins Wort: Wir ham zurückgenommen.

#00:58:46-5# AS (P): ...Und in Summe is aber auch weniger für die Parteien und für die Parteienfinanzierung da drinnen.

#00:58:52-1# M: Sie wissen aber auch, dass wir im internationalen Vergleich, ich glaub nach Japan, die höchste Parteienförderung weltweit haben, im Vergleich, hat eine Studie erbracht, Herr Landeshauptmann?

#00:59:00-9# JP (P) während M noch etwas sagt, aber unverst.: Frau Thurnher, ich halte die Diskussion, "wie viele Abgeordnete", ehrlich gesagt für zweitrangig. Die Frage sind die Ausgaben. Führen wir Benchmark-Seiten? Führen wir Benchmark-Seiten - ich hab da zwei Beispiele (zeigt zwei Graphiken): die Kosten der Bezirkshauptmannschaften pro Einwohner in Österreich. Die reichen von 60 Euro bis 82 Euro. Die Kosten der Landtage pro Einwohner, die reichen von 10 Euro bis zu 32 Euro. ...(unverst.) Letztlich kommts nicht drauf an, wieviel Leute da drinnen sitzen, letztlich kommts drauf an, wieviel Steuer-geld dafür ausgegeben wird. Im Gesamtbereich der Politik, aber auch im Bereich der Verwaltung, würden wir mit Benchmarks, so wies die Wirtschaft auch macht, wesentlich mehr bewegen, als wie wenn man sagen, da um 4 kürzen und da um 6 kürzen. Was kostets unterm Strich für den Steuerzahler - das ist die entscheidende Frage.

#00:59:53-1# M: Niemand hindert Sie daran.

#00:59:55-6# JP (P): Wir tun das auch, wir schau'n uns das sehr genau an...
Zwischenapplaus

#00:59:55-3# ...und Oberösterreich liegt MITTE! Das kann ich Ihnen sagen.

#00:59:59-9# M: War zu vermuten, dass das der Hintergrund Ihres Vorschlages war. Meine Damen und Herren, übrigens, falls Sie nicht mitrechnen konnten, wie sich jetzt eigentlich unsere Schulden in dieser Stunde entwickelt haben, es war ja auch gar nicht so ganz so einfach...

am unteren Bildschirmrand wird eine Leiste mit "0" eingeblendet, die dann eine rapide ansteigende Zahl zeigt

#01:00:17-4# M: ...Wir haben in etwa mitgerechnet und nach unserer Berechnung sind unsere Staatsschulden in dieser Stunde, während wir hier diskutiert haben, um ca. 894.000 Euro gewachsen. Wenn Sie selber nochmal nachschauen wollen, wie das wächst von Minute zu Minute, auf www.staatsschulden.at (Die Seite wird eingeblendet) kann man das anschaulich mitverfolgen, vor Wirkungen und unerwünschten Nebenwirkungen auf Ihr Gemüt sei an dieser Stelle ausdrücklich gewarnt. Bei Ihnen im Studio

bedanke ich mich sehr herzlich fürs Diskutieren heute Abend, wir sind gespannt auf die nächsten Gespräche. Jetzt zeigt Ihnen gleich der doc.film ein Portrait einer der berühmtesten Familien der USA, die Kennedys aus dem Blickwinkel der Kinder der Dynastie, zum 50. Jahrestag der Ermordung von John F. Kennedy. Also bleiben Sie auf, schauen Sie zu, wir sehen uns, wenn Sie auch mögen, nächsten Sonntag an dieser Stelle wieder, bis dahin, machen Sies gut.

#01:01:17-3# Klatschen, Schlussmelodie

Transkript C

60 Minuten Politik, 14.11.013, 22:25 Uhr

Thema: „Die Herausforderungen der Zeit - was sind die richtigen politischen Antworten?“

Dauer: 1:02 Stunde

Moderation (M): Christoph Takacs, ORF III - Chefredakteur

Gastmoderation (M2): Rainer Nowak, Chefredakteur der Tageszeitung Die Presse

Gäste: Klubobleute der Parlaments-Parteien:

Dagmar Belakowitsch-Jenewein (Stv. Klubobfrau, FPÖ) - DBJ

Werner Kogler (Stv. Klubobmann Die Grünen) - WK

Matthias Strolz (Klubobmann Neos) - MS

Waltraud Dietrich (Geschäftsführende Klubobfrau Team Stronach) - WD

Anordnung im Raum: Frontal in der Mitte stehen Moderator und Gastmoderator nebeneinander an einem gemeinsamen Pult, schräg rechts und links davon jeweils zwei Diskutanten, auch an je einem Stehtisch, so dass sich ein leichter Halbkreis bildet.

Eröffnungsmelodie, währenddessen werden verschiedene Ansichten des österreichischen Parlaments gezeigt: von außen, diverse Innenräume z.T. mit Kamera/ Scheinwerfern sowie Personen, die miteinander reden, so dass klar wird, dass hier eine Fernsehaufzeichnung stattfindet.

#00:00:16-8# Titel der Sendung "60 Minuten Politik" wird auf gesamtem Bildschirm eingeblendet, von dort wird weggezoomt, so dass erkennbar ist, dass sich das Logo auf einem Fernsehbildschirm befindet, die Kamera schwenkt zum Moderator und Gastmoderator, die nebeneinander an einem Stehtisch stehen.

#00:00:18-9# M: Träume sind Schäume. Aus also der Traum von einer höheren Familienbeihilfe, auch von niedrigeren Steuern. Bei den Pensionen müsse etwas passieren, beim Staat auch. Im Klartext - (unverst.) von Österreicher werden den Gürtel enger schnallen müssen, um die rund 24 Milliarden Euro, die im Budgetplan bis 2018 fehlen, aufbringen zu können. Guten Abend, meine Damen und Herren, bei 60 Minuten Politik, direkt aus dem Machtzentrum der Republik, dem Parlament in Wien.

Statt süßer Steuerzuckerl vor der Wahl, saure Belastungen danach, aber bleiben wir sachlich. Es gebe kein Budgetloch, argumentieren Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ und Vize-Kanzler Michael Spindelegger, ÖVP unisono. Es gebe veränderte Prognosen für die kommenden Jahre - darauf reagiere man. Die Opposition reagiert auch, spricht von einer glatten Budget-Lüge und von einem Armuts-Zeugnis der alten Regierung. Sie fordert einen Untersuchungsausschuss, das Team Stronach gar eine Annullierung der Nationalratswahl. Allerdings, abseits der unterschiedlichen Partei-Positionen

zählt am Ende des Tages dann nur eines - die richtige politische Antwort auf die Herausforderungen der Zeit. Aber wie sehen sie aus und was ist mit Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Respekt? Ist der angesagte neue politische Stil der Zusammenarbeit schon tot, ehe er erste Schritte machen konnte? Darüber diskutieren heute Rainer Nowak, Chefredakteur der Tageszeitung Die Presse, *an Rainer Nowak gewandt*: Hallo Rainer (dieser reagiert nur mit Nicken), und ich, mit hochrangigen Oppositions-Vertreterinnen und Vertretern. Ich begrüße die stellvertretende Klubobfrau der FPÖ, Dagmar Belakowitsch-Jenewein, *an sie gewandt*: Hallo.

#00:01:48-9# DBJ: Hallo.

#00:01:48-9# M: Die geschäftsführende Klubobfrau des Team Stronach, Waltraud Dietrich, *an sie gewandt*: Grüß Gott.

#00:01:52-2# WD: Grüß Gott.

#00:01:52-2# M: Werner Kogler, den stellvertretenden Klubobmann der Grünen, *an ihn gewandt*: Hallo.

#00:01:56-8# WK: Guten Abend.

#00:01:56-8# M: Und Matthias Strolz, den Klubobmann der Neos, *an ihn gewandt*: Grüß Gott.

#00:02:00-9# MS: Guten Abend.

#00:02:00-9# M: Herzlichen Dank für Ihre Zeit und die Bereitschaft zur Diskussion. Die alte Regierung hat sich vieles vorgenommen, was die voraussichtlich neue nicht halten kann. Die gepriesene neue Form der Zusammenarbeit scheint eine veritable Baustelle zu sein. Es knirscht im Gebälk zwischen den Parteien. Und auch zwischen dem Wahlvolk und den politischen Vertreterinnen und Vertretern scheint sich besonders ein Gefühl breit zu machen - Furcht. Andreas Heyer berichtet.

#00:02:29-0# Videoeinspielung: Gruselige Halloween-Figur ist zu sehen und im Anschluss weitere Bilder, die das Gesagte unterstreichen. Männliche Stimme aus dem Off: Süßes oder Saures zu Halloween kennt jedes Kind. Jetzt scheinen es auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler am eigenen Leib zu erfahren. Statt süßer Steuersenkungen dürfte es für die Steuerzahler sauer werden. Es winkt ein Belastungspaket statt angedachter Steuersenkungen. Das sorgt für gereizte Stimmungen und gegenseitige Schuldzuweisungen innerhalb der alten und wahrscheinlich neuen Koalition. Der Plan, mit einer neuen Form der Zusammenarbeit das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen, scheint einen gehörigen Dämpfer zu bekommen. Es geht um mehr, als ums Steuergeld, es geht um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen des Wahlvolks in die Politik. Das enorme Budgetloch, das der Kassasturz zu Tage förderte, hängt sich wie ein Mühlstein auf das Image der Politik. Seit gestern scheint nun immerhin das Ausmaß der fehlenden Milliarden bis 2018 geklärt: rund 18,4 Milliarden fehlen in den regulären Budgets. Rund 5,8 Milliarden werden für die Bankenhilfe auf die Seite gelegt.

Einblendung Werner Faymann: "Ich persönlich geh davon aus, dass das auf der harten Seite der Prognose ist. Da ist viel eingestellt von dem, das in der Vergangenheit nicht so hart genommen wurde."

Weiter mit Stimme aus dem Off: Klar scheint, dass als Ausweg nur das Sparen bleibt.

Einblendung Michael Spindelegger: "Wir sind noch nicht aus der Krise, ganz im Gegenteil. Wir ham noch fünf Jahre vor uns, die sehr viel an Reform-Arbeit bedeuten, wir müs-

sen überall dort, wo notwendig ist, bei den Pensionen, bei der Frage Staatsaufbau, bei der Frage, wo wir große Kosten, auch bei der Gesundheit tatsächlich zu verzeichnen haben, Reformen setzen."

Weiter mit Stimme aus dem Off: Damit müssen sich nun alle Zukunftspläne der nächsten Regierung, wie die angepeilte Steuerreform oder die Erhöhung der Familienbeihilfe, der Budgetsanierung unterordnen. Da wären wir wieder beim neuen Stil der Zusammenarbeit, nicht nur der Politik, sondern auch bei einem neuen Stil der Zusammenarbeit zwischen der Politik und den Wählerinnen und Wählern. Budgetloch hin oder Budgetloch her. Und schon stellt sich zwei Wochen nach Halloween abermals die Frage: Spukt der alte Geist schon wieder in den Köpfen politischer Verantwortlicher oder besinnt man sich doch des vielzitierten neuen Stils um die richtigen Antworten auf die drängenden politischen Fragen der Zeit zu finden.

#00:04:33-9# Zwischeneinblendung: im Hintergrund Säulenhalle des Parlaments, im Vordergrund: "60 Minuten Politik"

#00:04:36-5# Einblendung Studio

#00:04:38-0# M2: Ich darf mit den längst Dienenden in dieser Runde beginnen. Herr Abgeordneter Kogler, Sie als Veteran, als Dinosaurier der Budget-Politik, Sie haben doch genau gewusst, dass das passieren wird. Sie haben doch den Wahlversprechen vorher nicht geglaubt und Sie haben gewusst, dass dann ein Sparpaket kommen wird. Zumindest haben das alle anderen geglaubt, also ich auf jeden Fall, warum jetzt die große Überraschung?

#00:04:59-3# WK: Ja, zwei Dinge: erstens haben wir ja seit einem Jahr und dort speziell beim Haupt-Budgetloch (sagt das mit einem kurzen, verächtlichen Lachen), den Problem-Banken, immer wieder drauf hingewiesen, dass sich hier nicht nur Milliardenlöcher auftun in Wahrheit und das ist ja das Ärgerliche, darüber sollte auch gesprochen werden, ist ja das Budgetloch, bezugnehmend auf die Banken, wesentlich größer als die fünf Milliarden, die hier eingestellt werden, die lügen ja schon wieder weiter. Wir haben drauf hingewiesen, weil Sie das ansprechen, in der Tat, dass hier aus budget-kosmetischen Gründen, weil die Leichen der Problembanken im Keller weiter geschminkt werden sollten, das in Kauf genommen hat, bis nach der Wahl (unverst.) und das ist net immer nur die Frau Fekter alleine gewesen, wir haben das auch adressiert an den Herrn Bundeskanzler und an den Herrn Vizekanzler - in Wahrheit ist die Regierungsbank bis hin zur Spitze zur Ankleidebank geworden und das ist net ganz unerheblich, glaub ich, das muss so festzuhalten, es wird da jede Glaubwürdigkeit verspielt wurde. Und das Schlimmste kommt am Schluss, dieses Verschieben der Sanierung, der Etablierung der Abwicklungseinheiten, etwa bei der Hypo Alpe Adria, hat uns und heute ist es rausgegangen, zusätzlich eine Milliarde gekostet, mit Jahresende, weil wir noch immer keine Abwicklungseinheit haben. Wir haben gesagt, mach mal ein Gesetz, schon im alten, also im abgelauften Jahr, jetzt stellt sich raus, wir werden das Gesetz wirklich brauchen, das dauert alles so lang, heißt's, weil das kann erst die nächste Regierung, das wird im Frühjahr sein. Wir haben ein Jahr verloren, in Wahrheit nach der EU-Kommission drei Jahre und es kostet uns zusätzlich eine Milliarde. Und das ist ja gar net mal so erwähnt worden, dass diese Budget-Lüge net mal eine solche ist, sondern seltsamerweise das Lügen selbst auch noch mal Geld kostet, aber aus meiner Sicht ist das in Wahrheit ein Grund zum Rücktritt für alle Beteiligten.

#00:06:42-0# M: Herr Kogler, ich möchte schon beim Budget bleiben, aber ich stelle jetzt eine Frage und zwar, wenn man sich die konstituierende Nationalratssitzung ansieht, da

haben alle gesprochen von einem neuen Stil, jetzt soll ja bei Ihnen doch ja sehr deftig aus dem, in der Wortwahl gehört: Ist das dieser neue Stil oder gehts eh so weiter?

#00:06:56-8# WK: Ja, wie soll ichs denn sonst bezeichnen, außer außer... eine Lügenaktion mit Anlauf, wenn die im vier-jährigen Finanzplan - das ist bitte eine verfassungsgesetzliche Vorgabe, das zu machen, 133 Millionen pro Jahr reinschreiben, in Wahrheit klar war, dass pro Jahr weit über eine Milliarde, eher mehrer Milliarden pro Jahr einzustellen sind und die beharren drauf 133 Millionen reinschreiben, das ist die 10-fache Unterdeckung, obwohl sie drauf hingewiesen wurden, das nicht gemacht haben und mit der ganzen Vertuschungs- und Verzögerungsaktion das Ganze für die Steuerzahlerinnen auch noch teurer gemacht haben. Ja wenn ich da net mal die Verantwortung anmahnen muss, dann weiß ich net, dann wär ich selber fehl am Platz. Die Opposition und da wird ja der Reigen weitergehen und wir wern uns da auch nicht enthalten oder zurückhalten, wird natürlich auch gefragt und gefordert sein, in der Situation Vorschläge zu machen, weil des Loch is nun einmal da, wie groß es auch immer is, es is a Skandal, dass es so auf die Art und Weise vertuscht und dadurch verteuert wurde, aber wenn Sie uns in weiterer Folge fragen werden, werd mer uns sicher beteiligen an den Vorschlägen und des gehört dann sehr wohl zum neuen Stil. Aber abschließend, werns zwei Drittel Verfassungsmaterien geben wird, wern die Grünen mit Sicherheit wieder verhandelsbereit sein, das haben wir die ganze alte Periode bewiesen und das werden wir auch jetzt wieder sein und des is ja auch nicht bei allen selbstverständlich, also ich würde schon sagen,... (M2 versucht ihn zu unterbrechen, aber sehr zaghaft, daher unverst.)

#00:08:14-5# WK: ...dass des a brauchbarer Stil is.

#00:08:14-8# M2: Herr Abgeordneter, Sie kennen die Sendung, Sie versuchen sich jetzt als Ko-Moderator, was total ok is, die Frage mit der Zwei-Drittel-Mehrheit hab ich eigentlich für den zweiten Teil aufgehoben, aber wir können sie gleich zu Beginn klären. Sind Sie bereit, Sie wollen die Wahl-Annullierung, soweit ich des verstanden habe, das is ein etwas ungewöhnlicher Vorgang, sind Sie bereit für Verhandlungen über ein Restrukturierungspaket in diesem Jahr, ein Sparpaket? (an WD gewandt)

#00:08:37-5# WD: Ich glaube, man muss schon sagen, das was hier vor der Wahl stattgefunden hat, das war Wähler-Täuschung vom Ärgsten. Den Wählern wurde eine Steuerreform versprochen, den Wählern wurde die Erhöhung der Familienbeihilfe versprochen - Milch und Honig wird fließen. Und Tatsache ist, dass wir jetzt ein Loch haben, das zu finanzieren ist und plötzlich heißts, nichts von all den Versprechungen wird eingehalten. Und aus diesem Grund sagen wir, die Wähler haben mit einer anderen Vorstellung im guten Glauben ihre Stimme abgegeben, in der Hoffnung, dass das Wort der Politiker etwas gilt und müssen nun feststellen, dass das alles heiße Luft war... (M2 versucht sie zu unterbrechen, aber sehr zaghaft, nur mit einer Silbe, lässt sie weiterreden) und deshalb, eigentlich ist die Wahl nicht rechtens von statten gegangen und normalerweise müsste es Neuwahlen geben.

#00:09:25-2# M2: Also Zynismus is mir ja normalerweise fremd, aber in dem Fall muss ich schon sagen, dann könnten Sie natürlich einige Nationalratswahlen annullieren in den vergangenen Jahrzehnten, wo vorher was anderes gesagt worden ist, als dann passiert is.

#00:09:36-6# WD: Ja aber wäre es nicht endlich Zeit, eine ehrliche Politik zu machen, wär es nicht Zeit, endlich die Wahrheit auch vor der Wahl zu reden und nicht erst danach mit Belastungspaketen zu kommen? Nehm ich in einer Situation wo ohnehin viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie den Alltag finanzieren sollen, wo viele Pensionisten mit

ihrem Geld nicht mehr auskommen, weil sie einfach...die Heizkosten explodiert sind, die Lebenshaltungskosten explodiert sind und in dieser Phase kommt man und winkt mit mehr Belastungen. Also wir werdens mit Sicherheit, bevor dieses System nicht genau analysiert wurde, bevor die Einsparungspotentiale im System nicht aufgedeckt wurden und Reformen stattgefunden haben, keiner Belastung der Bürger zustimmen.

#00:10:24-1# M: Frau Dagmar Belakowitsch, FPÖ ebenfalls Oppositionskritik an dem vorgelegten Zahlenwerk, sag ich jetzt mal, wenn mans jetzt ganz sachlich betrachtet und es jetzt vollkommen emotionslos das Ganze sieht, dann wird gesprochen von einer Prognose, die sich verändert hat und daraus ergeben sich gewisse Zahlen, jetzt diese zitierten 24 Milliarden Euro. Können Sie damit leben oder nicht?

#00:10:54-9# DBJ: Na, des geht net drum, ob ich damit leben kann. Wissen Sie, wenn ich schon des Wort hör, die "Prognose" ist es - diese Prognosen haben sich ja nicht jetzt verändert in den letzten beiden Wochen. Des is ja jetzt nicht so, dass jetzt gestern der große Knall war, oder in den letzten...

#00:11:07-9# M redet dazwischen: In den letzten Monaten wars schon.

#00:11:08-1# DBJ: Na sie ham sich nicht groß verändert und des können Sie sogar nachlesen auf der Homepage des Parlaments nämlich, damals schon haben die Wirtschaftsforscher gesagt, dass dieser Budget-Rahmen sehr sehr ambitioniert ist, dass hier Einnahmen angenommen werden, die noch nicht da sind, das hier von Reformen gesprochen wird in diesem Budget-Rahmen, der ja noch gar nicht...

#00:11:24-7# M fällt ihr ins Wort: Glaub, wenn man diese...(bricht wieder ab, DBJ redet parallel, dann alleine weiter)

#00:11:26-5# DBJ:...die ja noch nicht umgesetzt sind. Daher is es jetzt net so, dass des alles neu ist. Und es ist ja auch nicht so - auch wir haben gewarnt. Beispielsweise Arbeitsmarkt: Arbeitsmarkt ist die Arbeitslosigkeit explodiert. Des führt ja auch zu einem massiven Budgetloch, des reißt im Übrigen auch die Pensionen mit, weil sie ja weniger Einnahmen ham, aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit. Davor haben wir gewarnt. Wissen Sie, was uns gesagt worden is - wir sind die Schwarzmaler, wir wollen Österreich schlecht reden und Österreich steht besser da als alles andere, als jedes andere Land. Des war die Reaktion dieser Regierung, also es ist nicht so überraschend gekommen. Und jetzt so zu tun, als hätte sich jetzt alles verschlechtert - wo war denn der große Knall in den letzten Wochen - den gabs nicht. Also diese Zahlen warn schon vor der Wahl bekannt und was hier passiert is, is eine einzige Lüge gewesen im Wahlkampf. Die haben schlicht und einfach gelogen, um sich noch einmal rüberzuretten. Und natürlich stimmt des, auch in anderen Wahlkämpfen wird etwas versprochen, was nicht gehalten wird. Des is ja auch der Grund, warum SPÖ und ÖVP grad noch diese 50% Mehrheit hier erhalten haben. Drum wir verlieren sie ja auch von Wahl zu Wahl, nur glaub des war jetzt wirklich des letzte Mal, dass sie es geschafft haben. Weil des was jetzt passiert ist, hat eine Nachhaltigkeit in der Bevölkerung ausgelöst, weil eine so massive Lüge, eine so offensichtliche Lüge, hat es glaub ich in den letzten Jahren überhaupt noch nie gegeben. Da war ja der Pensionisten-Brief von Vranitzky noch eine Kleinigkeit dagegen. Weil jetzt stehn wir vor einer Situation, dass wir wissen, die Pensionen sind nicht leistbar. Und es gab noch nie einen Wahlkampf, in dem es so viele Fernseh-Konfrontationen gegeben hat, wie in diesem Wahlkampf. In dem so ein großer Medien-Wahlkampf geführt wurde, wie diesmal. Und ham Sie einmal etwas gehört, dass es im Budget vielleicht doch net so rosig ausschaut oder dass wir uns die Steuerreform so nicht leisten werden können...

#00:13:05-9# M2 fällt ihr ins Wort: Das stand in den Zeitungen,... (Rest unverst., da DBJ weiter redet)

#00:13:08-7# M versucht DBJ auch zu unterbrechen, aber unverst. und bricht auch gleich wieder ab, DBJ redet weiter.

#00:13:07-6# DBJ: In den Zeitungen, aber nicht von den Politikern, von den Regierungspolitikern gesagt.

#00:13:09-5# M2: Das stimmt.

#00:13:12-2# DBJ: Genau das ist es nämlich, das heißt, drum sag ich ja, das war längst vor der Wahl bekannt. Sie haben sich nur einfach drüber gelogen über diese Wahl, aber die Rechnung, sag ich Ihnen auch ganz ehrlich, die bekommen sie präsentiert. Da kommen sie jetzt nicht mehr raus...

#00:13:25-1# M oder M2 versucht noch einmal zu unterbrechen, aber nur eine unverst. Silbe, DBJ redet weiter

#00:13:25-1# DBJ:...und in Wahrheit wäre das einzig ehrliche wäre jetzt Neuwahlen zu machen.

#00:13:26-8# M: Aber ich mein, das Szenario, das Sie jetzt da aufgestellt haben, da hat sich jemand also quasi einen Schalk erlaubt sozusagen, ich formuliere jetzt mal bissl positiver...

#00:13:35-5# DBJ fällt M ins Wort: Schalk...(sagt es mit einem abschätzigen Lachen)

#00:13:35-5# M: ...Ja, ich formuliere jetzt mal bissl positiver...

#00:13:37-5# DBJ: ...das ist ein teurer Schalk!

#00:13:39-3# M: Glauben Sie wirklich, dass die Regierungs-Parteien so blauäugig agiert haben, dass sie sagen, jetzt rettet uns das,...

#00:13:47-7# DBJ fällt M ins Wort, aber unverst., da er noch weiterredet.

#00:13:47-7# M: ... ich mein, da, jetzt noch über die Wahl drüber und dann sag mir, dass es alles furchtbar ist?

#00:13:51-2# DJB fällt noch einmal ins Wort: Naja,... (Rest unverst., da M weiterredet)

#00:13:51-2# M: das ist ein bissl kurzgriffige Strategie... (Rest unverst., da DBJ auch redet)

#00:13:53-8# DBJ: Entschuldigung, blauäugig sind sie nicht gewesen, sie haben das schon in vollem Bewusstsein gemacht, dass sie jetzt den Menschen die Unwahrheit sagen, das war völlig klar, das war Ihnen völlig klar. Und in dem Zusammenhang ist es ja ein net ganz unspannend, dass der Sektionschef der Sektion Budget im Finanzministerium drei Monate im Sommer über den Wahltag hinaus in Urlaub war. Das ist ja auch zu hinterfragen. Wurde er in Urlaub geschickt? Damit er sich nicht während des Wahlkampfes zu Wort melden kann? Das sollte man ein mal hinterfragen, wie da gearbeitet wird in diesem Finanzministerium. Der ist nämlich jemand der sich nicht den Mund so gern verbieten lässt. Aber der war gerade jetzt in diesem Wahlkampf nicht anwesend. Also blauäugig

waren sie mit Sicherheit nicht, das war mit Sicherheit Absicht. Und wissens, des kennen wir ja aus den letzten Jahren, so nach dem Motto - nach fünf Jahren vergessen die Leute, die Leute gewöhnen sich dran. Diesmal wars zu viel. Ich glaube, diesmal wars das Quäntchen zu viel, DAS vergessen die Menschen jetzt nicht mehr.

#00:14:43-9# M2: Herr Klubobmann Strolz, wie is das, Sie wollten ins Parlament, Sie wollten eigentlich auch in die Regierung, jetzt sind Sie zumindest im Parlament und müssen dann womöglich mit den Regierungsparteien über Beteiligung, zwecks Zwei-Drittel-Mehrheit über ein Sparpaket mitverhandeln, (unverst.) Strukturreformen. Enttäuscht? In der Realität angekommen?

#00:14:59-5# MS: Angekommen (mit Grinsen). Also wir wollten ins Parlament, ja, aber wir müssen net regieren, wir sind nur BEREIT, Verantwortung zu übernehmen, des is a Unterschied. Uns gehts um Lösungen, ich möcht Lösungen voranbringen. Also jetzt steh mer vor dem Loch da...jetzt sind die mal in dem Loch gestanden, die zwei Parteien mit dem Zollstab, ham vermessen, arbeiten seit sieben Jahren zusammen und brauchen drei Wochen, bis sie des Loch vermessen haben, allein das is schon einmal eine seltsame Geschichte. Aber jetzt is a mal des Loch da, jetzt kann man drüber streiten - sinds 25 Milliarden, sinds 40 Milliarden - natürlich wurde hier im großen Stil kreative Buchhaltung betrieben (Grinsen) und wahrscheinlich über das Jahr 2018 hinaus abgegrenzt, d.h. die übernächste Regierung wirds schon richten, die wissen ja auch, das is ihre letzte Ausfahrt, Rot-Schwarz, d.h. für die übernächste Regierung wirds auch net einfacher. Mich interessiert, was du meinst! (an M2 gewandt)

#00:15:52-3# M2 unverst., da MS schon weiterredet.

#00:15:56-4# MS: Und wir ham heute symbolisch - einen ersten Mut-Baum, ham wirs genannt - hineingepflanzt (kurzes Lachen) in dieses Loch, bei einer Pressekonferenz, nämlich ein großes Thema herausgegriffen, nämlich die Pensionen. Und wir sind bereit, ja, bei hier mutigen Reformen mitzuwirken. Wir haben vier konkrete Vorschläge, die mer schon am Mittwoch im Rahmen von Anträgen ins Parlament einbringen werden, also bei der nächsten Sitzung, erstens ein Entschließungsantrag: wir fordern die Regierung auf, dass sie ein Konzept ausarbeitet, ein Gesetz ausarbeitet, das einen Pensions-Automatismus abbildet. D.h., wenn die Politik, in einem wichtigen Bereich, über Jahre und Jahrzehnte versagt, so wie z.B. beim Schulden machen - wir machen seit rund 50 Jahren Schulden, jedes Jahr ganz verlässlich - dann muss sich die Politik, dann müssen wir Politiker - jetzt bin ich ja auch einer - uns selber binden. Schuldenbremse im Verfassungsrahmen. Für die Pensionen heißt das, Pensions-Automatismus. Eine Pensions-Formel, wo die demographische Entwicklung drin abgebildet ist, die Inflation, die Produktivität usw. und damit...des Pensions-System mit der Entwicklung der Gesellschaft mitwächst. Erster Antrag. Zweiter Antrag: wir möchten, dass wir diesen Pensions-Sicherungsbeitrag in der Nationalbank von 3,3% anheben auf 15% - ein Initiativantrag, den wir einbringen. Dritten Antrag, den wir einbringen - wir möchten die Angleichung des Frauen-Pensionsalters vorziehen, nicht erst ab 20/24 für die dann folgenden zehn Jahre, sondern schon ab 2018 beginnen. Und der vierte Vorschlag ist ein Pensions-Solidaritätsgesetz, wo wir insgesamt sagen, Pensionen im staatlichen, halbstaatlichen Bereich, über 5000 Euro, müssen einen Beitrag leisten. Das is ja net zum Aushalten, dass da Leute herumlaufen, die 30.000 Euro Pension haben, noch dazu 10.000 Euro verdienen, alles aus öffentlichen Töpfen. Was soll hier eine ASVG-Pensionistin sagen - frauendurchschnittliches Pensions...also durchschnittliche Pensions-Summe für Frauen ist bei 830 Euro. Da muss ich mir überlegen, kann ich die Heizung andrehen im nächsten Winter! Und das untergräbt die Moral! Wenn die Politik nicht entschlossen ist und

sagt, ich dreh dem 30.000-Euro-Pensionisten a stückweit des Gas ab, dann ist das die Aufforderung, bitte nutzts alle Schlupflöcher dieser Republik... (M2 fällt ihm ins Wort)

#00:18:18-8# M2: Aber es gibt ja... (bricht wieder ab, MS redet weiter)

#00:18:19-8# MS: ...weil es steht euch zu. Des unterminiert die Moral in einer Art und Weise, das ich echt verärgert bin.

#00:18:26-2# M2: Politik is ja auch Kompromisse finden. Wenn diese vier Anträge oder diese vier Forderungen nicht voll erfüllt werden,...

#00:18:32-2# MS zustimmend: Hm. (Nicken)

#00:18:33-0# M2: ...wirds dann trotzdem die Mitwirkung der Neos geben bei anderen, vielleicht kleineren Schritten?

#00:18:38-2# MS: Ja. Wir werden gnadenlos konstruktiv sein. Aber wir werden auch lästig sein wie a Zeck, ja. Wir gehn diesen zwei Regierungsparteien nicht mehr ausm Gnack, ja, wir werden da dran bleiben (kurzes Lachen). Und die sollen den Stachel im Fleisch spüren, im Gesäß, weil des is der Sitzmuskel, des is der einzige Muskel, den sie noch haben, die zwa. Und des geht so net. Also wenn wir net treiben als Opposition - aus eigenem Antrieb wird da net viel gehen.

#00:19:07-8# M setzt ein: Herr Strolz...

#00:19:07-8# MS: Das Loch wird wachsen!

#00:19:09-4# M:...ich möcht a bissl eine Frage in die Runde stellen, die ein wenig ungewöhnlich ist, jedenfalls für Oppositions-Parteien ungewöhnlich ist, Sie ham gsagt, Ihre konstituierenden Reden - ich hab des schon a mal zitiert - Sie ham gsagt, Sie möchten jede Ihrer Reden mit einer WERTschätzung beginnen, damit es einen anderen einen respektvolleren Stil, (MS nickt) jetzt weiß ich schon, das Thema ist heiß...

#00:19:29-1# MS zustimmend: Mh.

#00:19:28-6# M: ...es ist viel Ärger da, auch viel Unverständnis, sag ich jetzt a mal. Aber welchen wertschätzenden Ausdruck würden Sie für diese alte bzw. neue Regierung finden, heute.

#00:19:40-6# M2: Bzw. was da vorliegt jetzt.

#00:19:42-2# MS: Naja...die Wertschätzung liegt darin - ich hab letzte Woche ein Gespräch mit dem Herrn Spindelegger gehabt, auch unter anderem, und ich war erstaunt, was er mir berichtet hat, was er anpacken will. Das klang nämlich vielversprechend. Und jetzt ham die hier vereinbart - Verschwiegenheit - und deswegen werd ich des auch net ausplaudern, aber ich glaube, dass er zumindest erkannt hat, wo die Stellschrauben sind, wir müssen am Pensions-System was tun. Also ich kann net plakatieren, die Pensionen sind sicher, schieß jedes Jahr 18,6 Milliarden zu und jetzt werns nochamal 8,7 Milliarden zusätzlich - wissen Sie, was 8,7 Milliarden sind, das ist das Unterrichts-Budget für die Republik Österreich, als 1,2 Mio. Schülerinnen und Schüler kosten uns das ganze Jahr so viel oder lass mer uns so viel kosten wie nur des Loch im Pensions-Topf.

#00:20:32-0# M fällt ihm ins Wort: Also Wertschätzung für des Erkennen...

#00:20:33-8# MS hält inne, dann: Ja. Ja, Wertschätzung für...

#00:20:35-0# Beide unverst., da beide gleichzeitig reden.

#00:20:35-0# M: Ich möchte keinen Monolog haben. Also Wertschätzung für das Erkennen der Problematik...

#00:20:39-1# MS: Genau.

#00:20:39-1# M:...versteh ich des richtig?

#00:20:39-1# MS: Und ich glaube auch, dass man, auch wenn das Loch noch so groß ist - darin liegt auch eine Chance. Und da...ich...möchte...

#00:20:48-9# M: Also Sie anerkennen Wertschätzung und Chance?

#00:20:50-1# MS: Ja.

#00:20:50-1# M: Frau Dietrich...an MS gewandt: Ich wollt Sie jetzt net unterbrechen...

#00:20:53-6# MS: Jaja. (in einem Tonfall, der ausdrückt: ist schon OK)

#00:20:53-3# M: Frau Dietrich, was ist denn Ihre Art der Wertschätzung für die alte und neue Regierung heute.

#00:20:58-9# WD: Aus der jetzigen Sicht empfind ich keine Wertschätzung, aber...

#00:21:03-4# M fällt ihr ins Wort: Ham sie gar nix gut gemacht?

#00:21:03-4# WD: Ich glaube, gerade am Schluss, wenn man mit so einer Lüge in die Wahlen geht, dann kann ich das nicht wertschätzen. Aber ich würde mich freuen, wenn die neue Regierung wirklich den Mut hätte, im Sinne von Wahrheit, Transparenz und Fairness, dieses System zu einem fairen System zu machen. Und ich glaube, dann hätten sie meine volle Wertschätzung und wir würden sie bei vernünftigen Ideen, bei tollen Programmen jederzeit unterstützen.

#00:21:34-6# M: Und das tun sie aus Ihrer Sicht jetzt mit dem, was sie jetzt tun...

#00:21:37-7# WD: Jetzt tun sies...

#00:21:38-5# M:...nicht.

#00:21:38-5# WD: ...gar nicht...

#00:21:39-7# M: Also nicht amal ansatzweise?

#00:21:41-1# WD: ...nicht einmal ansatzweise...

#00:21:41-8# M: Also quasi von der Fundamental-Opposition Ihrer Seite. (gesamter Satz ist unverst.)

#00:21:44-5# WD: Wenn niemand, wenn niemand von der Regierung, der genau diese Misere mitzuverantworten hat, den Mut hat, die Aufrichtigkeit hat, hier zu stehen, Rede und Antwort zu leisten, dann kann ich keine Wertschätzung empfinden. Tut mir leid.

#00:21:59-2# M (schon während letztem Satz von WD): Frau Belakowitsch, auch an Sie die Frage, wo ist der wertschätzende Effekt für die Arbeit der Regierung oder anders, was hat die Regierung, die alte bzw. die möglicherweise neue, gut gemacht?

#00:22:07-8# DBJ: Also die neue lass ich jetzt amal weg, weil wir wissen ja noch nicht...

#00:22:10-2# M redet dazwischen: Aber sag mer die alte Regierung.

#00:22:10-0# DBJ: Aber die alte Regierung hat angesichts dieses Budget-Wahnsinns offensichtlich net viel Gutes gemacht. Und wenn ich es wertschätzend ausdrücke, sag ich, sie haben einfach die Unwahrheit gesagt. Wenn ich es weniger wertschätzend ausdrücke, dann is es vielleicht nicht mehr geeignet fürs Fernsehen. I denke, jetzt sollt mer mal weg von der Wertschätzung, jetzt sollt mer mal zur Ehrlichkeit hin. Das wärs jetzt. Wenn man eine Wertschätzung hat, dann zumindest, dass sie jetzt amal gsagt haben, es gibt ein Budgetloch. Ich weiß allerdings nicht, wie groß das wirklich ist und ob das überhaupt die Wahrheit ist, die wir jetzt erfahren haben, ob hier nicht schon wieder weitergelogen wird.

#00:22:44-6# M: Abschlussfrage: Als gelernter Österreicher weiß man, wenn alles nicht so schlimm ist, dann kann man eh so weitermachen, wies is. Glauben Sie nicht, dass es möglicherweise auch so etwas gebraucht hat, um uns einen heilsamen Schock, Sie (an MS gewandt) von Chancen gesprochen, so einen heilsamen Schock, so nach dem Motto - Freunde, es geht uns wirklich net gut, jetzt müss mer was tun?

#00:23:06-4# DBJ: Den Eindruck hab ich aber nicht bei den jetzigen Verhandlungen, die ja noch von den Proponenten der alten Regierung geführt werden. Ich hab den Eindruck, sie wollen einfach so weiter machen wie bisher, sie spielen jetzt ein bisschen, sie taktieren, damit mer die Regierung vor Weihnachten dann sozusagen mit einer Belastungslawine angeloben kann, um den Leuten vor Weihnachten noch sozusagen des Saure aufs Brot zu schmieren, damit die Feiertage des vergessen machen sollen. Des is glaub ich des, was dahintersteckt und das verdient keine Wertschätzung, weil es wieder unehrlich weitergeht.

#00:23:33-3# M: Herr Kogler, ich frag Sie auch - bewusst jetzt umgangssprachlich: Wos homs guad gmochd vorher?

#00:23:36-8# WK: Aufrichtig und durchaus sehr viel, man muss nur die Zeitabläufe der letzten Periode anschauen, des is im Übrigen a guter Vorschlag vom Kollegen Strolz, sich das auch immer wieder in Erinnerung zu rufen, wir machen des auch öfter bei Wirtschafts- und Sozialdebatten im Parlament, einmal rauszustellen, dass in vielen Bereichen Österreich ja noch ganz gut dasteht. Allerdings öfter wer mer scho von Speck in der Kammer leben, aber am Anfang der Periode, 2008/9, das muss man einfach anerkennen, da war eine Wirtschaft, ausgelöst durch eine Finanzkrise, a Wirtschaftskrise, die ihresgleichen gesucht hat in der näheren Vergangenheit und da sind wir in Österreich, obwohl auch wir andere Maßnahmen an vielen Stellen vielleicht noch gesetzt hätten, da sim mer ganz gut drüber gekommen...

#00:24:19-4# M2 fällt ihm ins Wort: D.h. Sie weinen eigentlich a bissl dem Josef Pröll nach...

#00:24:20-4# WK: Des muss man mal ANERKENNEN, des war ja die Frage und des is wirklich auch aufrichtige Wertschätzung und in der Tat, der Josef Pröll hat in diesen Bereichen und auch bei den Reform-Vorhaben, der is nur sozusagen in der Familienaufstellung dann gescheitert, in der niederösterreichischen und nicht wegen irgendwelcher - des spricht man in Österreich net aus - jedenfalls auch nicht wegen Krankheitsproblemen, und insofern ist des schon Teil 1 der Tragödie. Ich bin dem Josef Pröll heute noch gram, als er begonnen hat, diese Hypo-Desaster in der Kaskade - mer hätt sicher bei der Notverstaatlichung die beiden mehr in die Pflicht nehmen können - aber ich wollt des wirklich amal anerkennen, bei der neuen Regierung, wirts darum gehen, sozusagen mal Vorschuss-Lob anzubringen für Eventualitäten. Also wenn die a paar unverbrauchte Leut oder welche die was anpacken wollen, des können ruhig a Ältere sein oder was, da wirklich unterbringen, im wahrsten Sinn des Wortes, grad im Bildungsressort oder... und dann vielleicht gleichzeitig noch an koalitionsfreien Raum aufmachen, damit man da gemeinsam was weiterbringen mit an unbelastenden Person in dem Ministerium, dann sag ich (kurzes Lachen), ham sich die zwei 50 Jahr lang gegenseitig blockiert, aber ich ziehe meinen Hut, weil grad wennst die 50 Jahr blockiert hast, is es a net so leicht, da raus zu kommen. Also es gebet genügend Punkte, ich kann a noch a paar positive finden, wo man nachjustieren müsste, aber in der Zukunft etwa, das Kämpfen auf europäischer Ebene - Faymann war tatsächlich a Jahr lang a Europäer - aber a wieder net länger. Wies drum gangen ist, aufgrund der Mehrheiten hier im Haus - da sicht ma was a Opposition mit anstiften kann - des wir gemeinsam für die Finanztransaktionssteuer gekämpft haben, weil wir halt a gewisse...sozusagen Zustimmungs...wie sagt man...

#00:26:00-7# M2: Das...

#00:26:00-3# WK: ...das optimiert haben, in Wahrheit aufgebaut haben.

#00:26:00-4# M2 (parallel zu WK):...das die jetzt nicht (unverst., da beide gleichzeitig reden)

#00:26:02-9# WK: Ja, des is ja auch des Problem auf europäischer Ebene, dafür sag ich, da muss man weiterjustieren, weil auf europäischer Ebene von den diversen Lobbys das wieder perforiert wird des ganze Ding und da wärs jetzt wieder gut, wenn Österreich, also wenn net immer nur jemand erklären würde, der Kanzler Faymann war der erste, der das vorangebracht hat oder was weiß ich, da muss mer jetzt a wieder drum kämpfen. Ich seh da gute Chancen, angestachelt a bei Faymann, wenn ers denn weiter macht, dass er von einer kausativen Opposition ausgehend auch mit den Oppositionsparteien in Deutschland, möglicherweise mit der Sozialdemokratie dort in der Regierung, in Frankreich, wo auch die Grünen in der Regierung san, das wir das Ding jetzt am Schluss noch retten in der Zielgeraden. Eine Sache - des is net oft - die europäische Konvention hat einen super Vorschlag gemacht für diese Finanztransaktionssteuer - die Finanz-Lobbys zerstören des auf offener Bühne und da muss man sich dagegenstellen und des sollte parteiübergreifend in Deutschland, in Österreich, in Frankreich sein und von den drei Ländern is des auch ausgegangen, man kann in Österreich ja stolz drauf sein und drum muss mer wieder nachjustieren, weil wir hätten da eine Rolle, die leider im Moment nicht eingenommen wird, aber ich probiers wieder, Vorschuss-Lob, wenn man das wieder aufgreift, ja da bin ich der erste der hier wieder mit kann. Es ham sich alle gewundert, dass es Pressemeldungen, -aussendungen und Interviews, wo wir, ich, die Frau Fekter gelobt haben, wegen dieses Einsatzes. Da war ihre robuste Art von großer Hilfe, man muss des wirklich so sagen. Des war...Österreich hat seinen Anteil gehabt, damit des überhaupt amal, überhaupt amal auf die Reise gebracht wurde. Jetzt muss mers schon wieder verteidigen, bevors wirklich eingeführt wird, des is a Problem.

Das es überhaupt dort hin kommen is, das is auch ein Verdienst von Rot und Schwarz und anderen Parteien in diesem Parlament und ja, also vielmehr Lob will ich jetzt aber a net aussprechen, es war nur ehrlich.

#00:27:40-2# M (parallel zu letzten vier Worten von WK): Jajaja...aber des is gut, wunderbar.

#00:27:42-7# M2: Eine kurze Runde vielleicht - es sind drei konkrete Punkte jetzt mehr oder weniger verkündet worden, beschlossen worden...ja so in der Art oder gefordert worden. Das erste ist sozusagen, es wird keine Steuerreform geben so sie sich nicht ausgeht, es schaut nicht so aus, also keine. Der Umbau des Parlaments wird mehr oder weniger weiter aufgeschoben, es gibt zwar eine Vorbereitungsphase von 32 Mio. Euro, aber die 500 vorgesehenen Millionen werden nicht fließen, also es wird verzögert, wird später passieren. Die Parlamentspräsidenten ham relativ deutliche Worte dafür gefunden, also negative. Und die Kinderbeihilfe, die bereits fix fertig angekündigt war, eine Erhöhung wird nicht kommen. Was sagen Sie zu den Punkten. Irgendwo muss gespart werden - sind das die falschen Punkte, bei denen gespart wird oder ist das nur sozusagen ein Teil 1, Herr Strolz?

#00:28:29-7# MS: Naja, also für die Steuerreform sind wir unbedingt, wir Neos, weil wir sagen, wir brauchen mehr Luft zum Atmen. Also wenn ein junges Paar, wo beide verdienen...

#00:28:41-6# M2 fällt ihm ins Wort: Des schon klar, aber auch wenn man sichs nicht leisten kann.

#00:28:42-7# MS: Nein, man muss sichs halt erarbeiten. Also man kann sichs leicht leisten, wenn man entschlossen Reformen über die Bühne bringt, nämlich im Bereich Föderalismusreform. Die Bundesländer, die Landeshauptleute ziehen der Republik regelmäßig die Hosen aus, ja. Und die müssen sich endlich mal spüren! Deswegen fordern wir die Finanzverantwortung für die Bundesländer, die gspürn sich net, weil sie...

#00:29:04-7# M2 fällt ihm ins Wort: Steuern.

#00:29:06-3# MS: ...kein Geld einheben müssen.

#00:29:07-4# M2: Steuern einheben.

#00:29:07-4# MS: Steuern einheben, ja, Steuern einheben. Dann passiert sowas nicht, wie mers in Kärnten gsehn haben, wie mers in Salzburg gsehn haben und dann wär das auch eine Einladung an den Herrn Häupl, amal zu schauen, wie kanns sein, dass die nicht kündbaren Bediensteten mit 53 in Pension gehen und drei Wochen mehr Krankenstand haben, wie ein ASVG-Bediensteter. Das sind ja alles Absurditäten, die mer abstellen müssen. Kömmer nur, wenn mer die Bundesländer ins Zuggschirr kriegen. Und wenn mer des kriegen, auch im Gesundheitsbereich - Steuerung aus einer Hand, nicht mehr irgendwie Schrebergärten, wenn mer den Förderungsdschungel a stückweit ausholzen, wenn mer Sozialsversicherungsträger zusammenlegen usw. - dann ham mer den Spielraum, natürlich ham wir ihn. Also des sollt mer machen, Steuerreform - ganz wichtig. Eingangssteuer senken.

#00:29:49-6# M2 während der letzten Worte von MS, daher Beginn unverst.: ...Kinderbeihilfe?

#00:29:48-6# MS: Parlamenttum bitte. Das ist doch nichts anderes, als wiederum ein Ausdruck mangelnder ... mangelnder...eigentlich Wertschätzung gegenüber dem eigenen Berufsstand. Wissen Sie, wir sind in diesen Ort Politik gekommen. Das ist der Ort, wo wir uns ausmachen, wie wir miteinander leben. Und was ich mir wünsche ist, dass wir hoffentlich auch einen kleinen Beitrag leisten können, dass man an diesem Ort wieder einen aufrechteren Gang hat. Ich bin jetzt Politiker und das ist so etwas vom letzten, was du sein kannst, beruflich. Das ist doch net sinnvoll. Wenn mer sagen, das ist der Ort, wo mer uns ausmachen, wie mer mitnander leben, dann soll dieser Ort auch ein stück weit einen Selbst-Respekt haben, einen aufrechten Gang und dann solls net so zur Decke eina regnen, ja...

#00:30:32-0# M unterbricht ihn: Des klingt jetzt schon fast a bissl Richtung Sekten-Führertum (lacht kurz), wenn ich des so salopp formulieren...

#00:30:35-7# MS: Nein! Nein!

#00:30:35-9# M: ...Ich wollt Sie jetzt da net (unverst.), aber meine konkrete Frage is,...

#00:30:41-0# MS redet parallel, aber unverst.

#00:30:42-2# M zunächst unverst., da beide reden: ...Aber meine konkrete Frage, kommer nochmal ganz konkret zurück - Steuer, sie ham gsagt Steuerentlastung,...

#00:30:46-3# MS fällt ihm ins Wort: Ja.

#00:30:46-3# M: Ja, sie ham auch gesagt, dass wenn man das eine oder das andre angeht, dann könnte man auch...

#00:30:51-8# MS fällt ihm ins Wort: Geht sichs aus.

#00:30:51-2# M: ...gibts a Geld.

#00:30:52-2# MS: Ja.

#00:30:52-2# M: Gut. Geh mer mal Subventionitis an,...

#00:30:55-5# MS zustimmend: Mhm.

#00:30:55-5# M: ...wies in Österreich landläufig heißt

#00:30:57-1# MS zustimmend: Mhm.

#00:30:56-4# M: Was würden Sie tun, um die Subventio, wenn Sie Subventionisti, die Subventionitis - das ichs herausbring (an M2 gewandt) - überhaupt anzugreifen. Ich mein, jeder Verein, jede Gruppierung, der man etwas wegnimmt, wird sofort Zeter und Mordio schreien und sagen, sie sind das wichtigste überhaupt, des is...

#00:31:15-6# M2 fällt ihm ins Wort: Die Familien ham das heut gemacht. Zu Recht? (An MS gewandt)

#00:31:18-0# MS: Ja, des is schon klar, aber ich mein, des is ja eine Anfütterungspolitik im großen Stil. Also wenn Sie einfach mal das Förderungsregister...

#00:31:23-9# M fällt ihm ins Wort: Da würden Sie mit dem...

#00:31:26-9# MS: ...der Stadt Wien anschauen...

#00:31:25-6# M:...mit dem Kamm drüber scheren...(Rest unverst.)

#00:31:27-5# MS: Nana net mit dem Kamm, aber wenn mer...wie läuft der Finanzausgleich? beim letzten Mal is der Willi Wolterer als Finanzminister eine, mit Trompeten, Posaunen, als Tiger - nach 10 Minuten aus, als Bettvorleger. Des war vorbei, er hat gsagt ich will jetzt verhandeln, Pensionsreform...Gesundheitsreform wollt er damals hebeln. Die haben ihm in 10 Minuten die Hosen auszogen. Und jetzt kommt die ÖVP und schickt sogar an Landeshauptmann eine in die Chef-Verhandlung für die Finanzen. Ja so wird des net gut gehen. Weil die sind sich über alle Partei-Grenzen immer einig -wir richtens für uns schon. Also wir müssen einfach hier auch die Landeshauptleute in die Pflicht kriegen für die Republik. Wenn sie nicht so viel Geld haben, dann könnens auch net so viel verteilen, auch bei den Förderungen. Wenn der Herr Häupl offensichtlich nicht einmal ein Pensions-Recht umsetzen muss für Angestellte, so wies andere Bundesländer schon gemacht haben, sondern locker flockig die mit 53 weiter in Pension gehen und drei Wochen mehr Krankenstand haben, dann hat der - der H hat zu wenig Druck.

#00:32:27-3# M2: D'accord. D'accord, aber...

#00:32:27-6# MS redet weiter: Und da muss man den Druck erhöhen.

#00:32:28-7# M2: ...ganz konkret noch zur Familienbeihilfe? Die Nicht-Erhöhung?

#00:32:30-5# MS: Die Familienbeihilfe, das is schade, dass sichs nicht ausgeht, nur, es geht sich nicht aus hier und wir ham immer gesagt, wir würden in allen Bereichen sparen. Bei den Familien würden wir nicht sparen, aber wir würden auch net mehr drauf legen...

#00:32:42-9# M2: Ok.

#00:32:42-9# MS: Aber wir würden in einem Bereich und das is für Familien ganz wichtig auch, wir würden in einen einzigen Bereich investieren, nämlich Bildung.

#00:32:49-0# M2 sagt etwas dazwischen, aber (unverst.)

#00:32:50-3# MS zu Beginn unverst., da beide reden: ...genauso die Hände angeschnallt, aber wir müssen im Bildungsbereich Meter machen! Ein Viertel kann net gscheit lesen und das is natürlich die größte Tragödie für die Familien, da gehts noch weniger um Geld, sondern da gehts um Chancen, für unsere Kinder.

#00:33:03-4# M2 fällt ihm ins Wort: Welche würden Sie...würden Sie all diese Dinge, die schon geplant sind - Hochhäuserschutzmaterialien, Ausbau schulischer Tagesbetreuung, Ausbau Kinderbetreuung, Forschungsförderung, Wohnbau, Parlamentsumbau, zumindest Vorbereitung, Pflegegeld und Pflegefondsverlängerung - würden Sie das auch alles jetzt beschließen, wenn Sie in der Regierung wären? (an WD gewandt, die schon während seiner letzten Worte einsetzt zu sprechen)

#00:33:19-4# WD: Man hat sich ja was überlegt, warum man ja genau z.B. die Familienbeihilfe erhöhen wollte, eben weil die Familien sich schwer tun, weil sich immer weniger Menschen für Kinder entscheiden, weil Kinder fast nicht mehr finanzierbar oder leistbar

sind. Und deshalb glaub ich, alles was Familien unterstützt ist wichtig. Aber: wir haben ein System, das in vielen Bereichen durchforstet gehört und neu aufgestellt. Wir haben z.B. das teuerste Gesundheitssystem und die Menschen leben am Gang, bekommen keine Betten, warten, was weiß ich, wochenlang auf eine Operation - das ist die Realität.

#00:33:54-0# M2: Im Vergleich zu anderen Ländern is des...

#00:33:56-5# WD fällt ihm ins Wort: Ja aber trotzdem, da müss mer mal hinschauen, wir müssen sagen, was...

#00:33:58-4# M2 redet dazwischen, aber unverst., da beide parallel reden.

#00:34:00-5# WD: ...passt in diesem System nicht. Wir ham ein Steuersystem, das einen Dschungel darstellt, wo immer mehr bürokratischer Aufwand ist und ich glaube wir brauchen eine Steuerreform, wir brauchen klare, einfache Steuergesetze, wir müssen Privilegien abschaffen in allen Bereichen und wir müssen schauen, dass wir Familien stärken, das wir Unternehmen stärken, unternehmerfreundlicher werden.

#00:34:22-9# M: Jetzt hab ich eine Zusatz-Frage: das sind ja, das kostet, was sie gesagt haben, das kostet alles Geld, bringt auch Einsparungen, aber wenn mans genau nachschaut, ham wir eine, mit, in ihrer Partei einen Milliardär, der sich alles selbst erarbeitet hat, selbstverständlich, is ja auch toll...

#00:34:37-7# WD parallel zu M: Ja, das is ja großartig.

#00:34:37-7# M: Aber er ist ja jetzt quasi Mitarbeiter von uns allen Steuerzahlern, denn wir bezahlen einem Milliardär jetzt 8000 Euro monatlich, weil er Nationalratsabgeordneter ist. Dieses Spiel kann man jetzt noch a bissl weitertreiben, jetzt red mer über Parteienförderung...Ihr Herr Stronach hat den Landesparteien 10 Millionen Euro, mehrere Millionen Euro, vorgestreckt und 10 Millionen will er jetzt zurück. Woher wird des Geld jetzt kommen - natürlich selbst wieder vom Steuerzahler, nämlich über die Parteienförderung. Heißt eigentlich, ist Politik, die Team Stronach macht, nicht auch ein wenig eine...wie soll ichs jetzt fomulieren, eine...ja ein Big Business?

#00:35:15-3# WD: Ich seh das überhaupt nicht als Big Business, weil Parteien leihen sich oft von einer Bank ein Geld aus, die Landesorganisationen ham sich von der Bundespartei ein Geld ausgeliehen, geben das Geld wieder zurück, das neue Länder...

#00:35:28-3# M fällt ihr ins Wort: Aber es wird von Steuerzahlern bezahlt, oder?

#00:35:28-3# WD: ...das neue Länder, die so wie die Steiermark, die 2015 wieder kandidieren wird, wieder vom Bund ein Geld bekommt. Das System muss irgendwann amal selbständig werden, in sich geschlossen. Und ich glaube, Österreich kann froh sein, wenn ein Politiker oder ein Mensch wie Frank Stronach mit so viel Lebenserfahrung, mit so viel Erfolg, mit so viel internationaler Kompetenz, sein Wissen bei uns einbringt...

#00:35:53-1# M2 fällt ihr ins Wort: Ja, aber das zahlen wir ja auch teuer.

#00:35:53-1# WD: ...genau dieses System, genau weil wir Experten haben, die offensichtlich keinen Überblick haben oder Experten haben, die internationale Zusammenhänge nicht verstehen, ham wir ja genau die Probleme, wie sie sich jetzt darstellen.

#00:36:07-6# M2: Ganz kurz, des könnt mer z.B. jetzt hier, vier Parteien beschließen gemeinsam oder machen gemeinsam an Antrag, die kräftig erhöhte Parteienförderung wieder rückzunehmen, so wie die Familienbeihilfe, angenommen sie wird rückgenommen. Wären Sie dabei, alle vier?

#00:36:20-7# MS: Hab ich schon eingebracht...

#00:36:22-6# M2: Ja, wärn Sie dabei alle?

#00:36:23-2# DBJ: Wissen Sie, ich glaub, es a bissl schwierig, wenn Oligarchen-Parteien oder Parteien, die von Oligarchen geführt werden, sprechen gegenüber anderen Parteien. Na klar, wenn ich den Millionär oder Milliardär im Hintergrund hab, kann mir die Parteienförderung egal sein. Ich glaube, ich möchte in Österreich KEIN System haben, dass sich dann Unternehmen die Politik kaufen können. Und genau des is leider Gottes auch bei der letzten Nationalratswahl passiert, das sollt man auch mal kritisch hinterfragen, is das der Weg, den wir wollen. Wir sehen das anders. Also ich glaub, es ist wichtig, dass die Politik auch unabhängig ist und daher gibt es natürlich die Steuerfinanzierung, die is mir aber weit lieber, als irgendwelche multinationalen Konzerne.

#00:36:58-0# M2: Seh ich ganz genauso, nur is die Parteienförderung kräftig erhöht worden, vor nicht allzu langer Zeit.

#00:37:01-4# DBJ: Sie wissen, dass wir da dagegen waren?

#00:37:02-7# M2: Genau. Würden Sie jetzt gemeinsam (deutet auf die anwesenden Diskutanten) versuchen als Symbol das wieder rückgängig zu machen?

#00:37:08-2# DBJ beginnt während seiner letzten Worte zu reden: Kann man sicher etwas machen, einen Antrag, Sie wissen aber a, des des net durchgehen wird, also es macht relativ wenig Sinn, weil...

#00:37:13-5# Männliche Stimme fällt ihr ins Wort, aber nicht erkennbar wer, da nicht im Bild: Naja, man muss auch Zeichen setzen...(Rest unverst. da mehrere parallel reden)

#00:37:16-4# M2: Wenn Sie sich da einig sind...

#00:37:17-9# MS: Das wär super!

#00:37:17-9# DBJ: Zeichen setzen ist recht net und recht lieb und recht schön. Zeichen setzen macht aber nur dann Sinn, wenn es etwas bringt, weil die Behandlung eines Antrags kostet auch Zeit und Geld, also das sollte man auch nicht unterschätzen...

#00:37:28-2# M fällt ihr ins Wort: Aber man muss ja auch sagen, um ein chinesisches Sprichwort zu gebrauchen: Der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

#00:37:33-6# DBJ: Stimmt schon. Aber wissen Sie, was mir bei dieser Diskussion fehlt, worüber überhaupt nicht gesprochen wird - weder von der Regierung, noch jetzt von den Vorrednern, das ist eine Verwaltungsreform, eine Strukturreform, DIE brauchen wir endlich...

#00:37:43-1# M fällt ihr ins Wort: Das kommt noch, wir kommen noch darauf, wir kommen noch darauf.

#00:37:44-8# DBJ: ...da müssen wir endlich amal hin, in diese Richtung sollten wir...

#00:37:46-9# M2 fällt ihr ins Wort: Parlamentsumbau?

#00:37:48-1# DBJ: Parlamentsumbau seh ich eine ganz große Problematik - wenn wir ihn weiter aufschieben, wird er teurer werden. Es is ja a Irrtum zu glauben, dass des Haus dann so stehen bleibt. Man muss es auch mal ganz ehrlich anschauen - das Haus ist in einem schlechten Zustand, es ist auch sehr alt, ich glaub auch, dass das Parlament es wert ist, dass es hergerichtet wird, immerhin kommen zigtausende Touristen nach Wien, um sich die Ringstraße anzusehen, also das zieht auch Menschen an und ich glaube, da sollte man auch die Ehrlichkeit haben zu sagen, das Haus gehört so weiter...

#00:38:17-9# M fällt ihr ins Wort: Es geht auch um ihren Arbeitsplatz letztlich.

#00:38:17-8# DBJ: Es geht schon auch um den Arbeitsplatz, also ich möchte keine Luxusrenovierung haben...

#00:38:21-5# M: Nana (abwehrende Handbewegung)

#00:38:25-2# DBJ: Aber die notwendigen Arbeiten sollte man schon durchführen und des geht net nur ums Dach, des sind die elektrischen Leitungen, also man muss es ganz ehrlicherweise sagen, das sollte wirklich gemacht werden, das Haus sollte wirklich erhalten werden, des ist auch für ein...Erbe sozusagen, dass wir unseren Kindern und Kindeskindern weitergeben sollten.

#00:38:40-5# M: Also anders formuliert, statt 24,4 doch 24,9 Milliarden Euro, damit das Parlament umgebaut wird, versteh ich des richtig?

#00:38:46-4# DBJ: Sie reden von 24,4...

#00:38:49-3# M fällt ihr ins Wort, sehr bestimmt: Ich rede von der offiziellen Zahl jetzt!

#00:38:50-0# DBJ mit einem Grinsen: Die offizielle Zahl, die wir ja alle nicht wissen. Na, ich kann des nicht sagen, ob der Parlamentsumbau 500.000 kostet oder wieviel er wirklich kostet, auch da wäre es natürlich auch mal das ehrlich zu beäugen, was ist denn wirklich definitiv notwendig, um das Haus, so wieder, dass es also wirklich auch wieder eine Genehmigung bekommt, dass man hier auch wirklich sicher durch das Haus gehen kann, ich denke DAS ist notwendig.

#00:39:09-1# M2: Herr Kogler, bei Ihnen müsste eigentlich die Erhöhung bzw. die Nicht-Erhöhung der Familienbeihilfe auf einigermäßen Verständnis stoßen, weil das ja sozusagen kein Regulativ ist, das sie sehr schätzen?

#00:39:22-1# WK: Ja, um mi wieder dem Vorwurf der Ko-Moderation auszusetzen...

#00:39:26-1# M2: Gerne.

#00:39:26-1# WK:...das wären wieder Parteienförderungen, die Frage der Einsparungen - da gibts auch noch andere - wer Stellung nehmen und des Steuern und des Parlamentsumbaus, aber jetzt amal zu der ersten Frage: wenn man sparen soll, was ja offenkundig notwendig ist, wer auch immer das wie verschuldet hat, da bin i tatsächlich der Meinung und die (unverst.) wie sies schon vermutet haben, dass das amal der richtige und erste Weg ist, nicht die finanziellen Transfers weiter zu erhöhen, die sind nämlich

jetzt schon - obwohl noch lange nicht erhöht - immer noch die höchsten weltweit, mit sehr mäßigem Erfolg. Wenn ich die Regierung, also die Verhandler vorläufig richtig verstehe, bliebe die Absicht im Bereich des Familien- und damit Kindergartenwesens, die Sachleistungen, wo der Bund ja Anschubfinanzierungen für Länder und Gemeinden (unverst., da M2 ihm ins Wort fällt)

#00:40:14-1# M2: Sind 750 Mio. Euro.

#00:40:15-6# WK: Das bliebe erhalten...

#00:40:17-2# M2: Sind 750 Mio. Ausbau schulischer Tagesbetreuung, Ausbau Kinderbetreuungseinrichtungen, das is Infrastruktur?

#00:40:20-9# WK: Ja, aber da wär ich der Meinung und da ham wir glaub ich ganz gute Chancen, dass selbst die Regierer einsehen, dass man dort nicht kürzen soll, weil des...

#00:40:29-1# M2: Nein, dass is dieses Budget mit 700, das tatsächlich nicht gekürzt wird (unverst., da beide parallel reden)

#00:40:32-1# WK: Genau, des bringt tatsächlich, richtig, ich find des a vernünftig - schau Sie, schon wieder a Lob - des ma so vorgeht und i würd des a für vertretbar finden, die finanziellen Zahlungen in den Familienbeihilfen nicht zu erhöhen, weil irgendwo muss es ja herkommen und da ham mer eh eine Fehlsteuerung. So aber die...

#00:40:47-1# M2 fällt ihm ins Wort: Hochwasserschutz mit 460 sehn Sie als Notwendigkeit?

#00:40:48-6# WK: Naja, der Hochwasserschutz is ja immer a Frage, wie er gebaut wird, wir ham da im Juni heftige Diskussionen gehabt und wir ham ja Maßnahmen unter dem Titel finanziert, die des Hochwasser verschärft ham, des is ja pervers gwesen, jetzt geht der Trend aber grad in den Bundesländern sag ich dazu, treffenderweise grad dort, wo die Grünen regieren in Oberösterreich, geht der Trend jetzt in einen sehr sanften Rückbau, wo wirklich wieder Räume aufgemacht werden, kost dann natürlich a was, teilweise sogar Absiedelungen, ja soll sein, aber zu den großen Brocken, wir wollens ja net verschweigen. Ich kann anknüpfen bei Kollegen Strolz, was das Gesundheitswesen betrifft - bin net der Meinung der Frau Dietrich, des is in Österreich, wie Sie (nicht erkennbar, wen er meint) glaub ich auch körpersprachlich angedeutet haben, eins der besten, immer noch weltweit. Es is nur der Punkt, i kann die gleiche Leistung mit wesentlich weniger Geld erreichen, ja wieso? Man wundert sich, warums noch so gut funktioniert - wo alle eine regieren, v.a. die Landes(unverst.), Spitalsarbeiter - die hatten das aus parteipolitischem Machtgefüge heraus aufrecht erhalten - schauen Sie sich an, die ganzen Positionen da, die vergeben werden, zum Teil immer nur parteipolitisch in diesen Dingen, aber dann ham mer die Ärztekammer - ja, soll sein - wir haben die Krankenkassen - Gott bewahr - die machen alle Gesundheitspolitik in der Regel miteinander und gegeneinander. I kenn des, i war 10 Jahr Vorsitz - Rechnungshaus Dinosaurier, dort lernt ma viel - Rechnungshof-Vorsitz und des is ein Fiasko! Wir könnten die gleiche Leistung, die gut is, mit weniger Milliarden erreichen. Und des Schlimmste is am Schluss, des des so ein Kompetenz-Wirrwarr is, das alle diese gegeneinander Gesundheitspolitik machen, nur net die Gesundheitsminister. Der einzige, der in der Republik keine Gesundheitspolitik macht ist der Gesundheitsminister und das gehört abgestellt. Und jetzt kommt aber die Hiobsbotschaft, jetzt gibts nix zu loben. Wenn ich seh, dass der geschätzte Herr Püringer - aus anderen Gründen geschätzt - der Verhandler für die Finanzen ist, auf Bundesseite der ÖVP, da kann der Herr Spindelegger uns in einem Gespräch oder der Frau

Glawischnig erzählen, was er will, das is eine Kapitulationserklärung von der Partei, die immer für sich in Anspruch nimmt, Wirtschafts- und Finanzpartei zu sein in der Republik der ÖVP. Wenn da die Landeshauptleute das Bundesbudget verhandeln, das hats noch nie gegeben, das kann nur ganz übel kommen, weil es wern diese, wenn wir net den Mut haben, Kompetenz-Bereinigungen zu machen, vielleicht tut a da (unverst.) für die Länder mehr, aber hauptsach is gerade gestellt. Net alle überall gegeneinander regieren, wenn wir da net hingreifen, dann werden wir Ineffizienz in mehreren Milliarden-Höhe fortsetzen. Der Unterschied zum Kollegen Strolz ist dann vielleicht noch, dass ich halt schon so seriös sein mag zu sagen, das Ganze wird sich in Jahren erst einstellen, diese Vorteile. Wenn mer des heut alles machen tätén, wovon wir (meint MS) gemeinsam, vermutlich wirklich sehr gemeinsam reden, dann greift das nicht morgen oder übermorgen oder im nächsten Jahr, aber schön langsam und irgendwann muss man ja anfangen, Sie ham völlig Recht. Aber in den Jahren, in den Jahren muss man sich diese Spielräume dann eröffnen dadurch und deshalb unser Vorschlag zur Steuerschichte, dann wirklich eine Reform, aber Reform heißt a was an Strukturen zu tun, ich würd nicht so weit gehn, ja irgendwann sammer vielleicht dort, das man die Steuern- und Abgabenquote runtertun kann, des is aber net unser primäres Ziel. Aber eine echte Reform muss im Kern des Titels beinhalten, das tatsächlich und solange mer uns jetzt net mehr leisten können - wo was runtergenommen wird - nämlich eh wieder Lohn- und Einkommenssteuer, v.a. im unteren Drittel, in der unteren Hälfte bis zum berühmten Mittelbauch, auch bei den Sozialversicherungsabgaben, ich will das aber auch im Abgabebereich gegenfinanziert haben, weil wir jetzt amal von den Schulden runter müssen und von diesen Löchern...

#00:44:16-6# M2 fällt ihm ins Wort: Ganz kurze Nachfrage noch...

#00:44:18-7# WK redet weiter: ...das heißt eine echte Reform würde bedeuten, dass wir die ganz hohen Erbschaften besteuern, die Milliarden, die in den Stiftungen liegen, besteuern und mit den drei Milliarden, die wir hier holen, unten in der Lohn- und Einkommenssteuer und/ oder bei der Sozialversicherung was machen. Das wär net nur gerecht, das wär v.a. auch ökonomisch vernünftig, weil auf diese Art und Weise mehr Arbeitsplätze geschaffen werden...

#00:44:36-6# M2 versucht ihn erneut zu unterbrechen: Kurze Nachfrage noch, ganz kurze Nachfrage: wie ham Sie das gestern gelesen,...

#00:44:41-9# WK: Ja.

#00:44:41-9# M2: ...also bei dieser Pressekonferenz ohne Kameras hat sich Bundeskanzler Faymann nicht ganz, sozusagen 100% deutlich ausgedrückt, werns drum geht, ob jetzt Vermögenssteuern schon sozusagen abgeblasen sind oder ob sie doch noch möglich sind, die Einführung. Wie ham Sie des gehört oder von den SP-Kontakten?

#00:45:01-4# WK beginnt schon bei letzten Worten von M2: Ja, diffus an sich. Ich denke das Problem bei der SPÖ is, des war aber im Wahlkampf schon so, is ja, dass es hier net spezifiziert wird. Im Übrigen a allgemeine Vermögenssteuer tritt ja aus Durchsetzungs- und Umsetzungsgründen immer, viele da wern ja gar net dieser Meinung sein, immer in den Hintergrund. Was mer aber gut organisieren kann is, die einmal Vorgänge der Übertragung ganz großer Vermögen, in den Erbfällen, da was zu tun und da gehts net um die klan Häusl-Bauer, das is organisierbar und des kann man machen und mit die zwa bis drei Milliarden kann man unten reingehen. Wenn er das meint, der Herr Faymann, dann hat er uns auf seiner Seite, ich fürchte nur Nein, weil sich den ganzen Wahlkampf ausse gestellt hat, dass die SPÖ oder jahrelang eigentlich da plakatiert hat und inseriert hat als Gerechtigkeitspartei also jahrelang, wir erinnern uns und am

Schluss, wies um irgendwelche konkreten Modelle gängen is, nichts auf den Tisch gelegt hat. Ich hab wirklich die ÖVP (unverst., aufgrund von Ton-Problem) und gsagt, die müssen des amal vorrechnen, weil des is alles Voodoo. Das stimmt.

#00:45:56-7# M versucht ihn zu unterbrechen, aber unverst.

#00:45:56-7# WK: Wir trauen uns das zu benennen, Frei-Beträge bis zu 500.000 Euro, d.h. du zahlst wirklich erst richtig, wennst mehrere Millionen...

#00:46:03-4# M versucht ihn nochmals zu unterbrechen, aber wiederum unverst.

#00:46:03-5# WK: ...im Jahr (unverst., da M parallel redet)

#00:46:04-5# M: ...ich möchte Sie um einen Punkt bitten (mit Lächeln).

#00:46:07-3# WK: Jetzt is er.

#00:46:07-6# M: Zum Durchatmen - ich hab schon Angst, dass Sie...

#00:46:09-4# WK: Nein - wir sind scho fertig!

#00:46:09-4# M lacht freundlich.

#00:46:10-3# M: Wir werden gleich über Lösungen reden. Eine Steuerreform wird jetzt wohl vorerst am angespannten Budget-Plan scheitern, sind die Parteien mit ihrem vielfach gepredigten neuen Stil der Zusammenarbeit noch glaubwürdig, vertrauen die Bürger des Landes unseren Politikern im Allgemeinen noch und was sind die Lösungen? Über die reden wir gleich, Anna-Katharina Kräusler hat sich umgehört, die Umfrage am Wiener Westbahnhof unter Reisenden ist nicht repräsentativ, ein Stimmungsbild - hier sind die Antworten.

#00:46:39-5# Video-Einspielung der Befragung.

#00:46:39-5# 1. Befragter: Günther Trimmel, Architekt, Niederösterreich (Name, Beruf und Bundesland werden eingeblendet): Also ich merk momentan noch überhaupt keinen neuen Stil, wenn ich die Zeitungen heute lese und die Dissonanzen bezüglich Budget sehe, kann ich keinen neuen Stil erkennen.

#00:46:50-5# 2. Befragter: Walter Stummer, Unternehmer, NÖ: Nicht mit den gleichen Personen. Weil die viel zu viel eingefahren sind. Da gehört junger Wind hinein und andere Personen.

#00:46:58-2# 3. Befragte: Elfi Baumgartner, Malerin, Wien: Große Koalition is halt nicht der Wille des Wählers, der denkt ja inzwischen auch ein bisschen. Es is ein Blockieren ein gegenseitiges, ein Hin und Her.

#00:47:07-7# 4. Befragter: Donat Klingesberger, Student, Wien: Es liegt wahrscheinlich auch an Personen wie der Finanzministerin...Aber grundsätzlich bin ich jetzt eher hoffungsfroh in die Zukunft schauender als negativ, weil es muss sein, weil eine wirkliche Alternative gibts nicht.

#00:47:21-7# 5. Befragter: Josef Schachner, Chemiewerker, OÖ: Lösungsvorschläge gabs ja genug, aber bei Koalition kannst net ausse, jeder hot, möcht seine Ideen durch-

bringe und da muss mer mal reformieren, dass mer sagt ok, da kann mer einfach des zamlegen, was zum zamlegen is, da ham mer neun Krankenkassen z.B., für olle Österreicher...für mi dads oane.

#00:47:43-4# 6. Befragter: Norbert Geroldinger, Unternehmensberater Oberösterreich: Auf jeden Fall das Pensions-Alter anheben, ja. Und zwar nicht um ein oder zwei Jahre, sondern, also wahrscheinlich bleibt uns a Erhöhung über vier oder fünf Jahre nicht aus.

#00:47:53-7# 7. Befragter: Georg Grundei, Angestellter, Wien: Des is irgendwie relevant, dass man auch die Arbeitsplätze schafft, wo man so lange arbeiten kann, wenn man des unbedingt haben möchte.

#00:48:01-5# 8. Befragter: Karl Payleitner, Landwirt, OÖ: Die müssen des aufarbeiten, des ma wieder vorwärts kommen, des des so funktionieren wird, miassn, na.

#00:48:07-7# Zwischeneinblendung: im Hintergrund Säulenhalle des Parlaments, im Vordergrund: "60 Minuten Politik"

#00:48:11-3# Zurück im Studio.

#00:48:13-7# M2: Frau Dietrich, zusammenlegen was man zusammenlegen kann - was würde Ihnen denn da einfallen in Österreich?

#00:48:21-1# WD: Die Sozialversicherungen zum Beispiel. Und ich kanns wirklich nicht verstehen, es hat den Österreich-Konvent gegeben, der eineinhalb Jahre lang getagt hat - 70 Experten ham sich Gedanken über Reformen gemacht und so wie das erarbeitet wurde, wurde es meiner Meinung nach schubladisiert und weggesteckt. Ich glaube, wir ham helle Köpfe, die gute Ideen entwickelt ham und es is höchste Zeit, dass über Partei-Grenzen und über Lobbyismus-Denken hinaus nach gemeinsamen Lösungen gesucht wird. Das wir wirklich Strukturen vereinfachen, bereinigen und das zusammenlegen was zusammengehört, effizienter werden und der Staat muss straffer organisiert werden.

#00:49:00-8# M2: Pensionsantrittsalter anheben?

#00:49:04-3# WD: Also wovon ich...

#00:49:06-1# M2 (parallel zu WD): Weil Stronach hat glaub ich kein Problem damit.

#00:49:06-4# WD: ...wogegen ich wirklich bin, das sind Privilegien. Wir haben leider Gottes - und das liest man fast tagtäglich - Menschen in diesem Land, die Privilegien genießen, Pensionen jenseits der 30.000 Euro kassieren, während andere, die vielleicht auch 45 Jahre lang hart und schwer gearbeitet haben mit knapp 1000 Euro auskommen müssen. Und ich glaube dieses System is in vielen Bereichen sehr sehr unfair geworden. Wir müssen es fairer machen und wir müssen meiner Meinung nach auch den Mut haben, in Privilegien einzugreifen. Privilegien dürfen nicht in Stein gemeißelt sein.

#00:49:44-8# M2 während WD noch spricht: Also in bestehende Pensionen?

#00:49:43-8# WD: Jenseits...also Pensionen in utopischer Höhe, da muss man drüber nachdenken...

#00:49:49-4# M2 fällt ihr ins Wort: Was is utopisch? Sind das Beamtenpensionen...über...weiß ich nicht... 3000, 4000 Euro - ist das schon utopisch?

#00:49:54-8# WD: Ich glaub man muss bei der Pensionserhöhung drüber nachdenken, ob man nicht eine degressive Staffelung macht nach oben hin. Wenn man den ASVG-Betrag voll Inflation bereinigt und darüber hinaus einfach nicht mehr so viel...

#00:50:11-8# M fällt ihr ins Wort: Ich möchts a bissl konkreter. Was heißt das? Wo ist die Summe, die Sie da sehen? Ist 3000 Euro zu viel, sind 4000 Euro zuviel, sind 2500...

#00:50:21-2# WD parallel zu M: Na, zuviel is gar nix.

#00:50:20-9# M: Was ist zuviel?

#00:50:22-1# WD: Aber ASVG-Höchstbetrag, glaub ich, das is eine...Zahl, die uns als Markline dienen sollte und darüber hinaus sollten wir bei der Erhöhung dann wirklich nachdenken, obs nicht sinnvoller ist, den kleinen Pensionisten,...

#00:50:38-9# Männliche Stimme redet dazwischen, aber unverst.

#00:50:38-9# WD:... die volle Inflationshöhe zu geben und darüber hinaus vielleicht eine Degression zu haben.

#00:50:45-1# M: Frau Belakowitsch, ich möcht da gleich ein Stückal einhaken - des Pensionsthema ist ein großes Pensionsthema, es gibt rund 2 Mio. Pensionisten, die auch wieder zur Wahl gehen werden, deswegen bemühen sich alle um diese Wählerschicht und Wählergruppe, weniger interessant sind offensichtlich die Jungen...die Frage, die grundsätzliche Frage, die ich Ihnen jetzt hier stelle, ist die Frage, wo schauts raus, sollte das Pensionsalter erhöht werden?

#00:51:11-4# DBJ: Das gesetzliche Pensionsalter halt ich nicht für sinnvoll es zu erhöhen. Das de facto Pensions-Antrittsalter, das wird...

#00:51:20-6# M fällt ihr ins Wort: Ja gut, aber des is wie mit der Autobahn: wir schreiben 130, alle fahrn 160, weil wenn man 160 schreibatn, würdn alle 180 fahrn...

#00:51:25-5# DBJ parallel zu M: Na na nein, so is es ja nicht...

#00:51:25-5# M parallel zu DBJ: ...also die Frage is...

#00:51:27-4# DBJ nimmt sich das Rederecht: ...ich glaube auch, dass wir niemand, also des 65 als Pensionsalter völlig ausreichend wäre, wenn denn alle Personen bis 65 arbeiten würden.

#00:51:37-0# M versucht etwas einzuwerfen, aber unverst., DBJ redet weiter.

#00:51:37-4# DBJ: Nur das is das Hauptproblem und das müssen wir, da müssen wir hin. Wir müssen einfach schauen, dass wir das schneller schaffen, das gesetzliche Pensionsalter mit dem tatsächlichen Antrittsalter, des ma des zusammenführen, des müssen wir schaffen...

#00:51:47-9# M fällt ihr ins Wort: Gut. Jetzt erwartet man...

#00:51:50-0# DBJ redet weiter: ...und da würden wir uns natürlich wahnsinnig viel Geld auch ersparen, das muss man ganz ehrlich auch sagen.

#00:51:53-1# M: Pardon, dass ich jetzt ins Wort gefallen bin, trotzdem, jetzt...sagt...sagen die Koalitionsverhandler jedenfalls...

#00:51:58-7# DBJ sagt etwas dazwischen, aber unverst., da M redet.

#00:51:58-7# M: ...das, was man heuer, also in der letzten Legislaturperiode eigentlich, beschlossen hat, wird jetzt erst 2014 greifbar und wir werden sehen, es wird die wahn-sinnige Explosion des Pensionsalters nach oben geben.

#00:52:11-5# DBJ: Na des glaub ich net, dass des stimmen wird, weil selbst der Sozial-minister des auch schon in der letzten Periode gesagt hat, dass das sehr schleppend nur geht und sich gefreut hat, dass also innerhalb von einem Jahr um einen Monat wird... (unverst., da M ihr ins Wort fällt)

#00:52:21-4# M: Es wird gesprochen von 12%. ... (unverst., da DBJ parallel redet) dass die Regelungen noch in Kraft getreten, ist man schon 12 % nach oben gerückt quasi.

#00:52:28-7# DBJ: Ja, das wäre wunderschön, wenn das alles so leicht ginge, weil dann hätten wir natürlich gerade im Pensionsbereich weniger Budgetloch zu verzeichnen. Das is es aber natürlich nicht, das wissen wir auch. Ich weiß schon, es gab ja Maßnahmen dieser Bundesregierung, es war z.B. also diese Rehabilitationsmaßnahmen, die gesetzt worden sind, d.h. die I-Pensionen, die zurückgedrängt werden sollen bzw. so gut wie abgeschafft werden sollen, das sind schon Maßnahmen in die richtige Richtung, die greifen aber erstens nicht so schnell und zweitens ham wir das Problem, dass es ja nicht nur die I-Pensionen sind, die uns in das Loch reißen, sondern auch andere Gründe...

#00:53:00-9# M fällt ihr ins Wort: I-Pension steht nicht für...steht für Invadilitäts-Pension?

#00:53:02-7# DBJ: Entschuldigung, ja - Invadilitäts-Pension. Die ja zurückgedrängt werden, jetzt ham wir die Rehabilitations-Maßnahme, das is durchaus alles zu begrüßen, das sind alles Maßnahmen, die uns ein Stück weiterbringen, aber nicht in dem Ausmaß und nicht in dieser Geschwindigkeit, die wir gern hätten. Und des muss man auch schon ganz ehrlicherweise sagen, wir müssen a schaun, bei der ÖBB die Pensions-Privilegien mal abzuschaffen, es kann ja net sein, dass dort alle Leute weit unter...vor dem 55. Lebensjahr in Pension gehen, das ist einfach eine Ungerechtigkeit...

#00:53:29-0# M fällt ihr ins Wort: Stichwort Frauen-Pensionsalter: Angleichung früher als geplant?

#00:53:29-8# DBJ: Nein. Nein, das seh ich nicht so, denn die Belastung der Frauen ist nach wie vor eine weit höhere als die der Männer, Frauen ham meistens eine Dreifach-Belastung, also sie müssen Haushalt, Kinder und Beruf, und solange hier die Kindererziehungszeiten nicht adäquat anerkannt werden und nur als Ersatzzeiten gelten, kanns das nicht sein, weil damit würden wir die Frauen-Pension weiter sehr niedrig halten und das ist eine Ungerechtigkeit, die so nicht gehen kann. Frauen-Pensionsalter dann anheben, früher ja, wenn Kindererziehungszeiten als vollwertige Pensionszeiten angerechnet würden.

#00:54:04-7# M: Herr Kogler, auch an Sie die Frage: Pensions-Alter erhöhen, damit man real wirklich raufkommt, ist das etwas, das Sie unterstreichen könnten? In Deutschland wird so ein Weg gegangen, um ein Beispiel zu nennen.

#00:54:12-6# WK: Na gut, aber auch in Deutschland wird am Schluss die Zählung nur über das faktische Pensionsalter sinnvoll dann sein. Zunächst zum Frauen-Pensionsalter: also wir würden uns da net dagegen sperren, allerdings, neben den vorher aufgezählten Benachteiligungen gibts ja andere auch - in der Einkommensstruktur, wo die Frauen a Drittel zurückliegen bei gleichwertiger Arbeit gegenüber den Männern, sondern diese Diskrepanzen derartig offenkundig bleiben, wird ma des auch vertreten können, das des Frauenpensionsalter halt nicht so schnell angehoben wird, dazu muss ma stehen. Oder was eigentlich viel gscheiter wär, ma macht hier wesentlich mehr und wenn sich diese Gerechtigkeitslücken schließen, dann kann man dort auch was machen.

#00:55:02-6# M versucht etwas einzuwerfen, WK redet aber weiter.

#00:55:02-6# WK: Tatsächlich würden die Frauen aber relativ viel davon haben, wenn sie da oder dort, jedenfalls nach individueller Entscheidung, die eine oder andere länger arbeiten könnte, weil sie damit nämlich auch ihre Bemessungsgrundlagen für die Pension dann besser optimieren könnten. Eintrittsalter generell - ich glaub wir müssen die Netto-Rechnung machen, die Netto-Rechnung is net so rosig wie die Brutto-Rechnung, weil des muss ma schon ehrlich sagen, weil wenn der Arbeitsmarkt, also wenn immer alles gleich bleibt, is völlig klar, was passiert und ob die Gsellschaft des will is a andre Frage, dann kommen halt unten net so gschwind welche rein und (unverst.) - mit Sicherheit a größeres Thema. Aber wenn es gelingen soll, dann wirds was brauchen an Begleit-Maßnahmen, es braucht sicherlich, des hat auch was mit den Kollektivvertrags-Verhandlungen zu tun, flachere Einkommenskurven, weil jetzt gibts einfach, zuerst mehr, dann weniger, weil des genau dazu führt, was wir jetzt haben,...

#00:55:53-4# M fällt ihm ins Wort: Also weniger Senioritätsprinzip, wenn ich des richtig...

#00:55:56-0# WK redet parallel, aber unverst.

#00:55:57-6# M: Ich möchte Sie hier einen Punkt machen lassen, deswegen, weil wir noch fünf Minuten haben und es ist mir lieb und teuer, dass Diskussions-Sendungen nicht nach hinten auslaufen, dass keiner da am Schluss...ich hätt gern a Conclusio aus dieser Diskussion. Nämlich auch auf die Frage, was sind die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Ich fang...(setzt an, um Gast anzusprechen)

#00:56:14-2# M2 fällt ihm ins Wort: Ich darf noch etwas hinzufügen, wenn du erlaubst. Was sozusagen kann Ihre Partei da machen (an alle Diskutanten gewandt), also was kann Ihre jeweilige Partei da jetzt einbringen und nicht nur zu sagen, was macht die Regierung falsch. Weil da sind Sie glaub ich einigermaßen einer Meinung. Was können SIE tun.

#00:56:27-8# M: Und Bitte um einigermaßen zeit-ökonomische Antworten (mit Lächeln).

#00:56:33-2# MS: Soll i anfangen?

#00:56:34-0# M: Ja bitte.

#00:56:32-1# MS: Also i glaub ganz zentrales Thema für die nächste Regierung is Bildung. Also wenn ein Viertel der Jugendlichen mit 15 net gscheid lesen kann - i hob drei Kinder, wenn i mir vorstell, meine Tochter, eine meiner Töchter, wär hier dabei, kann mit 15 nicht ordentlich lesen, das ist eine fürchterliche Tragödie für dieses Menschenleben, ein Leben lang und des is für den Wirtschaftsstandard ein Wahnsinn und des is, da gibts nur Verlierer! Bildung muss mer Meter machen! Deswegen unser Vorschlag - heb mer

die Bildung in den koalitionsfreien Raum, da wollen wir Neos mitarbeiten, da sollen die Grünen, Stronach, FPÖ - da sollen alle mitarbeiten! Wir sollen das Parlament hier stärken und hier zu einem nationalen Konsens kommen und zu einem Sprung nach vorn. Autonomie in der Schule stärken beispielsweise, wäre ein Ansatz, wo wir glaub ich große Mehrheiten finden könnten - Politik raus aus den Schulen. Zweiter Punkt natürlich und des sind unsere zwei Schwerpunktthemen von Neos und es freut mich, dass ma auch als kleine Partei offensichtlich Themen hebeln kann...

#00:57:27-9# M fällt ihm ins Wort, zunächst unverst., da MS weiter redet: ...nur noch zwei Minuten.

#00:57:30-8# MS geht nicht darauf ein, redet weiter: ...Pensionen ist ganz wichtig, muss mer angehen, wir müssen die Sozialsysteme, wenn wir sie halten wollen, muss ma sie Enkel-fit machen, deswegen muss ma sie reformieren, sonst wer ma sie net halten können, (M hebt die Hand, aber unterbricht ihn nicht mit Worten, zieht Hand wieder zurück und lässt ihn weiterreden) ich möchte das europäische Lebensmodell für Österreich auch sichern, aber dann muss mer mutig Reformen angehen. Habe Mut! Gilt auch nach der Wahl natürlich, insbesondere für die Regierung.

#00:57:48-8# M: Danke. Frau Dietrich?

#00:57:52-0# WD: Ich glaube, es ist Zeit, die wesentlichen Herausforderungen tatsächlich in den koalitionsfreien Raum zu stellen und mit Wahrheit, Fairness...

#00:57:59-3# M fällt ihr ins Wort: Konkret: Bildung?

#00:57:59-0# WD: Bildung, Wirtschaftsstandort, Verwaltungsabbau, Steuern...

#00:58:05-8# M2 fällt ihr ins Wort: Sie würden auch mit den Regierungsparteien dann mitstimmen, wens Ihnen...

#00:58:05-6# WD: Wir würden mitstimmen...

#00:58:06-4# M2: ...zusagt.

#00:58:08-9# WD:... wenn es Sinn macht, wens für die nächsten Generationen einfach mutige Entscheidungen sind, die eine Zukunft, eine Vision geben, dann sind wir ein Partner. Wir sind dort, wo Vernunft ist, dort, wo wir was bewegen können für die Menschen, sind wir dabei.

#00:58:23-8# M: Frau Belakowitsch.

#00:58:24-5# DBJ: Ich glaub wir brauchen zunächst einmal ein Ausgabenpaket, wo wir uns anschauen, wo können wir einsparen, was sind die Ausgaben, die einfach zu hoch sind, das sind meines Erachtens die EU-Beiträge, die jetzt ab dem nächsten Jahr angestiegen sind um 200 Mio. Euro, die gehören nachverhandelt, die gehören wieder runter, man muss auch hinterfragen, ob die Hilfe für die Pleitestaaten wirklich sinnvoll is, ob sie ankommt, ich mein, es wurde uns ursprünglich versprochen, es ist ein Geschäft - es ist kein Geschäft geworden, das wissen wir, ein Hilfspaket jagt das nächste und das muss ma runterfahren, da können wir uns Milliarden einsparen und da sollte man investieren, einerseits in die Familien, in die Sicherung der Pensionen, in Pflegegeld, in die ärmsten...

#00:59:00-8# M2 fällt ihr ins Wort: Und Sie würden auch in konkreten Punkten mit der Regierung mitgehen?

#00:59:02-7# DBJ: Ja selbstverständlich. Wir werden das auch, wie wir schon in den vergangenen fünf Jahren gemacht haben, auch hinkünftig als unseren Schwerpunkt sehen, Pflegebereich muss gesichert werden, (unverst.), Pflegegeld, Familienleistungen und die Sicherstellung der Pensionen.

#00:59:15-6# M: Herr Kogler, ich möchte Ihnen dann nicht mehr ins Wort fallen - nicht mehr WIEDER ins Wort fallen (mit einem Lächeln).

#00:59:18-2# WK: Deshalb kürzer, ja ich verstehe. Die Fragen sind schon auf der Ausgangsseite zu stellen, Sparen mit Vernunft, aber noch mehr Sparen mit Herz und Hirn in dem Fall, das wird sich z.B. zutragen müssen auch in der Wirtschaftsförderung, die man jetzt nicht angesprochen, da passieren die absurdesten Dinge, intransparent, v.a. die Länder, allein in der Steiermark verjubeln man 80-100 Mio. offiziell, inoffiziell gleich viel, das sie net sagen Bundesland wie dort, immer noch in Sparpaketszeiten dort bis zu 200 Mio. dort, versteckterweise, wer kriegt das, die größten Konzerne, die nur Gewinn-Mitnahme machen, da is im Übrigen Magna mit dabei (an WD gewandt), da is Andritz dabei, diejenigen, die die größten Manager-Gehälter zahlen in Österreich und die würden ihre Gewinne sonst auch machen, sind tüchtige Firmen im Übrigen. Aber das da muss man sich trauen, glaub i, weil da muss man a Klügelwirtschaft angehen. Das andere wird sein, dass...

#01:00:09-6# M2 fällt ihm ins Wort, aber unverst., da WK weiterredet

#01:00:12-1# WK:...dass wir das Geld loseisen...

#01:00:12-6# M2 fällt noch einmal ins Wort: Wo sind die Grünen dabei?

#01:00:13-3# WK: Bitte?

#01:00:14-3# M2: Wo sind die Grünen dabei?

#01:00:14-4# WK: Ja da amal reinzuschneiden, das muss sich ja mal wer sagen trauen, die Wirtschaftsförderung zu halbieren, die man in der Steiermark...

#01:00:23-0# M2 fällt ihm ins Wort: Ja aber sind Sie dabei bei anderen Themen, bei Reformen wie Pensionen, bei...

#01:00:26-0# WK fällt ihm ins Wort: Ja, aber ich sag Ihnen nur, wenn man die Wirtschaftsförderung dieser Art über alle Bundesländer und im Bund, das ja völlig über Kreuz intransparent is, halbieren würden, dann würd man uns scho alla a Milliarde sparen. In ähnlichen und in den Kompetenz...

#01:00:39-0# M2 fällt ihm ins Wort, zunächst unverst., da beide parallel reden: ...Klassenkampf.

#01:00:40-8# WK: Nein! Aber das is doch...

#01:00:43-3# M oder M2 lacht und redet, aber unverst., da WK noch redet.

#01:00:44-1# WK:...des is doch unsinnig, na selbstverständlich...

#01:00:45-4# M fällt ihm ins Wort mit Lächeln: Wir sind am Ende der Zeit...

#01:00:46-7# WK redet weiter: ...wir brauchen das Geld...

#01:00:48-0# M: Bitte Sie um...

#01:00:45-4# WK:...um woanders zu investieren...

#01:00:49-5# M: ...einen Schlusssatz.

#01:00:50-3# WK: Es kann nicht nur darum gehen, alles zammen zu kürzen, weil des wird in der Abschwungphase und noch sind wir net im Aufschwung, dazu führen, dass die Wirtschaftslage ja noch schlechter wird. Also wir müssen des Geld ja deshalb an der richtigen Stelle einsparen, damit mas woanders investieren können. Ja die Leut brauchen dann net immer Angst haben, dass nur gekürzt wird, weil irgendwo muss ja die Arbeit a wieder herkommen und das Einkommen.

#01:01:08-9# M: Meine Damen, meine Herren (an die Diskutanten gewandt), lieber Rainer, herzlichen Dank für Ihre Zeit und Bereitschaft zur Diskussion. Wir (in die Kamera blickend, an die Zuseher gewandt) sehen uns wieder, wenn Sie wollen, bei 60 Minuten Politik, direkt aus dem Machtzentrum der Republik, dem Parlament in Wien, heute in einer Woche, am Donnerstag den 21. November, ab 22 Uhr 25. Dann mit diesem Thema: "Wie tief werden die Einschnitte bei Pensionen und Pensionsalter, zu Gast u.a. die Chefs von Pensionistenverband und Seniorenbund, Karl Blecha und Andreas Kohl. Meine Damen und Herren, Herzlichen Dank für Ihr Interesse, weiterhin informatives Fernsehen mit ORF III Kultur und Information, guten Abend.

#01:01:41-8# Gesamte Diskussionsrunde ist zu sehen, Titel-Melodie setzt ein, Logo wird einblendet und auf der rechten Seite ist der Abspann zu lesen.

Transkript D

Am Punkt 13. November 2013, 22.55 Uhr

Thema: Riesenloch in der Staatskasse - müssen wir jetzt richtig blechen?

Dauer: 54:11 Minuten

Moderation: Sylvia Saringer - M

Moderation im Analyse-Studio: Sophia Angelides - M2

Gäste:

(Diskutanten werden mit Initialen abgekürzt, bei Politikern steht (P) dahinter)

Herbert Kickl - HK (P)

Christian Keuschnigg - CK, Alexandra Strickner - AS, Thomas Hofer - TH

Expertin im Analyse-Studio: Daniela Kittner

Anordnung im Raum: Vier Diskutanten stehen an einem runden Tisch, jeweils zwei gegenüber voneinander, Moderatorin steht am Kopf des Tisches, ohne direktes Gegenüber.

TEIL 1 (Aufgrund der Werbe-Unterbrechungen wird die Transkription unterteilt)

Eröffnungsmelodie

#00:00:07-5# weibliche Stimme aus dem Off (währenddessen Einblendung von Video-material, das zum Text passt): Steuerreform, mehr Familienbeihilfe, Pensionen sicher - das war vor der Wahl. Nach der Wahl - scheinbar aus dem Nichts taucht ein unfassbares Minus auf den Staatskonten auf. Bis zu 40 Milliarden Euro fehlen der neuen alten Regierung im Finanzhaushalt und niemand will von den Horrorzahlen etwas gewusst haben. Hat uns die Regierung belogen? Riesenloch in der Staatskasse - müssen wir jetzt richtig blechen?

Dazu im Studio Christian Keuschnigg vom IHS, sein Rezept: „Sparen und gleichzeitig investieren, um die Staatsaufgaben nachhaltig zu finanzieren.“ (die genannte Person wird eingeblendet, darunter steht der Name und die Berufsbezeichnung: Direktor, Institut für Höhere Studien; das durch die Off-Stimme vorgetragene Statement der Person zum Diskussions-Thema ist ebenso zu lesen), Herbert Kickl von der FPÖ ist sicher „Die Budgetzahlen der Regierung sind ein einziger Betrug an der Bevölkerung.“ (s.o., Berufsbezeichnung hier: Generalsekretär FPÖ), Alexandra Strickner von Attac Österreich sagt „Steuern auf große Vermögen müssen Krisenkosten und Bankenrettungen ausgleichen.“ (s.o., Berufsbezeichnung hier: Obfrau, Attac Österreich), und der Politikberater Thomas Hofer meint: „Das ganze ist ein PR-Desaster, die Regierung überdribbelt sich gerade selbst.“ (s.o., Berufsbezeichnung hier: Politikberater).

Einblendung: Am Punkt Analyse

weibliche Stimme aus dem Off: Bei Sophia Angelides im Analyse-Studio ist Daniela Kittner vom „Kurier“ (Einblendung der beiden Damen, darunter steht „Daniela Kittner“ und „Kurier“).

männliche Stimme aus dem Off: Live aus den ATV-Studios: Am Punkt, die ATV-Diskussionssendung mit Sylvia Saringer.

#00:01:17-0# M: Einen wunderschönen guten Abend, meine Damen und Herren, herzlich willkommen zu Am Punkt.

Der Fasching 2013 ist gerade mal drei Tage alt, aber was wir derzeit innenpolitisch erleben ist nicht einmal ein schlechter Scherz, es ist bitterer Ernst. Seit mehreren Wochen mauern und drücken sich SPÖ und ÖVP vor einer Diskussion mit uns und damit auch mit Ihnen zu Hause und das, obwohl ein schwerer Vorwurf im Raum steht, nämlich, die Regierung soll uns, was den Finanzhaushalt betrifft, belogen haben. Das heißt, SPÖ und ÖVP hätten angeblich bewusst die Unwahrheit gesagt. Zur Ausgangssituation: zuerst hat es geheißt, es fehlen 40 Milliarden Euro im Budget, vor wenigen Stunden hat sich die Regierung auf einen Fehl-Betrag geeinigt, nämlich von 18 Milliarden Euro sechs Milliarden Euro zusätzlich sollen an die Banken gehen. Wollen wir das Zahlenwerk kurz mal beiseite lassen, sondern uns mal dem Thema widmen. Wie kann denn das so urplötzlich passieren, dass da niemand etwas davon gewusst hat, Herr Keuschnigg, wurden die Wähler belogen?

#00:02:17-4# CK: Ja das is nich so einfach zu sagen. Nicht, ma muss jetzt amal überblicken, nicht, wie der Prozess jetzt zustande kommt. Jeden Herbst muss der mittelfristige Finanzplan fortgeschrieben werden und da werden neue Informationen eingepreist, also da werden neue Steueraufkommensschätzungen gemacht, im Lichte der Konjunkturprognosen, die vorliegen, die prognostizieren die Einnahmen und dann werden alle Ausgaben, die schon beschlossen sind, fortgeschrieben, aber auch in dieser ersten Schätzung, die Sie genannt haben, natürlich auch alle Vorhaben sind da schon drin gewesen, die die Regierung an sich vorgehabt hat.

00:02:53-5# M: Und das hat man vorher nicht gewusst? (überschneidet sich mit nachfolgendem Satz von CK)

#00:02:54-4# CK: Und das hat jetzt eine böse Überraschung gegeben. Das hat man vorher teilweise gewusst, das ist auch schon länger diskutiert worden, nicht also die großen Fehlbeträge, die da entstehen, also die ganz großen Brocken sind die weniger dynamisch (unverst.) Steuereinnahmen, das ist der größte Teil, das kommt zustande weil sich die Konjunktur erst sehr viel später angezogen hat und die Wachstumsaussichten für die Periode sehr viel geringer sind, das ist der eine Teil. Der andere Teil ist jetzt die Bankenhilfe, das hat sich über den Sommer schon deutlich abgezeichnet, das da eine Belastung auf uns zukommt...

#00:03:28-3# Einwurf M: Über den Sommer ist ja auch vor der Wahl gewesen, also...

#00:03:31-2# CK: (nickende Kopfbewegung) Vor der Wahl...

#00:03:32-2# M: ...wars ja auch kein Geheimnis. (aufforderndes Lächeln an CK gewandt)

#00:03:34-6# CK: Das war kein Geheimnis, denn es ist im Sommer schon diskutiert worden, es ist schon ein paarmal das Stichwort gefallen, dass das möglicherweise ein neues Sparpaket verursachen könnte, also jedenfalls diese Zahl ist im Wesentlichen bekannt gewesen und was jetzt im November mit dem neuen Gutachten der Pensions-Kommission bekannt wurde, ist, dass der Bundeszuschuss im Pensionssystem doch erheblich größer ausfällt als geplant. Wenn man das jetzt zusammenzählt, dann kommt man schon auf einen sehr großen Teil Fehlbetrag im normalen Defizit und dann kommen viele Einzelposten.

#00:04:12-2# M: Gut. Wir wollen uns jetzt nicht mit jedem Posten beschäftigen müssen. Sie glauben jetzt nicht an eine Lüge, wenn ich das jetzt richtig verstanden hab?

#00:04:19-2# CK: Naja, der Bundesfinanzrahmen wird in jedem Jahr neu berechnet, auf ein weiteres Jahr fortgeschrieben, nicht. Im Zuge dessen müssen die Prognosen neu einfließen. Ob man die Bevölkerung getäuscht hat, das ist für mich nicht so leicht festzustellen. Vielleicht war man zu langsam im Einpreisen von neuen Prognosen, das hätte man auch früher berechnen können, das Bankenpaket wurde diskutiert und es ist auch sicherlich so, dass der Finanzierungsbedarf im Pensionssystem einer ständigen Debatte unterliegt. Das ist nicht zum ersten Mal debattiert worden. (M fällt CK bei letztem Satz ins Wort)

#00:04:54-0# M: OK, ich halte fest, Herr Keuschnigg, sie glauben nicht an eine Lüge, jetzt stellt sich natürlich die Frage, ob es sich um Unwissenheit oder Unfähigkeit handelt, einen Budgetplan auf unrealistischen Zahlen aufzubauen, denn noch vor der Wahl, eine Woche vor der Wahl, am 22. September, hat Vize-Kanzler Michael Spindelegger bei „ATV Meine Wahl“ folgendes gesagt:

→Video-Einspielung, Michael Spindelegger: Wir haben die Reformen angegangen, beim Pensionssystem, bei der ÖBB, in der Frage Gesundheitsverwaltung, in der Frage, wie wir auch bei den Förderungen zurückfallen, das heißt, die Einnahmen steigen, wir haben auch Einnahmen beschlossen und die Ausgaben sinken - beides, damit das auf Null zusammeneht.

#00:05:53-6# M: Auf Null zusammengeht, damit meint der Vizekanzler Spindelegger das Null-Defizit, das bis 2016 erreicht werden soll. Herr Kickl, die FPÖ gehört ja zu den Schilling-Fans, also diese 40 Milliarden Euro überschlagsmäßig wär das eine Halbe Billion Schilling. Wenns jetzt dieser Betrag ist, auf den sich die Regierung geeinigt hat, dann is es noch immer eine Viertel Billion Schilling, eine unfassbare Summe. Kann man das wirklich übersehen, wär Ihnen das auch passiert?

#00:05:59-8# HK (P) (P): Es ist unglaublich, was sich hier abspielt und um die Worte des Herrn Spindelegger aufzugreifen, auf Null is nurmehr die Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung gesunken. Sie war ohnehin net viel höher angesiedelt, aber jetzt ham mers ja schwarz auf weiß - das war eine einzige Budget-Lüge, die man in diesem Wahlkampf aufgeführt hat, denn es hat sich ja in Wahrheit nichts von den großen Rahmenbedingungen geändert. Das hat man doch schon beim Erstellen der Budgets gewusst, dass die wirtschaftliche Situation bei Weitem nicht so rosig ist, wie die Regierung das vor der Wahl dargestellt hat, man hat gewusst, dass gigantische Anstrengungen auch in Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt auf Österreich zukommen, man hat versucht, es zu beschönigen, man hat gewusst, dass wir eine Alterspyramide haben, die wir nicht erst seit gestern oder seit vorgestern haben und dass es da eine Pensionsproblematik gibt - all das hat man gewusst. Man hat gewusst, dass man sich mit der sogenannten Notverstaatlichung, die alles andere war als eine Notverstaatlichung (...) (unverst.), allerdings ohne Not, etwas eingetreten hat, was das Budget, was das Budget belasten wird...

#00:06:54-3# M: Aber Herr Kickl, ich muss sie jetzt kurz unterbrechen, wenn sie immer sagen...(M fällt HK (P) ins Wort)

#00:06:54-3# HK (P) (redet parallel zu M): ... und da hat man die Bevölkerung nach Strich und Faden belogen.

#00:06:56-5# M:das hat man gewusst, ham Sies dann gewusst und uns nicht gesagt?

#00:07:02-2# HK (P): Ja wir haben ja immer gesagt, dass die Zahlen, die diese Bundesregierung vorlegt, nicht stimmen. Wir haben immer gesagt, wir können noch lange nicht davon ausgehen, dass wir in der ganzen Frage der Wirtschafts- und Finanzkrise auch nur annähernd über den Berg sind - das ist immer bestritten worden. Wir haben immer gesagt, dass sich am Arbeitsmarkt gar nichts erholt, sondern dass das dicke Ende erst kommen wird, auch das hat man bestritten, und und und. Also es gibt viele Dinge, wo wir immer wieder darauf hingewiesen haben, das heißt dann in der innenpolitischen Auseinandersetzung, dass die Freiheitlichen die Schwarzmalen sind, aber in Wahrheit haben wir jetzt gesehen, dass SPÖ und ÖVP sich mit einem einzigen Betrug nochmal über diese Wahl gerettet haben und ich sags Ihnen gleich, wenn man jetzt von 30, 40 Milliarden, dies ursprünglich waren, herunterkommt auf 18 Milliarden, wenn man dann wieder fünf oder sechs dazugeben muss, dann ist das doch fortgesetzt der Betrug, ja, das ist sozusagen der nächste Akt in dieser Weihwas-Gschichte (unverst.), die wir da erleben müssen und es is unglaublich, wenn die Regierung da von sich ausgeht, dass sie dort so ungeschoren davon kommt. Wir werden nächste Woche die Gelegenheit haben im Parlament, zusammensitzen und wir werden einen Misstrauensantrag logischerweise auch für die SPÖ.... (unverst. da parallel zu M) (M versucht HK (P) zu unterbrechen)

#00:07:49-4# M: Gut, Herr Kickl, das is natürlich eine wunderbare Vorlage für die FPÖ, aber Sie sind ja auch schon mal (M und HK (P) reden parallel)

#00:07:57-6# M: (redet nun allein) in der Regierung gesessen, also Ihre Partei, unter Schwarz-Blau, Herr Hofer, würden Sie sagen, da is immer alles viel transparenter abgelaufen?

#00:08:04-9# TH: Nein natürlich nicht, aber es ist jetzt schon eine Situation da und das muss man schon auch amal in der Klarheit sagen, die wirklich am Wählermarkt rot und schwarz massiv noch amal schadet, auch nach dem Wahldesaster, das ma ja Ende September gesehen haben. Und zum Herrn Keuschnigg muss man schon auch dazu sagen - es gibt schon ein paar Faktoren, die man selbstverständlich hätte einrechnen müssen, nur ein Beispiel, und bevor sich jetzt der Herr Kickl zu sehr freut, das wurde schon verursacht von Ihrer Gesinnungsgemeinschaft in Kärnten, nämlich das Hypo-Desaster, nur um das jetzt in einem Bild zu sagen... (HK (P) fällt ihm ins Wort)

#00:08:35-8# HK (P): (parallel zu TH): Vielleicht kömmer uns des Kapitel nochmal extra hernehmen, des wär (unverst.)

#00:08:36-4# M: (parallel mit TH) Da brauch mer eine extra Sendung, Herr Kickl.

#00:08:40-6# TH & HK (P) parallel: unverst.

#00:08:41-1# TH: Sie sind sehr schnell beim Unterbrechen gewesen, Herr Kickl, ganz kurz zuhören vielleicht. Bin gestern mit einer Kollegin gsessn, um ein Bild dafür zu finden und sie is ein gutes eingefallen, das is so, wie wenn eine Familie hergeht und vom Mechaniker gesagt bekommt, es gibt einmal noch des Pickerl und nächstes Jahr brauchts ein neues Auto. Also man WUSSTE, dass das kommt und das hat die Regierung gewusst bei der Hypo, dass das dramatisch viel kosten wird. Vielleicht nicht genau wieviel, aber man hat gewusst, dass da ein Milliarden-Brocken auf die Regierung zukommt. Was macht man? Man stellt Null ein. Das heißt, die Familie - um auf das Bild zurückzukommen - wär hergegangen, hätt gsagt, wir tun jetzt so, als ob wir nächstes Jahr kein Auto brauchen. Und das ist natürlich fahrlässig. Und um auf die Eingangs-Frage zurückzukommen - Lüge oder nicht Lüge - man hat zumindest massiv geflunkert. Jetzt wissen wir alle als gelernte Staatsbürger... (M fällt TH ins Wort)

#00:09:23-3# M: Aber is jetzt massiv geflunkert, ist das jetzt gelogen oder nicht?

#00:09:26-1# TH: (parallel zu M)..., dass in einem Wahlkampf, dass...

#00:09:26-2# TH: Naja, schon irgendwo, natürlich hat man gewusst, was da auf einen zukommt. Vielleicht nicht in der gesamten Dimension, aber man hat natürlich den Wahlkampf mal ins Land ziehen lassen, wollte mal da drüber kommen irgendwie, halbwegs unbeschadet und natürlich die besondere Kunst (unverst.), dass wir im Wahlkampf dann noch die Steuerreform groß diskutiert ham, obwohl natürlich die handelnden Personen gewusst ham, dass es nach der Wahl... (M fällt TH ins Wort)

#00:09:45-2# M: Gut

#00:09:47-6# TH: ...eine ganz andere Diskussion geben wird.

#00:09:49-2# M: (während ein anderer Diskutant, der nicht zu sehen ist, unverständlich dazwischenredet) Bei uns dürfen die Zuschauer auch mitdiskutieren, Danke, dass Sie das tun, meine Damen und Herren, wie Sie das können, finden Sie auf atv.at. Karin Mayer schreibt, "Ich würde echt gern wissen, aus was alles sich das Budgetloch zusammensetzt, 40 Milliarden Euro, hallo, drei Fragezeichen" (während M vorliest, wird der Name

der Zuseherin und deren Frage auf der linken Seite des Bildschirms eingeblendet). Liebe Karin, wir dröseln das gerne jetzt mal für Sie auf. Es hat Herr Keuschnigg vorhin schon erwähnt, Steuereinnahmen fehlen aufgrund des geringen Wirtschaftswachstums und der höheren Arbeitslosenzahlen. 14 Milliarden Minus, weil fehlende Steuereinnahmen, 9 Milliarden Minus, weil wir in die Pensionen pumpen müssen, die maroden Banken brauchen 6 Milliarden an Hilfe - noch heuer wird mindestens eine Milliarde für die Hypo Alpe Adria fällig - die eingerechnete Finanztransaktionssteuer, die noch lange nicht kommt, könnte ein Minus von 2,5 Milliarden Euro ergeben, wären wir bei einer Summe von 31,5 Milliarden Euro. (währenddessen werden die Fakten unter dem Titel der Sendung, sowie dem Untertitel: "Mutmaßliches Budgetloch 2013-2018" auf dem gesamten Bildschirm eingeblendet) Da kommen dann noch ein paar Ausgaben dazu, wie zum Beispiel die ausgelagerten Schulden, ÖBB, 12 Milliarden Euro, was nicht eingerechnet ist, sind z.B. die Haftungen für den ESM, also für den Euro-Rettungsschirm usw.usf. Herr Keuschnigg, jetzt sitzen Sie in den Regierungsverhandlungen, wie muss sich denn der Zuschauer das vorstellen? Jetzt tritt die Regierung einmal zusammen und plötzlich ist das Budgetloch quasi halbiert. Wird da um das Minus gelöst oder wie läuft das?

#00:11:15-6# CK: Ich bin selber in den letzten Regierungsverhandlungen nicht gewesen, ich kann das nur von außen beobachten, ich hab den Prozess beobachtet, wir haben auf das Ergebnis der ersten Überprüfung angeschaut genau und es ist in etwa die Größenordnung, die Sie genannt haben, das ist plausibel aufgrund der Entwicklungen, die seit den letzten Jahren passiert sind, jetzt warum das passiert... (M fällt CK ins Wort)

#00:11:39-2# M: Plausibel so wie ichs gerade genannt hab oder plausibel so wie die Regierung jetzt rausgibt? Weil sie gesagt haben, plausibel... (CK ergreift wieder das Wort)

#00:11:42-8# CK: Nein, die Regierung gibt jetzt etwas raus, indem sie schon reagiert hat, nicht, sie hat ja schon viele Vorhaben, die in dieser großen Zahl eingerechnet worden ist, gestrichen. Und etwa 6 Milliarden von dem, was sie vorgehabt hätte, was im ersten Anlauf in diesen Einschätzungen drin war, jetzt aufgeschoben. Und zunächst... (HK (P) fällt CK ins Wort)

#00:12:05-9# HK (P): (unverst.) 40 minus 6 ist 36, die Regierung sagt 18.

#00:12:11-7# CK: Ja, es ist ja die acht (unverst.) man muss hier verschiedene Konzepte auseinander halten. Die 18 Milliarden beziehen sich auf ein konjunktur-bereinigtes Defizit, das tatsächliche Defizit weicht davon ab, wir müssen ja in einer Periode, wo die Wirtschaft schlechter läuft, auch ein bisschen Defizit zulassen, um den Abschwung abzufangen, nicht, das konjunktur-bereinigte Defizit ist in etwa durchschnittlich berichtigt - ääh (unverst.) Defizit, wo man erstens die Sonderfaktoren rausgibt und die Banken, das sind Einmal-Effekte, die scheinen beim konjunktur-bereinigten Defizit nicht auf und man lässt auch zu, dass dieses Defizit etwas geringer sein kann, weil man eben die Konjunktur abfädeln will. Nicht, da kommt man zu den 18...

#00:12:53-8# M: Gut, Frau Strickner, wie realistisch und wie glaubwürdig klingt denn das für sie - zwei Parteien setzen sich zusammen, schon ist das Minus geringer, da könnt mer ja sagen, setzt euch öfter zusammen, dann ist der Schuldenberg abgebaut, also wie glaubwürdig ist denn das alles?

#00:13:06-0# AS: Also zum einen muss man mal sagen, es gibt ein paar Ausgaben, die definitiv nicht genannt wurden, von denen man es gewusst hat - Bankenrettung ist schon gesagt worden - und ansonsten muss man auch sagen, da gehts ja auch um sozusagen

Wirtschaftsprognosen, das sind amal Prognoselöcher, die hier entstehen. Ob das dann real so is, muss ma erst schau'n. Was für uns ganz klar mit den offensichtlich jetzt schlechteren Wirtschaftsprognosen, die ja jetzt uns, der Öffentlichkeit, noch nicht zur Verfügung stehen, aber eben der Regierung zur Berechnung am Tisch liegt, is, dass eben die Wirtschaft sich verschlechtert und für uns ist das n ganz klarer Ausdruck, dass die bisherige Kürzungspolitik, die ja der Kern der Bearbeitung der Krise ist, eigentlich fehlschlägt und das haben wir immer schon gesagt. Wenn man jetzt in einer Krise, wo einerseits die Menschen nicht mehr soviel ausgeben und Unternehmen auch nicht investieren, auch der Staat ausfällt, dann sparen wir uns quasi in die Krise hinein. Und man sieht es mit den steigenden Arbeitslosenzahlen, davon spricht kaum jemand oder viel zu wenig - 100.000 Arbeitslose in Österreich kosten uns zwei Milliarden Euro an Arbeitslosengeld, das man dafür ausgeben muss, an geringeren Steuereinnahmen, an geringeren Sozialversicherungsbeiträgen und auch an geringeren Pensionseinnahmen. Daher entsteht auch z.B. bei den Pensionen jetzt zusätzlich diese Lücke, weil wir immer weniger Menschen haben ... (M unterbricht AS)

#00:14:36-0# M: Ich würde gern das aufgreifen, was sie gerade gesagt haben, dass es ein Prognoseloch ist, also jetzt haben sich die Experten nach Bekanntwerden dieses Fehlbetrages nicht besonders überrascht gezeigt, Felderer, Aiginger, Moser - alle sagen miteinander, das hätten wir schon vorher gesagt, auch Herr Keuschnigg hat das ähnlich ausgedrückt - haben die Experten im Wahlkampf nicht laut genug gesagt, wir sitzen auf einem Pulverfass?

#00:15:02-6# AS: Offensichtlich nicht. Also zumindest die Wirtschaftsprognosen, die der Regierung im September noch zur Verfügung gestanden sind, waren offensichtlich andere, als die man jetzt am Tisch liegt. Aus unserer... (HK (P) fällt AS ins Wort)

#00:15:13-0# HK (P): (unverst.) in der Zwischenzeit elementares getan (unverst., da HK (P) parallel zu AS redet)

#00:15:17-4# M: (während AS noch redet, AS aber unverst.): Vielleicht kann der Herr Keuschnigg uns das beantworten: was hat sich da in der Zwischenzeit getan?

#00:15:22-1# AS: Das müssen wir den Herrn Keuschnigg fragen.

#00:15:22-1# M: Ja, fragen wir ihn, fragen wir ihn. Er is ja da (kurzes Lachen)

#00:15:24-1# CK: Die Wirtschaftsprognosen sind im Laufe des Jahres einfach schlechter geworden und die ungünstige Entwicklung is... (AS fällt ihm ins Wort)

#00:15:30-1# AS: Die Frage ist warum!

#00:15:30-1# CK: Naja, das is der Konjunkturaufschwung hat sich verzögert...(AS fällt ihm ins Wort)

#00:15:34-4# AS: Warum?

#00:15:34-4# CK: ...die Euro-Krise wirkt länger nach...(AS fällt ihm ins Wort)

#00:15:37-2# AS: Aber Warum?

#00:15:37-2# CK:das sind die Ursachen. Naja, Sie haben vorhin gesagt, man hätte zu viel gespart, man muss aber natürlich sagen, dass in der Zeit, seit der Krise natürlich

große Schulden aufgelaufen sind, nicht, wir haben das natürlich nicht ganz weggespart... (AS fällt ihm ins Wort)

#00:15:48-4# AS: Da muss man eben auch sagen, die sind aufgelaufen aufgrund der ... (CK redet weiter und erhält Sprechhoheit)

#00:15:52-9# CK: Das ist jetzt das Problem, dass ich das wieder zurückbringen muss...

#00:15:54-5# AS: ...höheren Ausgaben (gleichzeitig beginnt HK (P) zu sprechen, M greift ein)

#00:15:54-4# M: Gleich gleich, Herr Kickl, ich versprech Ihnen, Sie kommen gleich dran (AS und CK reden weiter, allerdings unverst.)

#00:15:58-8# AS: ...die Rettungen, höhere Ausgaben für Arbeitslosigkeit...(HK (P) fällt ein und erlangt die Redehoheit)

#00:16:02-1# HK (P): Sie tun, als ob diese Lügerei etwas Neues wäre. Können Sie sich noch daran erinnern, als die Frau Fekter gesagt hat, die Griechenland-Hilfe wird ein Geschäft für Österreich? Des war im Zuge einer Budgetrede, einer von der Finanzministerin vor den Augen der Öffentlichkeit verkündete Lüge. Wissen Sie wieviel Bankenrettungspakete und Eurorettungspakete es in der Zwischenzeit gibt, obwohl von Seiten der Vertreter der Regierung gesagt wird, wir müssen das nur einmal retten. Man wird mit dem Zählen nicht mehr fertig und da wirds dann auch nicht besser, wenn man schönfärberische Vokabeln einsetzt, so wie man das tut - jetzt is es ein Prognoseloch, aha wunderbar, ja, man kann für alles ein Vokabel finden, wenn ich sag, wir geben Staatsanleihen aus is des a schönere Formulierung dafür wie wir machen neue Schulden. So funktioniert des ja in Österreich, wenn man sagt es gibt ein Sparpaket, heißt das in Wahrheit, es gibt eine Belastungslawine und zwar für die Ärmsten der Bevölkerung, für die Masse und und und. Da setzt man schönfärberische Vokabeln ein (M fällt ihm ins Wort) Ja genauso funktioniert des.

#00:16:50-9# M: Sie übersetzen uns gerade Polit-Sprech, Danke dafür, Herr Kickl.

#00:16:56-8# HK (P): (redet trotzdem weiter, beide sprechen parallel) Und die Rettungspakete, das ist ein Infektionsmechanismus.

#00:16:55-4# M: Ich hab ein Facebook-Posting von der Brigitte Kern, was ich sehr gerne Ihnen vortragen würde: "Wenn ein Unternehmer nach 5 Jahren keine Ahnung hat, wie viele Milliarden ihm eigentlich fehlen, ob 20 oder 40 oder mehr, der kommt entweder ins Narrenhaus oder in den Knast." (Name und Posting werden links im Bildschirm eingeblendet) Und Ulrich Bisaro postet: "Warum wird niemand zur Verantwortung gezogen? Wenn ich so was als Klein- und Mittelunternehmer hinlege, habe ich einen Prozess wegen fahrlässiger Krida am Hals." (Name und Posting werden links im Bildschirm eingeblendet) Also Postings dieser Art haben wir im zweistelligen Bereich bekommen, egal ob 40 Milliarden oder 24 Milliarden, es wird ein Schuldiger gesucht. Herr Hofer, wer muss denn da am Schluss öffentlichkeitswirksam den Kopf hinhalten?

#00:17:33-9# TH: Also den Kopf hinhalten muss man bei Wahlen, die sind jetzt nur grad vorbei und des is im Übrigen auch der Grund, warum ich mir zu 100% sicher bin, dass Rot und Schwarz natürlich wieder diese Bundesregierung bilden werden, denn es können sich beide derzeit nicht leisten, dass man nicht in diese Regierung geht, damit fangts mal an und man hofft natürlich auf eine kollektive Amnesie, dass man darauf

zählt, dass die Bevölkerung das irgendwann wieder vergessen hat. Ich glaub net, deswegen hab ich das auch am Anfang gesagt, dass ist auch - nicht nur - das ist jetzt natürlich v.a. ein Budgetdesaster und des is auch kein Budgetloch, sondern ein Budgetkrater, das is überhaupt keine Frage, das is wirklich massiv, was da passiert is und man muss sich schon von Seiten von SPÖ und ÖVP die Frage stellen, wie man dieses Vertrauen, dass man da massiv verloren hat, jetzt wieder herstellen kann. Und ich glaub, dass das ein wirklich schwieriges Unterfangen ist, denn ich kann die Postings verstehen, ich kann das nachvollziehen und ich glaub, dass viele Leute da draußen sind, die auch nicht gepostet haben, die der gleichen Meinung sind. Es ist wirklich famos, wie man da versucht, das schön zu reden. Man hat heute auch das erste Mal versucht, von Seiten der Koalition, überhaupt zu kommunizieren, also in den vergangenen Wochen war überhaupt ruhig. Also das lässt sich ganz schlecht an, diese Neuauflage von Rot-Schwarz und wenns so weitergeht, dann hat die Opposition, nicht nur der Herr Kickl mit der FPÖ, sondern auch alle anderen Oppositionsparteien können fröhliche Urständ feiern, denn so kommuniziert man nicht in der Politik und das war natürlich ein Manöver, das ganz vielen sauer aufstößt und ich bin mir auch ganz sicher, dass, würde nächsten Sonntag gewählt, Rot und Schwarz sicherlich nicht mehr die Mehrheit, nämlich nicht einmal mehr die Stimmenmehrheit, sondern auch die Mandatsmehrheiten nicht mehr hätten. (M fällt ihm ins Wort)

#00:19:05-9# M: Sauer aufstoßen tut das auch dem Florian Kahn, er postet: "Langsam fühlt man sich echt wie in einer Bananenrepublik! Ich fordere einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der hier die Verantwortungen aufdeckt." (Name und Posting werden auf der linken Bildschirmseite eingeblendet) Herr Kickl, wie Florian fordern auch die Grünen einen Untersuchungsausschuss, das Team Stronach würde das unterstützen, auch die FPÖ - was bringt das?

#00:19:27-2# HK (P): Ich befürchte, dass das nicht allzuviel bringen wird, weil die Frage, die wir uns hier stellen ist, wer trägt die politische Verantwortung und da muss ich mir nur die ganze Ministerriege von A bis Z anschauen, dann hab ich diejenigen, die die politische Verantwortung tragen. So ein Saustall ist nicht sozusagen auf den Mist von einem allein gewachsen, ja, natürlich trägt die Frau Fekter als Finanzministerin die Ressortverantwortung, aber des is schon eine Gesamtproduktion von allen Beteiligten, wo man eben versucht hat, so als Rot und Schwarz es immer machen in einer gigantischen Wählertäuschung noch einmal über diese Wahl zu kommen, aber jetzt fliegt des auf (M fällt ihm ins Wort)

#00:20:01-1# M: Aber wenns nichts bringt, warum wollen Sie dann einen Untersuchungsausschuss? Sie können ja einen Neuwahlantrag stellen, eine Ministerklage einreichen... (HK (P) redet weiter, teilweise reden sie parallel)

#00:20:06-8# HK (P): Nein, ich glaube wir können alles machen auch einen Neuwahlantrag wirs geben, es wird einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung geben, wir werden sozusagen alle Register ziehen, die es gibt und wenn wir uns einen Untersuchungsausschuss, sozusagen wenn wir uns darauf verständigen können, dens aber eh net geben wird, weil Rot und Schwarz noch immer die Mehrheit haben einen solchen abdrehen zu können, weil der U-Ausschuss bis heute noch kein Minderheitenrecht ist, wir können den beantragen, ja, aber sie sind ja da sozusagen im sicheren Hafen, sollte es ihn geben, wirs auch dort aber ganz interessant sein zu schauen, wie geht man denn im Zusammenhang mit der Budgeterstellung um. Wie ist es denn eigentlich, was die Kontrollrechte des Parlaments gegenüber der Regierung betrifft. Man muss sich dort ja abschaffen lassen, wenn man etwas wissen will und Anfragen an die Minister stellt. Das sind Nicht-Auskünfte, die man da seitenweise bekommt und dann ham mer

noch den ganzen Teil der ausgelagerten Betriebe, die sich ja sowieso jeder parlamentarischen Kontrolle entziehen. Also ich glaub das wir jetzt einen Zeitpunkt auch haben, wo die Menschen zu Recht sagen, so geht das nicht weiter und man wird alle diese Mechanismen überdenken müssen und ein U-Ausschuss könnte auch ein schöner Aufhänger sein, all diese Dinge breit in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

#00:21:04-4# M: Gut, der Herr Georg Koidl postet: "Im Budget gibts nie ein Loch, Zahlen ja eh die Bürger." (Name und Posting werden links im Bildschirm eingeblendet) Also Herr Koidl ist da ganz offensichtlich der Meinung wie Bürgermeister Michael Häupl von der SPÖ, er hat gestern nach der Landeshauptleute-Konferenz gesagt, es gibt kein Budgetloch, gut jetzt wissen wir, dass es anders ist und wir müssen uns natürlich auch fragen, woher soll denn das Geld kommen, um das Loch zu stopfen. Müssen wir jetzt richtig blechen? Wen wird denn das Sparpaket am härtesten treffen? Darüber reden wir gleich weiter. Bitte bleiben Sie dran.

#00:21:37-8# Musik-Einspielung, Werbung

TEIL 2

#00:00:01-9# M: Schön, dass Sie dran geblieben sind, meine Damen und Herren, herzlich Willkommen bei Am Punkt. Riesen Loch in der Staatskasse - müssen wir jetzt richtig blechen? Darüber diskutieren wir heute. Um die 40 Mrd. Euro sollen in der Staatskasse fehlen, vor wenigen Stunden hat sich die Regierung auf einen Fehlbetrag von 24 Mrd. Euro geeinigt. Zahlen hin oder her, der neue Stil der Koalition ist in jedem Fall ein PR-Desaster sagt Politikberater Thomas Hofer, er ist dankenswerterweise auch bei uns im Studio. Fakt ist, das Geld muss jetzt von irgendwo herkommen, logischerweise wahrscheinlich vom Steuerzahler, die Frage ist nur, wen wirs besonders treffen, Herr Keuschnigg?

#00:00:42-3# CK: Ja es gibt mehr als eine Alternative, es gibt im Prinzip drei. Man kann die öffentlichen Aufgaben kürzen oder man kann die Steuern erhöhen oder man kann es in die Zukunft schieben, dann zahlen es zukünftige Bürger.

#00:00:58-0# M: Gut, für welche Möglichkeit... (CK setzt fort)

#00:00:58-0# CK: Teilweise wird es auch in die Zukunft verschoben, weil ja hier nur das strukturelle Defizit abgebaut wird, das tatsächliche (unverst.) relevante ist natürlich höher und um den Betrag steigt die Schuld, natürlich wird das in die Zukunft verlagert. Wer es heute zahlen muss, das ist eine immanent politische Entscheidung, wir müssen uns einfach klar werden, sind die Steuerlasten in der Ausgangssituation und die Verteilung der Staatsausgaben fair verteilt? Wenn das mit Ja beantwortet wird - in Österreich wird damit eine erhebliche Umverteilungsleistung erzielt im internationalen Vergleich - dann müssen auch die Belastungen breit verteilt werden. Oder man verknüpft es mit Umverteilung aber das ist dann eine Wertanschauungssache, nicht, es muss jetzt die Politik entscheiden, wenn die derzeitige Verteilungssituation in etwa stimmt, dann müssen auch die Kosten breit in der Bevölkerung verteilt werden ohne jetzt an der Verteilung... (unverst., da ihm M ins Wort fällt)

#00:01:47-7# M: Gut, ihr Eingangs-Statement sagt Sparen und gleichzeitig investieren - bei wem soll denn jetzt mal gespart werden?

#00:01:52-3# CK: Alle müssen Belastungen tragen, wenn Sparen und gleichzeitig investieren mein ich, also des der Punkt, wir müssen ja auch schauen, dass nicht wir heute nur Sparen und uns nicht zu Tode sparen, sondern wir müssen gleichzeitig auch investieren in Bildung und technischen Fortschritt, weil das bestimmt das Wirtschaftswachstum und die Steuerkraft von Morgen. Also bleibt natürlich ein kleinerer Teil übrig, das sind all die Leistungen, die vom Staat erbracht werden, die den Bürgern zur Verfügung stehen - bei allen Ausgaben, also Familien-, Sozialleistungen, ein Teil wird Steuerlücken schließen, Subventionen abbauen, man muss des breit verteilen, so dass die Steuerlast oder die Belastung nicht auf einer einzelnen Gruppe liegen bleibt, sondern breit streut.

#00:02:37-0# M: Einverstanden mit dem Rezept, Frau Strickner?

#00:02:39-2# AS: Absolut nicht. Ich denk die Menschen in Österreich haben mit den zwei vergangenen Sparpaketen ohnehin schon einen großen Beitrag geleistet, dafür, dass eigentlich das Problem überhaupt nicht gelöst wird. Aus unserer Sicht is es einmal mehr jetzt notwendig, dass man eben die großen Vermögen belastet. Und ich möcht des nur kurz aufzeigen (zeigt ein ca. DINA4 großes Blatt mit einer Grafik): das hier unten ist die Entwicklung der österreichischen Staatsschulden, wie man sieht und das da oben ist die Entwicklung der Vermögen des reichsten Prozents in Österreich. Und man sieht hier, dass einerseits das reichste Prozent der Menschen in Österreich doppelt so viel besitzt an Vermögen wie eben die Staatsschulden und man sieht auch, dass diese Vermögen verhältnismäßig stärker anwachsen, als die Staatsschulden. Zugleich is es so, dass Vermögen in Österreich kaum besteuert is und es is eigentlich nicht nachvollziehbar und auch nicht verständlich, wenn 2/3 der Steuerleistung ohnehin... (Rest unverst. da M ihr ins Wort fällt)

#00:03:34-6# M: Also ein Plädoyer für Vermögenssteuer.

#00:03:34-6# AS: Die Lohnsteuer über die Lohnsteuer und über die Mehrwertsteuer kommen, dass jetzt noch einmal die Menschen so breit belastet werden, d.h. das ist ein wichtiges Element. Dann gibts natürlich auch bei ganz anderen Dingen Sparpotentiale, wenn mer uns anschauen, große international agierende Konzerne zahlen in Österreich verhältnismäßig wenig Steuern, da hat auch der Rechnungshof bereits darauf hingewiesen, dass hier dem Staat 450 Mio. jährlich entgehen oder wenn mer die Unternehmensförderungen in Österreich auf einen EU-Schnitt herunterkürzt, dann wären da auch einige Milliarden, das WIFO hat berechnet 9 Mrd., möglich. Und insofern gibts sehr wohl andere Alternativen als einmal mehr die breite Masse der Menschen zu belasten und ich versteh auch und bin selber auch verärgert, wenn das jetzt die Antwort wäre auf diese Situation.

#00:04:30-5# M: Ich seh gerade, unsere Zuschauer machen sich auch Gedanken darüber, wie das Budget saniert werden könnte, da schreibt Andreas Besenböck auf Facebook: "40 Mrd. in 5 Jahren? Peanuts. Einfach den Koralmtunnel nicht bauen, alle Frührentenisten ein Jahr später in Rente, sind in 5 Jahren 7,5 Mrd. Euro, dann noch bei den Doppelförderungen für Bauern und Unternehmen sparen und schon haben wir die Hälfte des Problems erledigt. Gern geschehen, liebe Regierung!" (Name und Posting werden gekürzt auf der linken Bildschirmseite eingeblendet) Das klingt jetzt recht einfach, is es das auch, Frau Strickner?

#00:04:58-6# AS: Bei gewissen Dingen is es glaub ich ganz einfach. Wenn man die Vermögenssteuern einführt, das wären, wenn man jetzt das reichste Prozent hernimmt mit den 470 Mrd., die die besitzen, würde man die mit einem Prozent besteuern, dann ist das quasi deren Porto-Kasse und wir hätten 4 Mrd. jährlich herinnen. Und diese Zahlen,

diese Gesamtzahl von 25 oder 40 Mrd. is ja kumuliert, d.h. im Jahr gehts um zwischen 6 oder 8 Mrd. Und da gibts sicher auch Vorschläge, die von den Kollegen oder von den Menschen, die hier posten, kommen, die man sich anschauen kann. Wir, Attac, is auch Teil einer Allianz, die seit 4 Jahren bereits ein zivilgesellschaftliches Zukunfts-Budget erstellt, wo wir uns genau mit diesen Fragen beschäftigen (hält einen Zettel in beiden Händen, auf den die Kamera zoomed), weil wir gewusst haben, dass genau das kommen wird. Das Sparpakete kommen werden, dass diese aber das Problem noch verschärfen und eben die Schulden in die Höhe treiben und das is eine Alternative dazu und hier haben wir viel mehr Vorschläge auch noch drinnen, was man tun kann. (M fällt ihr ins Wort)

#00:05:57-9# M: Gut, Sie würden gern 1 Prozent da von den Vermögenden. Herr Felde-
rer, Ihr Vorgänger, Herr Keuschnigg, sagt, 1 % auf die Mehrwertsteuer drauf, brächte im
Jahr 2 Mrd. Euro. Wenn wir uns das jetzt anschauen: es wurde uns versprochen eine
Steuerreform, mehr Geld für Pendlers, für Familien, mehr Geld für Bildung, jetzt werdens
wahrscheinlich höhere Benzinpreise, Studiengebühren stehen wieder im Raum, das
Pensionsalter der Frauen soll früher jenem der Männer angepasst werden - es klingt
alles nach Angriff auf die kleine Front, den kleinen Mann, also Ihre Klientel, Herr Kickl,
wie schaut denn Ihr Sparvorhaben aus?

#00:06:39-2# HK (P): So jetzt werd ich Ihnen zuerst amal sagen, was wirklich kommen
wird, denn wir sind ja sozusagen schon erfahrungsgestellt, was Belastungspaketen nicht
Sparpaketen, sondern Belastungspaketen zur Finanzierung der Unfähigkeit dieser Bun-
desregierung schon seit 2011, da ham wir ja so etwas gehabt und da wissen wir genau,
was kommt. Es wird diejenigen treffen, die die große Masse der Bevölkerung ausma-
chen, wir ham das gesehen...

#00:07:03-2# M: Das hab ich ja grad in meiner Frage formuliert. Ich würd gern wissen,
wie würden Sies denn machen?

#00:07:03-2# HK (P): Ja, genau. Momentan. Jetzt wer mer drüber reden, was kommen
wird, denn man wird dieses Spiel weiter betreiben, sozusagen etwa bei den Pensionis-
ten, bei den Pflegebedürftigen, bei den Familien durch Nicht-Wertanpassungen für dau-
ernde Entwertung der Leistungen, die diese Menschen aber brauchen, zu sorgen. Das
ist die größte Form der Skrupellosigkeit, die hier betrieben wird. Was ich in der ganzen
Debatte überhaupt nicht gehört habe, wenn man da drüber redet, welche neuen Steuern
können wir einführen, wie können wir irgendjemandem ein Vermögen, von dem man
aber genau weiß, dass es sich net in Österreich befindet, sondern am ganzen Globus
verteilt ist, wie können wir des besteuern und und und, das is ja ein Wunschdenken viel-
leicht, aber das hat ja mit der Wirklichkeit gar nix zu tun. (AS versucht dazwischenzure-
den, aber unverst.) Abgesehen dass ich davor warne, Vermögende, d.h. Leute, die ham
sichs ja nicht gestohlen, ja, die teilweise, logischerweise ihre Leistung auch erbracht
haben und sich etwas verdient haben in diesem Leben, ja, dass man die sozusagen kri-
minalisiert im Zusammenhang mit ihrem Vermögen, aber gleichzeitig... (AS versucht
erneut, ihn zu unterbrechen, wiederum unverst.)... Na, wenn man sich Zuschuss-
Subjekte aus dem Ausland holt, die dann bei uns in der Arbeitslosigkeit landen, das muss
man sich a mal überlegen, ob des vernünftig is, aber ein Wort fehlt mir in diesem Zu-
sammenhang und des is nämlich die Reform, sei es eine Staatsreform oder sei es eine
Verwaltungsreform, des is offensichtlich schon ganz weg vom Tisch. Wir wissen natür-
lich, dass SPÖ und ÖVP die fleischgewordenen Reform-Verweigerer sind und dass die-
se Bundesregierung in Wahrheit am Gängelband von zwei Landeshauptleuten sich be-
findet und die Länder den Ton angeben und die Bundesregierung das zu machen hat
oder das zu unterlassen hat, was diese...(unverst., da ihm M ins Wort fällt)

#00:08:36-5# M: Herr Kickl, Sie sind nicht wieder im Wahlkampf, aber ich fasse zusammen: Verwaltungsreform, hier sehen Sie das enorme Einsparungspotential. (HK (P) redet währenddessen weiter, aber unverst.)

#00:08:37-8# HK (P): Ja schauens amal, wir brauchen ... (unverst.) Bildungsreform, wo-rüber red ma?

#00:08:37-8# M: Frau Strickner, würden Sie sagen, das Finanzministerium wär in guten Händen bei der FPÖ?

#00:08:42-8# AS: Absolut nicht, also würd ich nicht empfehlen. Ich möcht nochmal drauf zurückkommen, also zum einen gehts hier überhaupt nicht um Kriminalisierung, interes-santerweise gibts mittlerweile auch zwei nicht unbedeutende Menschen in Österreich, die vermögend sind und die mittlerweile auch beginnen darüber zu reden, dass eigent-lich Vermögenssteuern durchaus etwas sind, worüber man nachdenken soll. Das ist der Herr Mateschitz, den alle kennen und neuerdings der Chef der Voest, der Herr Eder. Und da denk ich mir schon, da merkt man, das sind auch Menschen, die in Unterneh-men sind, die in der Realwirtschaft tätig sind, die wissen, was es heißt, wenn man jetzt wiederum den Menschen, indem man Löhne kürzt, also Stichwort Null-Lohn-Runden, indem man Pensionen kürzt oder indem man eben nicht genügend Investitionen, staatliche Ausgaben gibt, um eben z.B. mehr öffentliche Verkehrsmittel zu bauen, wenn man das macht, dann fehlt das eben und daher kommen wir in diese...(M fällt ihr ins Wort, indem sie den Satz beendet)

#00:09:37-4# M:... Ganz-Abwärts-Spirale. (AS versucht noch weiterzureden, aber un-verst.) Ich würde gerne unseren Zusehern, falls sie es nicht mitbekommen haben - als Sie die Vermögenden genannt haben, Eder, Matteschitz, da haben Sie gelächelt, Herr Keuschnigg, wie darf man denn das deuten?

#00:09:50-0# CK: Ja man muss nicht...genau. Die Vermögenssteuer, das nur über die Vermögenssteuer zu machen, is eine Politik, die eine kleine Gruppe in der Bevölkerung auswählt und die Lasten der Sanierung dort konzentriert. Also es wird hier das Budget saniert und gleichzeitig umverteilt, indem die Belastung einer ganz selektiven Gruppe aufgebraucht wird. Die Vermögenssteuer...es gibt ja Alternativen dazu. Normalerweise besteuert man den Ertrag aus dem Vermögen und dazu haben wir die Kapitalertrags-steuer. Die Vermögenssteuer muss auch aus den Kapitalerträgen bezahlt werden und sie is ganz besonders dann schädlich wenn man keinen Kapitalertrag haben, also die Vermögeneinkommen unterliegen ja auch großen Risikoschwankungen... (M fällt ihm ins Wort)

#00:10:34-3# M: Das heißt das würden Sie nicht empfehlen?

#00:10:34-3# CK: Nein, wenn man wirklich das wollte, gibt es bessere Alternativen. Ob mans will, muss man eine Aussage machen zur Umverteilung, ich will einfach nur kom-mentieren, das ist ein Vorschlag, das Defizit zu beseitigen, aber die Kosten werden nur einer Gruppe auferlegt... (TH fällt ihm ins Wort)

#00:10:49-8# TH: Jetzt kommentier ich auch amal (beide reden parallel, teilweise un-verst.)...is ein ideologischer Streit, der ganz nett is und der wunderbar is, der aber auch eines bedeutet, dass sich nämlich SPÖ und ÖVP in dem Bereich nicht, wieder nicht zu großflächigen Reformen durchringen werden, denn was wird am Ende rauskommen? Wieder der übliche Kompromiss. Denn es is einmal klar, dass die SPÖ zwar genau ihre

Linie vertreten wird und sagen wird, Vermögenssteuern gehören her, das kann die ÖVP nicht machen, denn dann verliert sie das Gesicht, nämlich gegenüber ihren Zielgruppen, weil Sie gesagt hat wie ein Mantra vor sich hergetragen hat im Wahlkampf - keine neuen Steuern - auf der anderen Seite kann mans natürlich nicht nur so machen wie die ÖVP, denn dann verliert wieder die SPÖ ihr Gesicht, also das kommt raus, wieder ein Kompromiss, der halt nicht wirklich eine Richtung vorgibt und das ist auch die Krux, dieser fortgesetzten großen Koalition und allein mit den Vermögenden wird man das Budget auch nicht sanieren. Der Punkt is nur was anderes und ich komm kurz zurück auf das zurück, was der Herr Kickl gesagt hat, was sie bissl auf die Semantik angespielt haben, vonwegen Belastungspaket und Sparpaket, das is nämlich auch Teil des Problems. Wenn sich der Herr Häupl gestern herstellt, im Übrigen die Landeshauptleute haben grad einen Wunschzettel abgeliefert, also ich weiß nicht, wir hams offensichtlich mit...(M fällt ihm ins Wort)

#00:11:54-4# M: Und sitzen gleichzeitig in den Regierungsverhandlungen (TH redet aber weiter)

#00:11:56-4# TH: ...Parallelwelten zu tun in der österreichischen Innenpolitik, auf der einen Seite ham mer ein 24 oder wie auch immer großes Milliardenloch, auf der andern Seite gibts Wunschzettel, das is wirklich ein Problem und wenn der Herr Häupl hergeht und sagt, es gibt kein Budgetloch, sondern es klaffen halt Einnahmen- und Ausgaben auseinander, dann is des wie ein Arzt, der sagt: der Patient ist nicht tot, er lebt nur nicht mehr. Es kommt sich am Ende aufs selbe raus. Nur zur Semantik und das wollt ich Ihnen nur sagen, Herr Kickl, damit ich Sie da nicht ganz auslasse, das macht jede Partei. Sie ham in Ihrem Wahlkampf Nächstenliebe aufs Plakat geschrieben und ham auch das Gegenteil davon gemeint. (HK (P) sagt etwas darauf, aber unverst., da TH weiterredet) Also das ist ganz klar das Werkzeug jeder Partei, das macht die FPÖ genauso wie die Regierung, es wird nur jetzt zum Problem der Regierung, weil natürlich aufgrund dieser Situation die Regierung massiv in die Defensive kommen wird und jede Oppositionspartei eine dramatisch gute Chance hat, da jetzt auf Kosten der Regierungsparteien abzusahnen, schon, ja das Nächste - bei den Europawahlen... (M fällt ihm ins Wort)

#00:12:48-0# M: Jetzt haben Sie uns ja schon mehrmals gesagt, wenn ein Sparpaket geschnürt wird und verkauft werden muss, dann soll eine Regierung das gleich zu Beginn ihres Antrittes tun. Wenn ich Ihnen jetzt genau zugehört hab, dann glauben Sie nicht daran, dass sie das tun wird. Aber was, wenn nicht?

#00:13:07-8# TH: Die Frage is, wie schaut dieses Sparpaket aus. Ich mein es ham jetzt alle drei Kolleginnen und Kollegen paar Sachen skizziert, was wird passieren - es wern a paar Gschichtn, wie z.B: die Erhöhung der Familienbeihilfe wird wieder abgesagt werden, ma wird bei den Pensionen bissl was machen, man wird aber wirklich strukturell, glaube ich - ich lass mich gern überraschen von der Regierung - aber strukturell wieder nichts machen und das ist schon richtig, was der Herr Kickl gesagt hat in Richtung Verwaltung, da kann man natürlich schon amal reinschneiden, z.B. Sozialversicherungs(unverst.), da mal wirklich auszuholzen und das auf Grade zu stellen - könnte man schon machen. Ich glaube nur nicht, dass es passieren wird, weil man natürlich bei jeder Maßnahme, die man setzt in diesem strukturellen Bereich, dem jeweils anderen zu sehr weh tut und wenn die beiden Großen - noch Großen - in der Koalition sind, dann ist das einfach fast ein Gesetz der Serie, das dann strukturell zu wenig passiert und das is dann wirklich ein Fallstrick für die Regierung.

#00:13:57-9# M: Man wird sich durchwurschtln, wenn man das zusammenfest, das sagt aber ihr Kollege Aiginger vom Wirtschaftsforschungsinstitut, dass das nicht gehen wird,

ihr Vorgänger Felderer meint ebenfalls, es muss ganz rasch gehandelt werden, er sagt auch das Null-Defizit 2016, das muss eingehalten werden, das ist mit der EU so vereinbart, aber Einsparen, so völlig am Bürger vorbei - kann die Regierung das überhaupt wagen? (Frage an CK gerichtet)

#00:14:26-8# CK: Ja sie muss. Also wir sind ja verpflichtet gegenüber der europäischen Union und wir bauen den Schuldenstand nachhaltig ab...(M wirft ein)

#00:14:33-7# M: Komischerweise lachen jetzt grad alle hier in dieser Runde.

#00:14:34-6# CK: (lässt sich davon nicht beirren und redet weiter) Also Belastung hat ja zwei Seiten. Man kann Steuern einführen, hier kam ja ein Vorschlag, verbunden mit der Ansicht, dass die Umverteilung in Österreich nicht weit genug geht, das steckt nämlich zusätzlich dahinter, obwohl das Land eine große Umverteilungsleistung im internationalen Vergleich erzielt. Man kanns mit neuen Steuern machen oder mit Ausgabenkürzungen. Dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, da kann ja niemand vorbei, das wird die Regierung machen müssen, wenn sies nicht macht, dann gibts ein ...(unverst.) von der EU. Jedenfalls das strukturelle Defizit müssen wir abbauen bis dahin, also da kommt eine große Herausforderung auf uns zu und es is eigentlich das einzige vernünftige jetzt am Anfang eben ein Konzept zu präsentieren und wir hoffen halt, dass das ein Konzept ist, das verteilungsmäßig ausgewogen is und gleichzeitig Zukunfts-Investitionen ermöglicht, also die Investitionen, wo der Staat investiv tätig ist, in Forschung, Entwicklung, Bildung, das an der Stelle nicht gestrichen wird, denn da würde man die Grundlagen aushöhlen, ... (unverst. M fällt ihm ins Wort)

#00:15:39-6# M: Aber bei Bildung nicht kürzen, da ham Sie aber z.B. gesagt, dass man sehr wohl dort zurückfahren kann, wo persönliche Leistungen, wenn das betrifft, z.B. bei Studiengebühren, dass sie wieder eingeführt werden sollen. Jetzt war Bildung ein großes Thema im Wahlkampf, kann sich die Regierung wirklich erlauben, dass der Zugang zur Uni jetzt wieder erschwert wird?

#00:16:03-3# CK: Ja, das ist das Problem, es gibt jetzt eben beim Staat Leistungen, die individuell zurechenbar ist, nicht und da ist die Gebührenfinanzierung eine Möglichkeit, dass die die das nutzen, auch dafür bezahlen, auch den Nutzen davon haben und das nicht dem allgemeinen Steuerzahler aufgebührt wird. Kann auch...(Rest unverst., da ihm HK (P) ins Wort fällt)

#00:16:27-6# HK (P):Wenn wir von Studiengebühren reden, die wirklich kostendeckend sind, dann würd in diesem Land kaum jemand noch studieren. Des wovon wir reden sind Studienbeiträge, das is ja komplett ein symbolischer Akt, aber wir reden ja von einer Budget-Sanierung (...) (unverst., da CK und HK (P) parallel reden) Ich mein, da würd ich mal darüber diskutieren ob man die, t'schuldigen Sie (an CK gewandt, um das Rederecht für sich zu behaupten) aber die Frage auf der Hand liegen ob man die Ostöffnung für Rumänien und Bulgarien, die uns die Arbeitslosigkeit weiter anheizen wird, ob man da noch Stopp sagen kann oder ob die Europ. Union, der gegenüber wir verpflichtet sind, von uns als Netto-Zahler vielleicht in Zukunft net die Hälfte von dem bekommen sollte, was wir jetzt zahlen, des wärn doch mal Dinge, wo man sehr sehr schnell einen Effekt erzielen könnte. (Th wirft etwas ein, allerdings unverständlich)

#00:16:58-4# M: Zack Mayo postet: "Man erkennt wieder einmal sehr deutlich, dass es den Politikern nicht ums Wohl der Bürger geht, sondern ausschließlich um ihr eigenes. Hätten sie vor der Wahl die Karten offen auf den Tisch gelegt, hätten sie vermutlich nach dieser ihren Job verloren." (Name und Posting werden links im Bildschirm eingeblendet)

Feststeht, diese Regierung startet mit einem enormen Misstrauensvorschuss. Wie lange kann sie den halten und was ist denn dran an einem möglichen Abbruch der Koalitionsverhandlungen - darüber sprechen wir gleich weiter.

#00:17:30-3# Musik-Einspielung, Werbung

TEIL 3

#00:00:10-2# M: Willkommen zurück bei Am Punkt. Riesen Loch in der Staatskasse - müssen wir jetzt richtig blechen? Unser Thema heute. Ein Sparpaket ist unausweichlich, so viel können wir uns bereits zusammenreimen. Das Parlament muss harte Konsequenzen für die getürkte Finanzvorschau ziehen, hat Daniela Kittner in einem Kommentar im Kurier geschrieben, was sagt sie denn jetzt zu all dem Gehörten, Sophia!

(Kamera zoomed auf Bildschirm, auf dem die beiden Damen im "Analyse-Studio" zu sehen sind)

#00:00:29-2# M2: Ja, das werd ich jetzt gleich nachfragen. Frau Kittner, fangen wir gleich an mit der Frau Strickner, Ökonomin von Attac, sie hat gesagt, die Österreicher haben schon genug Beitrag gezahlt durch ehemalige Sparpakete, hat sie ihre Rolle heute sozusagen als Vertreterin des kleinen Mannes/der kleinen Frau gut erfüllt?

#00:00:49-8# DK: Ja, Frau Strickner hat die Rolle erfüllt, die sie erfüllen soll, nämlich eine Vertreterin ihrer Organisation zu sein, sie hat das sehr politisch argumentiert, weniger sich drauf konzentriert die Budgetwahrheit und Ehrlichkeit der Politik in den Vordergrund zu rücken, sondern einfach politisch argumentiert, dass eben Umverteilung sein soll, Investitionsprogramme und weg vom Sparkurs.

#00:01:11-6# M2: Für die Opposition, genauer gesagt für den Herrn Kickl heute von der FPÖ hier is ja dieses Thema eine Steilauflage gewesen, hat er sie genutzt?

#00:01:17-1# DK: Ja, er hat sie natürlich gut genutzt und das sind gleich mehrere aufgelegte Elfmeter, die die Regierung da der Opposition liefert und Herr Hofer hats eh schon gesagt, also das wird natürlich bei der EU-Wahl, also das wird sich sicherlich bis hinein in den EU-Wahlkampf ziehen und es wird die FPÖ sicher nicht die einzige Oppositions-Partei sein, die davon profitieren wird.

#00:01:44-2# M2: Herr Keuschnigg vom Institut für Höhere Studien heute hier, konnte er ein wenig Licht ins Dunkel bringen, was dieses ganze Zahlen-Wirr-Warr rund um das Budgetloch, konnte er da Licht ins Dunkel bringen?

#00:01:55-5# DK: Leider nein, also das Herr Keuschnigg hätte eigentlich ein bisschen aufklären müssen, er hatte mehrere Begriffe in die Diskussion eingebracht, wie z.B. das strukturelle Defizit dem tatsächlichen Defizit gegenübergestellt usw., aber es ist jetzt nicht ganz klar herausgekommen, was sollen wir jetzt eigentlich von dem Regierungsversprechen erwarten, man hat gesagt 2016 wirds ein Null-Defizit geben, das war das Versprechen vor der Wahl, die klare Ankündigung. Erreicht man jetzt mit den 18 Mrd. das Null-Defizit 2016 oder braucht man doch die 40 oder wie is des jetzt und kann sich Österreich überhaupt leisten, wie der Herr Keuschnigg sagt, dass da ein Teil des Defizits in die Zukunft verschoben wird, weil immerhin haben wir ja schon eine Staatsschuldenquote, jetzt schon, von 74 % und nächstes Jahr wirds ja nochmal steigen.

#00:02:50-1# M2: Gut, ich kann mir vorstellen, dass da Sylvia Saringer noch nachfragen wird, aber kommen wir vorher noch zum Herrn Hofer, Politikberater, er hat ja massiv in Zweifel gezogen, wie quasi die künftige Regierung das Vertrauen wieder gewinnen will, würden Sie ihm und seinen Aussagen heute vertrauen?

#00:03:04-3# DK: Also Herr Hofer ist ja Politikberater von Beruf und wäre ich die Regierung, würde ich ihn sofort engagieren. Also er hat das heute wirklich ausgezeichnet analysiert und er hat das wirklich im Sinne auch der Zuseher und der Bevölkerung auf den Punkt gebracht und es stimmt, es ist einfach ein massives Glaubwürdigkeitsdefizit und Fehlstart da und Herr Hofer hat das heute wirklich sehr gut auf den Punkt gebracht.

#00:03:30-8# M2: Genau wie Sie, Dankeschön für die Analyse. Sylvia, mit Lob und Kritik zurück zu dir.

(wieder im Studio)

#00:03:34-4# M: Herr Hofer hat jetzt eine Headhunterin namens Frau Kittner, ich will das auf jeden Fall jetzt nachliefern, Herr Keuschnigg, weil es geheißen hat, es wurde nicht Licht ins Dunkel gebracht. Können Sie das wirklich ganz ganz kurz beantworten. Erreichen wir das Null-Defizit 2016 mit diesen 18 Milliarden Minus wie von der Regierung jetzt als Fehlbetrag ausgegeben, ähm ja, erreichen wir das? Können Sie das wirklich ganz kurz und für unseren Zuseher verständlich zusammenfassen? Ist das möglich?

#00:04:07-8# CK: Ich muss Ja und Nein sagen.

#00:04:14-5# M: Das sagt die Regierung auch.

#00:04:15-4# CK: Genau. Sie sagt, also es wird das strukturelle Defizit beseitigt, das ist der Teil, der im normalen Wirtschaftsverlauf entsteht. Das tatsächliche Defizit ist natürlich höher. Und diesen Differenzbetrag, um den das tatsächliche das strukturelle Defizit übersteigt, (unverst.) wächst natürlich die Schuld weiter an.

#00:04:34-4# M: Gut, da hat Frau Kittner auch gefragt: Können wir uns das überhaupt leisten? Diese Schulden weiter und diese Reformen noch weiter nach hinten zu verschieben - können wir uns das leisten? Wir halten derzeit bei einer Schuldenquote von 76%, wenn wir jetzt annehmen, dass wir alles erfüllen und auch die ausgelagerten Schulden usw. ins Budget reinnehmen, dann könnte ja die Schuldenquote auf 80% steigen, was heißt das - kommt das dicke Ende, müssen wir auch eines Tages unter den Rettungsschirm, geht unsere Bonität flöten - was heißt das konkret?

#00:05:10-1# CK: Wir verlagern natürlich einen Teil der Lasten in die Zukunft aber wir müssen im Moment auch machen, das ist eben der konjunkturelle Teil, wir wollen eben nicht die aufkeimende Struktur durch eine exzessive Beseitigung des Defizits jetzt sofort ersticken, deshalb müssen wir das ein bisschen glätten und den konjunkturellen Teil in die Zukunft verlagern, das bedeutet aber, dass wir dann halt später länger brauchen werden um das Ziel, die Staatsverschuldung insgesamt unter die 60%-Marke zu bringen, brauch mer dann halt länger, das bedeutet das.

#00:05:43-3# M: Jetzt ham wir selbstverständlich auch heute eine Facebook-Umfrage gehabt, meine Damen und Herren, viele Postings sind bei uns eingegangen, die meinen, der einzige Ausweg aus dieser ganzen Misere wären Neuwahlen und wir wollten natürlich wissen, sind Sie für sofortige Neuwahlen? (Graphik zur Umfrage wird auf gesamtem Bildschirm eingeblendet) Und da sagen 77% Ja, 19% sagen Nein, 4% haben keine An-

gabe gemacht. Herr Hofer, Neuwahlen sind ja relativ unrealistisch, das haben Sie schon gesagt, aber nehmen wir an, die gäbe es, müsste sich die Opposition nicht auch davor fürchten, weil die, nehmen wir an, es würde einen Gewinner geben, die müssten da diesen Scherbenhaufen aufräumen.

#00:06:28-4# TH: Ja gut, man könnte sich davor fürchten, dass man das dann machen muss, schon klar, keine Frage und das ist auch im Übrigen der Grund, weil da medial spekuliert wird oder wurde, dass da die ÖVP mit der FPÖ oder den Neos oder irgendwelche absurden Konstellationen geben könnte, das würde die FPÖ natürlich nicht machen, überhaupt keine Frage. Die dominante Strategie für den Herrn Kickl und den Herrn Strache ist natürlich abzuwarten und mal sich anzuschauen, wie sich die Regierung an diesem Desaster abarbeitet und dann in 5 Jahren oder vielleicht auch früher, die Früchte zu ernten, das ist schon klar. Nur auf die Neuwahlen zurück, die wird es nicht geben, davon bin ich fest überzeugt und es wird wahrscheinlich auch keine Minderheitsregierung geben, denn die war auch nur von kurzer Dauer, denn die Regierung und ich gehen mal von Rot-Schwarz aus bis Weihnachten oder vielleicht auch bissl später, wie auch immer, muss jetzt einfach schauen, dass sie das irgendwie drüber rettet und wirklich Zeit gewinnen, Meter gewinnen, wie man auf österreichisch sagt und sie schafft das aber nur dann und ich hab da meine massiven Zweifel, dass sich das nächste Mal noch eine Mehrheit ausgeht für Rot und Schwarz, aber nur dann und das ist ein Funke einer Chance, indem sie wirklich ein paar Leuchtturmprojekte aufsetzt in Richtung Bildung, nur, der Herr Keuschnigg hat schon gesagt, da wären jetzt eigentlich Investitionen angesagt, das Geld dafür ist nicht da und darum wird das massiv schwierig werden und indem man wirklich strukturell Reformen macht, z.B. bei der Verwaltung. Und auch da bin ich mehr als skeptisch, wie ich vorher schon gesagt hab, dass man dieser Regierung das zutrauen kann. Es ist jetzt wirklich, glaub ich, der Bodensatz erreicht, viel tiefer gehts nicht mehr, aber ich hab meine Zweifel, ob man in den nächsten Jahren den großen Aufschwung wieder hinlegen kann, also ich glaub da täuschen sich ein paar in der Regierung die da glauben, naja, in zwei Jahren ist das eh wieder vergessen, so einfach wird das diesmal glaub ich nicht sein.

#00:08:04-7# M: 77% jener, die an unserer Umfrage teilgenommen haben, wären für sofortige Neuwahlen, würden Sie dem zustimmen, Frau Strickner?

#00:08:15-6# AS: Glaub es ist weniger eine Frage ob ich dem zustimmen würde oder nicht, ich nehme da die Einschätzung vom Herrn Hofer, würde ich auch so sehen, dass das nicht kommen wird. Uns ist viel wichtiger, eigentlich auch zu sagen, was wir jetzt wollen ist jetzt nicht nur eine Lösung, die nicht am Rücken der Masse der Menschen ausgeht, sondern eben, dass endlich jene mal zur Kasse gebeten werden, die die großen Vermögen besitzen, das ist das eine und das andere: es braucht auch Transparenz bei den Budget-Daten. Österreich ist hier internationales Schlusslicht, was die Veröffentlichung von Informationen, u.a. auch von Budget-Daten betrifft und hier braucht's aus unserer Sicht mal ganz dringend ein Informations-Freiheits-Gesetz, dass das mal überhaupt möglich ist und dann gehören diese Budget-Daten natürlich auch entsprechend aufgearbeitet. In Brasilien ist das z.B. gang und gebe, dass das gesamte öffentliche Budget online abrufbar ist, nämlich auch in einer Art und Weise, dass man das auch versteht, wo man laufend sieht, was ist budgetiert worden und das ist auch der aktuelle Stand der Ausgaben, dann hören sich vielleicht auch so manche Spekulationen auf, die so manche öffentlichen Akteure in den letzten Jahren getätigt haben, anstatt öffentliches Geld, also unsere Steuern, z.B. für den Bau von Wohnungen zu verwenden, das ist das eine und das zweite ist, das Budget ist ja eben in Zahlen gegossene Politik und wer in welcher Form welche Steuern zahlt, in welcher Höhe und wofür das ausgegeben wird, wir finden, das ist zu wichtig, dass das allein Wirtschaftsforschern oder eben der Regie-

rung zu überlassen, wir wollen hier auch Beteiligungsprozesse. Wir möchten z.B., dass beim Budget-Hearing des Parlaments eben nicht nur Wirtschaftsforscher eingeladen werden, da gehts nämlich darum, wie wird mit unserem Geld umgegangen, da sollen auch zivilgesellschaftliche Organisationen eingeladen werden.

#00:10:04-7# M: Ok, Herr Kickl, ihr Chef hat auf Facebook gepostet: "Das Ehrlichste wäre Neuwahlen". Wie lange wird denn diese Regierung Ihrer Einschätzung nach halten?

#00:10:13-4# HK (P): Ich fürchte, dass man sich zusammenraufen wird in einer letzten Verzweiflungsaktion sich aneinander ketten und das hat ja folgenden Hintergrund, es ist ja nicht so, dass in Österreich nicht noch genügend Speck, sag ich jetzt amal, da wäre, mit dem man die Zukunft gut gestalten könnte und wo man auch Schuldenabbau betreiben kann, wo man diese Ziele erreichen könnte, wozu ist der Rot-Schwarze-Verwaltungsspeck und das wäre der berühmte Schnitt ins eigene Fleisch, den wird man versuchen so lange hinauszuzögern, wies irgendwie geht und das wird diese beiden Parteien aneinander ketten, da is ja viel einfacher, man schneidet dem Bürger ins Fleisch und das war ja auch das Modell, das wir von dieser Regierung und von dieser Konstellation kennen. Ich darf vielleicht noch den Gedanken der Kollegin aufgreifen, ich find das sehr interessant, es ist ja nicht so, dass in Österreich keine Zahlen veröffentlicht werden, das wird in Brasilien auch veröffentlicht, die Frage ist, kann man sie glauben? Und je mehr Zahlen veröffentlicht werden, desto weniger kann man sie glauben, da gehts ja zu, wie am Basar, da wird ja mit Hausnummern herumgeworfen in Dingen, die zukunftsentscheidend sind für ganz Österreich, für alle Menschen. Und jetzt weil die Wichtigkeit der Bildung als ein Beispiel, als ein Leuchtturmprojekt, hervorgehoben wurde, ja, aber wie schaut die Bildungsreform in Österreich aus, die (unverst.), sie schaut so aus, dass wir inzwischen - sie werdens besser wissen - 35. Verhandlungsrunde zu irgendwelchen Paragraphen des Lehrerdienstrechtes haben, nur weil a paar wildgewordene Gewerkschaftsfunktionäre den Kurs da vorgeben und nicht die Interessen der Eltern und Schüler dort tatsächlich im Mittelpunkt stehen und deswegen bin ich auch für eine größere Beteiligung, diese Dinge würde ich in Zukunft auch öfter der Bevölkerung zu einer Grundsatzentscheidung vorlegen und dann frag mer doch die Menschen, in welche Richtung es gehen soll, es is unser Modell... (M fällt ihm ins Wort)

#00:11:46-4# M: Herr Kickl, kommen wir noch einmal zurück zu unserem Thema, nämlich dem riesen Loch in unserer Staatskasse, Herr Keuschnigg, jetzt ham Sie vorhin gesagt, Sie waren jetzt in den letzten Verhandlungsrunden nicht dabei, trotzdem Sie sind im Team der Koalitionsverhandlungen und da wurde immer wieder gesagt bei all diesen Zahlen, es handelt sich um reine Strategie, die ÖVP wolle so den Druck auf die SPÖ erhöhen, damit sozusagen die Sparmaßnahmen umgesetzt werden. Ist es das, was Sie dort auch wahrgenommen hätten?

#00:12:18-4# CK: Ja, bei den Verhandlungen wo ich dabei war, gings einfach um Bestandsaufnahme, die Experten des Finanzministeriums haben die Budgetlage, die Neuberechnung des mittelfristigen Finanzplanes vorgestellt und dann wurde das im Detail diskutiert, das sind die Quellen und es wurde noch gar nicht in der Situation darüber geredet, was sind die politischen Konsequenzen, da wird erst jetzt geredet, nachdem dieser Sanierungsbedarf feststeht und da zeigen sich natürlich weltanschauliche Unterschiede zu den grundlegenden Tatsachen.

#00:12:46-4# M: Was mich auch noch interessieren würde, gestern hat Bernhard Felderer in einem Interview gesagt, er hasst niemanden so sehr, dass er ihm wünschen würde, dass er jetzt Finanzminister wird. Stimmen Sie ihm zu?

#00:13:00-2# CK: Es hat schon Finanzminister gegeben, die eine Vision entwickelt hatten und trotz Budget-Sanierung populär geworden sind, das kommt eben drauf an, die Bürger richtig zu informieren und ein klares Konzept zu haben.

#00:13:16-3# M: Also man muss sich nicht davor fürchten, jetzt als Finanzminister anzutreten, sozusagen?

#00:13:18-0# CK: Na, es könnte jetzt schwierig sein, anzutreten, weil die Verhandlungen zwischen den Parteien, weil sie offensichtlich unterschiedliche wirtschaftspolitische Ziele haben und da reibt sich und diesen Kompromiss auszutarieren das dürfte jedem Finanzminister schwerfallen.

#00:13:30-7# M: Ganz kurz noch, Herr Hofer, wie klug ist es denn von Spindelegger, weil das wird ja immer wieder kolportiert, jetzt den Finanzminister anzustreben?

#00:13:38-1# TH: Also ich höre, hinter den Kulissen wird schon heftig daran gearbeitet, wie er da wieder rauskommt und es gibt mehr Leute, die ihm davon abraten, als jene, die ihm zuraten. Natürlich die Beispiele seiner beiden Vorgänger, Molterer und Pröll sind ja auch nicht gerade erleichternde Erfolgsprojekte gewesen, so dass er da jetzt unbedingt ins Finanzministerium drängen müsste. Er hat sich nur schon relativ deutlich in diese Richtung geäußert oder jedenfalls wurde es so gedeutet, dass er da nur schwer zurück kann. Aber klar ist eines und das ist glaube ich wirklich die Crux daran, es ist weniger das Defizit, weniger die Verschuldung, sondern es ist eher die Geschichte, gibts da eine klare Linie, ziehen die beiden Parteien wirklich an einem Strang und daran ist massiv zu zweifeln und dann ist jeder Finanzminister, völlig egal von welcher Partei, arm dran.

#00:14:20-6# M: Sie haben ja auch amal gesagt, diese Regierung ist verdammt dazu zu liefern, sie hat nur eine einzige Chance, meine Damen und Herren, wir werden weiterhin beobachten ob diese Regierung liefert. Für heute wünsch ich Ihnen einen schönen Abend, Danke fürs Zuschauen, bis nächsten Mittwoch um 22.55.

12.2 Abstract Deutsch

Diese Magisterarbeit analysiert politische Fernsehdiskussionen in Österreich dahingehend, ob das dort stattfindende kommunikative Handeln zu einer qualitativ hochwertigen Diskussion beiträgt und inwiefern Verbesserungen nötig sind. Zentraler Aspekt der theoretischen Grundlagen ist hierbei die Unterscheidung zwischen verständigungsorientiertem, strategischem und dramaturgischen Handeln. Auf Basis der Theorie wurde eine qualitative Inhaltsanalyse am Beispiel von *Im Zentrum*, *60 Minuten Politik* und *Am Punkt* durchgeführt.

Es wurde der Frage nachgegangen, wie sich das kommunikative Handeln der Politiker, der anderen Teilnehmer (Experten) sowie der Moderatoren gestaltet. Wesentliche Kriterien waren hierbei: Argumentation, Anschlusskommunikation, Kritik an und Einlösen von Geltungsansprüchen sowie achtsames Verhalten und Ehrerbietung gegenüber den anderen Diskutanten bzw. den Gesprächsleitern. Hinsichtlich der Moderatoren wurde außerdem gefragt, wie diese die Diskussion leiten, welche Inhalte ihre sprachlichen Äußerungen tragen und ob sich die Moderation in öffentlichen-rechtlichen Sendungen zu jener in privaten unterscheidet.

Die Ergebnisse zeigen, dass es den Experten besser gelingt, verständigungsorientiert und respektvoll zu handeln, als den Politikern. Bei letzteren kommt das strategische Handeln deutlicher hervor, was aber durchaus einen Beitrag zu einer qualitativ hochwertigen Diskussion leisten kann. Dramaturgisches Handeln tritt nur in Einzelfällen auf, eine Inszenierung der Teilnehmer erfolgt kaum durch diese selbst, sondern eher durch die Konzepte der Sendung. Beim Moderatorenverhalten sind keine Unterschiede zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunksystem, sondern zwischen den Geschlechtern erkennbar. Die analysierten Frauen zeigen weniger Feingefühl für notwendige Unterbrechungen und angemessene Zurückhaltung als die Männer. Insgesamt kann angenommen werden, dass sich achtsames Moderatorenverhalten positiv auf das Benehmen und die Ehrerbietung der Diskutanten auswirkt. Alle Gesprächsleiter kommen den in der Theorie definierten wesentlichen Aufgaben eines Journalisten nach. Aus den Erkenntnissen dieser Forschungsarbeit wurden, explizit für politische Diskussionssendungen, fünf Ansprüche abgeleitet, die Moderatoren erfüllen sollen, um das kommunikative Handeln zu verbessern.

12.3 Abstract English

This master's thesis analyses political discussions on television in Austria. The purpose is to determine whether the communicative action happening there contributes to a discussion of high quality and to what extent improvement is required. The essential aspect of the theoretical background is the following distinction: between action, which attempts to achieve understanding and such action, that is strategic or dramaturgical. Based on the theory, a qualitative analysis of contents was conducted using the example of *Im Zentrum*, *60 Minuten Politik* and *Am Punkt*.

The question was considered of how the communicative action of politicians, of other participants (experts) and of the moderators takes place. Important criteria in this context were argumentation, connective communication, criticising and fulfilling of validity claims as well as mindful behaviour and deference to other participants respectively to the moderators. Besides this, there was consideration of how the discussion was led by the moderators, which contents were in their speech acts and whether there are differences between moderators of public and private broadcasts.

The results show that the experts are dealing in a better way with action that is interested in understanding than the politicians do. The latter show more clearly strategic action, which is absolutely able to contribute to a high quality discussion. Dramaturgical action only appears in single cases; staging of the participants does not so much happen by themselves but more by the concepts of the broadcasts. Concerning the behaviour of the moderators there are no differences between public and private broadcasting system but between the sexes. The analysed women show less tactfulness towards necessary interruptions and appropriate restraint. Altogether, it can be assumed that mindful behaviour of moderators has positive effects on demeanor and deference of the discussants. All moderators attend to the fundamental duties of a journalist. Especially for political discussions on television, five requirements could be conveyed from the findings of this study to improve the communicative action.

12.4 Curriculum Vitae

Irina Stürmer, Bakk.phil

Ausbildung

seit Okt 2010	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
Sept. 2011 – Jän. 2012	Studium an der Københavns Universitet, Dänemark unterstützt durch ein Erasmus-Stipendium
März 2007 – Juni 2010	Bakkalaureatsstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
Okt. 2005 – Juli 2006	Diplom-Pädagogik-Studium an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Juli 2003 – Sept. 2003	Onehunga High-School Auckland, Neuseeland
Sept. 1996 – Juni 2005	Meranier-Gymnasium Lichtenfels, Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife im Juni 2005

Berufserfahrung

Dez. 2013 – April 2014	Investor Relations: Projektkoordination, Redaktion und Lektorat Semperit AG Holding, Wien
Jän. 2012 – Feb. 2012	Redaktions-Praktikum REISE-aktuell / CB-Verlag, Wien
Aug. 2010 – Sept. 2010	PR-Praktikum Clean Tech World GmbH, Berlin
Aug. 2008 – Sept. 2008	Redaktions-Praktikum Radio Galaxy, Bamberg
Okt. 2006 – Dez. 2006	Marketing-Praktikum glowria GmbH, München